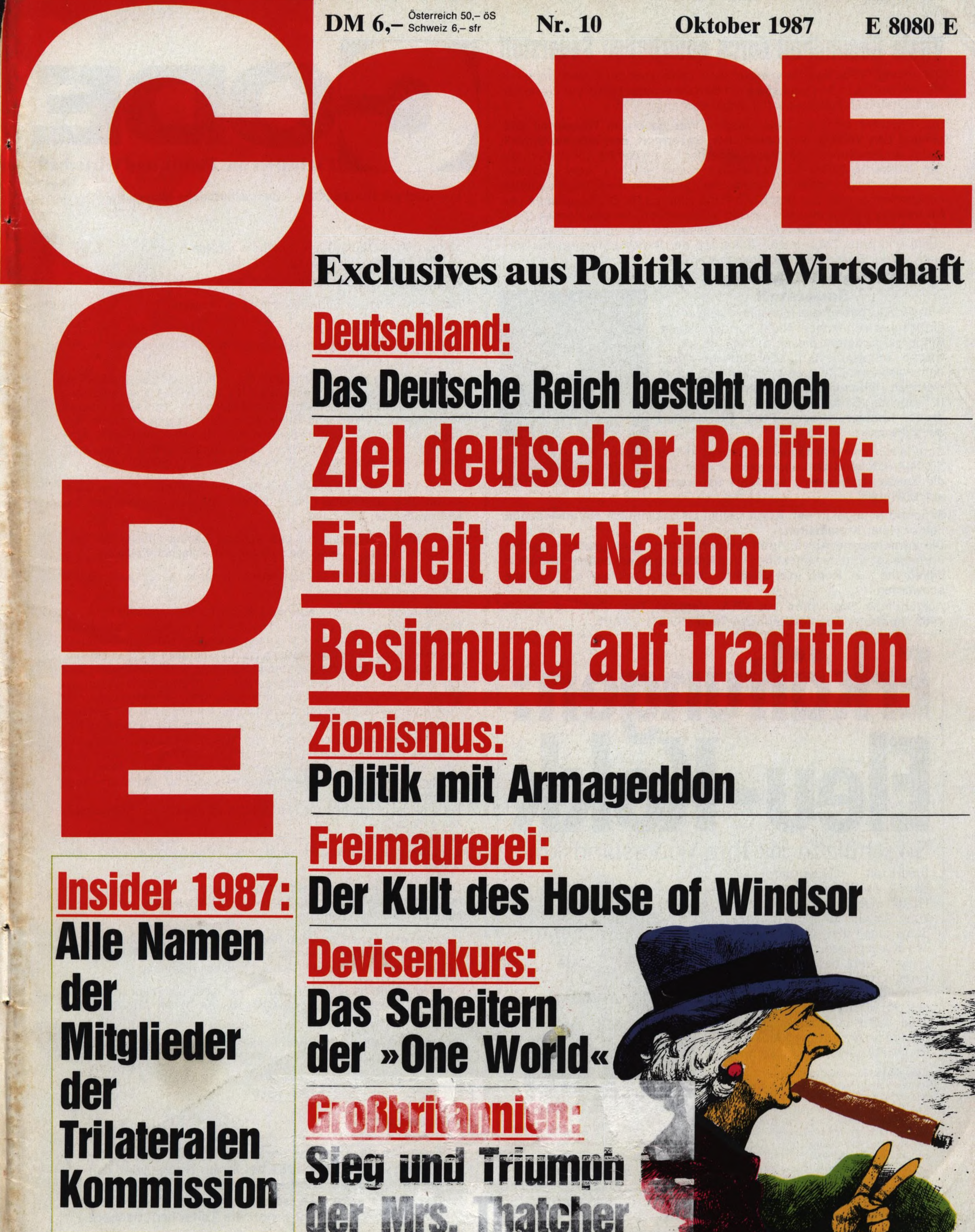

DM 6,– Österreich 50,– öS Schweiz 6,– sfr
Nr. 10
Oktober 1987
E 8080 E
CODE
Exclusives aus Politik und Wirtschaft
Deutschland:
Das Deutsche Reich besteht noch
Ziel deutscher Politik:
Einheit der Nation,
Besinnung auf Tradition
Zionismus:
Politik mit Armageddon
Freimaurerei:
Der Kult des House of Windsor
Devisenkurs:
Das Scheitern der »One World«
Großbritannien:
Sieg und Triumph der Mrs. Thatcher
Insider 1987:
Alle Namen der Mitglieder der Trilateralen Kommission



Vereinigt mit DIAGNOSEN – das zeitkritische Magazin

Verlag DIAGNOSEN GdbR, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, Telefon (071 52) 260 11

Herausgeber und Chefredakteur: Ekkehard Franke-Gricksch

Redaktion: Gunther Burkhardt, Heinz H. Schwan

Layout: Grafik Design Team

CODE erscheint monatlich jeweils am letzten Mittwoch des Vormonats.

CODE hat eine Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit der amerikanischen Zeitschrift »The Spotlight«, einer wöchentlichen populistischen Zeitschrift aus Washington. Im Rahmen dieses Abkommens werden eine Reihe nationaler und internationaler Beiträge übernommen und in die deutsche Sprache übertragen. »The Spotlight« wird herausgegeben von der Cordite Fidelity Corporation, 300 Independence Ave., S. E. Washington, D. C. 20003, USA.

CODE kostet als Einzelheft DM 6,– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Das Abonnement kostet jährlich DM 60,– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer und Porto.

Der Abonnementspreis für das Ausland beträgt jährlich DM 60,– zuzüglich DM 12,– Versandkosten für den einfachen Postweg.

CODE darf nur mit Verlagsgenehmigung in Lesezirkeln geführt werden.

CODE kann im Abonnement bezogen werden. Bestellungen nimmt jedes Postamt entgegen oder der Verlag DIAGNOSEN, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg.

Das Jahresabonnement kann jeweils mit einer Frist von 8 Wochen zum Ablauf des Abonnementsjahres gekündigt werden. Zahlungen für das Abonnement bitte erst nach Erhalt einer Rechnung.

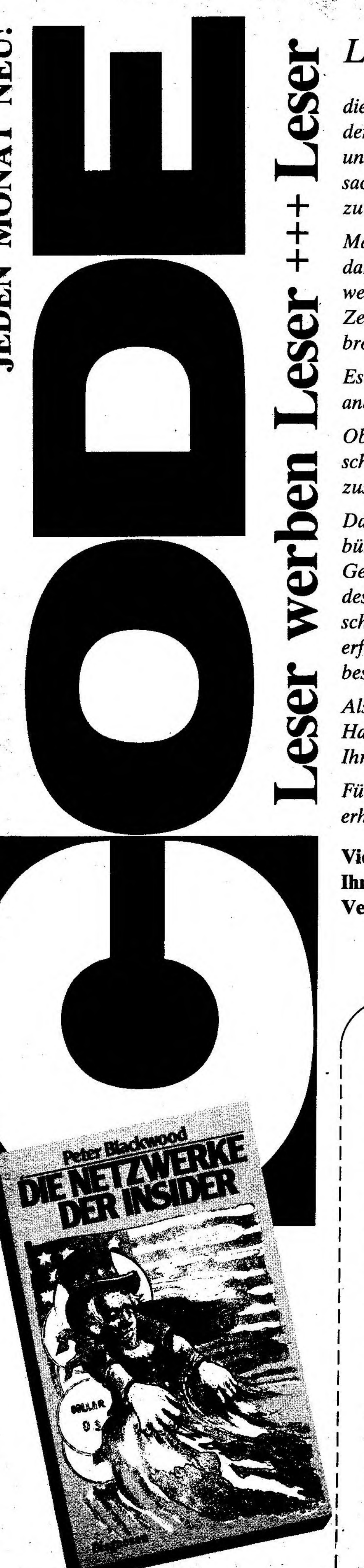
Vertrieb Handel im In- und Ausland: Verlagsunion, Friedrich-Bergius-Straße 20, Postfach 5707, D-6200 Wiesbaden, Telefon (0 61 21) 2 66-0, Telex 4 186 116.

Anzeigenverwaltung: Access Marketing GmbH, Feldbergstraße 2, D-6240 Königstein 2, Telefon (0 61 74) 70 30.

Gesamtherstellung: Greiserdruck
Karlsruher Straße 22, D-7550 Rastatt.

ISSN 0932-3473

Die nächste Ausgabe der Zeitschrift CODE erhalten Sie am 28. Oktober 1987 bei Ihrem Buch- oder Zeitschriftenhändler. Sollte er CODE nicht führen, dann fragen Sie Ihren Zeitschriftenhändler danach und bitten Sie ihn, daß er Ihnen die Zeitschrift besorgt.



Lieber CODE-Leser,

diese Zeitschrift versucht einen geistig-politischen Wandel in Deutschland einzuleiten. Denn trotz der schlimmen Erfahrungen eines halben Jahrhunderts und trotz aller demokratischen Rechte und Pflichten hält es die Mehrzahl der Deutschen heute nicht für erforderlich, sich um eine sachlich fundierte politische Überzeugung zu bemühen oder gar sich zu einer solchen öffentlich zu bekennen, sofern sie den herrschenden Auffassungen widerspricht.

Man freut sich wie ein Kind an den materiellen Konsumwerten unserer Gesellschaft, soweit man daran beteiligt ist, und denkt mehr an das Heute als an das Morgen. Inmitten schicksalsschwerer weltpolitischer Spannungen lebt man in einem spießbürgerlichen Behagen, das nur von Zeit zu Zeit – wenn die Drahtzieher die Deutschen wie Puppen bewegen – durch Angstträume unterbrochen wird.

Es sieht aber nicht so aus, als werde dieses Behagen noch lange andauern. Die Welt von heute ist anders als die Welt von gestern, und die Welt von morgen wird nicht mehr die von heute sein.

Ob es sich um Wirtschaftsfragen, Probleme des Dollars, der NATO, der Europäischen Gemeinschaft, der dritten Welt oder des Zionismus handelt, kein Volk wird von diesen Fragen und damit zusammenhängenden Entscheidungen stärker berührt als das deutsche.

Das Herannahen der großen weltpolitischen Entscheidungen zwingt auch politisch träge Bundesbürger, sich Gedanken über ihr Morgen zu machen. Das führt sie aber von selbst zu dem Gestern, zu der Frage, ob die Führung der Bundesrepublik in ihrer Politik dem Lebensinteresse des deutschen Volkes aufs beste dient oder Irrwege im fremden Auftrag geht, ob die bundesdeutsche Demokratie der sachlichen Meinungsbildung über politische Ziele und Methoden den erforderlichen Spielraum gewährt und wie es bei uns überhaupt um Demokratie und Freiheit bestellt ist.

Als Leser von »CODE« kennen Sie bereits viele Zusammenhänge und die offene kritische Haltung dieser Zeitschrift. Wir bitten Sie daher zu überlegen, wer aus dem Kreis Ihrer Familie, Ihrer Bekannten, Kollegen und Freunde Abonnent von »CODE« werden könnte.

Für Ihre Mühe wollen wir Sie gern entschädigen: Wenn Sie uns einen Abonnenten nennen, erhalten Sie als ***Prämie das Buch von Peter Blackwood »Die Netzwerke der Insider«.***

Vielen Dank
Ihr
Verlag Diagnosen

Verlag Diagnosen · Untere Burghalde 51 · D-7250 Leonberg

Ich habe einen neuen Abonnenten für CODE geworben.

Senden Sie CODE ab ______
bis auf weiteres zum jährlichen Abonnementspreis von 60,– DM einschließlich Porto und Mehrwertsteuer (im Ausland DM 60,– zuzüglich DM 12,– Versandkosten für den einfachen Postweg, der Betrag wird zum Tageskurs umgerechnet) an:

Name

Vornome

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

☐ Der neue Abonnent ist damit einverstanden, daß das Abonnentengeld von seinem Konto (Bank- oder Postscheckkonto) abgebucht wird.

Bank/Ort

Bankleitzahl

Kontonummer

☐ Der neue Abonnent legt einen Verrechnungsscheck über den Betrag von 60,– DM anbei (Ausland: DM 72,– Gegenwert in ausländischer Währung zum Tageskurs)

☐ **Bittet um Übersendung einer Rechnung.**

Die Einziehungsermächtigung gilt bis auf Widerruf und erlischt automatisch bei Beendigung des Abonnements.

Datum

Unterschrift des Abonnenten/Kontoinhabers

Ich bin darüber belehrt, daß ich diese Bestellung des Abonnements ohne Angabe von Gründen gegenüber dem Verlag Diagnosen, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, binnen einer Woche schriftlich widerrufen kann, daß es zur Fristwahrung genügt, wenn der Widerspruch innerhalb der laufenden Frist abgesandt wird.

Unterschrift

Ich habe den neuen Abonnenten geworben und erhalte dafür das Buch »Die Netzwerke der Insider«. Der neue Abonnent war noch nicht Bezieher dieser Zeitschrift und ist nicht mit mir identisch. Meine Anschrift:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

CODE

Exclusives aus Politik und Wirtschaft

Deutschland



Winston Churchill war im Ersten Weltkrieg Erster Lord der britischen Admiralität.

Finanzen

Insider



Henry Kissinger, ehemaliger US-Außenminister und heute engster Berater David Rockefellers, plant hinter den Kulissen Rockefellers »neue Weltordnung«.

Internationales



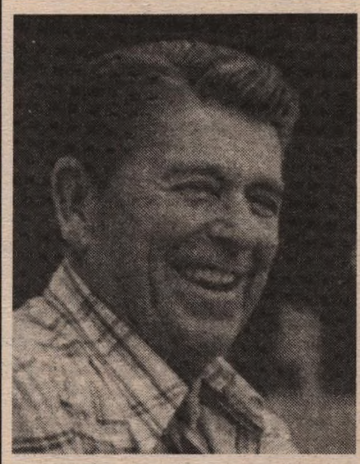
Der dritte Wahlerfolg der britischen Premierministerin Margaret Thatcher läßt sich in einem Satz ausdrücken: »Der Sozialismus ist tot!«

Südafrika

Nr. 10 Oktober 1987

USA

Zionismus



Ronald Reagan ist bereit, die große blutige Schlacht zwischen Gut und Böse in Armageddon zu führen.

Kulturgeschichte

Ständige Rubriken

Bonn

»Erfüllungs-politik« für Moskau?

E.G. Kögel

Der Besuch des DDR-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker zwingt zum Nachdenken über das politische Verhalten Bonner Politiker. Der Tag des Mauerbaus – der 13. August 1961 – ist wie der 17. Juni ein Gedenktag, der für die Akteure auf der politischen Bühne mehr und mehr zu einer lästigen Pflichtübung geworden ist. Was tun eigentlich die Vertreter der Bonner Parteien wirklich für die Wiederherstellung der deutschen Einheit?

Daß die tragenden Kräfte in Bonn von Anbeginn an die deutsche Einheit nie ernsthaft gewollt haben, ist seit vielen Jahren immer wieder dargestellt und nachgewiesen worden. Aufgrund der geistigen und politischen Strukturen des mitteldeutschen Raumes und auch aus konfessionellen Gründen hätte die CDU/CSU, die 1949 die Weichen stellte, nach freien, gesamtdeutschen Wahlen niemals eine entscheidende, das politische Schicksal prägende Rolle spielen können.

Immer wieder die alten Lügen

Statt dessen wäre der SPD auf Jahrzehnte die Führungsrolle zugefallen. Dies konnte selbstverständlich nicht im Sinne der Zielvorstellungen der klerikalen und kapitalistischen Kreise in und hinter den Kulissen sein, so daß der widernatürliche Zustand von Teilung und Mauer bis heute aufrechterhalten werden konnte, wobei alle Register der Volksverdummung gezogen worden sind.

Daß in einer Episode sozial-liberaler Regierungszeit anderen die Aufgabe zugeschanzt wurde, die »Realitäten anzuerkennen«, paßt in dieses Bild. Gebetsmühlenartig werden die alten Lügen stetig neu garniert vorgetragen.

Auch der parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Dr. Ottfried Hennig, praktizierte diesen Stil, als er am 21. Mai 1987 im Rahmen eines internationalen Symposiums zum Thema »Europa und die deutsche Frage« sprach. Neben den üblichen Allgemeinplätzen und Anbiederungen an den Westen wurde der 13. August beschworen, da durch die Mauer die weitere »Abstimmung mit den Füßen« verhindert wurde.

Wohlweislich wurde verschwiegen, daß dieses Bauwerk nur errichtet werden konnte, weil Chruschtschow und Kennedy sich vorher in Wien darüber verständigt hatten.

Auch das Recht auf Heimat wurde beschworen und festgestellt, daß durch Verweigerung des Selbstbestimmungsrechts und die Mißachtung der Menschenrechte für die Deutschen in den Ostblockstaaten die Sicherheit Europas gefährdet sei. Eine sonderbare Logik, doch typisch für Bonn.

Daß den Deutschen in Eupen-Malmedy, in Elsaß-Lothringen und Südtirol gleichermaßen das Selbstbestimmungsrecht verweigert und ihre Menschenrechte mißachtet werden, stört diese demokratischen Musterschüler nicht im geringsten. Im sich demokratisch nennenden Westen werden diese Deutschen von Bonn schmählich im Stich gelassen, obwohl sogar in Südtirol der Faschismus alten Stils wieder wirksam ist.

Für uns ist diese Haltung aber Kennzeichen des europäischen Geistes, der verlogenen Gemeinschaft von Geschäftemachern. In gekonnter Weise wird beredt-spitzfindig argumentiert, um damit die Gedanken in der von ihnen gewünschten, aber nicht der Wahrheit entsprechenden Weise darzustellen, daß die Freiheit, Kern der deutschen Frage und mithin der Einheit, keine vorrangig nationale, sondern eine europäische sei.

Moskaus Option für ganz Deutschland

Denn die Teilung ist nach Bonner Auffassung auf das imperialistische Ausgreifen der Sowjetunion zurückzuführen, die den mitteldeutschen Raum ihrem Einfluß unterworfen habe und ihre marxistisch-leninistische Option für ganz Deutschland nicht aufgeben werde. Ergo könne die Einheit in Freiheit nur durch Einbindung in den sogenannten demokratischen Westen geschaffen werden.

Doch daß dieser demokratische Westen nicht das Ziel für die Zukunft, das Heil des deutschen Volkes sein kann, erkennt jeder, der sich mit diesem Thema eingehend befaßt. Kein geringer als Nahum Goldmann, Präsident der zionistischen Bewegung, sieht als historische Aufgabe von Kapitalismus und Demokratie die Zerstörung aller alten Werte und Bindungen in den Völkern. Nichts soll mehr als heilig gelten.

Wo liegt denn hier in letzter Konsequenz der Unterschied zum Osten, wenn Goldmann in seinem Buch »Der Geist des Militarismus« schreibt:

»So besteht denn die erste Aufgabe unserer Zeit in der Zerstörung: alle sozialen Schichtungen und gesellschaftlichen Formungen, die das alte System geschaffen hat, müssen vernichtet werden, die einzelnen Menschen müssen aus ihren angestammten Milieus herausgerissen werden: keine Tradition darf mehr als heilig gelten; das Alter gilt nur als Zeichen der Krankheit; die Parole heißt: was war, muß weg.

Die Kräfte, die diese negative Aufgabe unserer Zeit ausführen, sind: auf dem wirtschaftlich-sozialen Gebiete der Kapitalismus, auf dem politisch-geistigen die Demokratie. Wieviel sie bereits geleistet haben, wissen wir alle; aber wir wissen auch, daß ihr Werk noch nicht ganz vollbracht ist. Noch kämpft der Kapitalismus gegen die Formen der alten, traditionellen Wirtschaft, noch führt die Demokratie einen heißen Kampf gegen alle Kräfte der Reaktion.

Vollenden wird das Werk der militaristische Geist. Sein Uniformierungsprinzip wird die negative Aufgabe der Zeit restlos durchführen: wenn erst alle Glieder unseres Kulturkreises als Soldaten unseres Kultursystems uniformiert sind, ist diese eine Aufgabe gelöst.«

Angst vor einem neuen Rapallo

Was unterscheidet diese westlichen Zielvorstellungen eigentlich so nennenswert von denen des Ostens? Ist man doch vom gleichen Drang beseelt, den Erdkreis zu beglücken.

Ist es nicht an der Zeit zu erkennen, daß keiner der beiden Wege für den gangbar ist, der sich dem deutschen Volk in seiner Gesamtheit verbunden fühlt?

Und wenn Bonner Politiker noch so oft betonen, es gebe keinen anderen Weg, niemand könne ein Rezept liefern, so ist es an uns, den Gegenbeweis anzutreten, an Vorschlägen mangelt es nicht.

Mag man in Bonn einen deutschen Sonderweg, der nur mit dem Auseinanderrücken der Großmächte beginnen kann, noch so verketzern, den Streitern für Deutschlands Einheit unterstellen, sie täten es um den Preis der Freiheit, mag man die Angst vor einem neuen Rapallo schüren, den Neutralismus und den dritten Weg jenseits der herrschenden Systeme als »Ausdruck einer polit-romantischen Ideologie« oder als »Erfüllungspolitik für Moskau« kennzeichnen, den Rückzug der USA vom europäischen Kontinent beschwören, dennoch bleibt die Aufgabe unverzichtbar, den Kampf um Einheit und Freiheit des deutschen Volkes fortzusetzen.

Denn wir zweifeln überhaupt nicht daran, daß wir langfristig unser Ziel erreichen, weil wir Zielvorstellungen vertreten, die menschlich sind, die im Einklang mit der Natur stehen, wir uns auf dem richtigen, dem rechten Weg in Deutschlands Zukunft befinden. □

Bonn

Wiederherstellung des Deutschen Reiches

Hermann Walper

Anläßlich des Besuches des Staatsratsvorsitzenden der DDR, Erich Honecker, des Vertreters des zweiten deutschen Teilstaatprovisorium, sollten beide Regierungen der deutschen Teilstaatprovisorien, die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik, aufgefordert werden, endlich eine Politik zum Wohle des deutschen Volkes zu betreiben und sich zur Wiederherstellung des Deutschen Reiches zu bekennen und einzusetzen die staatliche Einheit der Deutschen wiederherzustellen.

Die deutsche Einheit ist Sache der Deutschen selber und rechtsstaatlich erreichbar im Rahmen der niemals aufgehobenen und daher fortgeltenden Reichsverfassung von Weimar, die nach wie vor das gebietende Rechtsband um ganz Deutschland ist.

Damit ist die Reichsfrage gestellt

Unbestreitbar ist: Nicht das Deutsche Reich, sondern die deutsche Wehrmacht hat 1945 kapituliert. Kein deutscher Teilstaat kann rechtsverbindliche Verzichtserklärungen für das fortexistierende Deutsche Reich abgeben. Niemand kann verzichten auf das, was ihm nicht gehört, auch nicht die erst 1949 entstandenen Teilstaaten BRD (8. Mai 1949) und DDR (7. Oktober 1949). Damit ist die Reichsfrage gestellt.

Hochbedeutsam leibt: Das Deutsche Reich als gesamtdeutscher Souverän besteht rechtlich fort und ist – vergleichbar mit einer ausgeplünderten und zeitweise geschäftsbehinderten Handelsgesellschaft – nur zeitweise durch Gewalt verhindert. Die fortbestehende Rechtspersönlichkeit – das Deutsche Reich – ist dabei nur mit neuem Leben auszufüllen.

Es kommt heute nicht auf die Mängel der Rechtsverfassung an, ob sie gefällt oder von solchen Kreisen verschwiegen und verleugnet wird, deren eigentliche Sache sie einst war. Sie verbietet jeden teilstaatlichen Verzicht auf deutsches Reichsgebiet und erübrigt auch den Wirbel einer Nationalversammlung mit neuen Problemen.

Unzumutbar wäre auch eine bloße Abwandlung der Teilung in eine Bonn-Pankow-Konföderaton mit einer kommunistischen Hälfte und weiterer Ost-West-Einmischung, einerlei, ob diese Konföderation für die Dauer oder nur als unnötige, ungewiß-unheimliche Übergangsregelung vorgeschlagen wird.

Selbst nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 31. Juli 1973 und neuen Veröffentlichungen dazu aus Kreisen dieses höchsten westdeutschen Gerichtes besteht das Deutsche Reich fort, und jeder Deutsche, beziehungsweise jede deutsche Behörde ist verpflichtet, der Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands nicht entgegenzuhandeln.

Auch Westdeutschlands Monopol- und »Muster«-Demokraten der CDU/CSU, FDP und SPD verletzen nicht nur das Recht, sondern auch Logik und Aufrichtigkeit, indem sie nun schon jahrzehntelang immer wieder dem nationalsozialistischen Regime mit dem Vorwurf des Unrechtsstaates die Verletzung der Weimarer Reichsverfassung anlasten, obwohl sie selber diese Reichsverfassung nach der deutschen Niederlage von 1945 bis heute verleugnen und vier Jahre nach der Kapitulation der reichsdeutschen Wehrmacht den Teilstaat BRD gründeten, dem die DDR folgte.

Die Behauptung allein der Kreml verhindere die deutsche Einheit, ist haltlos. Adenauers Verweigerung jeder Verhandlung über die bis 1955 wiederholten sowjetischen Angebote freier Wahlen, allgemeiner Räumung und bewaffneter Neutralität ganz Deutschlands und über Verbesserungen dieser Angebote bleibt unverzeihlich. Diese Angebote wurden mit der für den Kreml unzumutbaren Forderung blockiert, das ganze wiedervereinigte Deutschland müsse sich auch für die NATO entscheiden können.

Selbst als Chruschtschows Schwiegersohn 1964 mit sensationellen Äußerungen wieder das Kreml-Interesse an einem Ausgleich mit Deutschland andeutete, ließ ihn das ganze Bonner Machtkartell – kollaborations-dressiert auf den Westen – abblitzen, und Chruschtschow stürzte.

Trotz einer praktisch gescheiterten EWG scheut sich der westdeutsche Teilstaat nicht – auch noch unter Verletzung seines Grundgesetzes – mit Teilen Deutschlands einen westeuropäischen Bundesstaat zu betreiben, mit dem die deutsche Einheit verhindert wird, und die Auslöschung der deutschen Geschichte droht.

Die gefährliche Unterwanderung der BRD durch viele Millionen Ausländer und der Versuch, sie zu »integrieren« und ihnen gar das Wahlrecht zu geben – gefordert von den »Grünen« –, dient dem gleichen Zweck und gefährdet die deutsche Wiedervereinigung zusätzlich auf schwerwiegende Weise.

Nach jahrzehntelanger Umerziehung – mit der Diffamierung und Verfolgung alles Nationalen – beginnen Begriffe wie Vaterland, Volk, Nation, Patriotismus und Interesse für deutsche Geschichte wieder zeitgemäß zu werden. Sogar der derzeitige Bundeskanzler Kohl erwartet »in diesem und im nächsten Jahrzehnt eine Renaissance patriotischer und nationaler Kategorien«.

Die leidenschaftliche Diskussion um die Aufstellung von neuen Nuklearwaffen in beiden Teilen Deutschlands mit der Möglichkeit einer atomaren Vernichtung Gesamtdeutschlands hat offenbar selbst im linken Lager die Erkenntnis gebracht, daß auch die BRD – wie die DDR – kein souveräner Staat ist, der also keine Entscheidung über den Einsatz von Waffen auf seinem Gebiet fällen darf.

Deutschland als Vorfeld und Schlachtfeld gegeneinander hochgerüsteter Weltmächte, ein alles vernichtender Bruderkrieg – diese Möglichkeit hat zu nationaler Besinnung auch in Kreisen geführt, in denen das gar nicht zu erwarten war.

Es lebe das Deutsche Reich!

Die neutrale Einheit im Rahmen der fortgeltenden Reichsverfassung – unter Räumung ganz Deutschlands von allen Fremdtruppen; unter Verzicht auf die Deutschland teilende Westintegration Westdeutschlands und die Ostblockintegration der DDR; mit der Rückgabe der völkerrechtswidrig geraubten deutschen Ostgebiete und des Sudetenlandes; mit der Beseitigung des erneuten rechtswidrigen Anschlußverbotes für Österreich – ist auch für den Kreml und seine westlichen Gegenspieler in Deutschland der zumutbare Weg der geringsten Zugeständnisse.

Nichts in der Geschichte ist so beständig wie der Wechsel, aber mächtig geblieben ist der Ruf des Reiches über die Jahrhunderte hinweg. Es wird auch in unseren Tagen den nationalen Eifer wachsen lassen wie die unerschütterte Hoffnung auf das wiedervereinigte Volk und Reich.

Angesichts einer durch atomare Vernichtung immer bedrohlicher werdenden Weltlage, in die das geteilte Deutschland in feindlichen Fronten hineingezogen werden soll, bleibt die alte Forderung: Durch die deutsche Einheit mit bewaffneter blockfreier Neutralität unter Räumung ganz Deutschlands von allen Fremdtruppen mehr Sicherheit und Freiheit für alle Deutschen. □

Revisionismus

Geschichte im Schulbuch

Emil Maier-Dorn

»Die Aufklärung der Völker über die wahren Vorgänge« sei zu weit fortgeschritten, erklärte Stresemann 1926, also vor nunmehr mehr als 60 Jahren, als er den Behauptungen von der »alleinigen Kriegsschuld« entgegentrat. Stresemann konnte nicht ahnen, was heute in deutschen Schulbüchern zu lesen ist.

In dem Unterrichtsbuch »Geschichtliche Weltkunde«, Verlag Moritz Diesterweg, Frankfurt-Berlin-München, zweite Auflage, wird die Entwicklung beschrieben, die zum Ersten Weltkrieg führt: »Die deutsche Regierung verlor durch ihre herausfordernde Flottenpolitik das Vertrauen Englands, das seine Rolle als stärkste Seemacht behaupten wollte.«

»Die Deutschen sind weit zurück!«

Woher wissen eigentlich die Schulbuchautoren, daß der deutsche Flottenbau »herausfordernd« war? Winston Churchill, seit 1911 Erster Lord der Admiralität, hat öffentlich erklärt, »daß der deutsche Flottenbau, der in dem vor 1914 mit England vereinbarten Plan genau eingehalten wurde, zum Kriege von 1914 keinerlei Anlaß gegeben habe«.

In den »Britischen Dokumenten zur Außenpolitik«, Band VI, ist ein Vermerk des britischen Außenministers Sir Edward Grey nachzulesen, der geradezu höchste Beruhigung im Hinblick auf die deutsche Flottenrüstung zum Ausdruck bringt: »Die Deutschen sind weit zurück. Wir werden sieben Dreadnoughts fertig haben, ehe sie einen haben, ohne daß wir weitere auf Stapel legen.«

Churchill im März 1914: »Wir werden zehn mit diesen Geschützen bewaffnete Schiffe zu einer Zeit haben, da jede andere Seemacht nur zwei davon besitzt.«

Über die deutsche Flottenbaunovelle äußerte sich Churchill: »Zudem ist dieses vom Reichstag angenommene Gesetz in keiner Weise übertrieben, und ich freue mich, sagen zu können, daß die Feststellungen des zuständigen deutschen Ministers zu dieser Sache von den Ereignissen genau bestätigt worden sind.«

Winston Churchill, im Ersten Weltkrieg Erster Seelord der britischen Admiralität, sagte, der deutsche Flottenbau war kein Anlaß zum Ausbruch des Krieges.

Der britische Unterhausabgeordnete Emrys Hughes schrieb über Athur Balfour – ehemaliger britischer Premier und später Außenminister –: »Die Geschichte seiner nahezu kriminellen Kriegslüsternheit und das Fehlen jedes echten Grundes für den britischen Alarm über das deutsche Flottenbauprogramm hat der amerikanische Publizist H. K. Norton im Januar 1928 im ›Century Magazine‹ berichtet. Sogar Grey (Außenminister) und Churchill haben zugegeben, daß das Alarmgeschrei der Konservativen eine Farce gewesen ist.«

Abartige Genugtuung im Anschwärzen

Also: Was von den verantwortlichen Ministern Englands schon vor mehr als 70 Jahren als »Farce« entlarvt worden war, wird heute in einem bundesdeutschen Unterrichtsbuch vom Unterrichtsministerium unangetastet und ungescheut aufgetischt.

Im Schulbuch wird der Eindruck erweckt, als habe Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg maßlos gerüstet. Kaiser Wilhelm II. wird zitiert, wie er auf die Forderung des britischen Unterstaatssäkretärs Hardinge, Deutschland »müsse« einhalten, antwortete: »Dann werden wir kämpfen, denn es ist eine Frage der nationalen Ehre und Würde.«

Im Schulbuch lesen wir dazu: »Kaiser Wilhelm II. liebte es, ›mit dem Säbel zu rassibte es, ›mit dem Säbel zu rasseln‹.«

Ehrlich wäre es gewesen, wenn man an dieser Stelle dem deutschen Schüler dargestellt hätte, wie es auf der anderen Seite, den nämlichen Gegenstand betreffend, zugegangen ist.

Der amerikanische Fünf-Sterne-General Albert C. Wedemeyer berichtet in seinem Buch »Der verwaltete Krieg«, Gütersloh 1958, von seinem Gespräch, das Balfour mit dem US-Botschafter, Henry White, führte:

Balfour: »Wir sind wahrscheinlich töricht, daß wir keinen Grund finden, Deutschland den Krieg zu erklären, ehe es zu viel Schiffe baut und uns unseren Handel nimmt.«

White: »Sie sind im privaten Leben ein hochherziger Mann. Wie ist es möglich, daß Sie etwas politisch so Unmoralisches erwägen können wie einen Krieg gegen eine harmlose Nation zu provozieren, die ein ebenso gutes Recht auf eine Flotte hat wie Sie? Wenn Sie mit dem Handel konkurrieren wollen, so arbeiten Sie härter!«

Es ging um die Vorherrschaft

Balfour: »Das würde bedeuten, daß wir unseren Lebensstandard senken müßten. Vielleicht wäre ein Krieg einfacher für uns.«

White: »Ich bin erschrocken, daß gerade Sie solche Prinzipien aufstellen können.«

Balfour: »Ist das eine Frage von Recht und Unrecht? Vielleicht ist das nur eine Frage der Erhaltung unserer Vorherrschaft.«

Treudoof aber heißt es im Schulbuch: Die deutsche Regierung »verlor das Vertrauen Englands!«

Gibt es außer dem unsrigen noch irgendein Volk, dessen Verantwortliche eine solch abartige Genugtuung an dem Anschwärzen seiner eigenen Geschichte empfindet? Deutsche Jugend, erwäge wohl, wem du dein Vertrauen schenkst! □



Deutschland

Ziel und Aufgabe deutscher Politik

Hans Heinz Bader

Aus allen Betrachtungen über die politische und geistig-sittliche Wirklichkeit Deutschlands, des deutschen Volkes und Reiches, insbesondere in seinen beiden Teilstaaten, der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, ergibt sich zwingend – für jeden politisch verantwortlich denkenden Deutschen erkennbar – die einzig richtige Schlußfolgerung.

Die nationale Einheit, Freiheit und Souveränität des deutschen Volkes wird auf dem bisherigen Weg der Politik der nachkriegsdeutschen Regierungen in West und Ost nicht erreicht, sondern verhindert, weder gewollt noch möglich gemacht. Da kein Volk der Erde, am wenigsten ein großes europäisches Kulturvolk wie die Deutschen mit einer über tausendjährigen Geschichte, auf die Dauer in Unfreiheit und Ungleichheit, von fremden Mächten und Ideologien beherrscht, geteilt und bedroht leben kann, bedeutet dieser demoralisierende Zustand die sichtbar fortschreitende geistig-seelische und sittliche Zerrüttung des deutschen Volkes und die Infragestellung seiner Zukunft.

Ohne deutsche Einheit kein Europa

Es muß daher für jeden Deutschen das vorrangige Ziel werden, alle Kräfte und Mittel für die Wiederherstellung der nationalen Einheit einzusetzen – vorrangig vor einem politischen Zusammenschluß der europäischen Nationen, denn Einheit, Freiheit und Souveränität aller Nationen, vor allem der deutschen Nation als europäischer Mitte, sind die unabdingbaren Voraussetzungen der Verwirklichung der Idee der »Vereinigten Staaten von Europa« als Bund freier souveräner Nationen. Von der Verwirklichung dieser Idee sind wir weiter entfernt als von der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands.

Für das Verhältnis Deutschlands und Europas zu den beiden Supermächten USA und UdSSR, die beide Teile Europas seit mehr als vier Jahrzehnten beherrschen, ist die folgende Feststellung von Bernhard Willms von entscheidender Bedeutung:

»Im Geltendmachen der Einheit Deutschlands wird das europäische Prinzip politischer Vernunft geltend gemacht. Die Konfrontation der Supermächte in Europa verhindert nicht nur die Einheit Deutschlands, sie verhindert die Souveränität der europäischen Nationen und das Wiedererstarken ganz Europas und bedroht den Frieden auf nie dagewesene Weise. Die Verwirklichung eines Europas der freien Nationen wäre gleichzeitig die Zurückbildung des imperialistischen Charakters der Supermächte. Ein Europa, durch ein geteiltes Deutschland selbst geteilt, kann keine selbständige Rolle entfalten.« (Willms »Entnationalisierung als Staatsräson«, Arndt-Verlag.)

Hauptziel ist die Einheit

Das alles überragende Hauptziel, die Einheit Deutschlands, von dem die Lösung aller europäischen Fragen abhängig ist, kann nur erreicht werden, wenn ein umfassender politischer Bewußtseinswandel zunächst die Erkenntnis der Westdeutschen bewegt, daß von ihrer inneren Umkehr und ethisch-moralischen Erneuerung, von ihrer Wiederbesinnung auf die große nationale Gemeinschaftsaufgabe nicht nur das Schicksal des gesamten deutschen Volkes bestimmt wird, sondern ihr eigenes familiäres und berufliches Leben, das ihrer Kinder und nachfolgender Generationen. Dazu gehört das Bewußtwerden, Teil eines Volksganzen, mitverantwortliches Glied einer Gemeinschaft als Voraussetzung eines wirksamen Einheitsstrebens zu sein. Das Gemeinschaftsbewußtsein – einer für alle, alle für einen – ist die innere, geistig-seelische Bedingung für das zu erneuernde nationale Einheitsbewußtsein.

Dem Kampf um die Einheit Deutschlands sind alle außenpolitischen und innenpolitischen Ziele und Aufgaben unterzuordnen und anzupassen. Das gilt vor allem für die beiden Ziele: Nationale Freiheit und Souveränität, die ohne die Einheit Deutschlands niemals erreicht werden können.

Die irrige und geschichtswidrige Vorstellung einiger BRD- und DDR-Politiker – von den antideutschen Absichten und Ziele ausländischer Mächte abgesehen –, eine selbständige nationale Freiheit und Souveränität der BRD und DDR zu konstruieren und anzustreben, müßte als Scheinlösung gegen das deutsche Volk von vornherein zum Scheitern verurteilt sein und würde große Gefahren für den Frieden heraufbeschwören.

Nationale Freiheit und Souveränität können sich immer nur auf die Einheit eines alle Deutschen umfassenden Deutschen Reiches beziehen.

Die individuellen Freiheitsrechte westdeutscher Bürger könnten sich zu einem gewaltigen bahnbrechenden Strom von nationalem Einheitsstreben und Freiheitswillen vereinen, wenn sie in rechte Bahnen gelenkt und verantwortungsbewußt genutzt würden. Der verfassungsrechtliche Rahmen des Grundgesetzes der BRD gibt jedem Bundesbürger die Freiheit und das Recht zum Kampf für ein nationalpolitisches Einheitsstreben und gegen antideutsche anarcho-liberalistische wie linkssozialistische Saboteure und Verderber. Die Präambel des Grundgesetzes fordert das gesamte Volk auf, »in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden«.

Dieser nationalpolitische Verfassungsauftrag wird nach mehr als 37 Jahren ernster, ehrlicher und aktiver in Angriff genommen werden müssen, wenn nicht im In- und Ausland, vor allem bei unseren leidenden Landsleuten in der DDR und den besetzten Ostgebieten, der Eindruck sich vertiefen soll, daß die Deutschland-Politik der BRD seit Beginn der fünfziger Jahre auf der Stelle tritt, sich in vielen verbalen, häufig widersprüchlichen Erklärungen bei Feiertagen und Wahlkämpfen erschöpft und schließlich mit Hilfe einer destruktiven, deutschfeindlichen Schul- und Hochschulpolitik wie Medienbeeinflussung in Fernsehen und Presse in der Jugend durch gezüchtetes Kollektiv-Schuldbewußtsein, durch Geschichtsfälschung und Geschichtsvergessenheit, durch Verleumdung aller nationalen Zielsetzungen und statt dessen linksideologischer Indoktrination eine bereits sichtbare Wirkung erzielt wird, die im Zug fortschreitender Entnationalisierung das Ziel der Einheit Deutschland und der Wiedervereinigung im Schoß der Geschichte versinken läßt.

Vereinigung aller Deutschen zur Nation

Ein grundsätzlicher Wandel der menschlich-moralischen Haltung vieler Deutscher zum nationalpolitischen Denken ist an drei entscheidende Voraussetzungen gebunden: Idealismus, Gemeinschaftsbewußtsein und Pflichtethik.

Sie bilden die Grundlage für eine neue Aufgabenstellung und neue Wertmaßstäbe in der gesamten Staats- und Gesellschaftspolitik, von der Familie angefangen, den Schulen und Hochschulen, den Kirchen, Massenmedien und Medien, den Unternehmer- und Arbeitneh-



Deutschland

Ziel und Aufgabe deutscher Politik

merverbänden bis zu den politischen Parteien. Das gilt vor allem für die Rechts- und Umweltpolitik, für die Erziehungs- und Bildungspolitik, Gesundheits- und Sozialpolitik sowie Wirtschafts- und Finanzpolitik.

An der Spitze aller Ideale steht die Vereinigung aller Deutschen zur Nation in einem Reich, zugleich Richtschnur und Maßstab für alles Denken und Handeln – vor dem persönlichen Streben nach beruflichem Erfolg, nach Macht, Einfluß und Geld.

In der gegenwärtigen Situation einer geteilten deutschen Nation erfordert eine idealistische Grundhaltung und Denkweise eine konsequente Abkehr von materialistischer Gesinnung, die ausschließlich auf Mehrung von Wohlstand und Besitz, Wohlleben und Genuß wie auf opportunistisches Vorteilsdenken, Eigennützlichkeit und rücksichtslose Karrieresucht gerichtet ist.

Idealismus erfordert ein politisches Bewußtsein für die Wahrnehmung nationalpolitischer Ziele und Aufgaben im kämpferischen und opferbereiten Dienst an der Nation. Idealismus erfordert ein neues deutsches Geschichts- und Kulturbewußtsein voller Achtung und Ehrfurcht vor den großen, schöpferischen Leistungen deutschen Geistes.

Idealismus erfordert schließlich die nationalbewußte Überwindung aller durch verlogene Umerziehungsmethoden suggerierten Schuldkomplexe mittels Kriegsschuld- und Kollektivschuldlügen, eine Abkehr von würdeloser, demütigender Büßermentalität und opportunistischer Liebedienerei, vor allem Ablehnung jeder Form von geschichtsfälschender »Vergangenheitsbewältigung«.

Verziehung zu Rücksichtslosigkeit

Eine weitere Voraussetzung für einen Wandel zum nationalpolitischen Denken ist die Pflege des Gemeinschaftsbewußtseins, das in den vergangenen Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg in unverantwortlicher Weise vernachlässigt wurde.

An die Stelle eines alle Deutschen umfassenden Gemeinschaftsbewußtseins, das angesichts des verlorenen Krieges und einer geteilten Nation von besonderer Bedeutung gewesen wäre, trat im Zuge der Umerziehung die Überbetonung des Individualismus, das durch überzogenen Freiheitsgebrauch geprägte Ich-Denken, das von Kindheit an bereits die Familiengemeinschaft durch eine zersetzende, antiautoritäre Erziehung gefährdet.

Eine Freiheit des Einzelnen ohne oder gegen die Gemeinschaft ist keine Freiheit. Sie führt den Menschen in die Vereinzelung und Vereinsamung, wie sie bei der älteren Generation in erschütternder Weise zu beobachten ist.

Eine antiautoritäre Erziehung und Aufhetzung der Kinder und Jugendlichen gegen die Eltern zerstört die Familiengemeinschaft. Eine radikale Ideologisierung und Indoktrination mit marxistisch-sozialistischen Vorzeichen in Schulen und Hochschulen hat einen erheblichen Teil der jungen Generation gemeinschaftszersetzend zu Feinden und aggressiven Gewalttätern gegen die bestehende Staats- und Rechtsordnung erzogen.

Diese Verziehung wird tagtäglich noch durch eine TV-Infizierung mit den Bazillen von Brutalität und Grausamkeit, Gewalt und Terror, Rücksichtslosigkeit und Menschenverachtung unterstützt und verherrlicht.

Der Duldung dieser unseligen Komplizenschaft gegen die Jugend muß mit allen Mitteln ein Ende gesetzt werden. Es ist daher die entscheidende Aufgabe der Zukunft, den Weg für eine neue ethisch-moralisch verantwortbare Erziehungs- und Bildungspolitik zu ebnen, frei von ideologischen Fesseln – allein der Familiengemeinschaft und Gemeinschaft des ganzen deutschen Volkes und seiner nachfolgenden Generationen verpflichtet.

Zu dieser Gemeinschaft gehören alle Deutschen im Sinne des Artikels 116 Grundgesetz, nicht aber Ausländer oder gar Schein-Asylanten, da sie keine Gemeinsamkeiten mit den Deutschen wie Abstammung, Sprache, Kultur, Geschichte, Religion, Wertordnung und Traditionen als notwendige Voraussetzungen für die Bildung eines Gemeinschaftsbewußtseins und Zusammengehörigkeitsgefühl aufweisen können und eine Integration als unrealistisch und unzumutbar von beiden Seiten, Deutschen wie Ausländern, nicht gewollt und abgelehnt wird.

Das gilt für die weitaus überwiegende Mehrheit aller Deutschen und auch Ausländer, die nur hier bleiben, weil es ihnen wirtschaftlich besser geht als je zuvor in ihrer Heimat, im übrigen aber unter sich bleiben wollen – ein Zustand, der mit rund 4,5 Millionen Ausländern und über 700 000 Asylsuchenden mit unerträglichen und gefährlichen Folgen verbunden sein dürfte.

Geprägt von Staatsverneinung

Eine neue restriktive Ausländer- und Asylantenpolitik zur Abwehr von drohender Überbevölkerung und Überfremdung, die der egalitären Ideologie der Gleichmacherei ein Ende setzt, ist daher dringend gefordert. Die BRD ist faktisch Einwanderungsland – selbst für Afrikaner und Asiaten – geworden, eine Tatsache, die im eindeutigen Widerspruch zum deutschen Volkswillen und Interesse steht und daher die verfassungsmäßig geschützten, demokratischen Grundrechte der deutschen Bürger in einer unverantwortlichen und unwiderruflichen Weise verletzt.

Pflichtbewußtsein und Pflichtgefühl als wesentliche Charaktereigenschaften sind neben Idealismus und Gemeinschaftsbewußtsein eine dritte ethisch-moralisch bewegende Kraft für einen national-politischen Wandel.

Wenn man ein fruchtbares Gleichgewicht zwischen Persönlichkeit und Gemeinschaft, zwischen Bürger und Staat im gleichwertigen Geben und Nehmen erreichen will, müssen den Menschen- und Bürgerrechten gleichgewichtig Menschen- und Bürgerpflichten gegenüberstehen.

In der BRD hat sich das Verhältnis von Rechten und Pflichten, von Forderungen und Leistungen seit etwa der Mitte der sechziger Jahre zunehmend auf Kosten von Pflichterfüllung und Leistungswillen verschoben. Während die ersten beiden Jahrzehnte nach dem Krieg von dem ungeheuren Aufbau- und Leistungswillen der älteren Generation – herangewachsen und erzogen im Geist des Idealismus, Gemeinschaftsbewußtsein und Pflichtethik – geprägt wurden, nahmen danach anarcho-liberalistische und anarcho-sozialistische Tendenzen bis zur Staatsverhöhnung und Staatsverneinung, Gewaltherrschaft und mörderischem Terrorismus immer mehr zu, ohne daß die verantwortlichen Politiker aller Parteien fähig wären, mit den geeigneten Mitteln die Rechte der Bürger und die Staatssicherheit wirksam zu schützen.

Kann man hier noch von freiheitlicher Grundordnung, wehrhafter Demokratie und Rechtsstaat sprechen?

Leider wurden die Weichen für diese gefährliche Entwicklung bereits mit dem Grundgesetz gestellt: durch eine individualistisch-liberalistische Betonung der Grundrechte gegen den Staat und eine bei weitem nicht ausreichende Regelung der Grundpflichten für den Staat, für das Allgemeinwohl und für die Gemeinschaft aller Bürger.

Politik, Gesetzgebung und Rechtssprechung taten in den folgenden Jahrzehnten ein übriges, um Gemeinsinn und Bürgersinn, Gemeinschaftsbewußtsein und Achtung der Gesetze aufzuweichen.

Jeder ist sich selbst der Nächste

Auf dem sumpfigen Boden einer permissiven pluralistischen Gesellschaft, in der das ungehemmte sitten- und rechtlose Austoben von Einzelegoismus und Gruppenegoismus zur fragwürdigen Regel geworden ist, kann nicht einmal die vielbeschworene »Solidarität der Demokraten« gedeihen, am wenigsten jedoch ein für alle Bürger verpflichtendes Gemeinschaftsbewußtsein und eine für jeden verbindliche Pflichtethik im Sinne Immanuel Kants »Kathegorischem Imperativ«.

So ist typisch für die Mitmenschlichkeit und Moral vieler Bürger hierzulande, daß an die Stelle einer zu nichts verpflichtenden »Nächstenliebe« als Ausdruck einer gemeinschaftsbewußten Gesinnungsethik die zweifelhafte Verhaltensweise »Jeder ist sich selbst der Nächste« getreten ist.

Das hemmungslose Sichbereichern und Geldscheffeln auf Kosten anderer und der Allgemeinheit hat zu einem Ausmaß von Wirtschaftskriminalität und Korruptionsskandalen geführt, wie es in der deutschen Geschichte einmalig sein dürfte.

Mit einer zwar verschärften, aber keineswegs ausreichenden gerichtlichen Verfolgung und Bestrafung dieser Wirtschaftsverbrechen ist es allein nicht getan, sondern ein grundlegender, ethisch-moralischer Wandel zum Gemeinschafts- und Pflichtbewußtsein von der Erziehung in Elternhaus, Schulen und Hochschulen angefangen – hineinwirkend in alle staatlichen und gesellschaftlichen Bereiche – muß hinzukommen.

Vor allem ist das Vorbild der politischen Führung im Denken und Handeln aller Staatsorgane gefragt.

Der Bundestag als oberste Volksvertretung, dessen Bänke zu Zeiten wichtiger politischer Diskussionen häufig gähnende Leere aufweisen, während die Tribünen voller Jugendlicher vor einer entlarvenden Fernsehkamera eingefangen werden, bietet den erstaunten Zuschauern kein überzeugendes Vorbild, zumal dann nicht, wenn dieses »hohe Haus« im Volksmund »Selbstbedienungsladen« bei der einstimmigen Bewilligung höherer Diäten kritisieret wird. Ist es nicht verständlich, wenn seit Jahren gefordert wird, daß ein politisch unabhängiges Gremium die Frage einer Diätenerhöhung der Abgeordneten behandelt, beispielsweise der Bundesrechnungshof oder ein oberstes Gericht.

Eine entscheidende nationalpolitische Aufgabe der Gegenwartsbewältigung ist die uneingeschränkte Wiederherstellung einer unabhängigen Justiz und Staatsverwaltung – frei von ideologischer und parteipolitischer Befangenheit, Machtsbesessenheit und Bevormundung.

Nur die innere Unabhängigkeit und Unparteilichkeit, Objektivität und Wahrheitsliebe, Verfassungs- und Gesetzestreue von Richtern und Staatsanwälten gewährleisten gerechte Urteile und stellen das Vertrauen der Bürger in die Rechtstaatlichkeit und die ideologisch-politische Unabhängigkeit der dritten Gewalt wieder her.

Wiederbesinnung auf Werte deutscher Tradition

Wer die politische Landschaft der BRD seit Jahren betrachtet, wird freilich viele Gründe zu Zweifeln haben, ob die herrschende »Volkspartei« nebst ihren jeweiligen kleineren »Mehrheitsbeschaffern« als Manipulations- und Manövriermasse willens und fähig sind, die gegenwärtigen Verhältnisse politisch und gesetzgeberisch grundlegend zu ändern.

Dies ist die große und entscheidende Stunde einer nationalpolitischen Erneuerung und Wiederbesinnung auf die Ideale, Tugenden und Werte preußisch-deutscher Tradition, zu der alle Deutschen im geteilten Vaterland in Selbstbestimmung, Pflichtbewußtsein und Kampfbereitschaft aufgerufen sind. Es wird zugleich die Stunde der Befreiung von ideologischer Gefangenschaft und Knechtschaft, von Umerziehungsfolgen und opportunistischer Erfüllungspolitik, von Schuldkomplex und Geschichtsfälschung sein.

In getreuer Erinnerung an die Gefallenen und Toten, die für ihre Ehre und Freiheit, Gleichberechtigung und Selbstbestimmung ihres Volkes gekämpft haben, werden die Deutschen sich zur Einigkeit, zum Gemeinschafts- und Pflichtbewußtsein zusammenfinden müssen, wenn sie ihre nationale Not und Unfreiheit, Demütigung und Entrechtung überwinden wollen.

In diesem Sinne richtet sich der Appell an alle verantwortungsbewußten Deutschen, ihr aufgezwungenes Schicksal zur nationalen Einheit und Freiheit, zu Selbstbestimmung und gleichen Rechten mit dem Ziel zu wenden: Der Wiederherstellung eines alle Deutschen umfassenden Reiches – für Europa und die Welt. □

Der vorstehende Beitrag ist ein Auszug aus dem Schlußkapitel des Buches von Hans Heinz Bader »Deutschland vor der Entscheidung«, erschienen im Druffel-Verlag, Leoni.

Europa-Journal

Europäischer Versicherungsdschungel

Iren haben sich bei irischen Gesellschaften zu versichern, Franzosen bei französischen und Dänen bei dänischen. Im Bereich der Haftpflichtversicherung für Kraftfahrzeuge läßt nur Großbritannien gebietsfremde Versicherungsunternehmen auf dem einheimischen Markt zu. Bei Kasko-Versicherungen sieht die Lage nicht sehr viel besser aus.

Nach Ansicht des irischen Europa-Abgeordneten Thomas Raftery sind diese Praktiken diskriminierend und verstoßen gegen den Geist der Römischen Verträge. Die EG-Kommission stimmte jetzt dem Parlamentarier in ihrer Antwort zu. Sie habe deswegen bereits vor dem Europäischen Gerichtshof Klage gegen Frankreich, Dänemark, die Bundesrepublik Deutschland und Irland eingereicht.

Ferner habe sie dem Europa-Parlament einen ausführlichen Bericht zu diesem Problem vorgelegt. Zudem habe die Kommission der Frage einen umfangreichen Abschnitt in ihrem »Weißbuch« über die Vollendung des Binnenmarktes gewidmet. Der im Weißbuch enthaltene Zeitplan sehe ausdrücklich eine spezifische Richtlinie vor.

Was die Unfallstatistiken, Verkehrsordnungen, Verkehrsdichte, Reparaturkosten, Entschädigungen, Haftpflicht- und Kaskoversicherung, Steuern und andere Angaben betreffe, bestünden allerdings zahlreiche Unterschiede zwischen den Mitgliedsstaaten. Dies erschwert nach Auffassung des für Steuerfragen zuständigen EG-Kommissars Lord Cockfield eine Lösung des Problems zusätzlich. □

Traum von Billigflügen zerplatzt

Wegen des Streits zwischen Spaniern und Briten um den Flughafen von Gibraltar ist der Traum von der vorgesehenen Liberalisierung des europäischen Luftverkehrs vorerst zerplatzt.

Die zwölf EG-Länder hatten sich in allen Punkten einigen können: Sie hatten sich auf Änderungen von erheblicher Tragweite für den europäischen Luftverkehr verständigt. Erstens sollten die Fluggesellschaften ihre Tarife künftig frei gestalten können. Zweitens sollten alle Luftfahrtunternehmen durch größeren Wettbewerb zu einer dynamischen Preispolitik sowie zur Verbesserung und Vergrößerung ihres Angebots angehalten werden.

Ferner sollten neue Gesellschaften auf besonders gefragten Strecken in Konkurrenz zu den bereits bestehenden Anbietern treten dürfen. Außerdem sollten zahlreiche vollkommen neue Routen eröffnet werden.

Theoretisch hätten alle Fluggäste in Europa sich nun auf niedrigere Preise und eine größere Auswahl freuen können. Eine schrittweise Liberalisierung hätte heftige Marktschwankungen, die sowohl für die Fluggesellschaften als auch für die Passagiere von Nachteil wären, verhindert.

Nach Ansicht der EG-Kommission müssen die derzeitigen restriktiven Praktiken der Unternehmen unterbunden und ein Klima geschaffen werden, in dem Wettbewerb, Initiative und Innovationsgeist gedeihen. Hierzu müsse man den Regierungen ihr Vetorecht entziehen, mit dem sie gegenwärtig noch gegen Angebote und Preisgestaltung von Fluggesellschaften vorgehen können.

Alles hätte so schön sein können, doch die Pläne zerschellten am Affenfelsen von Gibraltar. Streitpunkt war das Abkommen von Utrecht aus dem Jahr 1715, mit dem der spanische Erbfolgekrieg beendet und Gibraltar an Großbritannien abgetreten wurde. Als Begründung der Ablehnung nannte Spanien freilich Angst vor der Konkurrenz eines britischen Flughafens direkt vor der Haustür. Es verlangte deshalb eine Ausnahmeregelung für Gibraltar. Da die EG-Partner diesem Wunsch nicht nachkommen wollten, boykottierte das iberische Land die gesamte Vorlage. □

ECU lautet die Devise

Hinter dem Dollar, der Deutschen Mark, dem Yen, dem Schweizer Franken und dem Pfund Sterling hat sich der ECU zu einer wichtigen Währung für die internationale Finanzwelt entwickelt. Der ECU-Geldverkehr beläuft sich bereits auf insgesamt 100 Milliarden. Die ECU-Emissionen haben auf dem internationalen Anleihemarkt die 27-Milliarden-Grenze überschritten. ECU-Darlehen gehören inzwischen zum europäischen Alltag. Das Volumen der Bankkredite und Guthaben in ECU beträgt etwa 60 Milliarden, das der täglichen ECU-Transaktionen rund 10 Milliarden.

Damit hat sich der ECU den Status einer internationalen Devise erobert. Trotz dieses eindeutigen Erfolges ist der spektakuläre Siegeszug der europäischen Währungseinheit seit einem Jahr offenbar ins Stocken geraten. Der schnelle Zuwachs bei den ECU-Emissionen verlangsamte sich, die Verwendung des ECU nahm im Vergleich zu den übrigen Währungen ab. Beim innergemeinschaftlichen Handel werden zumeist die DM, die anderen europäischen Währungen oder sogar der Dollar vorgezogen.

Um die Verwendung des ECU stärker zu fördern, will die EG-Kommission jetzt mit gutem Beispiel vorangehen. Künftig wird sie in ihren Änderungsvorschlägen zur EG-Finanzordnung Soll und Haben der Gemeinschaft in ECU aufführen. Die Kommission hat ihre Dienststellen angewiesen, den ECU sowohl in ihren Abrechnungen als auch in ihren offiziellen Texten zu verwenden.

Insbesondere sollen sie Waren und Dienstleistungen in ECU bezahlen und alle vertraglichen Abmachungen – wie zum Beispiel Sachverständigenverträge, Studienaufträge – auf der Grundlage von ECU ausstellen.

Die EG-Kommission beabsichtigt ferner, die Verwendung des ECU auch auf die Zahlungen der Strukturfonds auszuweiten. Die Empfänger der EG-Beihilfen und Vertragspartner der Kommission könnten dann über ECU-Bankguthaben verfügen. Damit würde sich die Führung von ECU-Konten weiter durchsetzen. □

Bald mehr Franzosen als Deutsche?

In rund 30 Jahren wird Frankreich mit 57,8 Millionen Einwohnern – derzeit 55 Millionen – das einwohnerstärkste Land der Europäischen Gemeinschaft sein. Die 1985 mit rund 61 Millionen Einwohnern noch »führende« Bundesrepublik Deutschland wird bis zum Jahr 2020 auf 51 Millionen Bürger geschrumpft sein. Das würde einen Bevölkerungsrückgang von drei Prozent ausmachen. Dies geht aus einer Dokumentation des Statistischen Amts der EG hervor.

Die Gesamtbevölkerung der EG-Mitgliedsstaaten wird bis 2020 um fünf Millionen Einwohner auf 328 Millionen um 2,1 Prozent ansteigen. Bis zum Jahr 2020 wird die Bundesrepublik auch von Großbritannien und Italien bevölkerungsstatistisch überholt werden.

Prozentual wird die irische Bevölkerung bis zum Ende dieses Jahrtausends voraussichtlich am stärksten ansteigen: Von 3,54 (1985) um 16,5 Prozent auf 4,12 Millionen Einwohner. Portugal wird bis zum Jahr 2000 einen Bevölkerungszuwachs von 9,7 Prozent verzeichnen können.

1985 zählte die EG 15 Prozent mehr Einwohner als die UdSSR (278,6 Millionen) und 35 Prozent mehr als die USA (239,2 Millionen). □

Über eine Million Obdachlose

Als das derzeit größte gesellschaftliche Problem in der EG gilt allgemein die Arbeitslosigkeit. Weitaus schlimmer als Arbeitslosigkeit und Armut ist jedoch die Lage der Obdachlosen. Diese Menschen hätten in der Regel weder Arbeit noch Geld.

Nach den Informationen der Wohltätigkeitsverbände zählt die Zwölfergemeinschaft gegenwärtig über eine Million Obdachlose. In diesem Jahr – von den Vereinten Nationen feierlich zum »Internationalen Jahr der Obdachlosen« erklärt – wird die Zahl der Menschen, die kein Dach über dem Kopf haben, weltweit auf 100 Millionen ansteigen.

In ihrer Resolution weisen die Abgeordneten des Europäischen Parlaments auf das europaweit zunehmende Problem hin und bemängeln die fehlende Initiative der Gemeinschaft. Sie möchten das Recht auf eine menschenwürdige Unterkunft in allen EG-Mitgliedsstaaten gesetzlich verankert wissen. Einzelpersonen und Familien sollten nicht auf die Straße gesetzt werden können, wenn keine Ersatzbleibe vorhanden ist.

Ferner fordern die Parlamentarier eine bessere Verwaltung der Sozialwohnungen, um sicherzustellen, daß diese Unterkünfte vor allem den am stärksten benachteiligten Gesellschaftsgruppen vorbehalten bleiben und möglichst wenig Wohnungen leerstehen. Außerdem verlangen die Abgeordneten ein Verbot von Gas- und Stromsperren im Winter. Diskriminierende Praktiken von Vermietern müßten unterbunden werden. □

Angleichung der Mehrwertsteuer

Die deutlich auseinanderklaffenden Verbrauchssteuersätze in der Europäischen Gemeinschaft sind derzeit das Haupthindernis beim Abbau der Grenzkontrollen zwischen den Mitgliedsstaaten. Die EG-Kommission hat deshalb jetzt weitreichende Vorschläge zur Angleichung der Mehrwertsteuer und sonstigen Verbrauchsabgaben – wie Alkohol-, Tabak- und Mineralölsteuern – vorgelegt.

Bereits im »Weißbuch zur Vollendung des Binnenmarktes« hatte die EG-Kommission vor zwei Jahren die Harmonisierung der indirekten Steuern bis Ende 1992 verlangt. Einheitliche Mehrwertsteuersätze hält sie unter Hinweis auf die Schwankungen zwischen amerikanischen Bundesstaaten nicht für erforderlich. Die EG-Staaten sollen daher innerhalb einer Bandbreite von 14 bis 20 Prozent den »normalen« und von 4 bis 9 Prozent den »ermäßigten« Mehrwertsteuersatz festlegen können.

Unter den ermäßigten Mehrwertsteuersatz sollen Güter des täglichen Bedarfs fallen: Lebensmittel, Wasser, Heizmaterial, Beleuchtung, Medikamente, Bücher, Zeitungen und Zeitschriften sowie die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel.

Derzeit bestehen in einigen Mitgliedsländern bis zu vier unterschiedliche Besteuerungssätze. Die Spanne reicht von ein Prozent (Mindestsatz in Belgien) bis zu 38 Prozent (auf Luxusgüter in Italien). Darüber hinaus erheben Großbritannien, Irland und Dänemark auf bestimmte Waren keinerlei Mehrwertsteuer. In diesen Ländern hält die Kommission auch künftig Ausnahmeregelungen für möglich.

Mit Rücksicht auf die Bedeutung der Mehrwertsteuer als staatliche Einnahmequelle will sie andererseits auf zu starke Verschiebungen gegenüber den derzeitigen Sätzen verzichten. Für die Verbrauchsabgaben sind EG-einheitliche Sätze geplant. Da auf die betroffenen Produkte ohnehin Mehrwertsteuer erhoben wird, befürchtet die Kommission bei abweichenden Verbrauchsabgaben übermäßige Preisunterschiede in Europa. □

Packt den Weizen in den Tank

Bis zum Jahr 2000 wird der jährliche Benzinbedarf der Europäischen Gemeinschaft voraussichtlich auf 100 Millionen Tonnen ansteigen. 1990 werden 20 Prozent des Gesamtverbrauchs auf bleifreie Kraftstoffe entfallen. Ihr Anteil wird sich bis zum Ende des Jahrhunderts auf 83 Prozent erhöhen.

Auf Grundlage dieser Zahlen hat eine unabhängige Sachverständigengruppe eine Studie über die Verwendbarkeit von Bioäthanol – einem aus Getreide, Rüben, Kartoffeln und ähnlichen Produkten gewonnenen Treibstoff – erstellt. Nach Ansicht der Experten würde der Einsatz von Bioäthanol den Gemeinschaftshaushalt derzeit noch erheblich belasten.

Würde Brüssel entsprechende Versuchsvorhaben allein finanzieren, so lägen die erforderlichen Subventionen weit über den heute üblichen Erstattungen für Agrarexporte. Soll sich das Bioäthanolgeschäft für die Mineralölgesellschaften lohnen, so müßten sie von Europas Autofahrern für den alternativen Treibstoff zwischen 60 und 120 Prozent des Preises (vor Steuer) für Superbenzin verlangen.

Ein Hektoliter Bioäthanol kostet gegenwärtig zwischen 48 und 53 ECU (ein ECU sind DM 2,07). Selbst bei einer EG-Subvention von 70 ECU pro Tonne Getreide bliebe nach Einschätzung der Sachverständigen immer noch ein Fehlbetrag von 15 bis 20 ECU pro Hektoliter zwischen dem Verkaufspreis von Bioäthanol und der Rentabilitätsschwelle für die Mineralölgesellschaften.

Ohne Gemeinschaftshilfe wäre Bioäthanol nur wettbewerbsfähig, wenn der Ölpreis auf 40 US-Dollar pro Faß – also fast das Doppelte – anstiege oder der Erzeugerpreis für Weizen um 40 Prozent fiele oder aber beide Entwicklungen in weniger spektakulärem Ausmaß zusammenträfen.

Technisch gesehen steht der Produktion oder Verwendung dieser neuen Energie nichts entgegen. Probleme wirft derzeit nur die Kostenfrage auf. □

Neuer Krisenplan für die Stahl-Industrie

Die EG-Kommission hat jetzt einen neuen Krisenplan für die krisengeschüttelte Stahlindustrie vorgelegt. Sie will damit einen Ausgleich für die rund 80 000 Arbeitsplätze schaffen, die in den Jahren 1988 bis 1990 voraussichtlich abgebaut werden müssen. Für die vorgesehenen Umstrukturierungsmaßnahmen sollen teilweise die Unternehmen selbst über eine besondere Stahlabgabe aufkommen.

Obwohl die europäische Stahlindustrie von 1980 bis 1986 ihre Kapazität bereits um 32 Millionen Tonnen verringert hat, ist sie insgesamt noch nicht aus den roten Zahlen heraus, zumindest was bestimmte Produktionszweige betrifft. Nach Schätzungen beläuft sich der derzeitige Kapazitätsüberhang auf 20 Millionen Tonnen. Davon entfällt der größte Teil auf die europäischen »Stahlriesen«.

Der Abbau dieser Überkapazitäten würde die Stillegung von Werken und den Verlust von rund 80 000 Arbeitsplätzen innerhalb von drei Jahren bedeuten. Um die Folgen dieser Betriebsschließungen für die betroffenen Arbeitnehmer zu lindern, sieht der EG-Kommissionsplan die Bildung eines Fonds in Höhe von 600 Millionen ECU vor. 70 Prozent der Gelder sind Abfindungen und 30 Prozent für die Finanzierung von Vorruhestandsregelungen sowie die Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen bestimmt.

Den größten Teil der Fondsmittel sollen die Stahlgesellschaften selbst über eine besondere Abgabe aufbringen, die sie ab einem bestimmten Produktionsniveau zu zahlen hätten. Die betroffenen Firmen haben gegen diesen Vorschlag bereits Bedenken angemeldet. Sie machen unter anderem geltend, daß sie in der Vergangenheit schon erhebliche Kapazitätseinschnitte vorgenommen hätten, ohne dafür eine Entschädigung erhalten zu haben. □



Europäische Gemeinschaft

Reagans Kritik an den Europäern

Oscar Boline

Die Parlamentsdebatten und die öffentlichen Denunziationen der Politik der amerikanischen Regierung, die durch die Neufassung des »Export Administration Act« hervorgerufen wurden, waren verheerend für das Prestige der Vereinigten Staaten in ganz Europa. Sie spielten bei den Diskussionen im Europa-Parlament über die europäischen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten eine entscheidende Rolle.

Die Tatsache, daß die amerikanische Regierung unter Ronald Reagan Inspektoren des US-Handelsministeriums, die Bluthunde des CIA und des amerikanischen Außenministeriums in zunehmendem Maße einsetzt, um die Verkäufe, die westeuropäische High-Tech-Produzenten mit dem Sowjetblock, Rotchina, dem Iran und dem Irak abwikkeln, genauestens zu überwachen, wird von Mitgliedern des Europa-Parlaments als ein Mittel angesehen, die Europäer aus diesen rasch expandierenden Märkten herauszuhalten, während den amerikanischen, multinationalen Unternehmen freie Hand darin gegeben wird, alles zu verkaufen, was sie nur wollen.

Eine jubelnde Menge begrüßte US-Präsident Reagan zur 750-Jahr-Feier in Berlin. Nicht zu sehen waren die antiamerikanischen Demonstranten.

Die schwarze Liste des CIA

In Berichten für die britische High-Tech-Industrie und andere, die von Denis Cahill, einem Londoner Rechercheur verfaßt wurden, wird die Industrie geschildert als eine Industrie, die ständig von den »starken Männern« im amerikanischen Verteidigungsministerium, dem Zoll- und Abgabendient des US-Handelsministeriums, dem US-Außenministerium und dem CIA, dem amerikanischen Geheimdienst, schikaniert wird.

Unter diesem Druck haben einige britische Firmen ihre Läden dicht gemacht. Jenen, die überlebten, gelang dies nur, indem sie sich anpaßten, denn die britische Regierung ist zu unterwürfig, als daß sie diese Firmen beschützen könnte, obwohl die angewandten Methoden der amerikanischen Regierungsbehörden und auch amerikanischer, multinationaler Unternehmen eindeutig britische Gesetze verletzten. In einigen Fällen ging es sogar um Spionage.

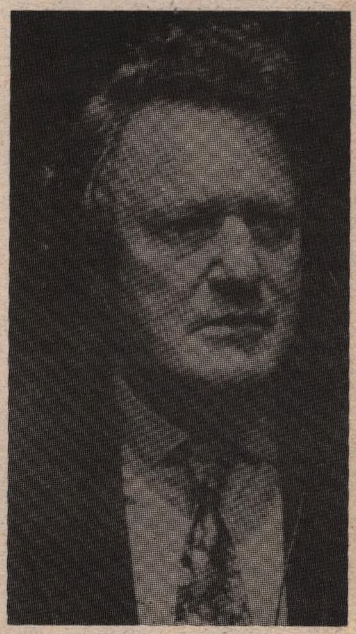
»Wir wissen aus einer Rede des damaligen CIA-Chefs William Casey, die er am 2. April 1984 in Palo Alto (Kalifornien) gehalten hat, daß der CIA über eine schwarze Liste mit 300 europäischen Firmen verfügt, die amerikanische Bestimmungen übertreten haben. Es besteht kein Zweifel daran, daß diese Bestimmungen von der amerikanischen Industrie und insbesondere den großen US-Firmen benutzt werden, um britische und europäische Exporteure draußen zu halten, während sie einsteigen und absahnen«, meinte Paddy Ashdown, Abgeordneter im britischen Parlament.

Niemandem kommt in höherem Maße die Verantwortung und Kritik an diesen Aktivitäten zu, als dem ehemaligen Staatssekretär für internationale Sicherheitsangelegenheiten im US-Verteidigungsministerium, Richard Perle. Seinen Kritikern zufolge wurde Perle noch mächtiger in dem Augenblick, als er das amerikanische Verteidigungsministerium verließ, um der Top-Berater und Unterhändler in internationalen Sicherheitsangelegenheiten für die Reagan-Regierung, die Ministerien in Washington und die multinationalen Unternehmen zu werden.

Wolkenkuckucksheim einer neuen Weltordnung

Berichten zufolge steckt Perle auch eine Menge Geld dafür ein und verdient mehr in einer Woche oder einem Monat als zuvor in einem Jahr.

Geoffrey Robinson, Mitglied des britischen Parlaments aus der High-Tech-Region Coventry, nannte die US-Politik eine »schrittweise Politik effektiven, kommerziellen Zwangs, die von Richard Perle inszeniert wird . . . Der wahre Zweck, den Richard Perle und Genossen schon lange anstreben, besteht darin, daß die britischen Firmen,



Peter Vanneck kritisierte die Entscheidung der US-Regierung kuweitische Öltanker mit dem Sternenbanner zu schützen.

die diese neuen Bestimmungen akzeptieren, Revisionen in ihren Unternehmen zulassen«.

Dies impliziert, daß sich britische High-Tech-Produzenten sämtlichen Kontrollen, die Perle verlangen würde, vollständig unterordnen. Michael Meadowcroft, Mitglied des britischen Parlaments aus Leeds – ebenfalls eine High-Tech-Region –, sprach von den Schwierigkeiten, die Perles Kontrollen den Unternehmen in seinem Wahlkreis



verursachen: »Diese Firmen haben nicht das Geld oder die Ressourcen, um einen langen Kampf mit amerikanischen Unternehmen zu führen. Deshalb können sie nichts anderes tun als nachgeben, anstatt unter solchen Umständen zu kämpfen.«

Das bedeutet, daß sie unter die Kontrolle der multinationalen Firmen geraten oder von ihnen aufgekauft werden, die die Klienten von Perles »Berater«-Tätigkeiten sein sollen.

In einer Rede vor dem britischen Parlament fügte Meadowcroft hinzu: »Ich denke, wenn es keinen vereinten europäischen Markt gibt und keine vereinte, europäische Kooperation in diesen Angelegenheiten, gibt es keinen Weg, wie wir dem Verlangen der Amerikaner, sich in unseren Markt einzumischen, um ihre eigene Konjunktur aufrechtzuerhalten, entgegentreten können.«

Dann betonte Meadowcroft: »Ich glaube, die amerikanische Wirtschaft befindet sich in großer Not.«

Die Mission der IBM

Diese »Not«, die Meadowcroft meint, ist auf die Tatsache zurückzuführen, daß die US-Regierung eine »Freihandels«-Politik verfolgt hat in einer Welt, in der die Länder darauf bestehen, die Arbeitsplätze für ihre eigenen Arbeiter zu erhalten und ein Agrarsystem, basierend auf den Bedürfnissen der eigenen Bauern und Menschen zu fördern, um die Sozialstruktur nicht ganz zu zerstören.

Mit anderen Worten: Auf der Suche nach dem Wolkenkuckucksheim einer »neuen Weltordnung« hat Amerika die Welt ins Bockshorn gejagt.

Viele Mitglieder des Europa-Parlaments betrachten diese neue Weltordnung als »Quatsch«, der von den amerikanischen multinationalen Industriellen und Bankern ausgedacht ist, die im Streben nach Profit die Wirtschaft der Vereinigten Staaten und anderer westlicher Industriestaaten zerstören.

Jetzt, wo sich die amerikanische Wirtschaft in den letzten Stadien vor ihrem vollständigen Zusammenbruch befindet, greifen das Weiße Haus und die multinationalen Firmen zu unfairen, wirtschaftlichen Praktiken auf den Exportmärkten angesichts der weltweiten Depression und Reorganisationsperiode, die vor uns liegt.

In keinem Bereich wirtschaftlicher Aktivität sind diese letzten Atemzüge der multinationalen Firmen und der US-Regierung deutlicher sichtbar als in den High-Tech-Exporten der USA, weil die amerikanische Regierung darin direkt verwickelt ist.

»Im Gegensatz zu der Mehrzahl der in diesem Streit über High-Tech-Exporte verwickelten Menschen habe ich mich in den Ostblock begeben und die Technologie-Strategie der Amerikaner dort untersucht«, meinte Kevin Cahill, der Hauptrechercheur für Ashdown, in einem Interview mit mir.

»Ich habe die Leipziger Messe besucht, wo mir ein IBM-Verkäufer an einem Stand erzählte, was ich hier zitiere: ›Wir haben die Mission dem Ostblock die Technologie zu bringen.‹ Er sagte mir das vor einem Computer stehend, wo Leute in Großbritannien dafür ins Gefängnis wandern müßten, wenn sie ihn an den Ostblock verkaufen würden.«

Cahill erläuterte, daß er damit die Bedingungen meinte, die die US-Regierung britischen Produzenten auferlegt hat und die in den Verträgen mit den amerikanischen Lieferanten der Technologie oder der Teile, die verwendet werden, stehen.

Diese Vertragsklauseln wurden zunehmend härter und verwikkelter, nachdem Perle bei Amtsantritt der Reagan-Regierung ins US-Verteidigungsministerium kam und William Casey CIA-Boß wurde. Seither sind diese Kontrollen zum Thema in Parlamentsdebatten geworden, so daß jene, die Kritik üben wollen, von den multinationalen Unternehmen nicht in Prozesse verwickelt werden können.

Der infame IBM-Brief

In der am meisten bekannt gewordenen Debatte ging es um den »infamen IBM-Brief«, wie er von der britischen Presse treffend bezeichnet wurde.

Es handelte sich dabei um ein Schreiben, das an IBM High-Tech-Leasing-Kunden verschickt worden war und demzufolge jeder – vom Studenten bis zum Nachtpförtner –, der Zugang zu einem IBM-Computer hat, für den Rest seines Lebens Gefahr lief, ein potentielles »Sicherheitsrisiko« zu sein und ihn zu einem Verdächtigen machte, der vom CIA und anderen amerikanischen Behörden beobachtet werden muß.

Die Debatte über den »infamen IBM-Brief« fand im Mai 1985 statt. Perle und Casey wurden für die allgemeine, strengere Überwachung verantwortlich gemacht, die diesem Schreiben folgte.

»Amerikas High-Tech-Firmen behaupten immer, sie hätten nichts zu tun mit dem, was die Regierung von ihnen verlangt«, fuhr Cahill fort. »Doch wir haben festgestellt, daß diese Firmen, die ›gezwungen‹ werden, diese ›schrecklichen‹ Dinge zu tun wie unsere Souveränität verletzen und internationale Gesetze brechen, sich mit diesen Leuten – dem US-Verteidigungsministerium, dem Handelsministerium, dem amerikanischen Außenministerum und dem CIA – an einen Tisch setzen und Unternehmungen planen wie ›Operation Arrow‹ und ›Operation Conduit‹.

Das letztendliche Ziel dieser Übungen ist es nicht, zu verhindern, daß High-Tech in den Ostblock geht, sondern westeuropäische Länder davon abzuhalten, mit dem Osten Handel zu betreiben und den amerikanischen Firmen eine Vorrangstellung einzuräumen. Das Ganze ist im wesentlichen ›Betrug‹.«

Dieser Unglaube an die Ziele der amerikanischen Politik und der Widerwille gegen die Verletzung europäischer Souveränität durch amerikanische Agenten hat zu einem weit verbreiteten, allgemeinen Mißtrauen gegen die amerikanische Regierung geführt. Das zeigte sich auch in den jüngsten Diskussionen über die amerikanisch-europäischen Beziehungen, als das Europa-Parlament mit überwältigender Mehrheit Sir Peter Vannecks Vorschlag unterstützte, gegenüber Kuwait zu protestieren, daß Öltanker dieses Landes unter der amerikanischen Flagge künftig fahren und die USA noch Begleitschutz durch ihre Marine im Persischen Golf stellen. □

Europäische Gemeinschaft

Der Trick der USA mit Cocom

Oscar Boline

Viele Europäer verfolgten mit großem Interesse die Berichte aus Washington, wo Mitglieder des amerikanischen Kongresses versuchten, sich aus der Affäre zu ziehen, als unerwartet die »Toshiba-Blase« platzte. Manche verglichen das Ganze mit der »Südsee-Blase«, die im Jahr 1720 geplatzt war und eine finanzielle Katastrophe über viele von Englands reichsten und prominentesten Familien brachte. Beide, so wird behauptet, wiesen das gleiche Element von »schnell reich werden« auf, in dem die wahren Tatsachen illegaler Dummheiten ignoriert werden.

Eigentlich sollte man annehmen, daß die Amerikaner zumindest für eine Weile aufgewacht sind und gemerkt haben, was die japanischen Firmen der Rüstung und Wirtschaft Amerikas sowie anderer westlicher Industrienationen antun. Die Frage aber bleibt dann noch: Werden sie lange genug wachsam bleiben, um die Rolle zu erfassen, die amerkanische Banken und multinationale Unternehmen im Toshiba-Skandal gespielt haben?

Es begann in den fünfziger Jahren

KV ist die norwegische Firma, die das elektronische Steuersystem für die Toshiba-Fräswerke geliefert hat, mit denen die Sowjets ultraleise Propeller für ihre U-Boote bauen konnten. Vorher wurden sowjetische U-Boote auf eine Entfernung von 200 Meilen geortet. Jetzt ist dies nur noch auf zehn Meilen möglich.

Unter den Mitgliedern des Europäischen Parlaments und Experten in Sachen Handel mit dem Sowjetblock gibt es viele, die keinen Zweifel daran lassen: Einige Amerikaner sind sehr stark verwickelt in die Verkäufe nach dem Muster Toshiba und KV und verdienen recht gut daran.

Ihnen zufolge ist es eine lange Geschichte, die auf Mitte der fünfziger Jahre zurückgeht, als die amerikanischen Radio- und Fernsehgesellschaften beschlossen hatten, mit der Produktion nach Japan zu gehen, und ihren japanischen Lizenznehmern die Technologie und die US-Märkte zur Verfügung stellten. Sehr bald wurden auch die amerikanischen Banken in diese Geschäfte verwickelt.

Im Jahr 1976, als der verstorbene amerikanische Senator Frank Church seinen Bericht über die Geschäfte amerikanischer Banken im Ausland veröffentlichte, bezogen viele der größeren Banken über 70 Prozent ihres Bruttoeinkommens aus Geschäften mit Japan und anderen Teilen Asiens. Bis zu diesem Zeitpunkt war Japan zum Produzenten und weltweiten Vermarkter von Technologie geworden, die in den Vereinigten Staaten auf Kosten des amerikanischen Steuerzahlers entwickelt worden war.

Mit Blickrichtung auf die Märkte im Sowjetblock behaupten diese Informanten, die Japaner wollten Produkte liefern, die teilweise auf den Cocom-Listen stehen. Cocom ist eine unter der NATO etablierte Kommission zur Koordination strategischer Exporte an den Sowjetblock.

Japan war der Mittelsmann

Die Tatsache, daß Japan nicht Mitglied der NATO sei und besondere Beziehungen zu den Vereinigten Staaten unterhalte, wird häufig als Grund dafür angesehen, warum japanische Geschäftsleute nach einem Weg gesucht haben, die Cocom-Schranken zu umgehen.

Japan wird als Mittelsperson charakterisiert, die den multinationalen Investoren Amerikas dazu diente, den amerikanischen Steuern zu entgehen. Warum also jetzt nicht als ein Mittel, die Cocom zu umgehen?

Es soll häufige Verletzungen der Cocom von seiten der Japaner geben, die »unentdeckt« bleiben, während die europäischen Gegenspieler wegen ähnlicher Verletzungen aus dem Geschäft gedrängt werden.

»Die Vereinigten Staaten haben einen enormen Einfluß auf die internationale japanische Politik. Die vielen Vorteile, die Japan hatte, sind hier in Europa sehr wohl bekannt«, kommentierte James Moorhouse, Mitglied des Europäischen Parlaments und Experte für Japan-Handel.

»Wir haben nicht das, was unsere amerikanischen Freunde haben, und damit sind wir im Nachteil. Mein erster Instinkt war, für die amerikanischen Senatoren zu sein, die 92 zu 5 stimmten, um Toshiba vom US-Markt auszuschließen. Diese Firma hat den Geist und vielleicht auch den Buchstaben der Cocom-Vereinbarung verletzt. Das ist eine sehr ernste Angelegenheit und das muß gründlich klargemacht werden.«

Angesichts Amerikas »ungeheurem Einfluß« auf Japan schauen viele Parlamentsabgeordnete und andere europäische Politiker mit großen Befürchtungen nach Washington. Die lange Zeitdauer – vier Jahre – zwischen den Toshiba-KV-Verkäufen und ihrer »ersten« Entdekkung, dann deren Vertuschung für weitere eineinhalb Jahre, in denen die Verjährung abgelaufen war, schüren viele Verdachtsmomente und Spekulationen.

Die vorrangigsten Verdächtigungen konzentrieren sich auf die Person von Richard Perle.

Die Arbeit der Cocom

Perle war von Januar 1981 bis letztes Frühjahr Staatssekretär für nationale Sicherheitsangelegenheiten im US-Verteidigungsministerium. Kurz danach wurde der Toshiba-KV-Skandal in der Öffentlichkeit bekannt. Der Verkauf dieses hoch-strategischen Geräts, seine Lieferung und die Entwicklung der neuen sowjetischen U-Boote, all das geschah unter Perles »wachsamem« Auge.

In jenen sechs Jahren hat Perle über 100 europäische Firmen auf die schwarze Liste gesetzt und teilweise in den Bankrott getrieben; viele von ihnen hatten Ausrüstung mit nur unbedeutenderen Komponenten von fraglicher strategischer Bedeutung verkauft.

Geoffrey Robinson und Paddy Ashdown, beide Mitglieder des britischen Parlaments, behaupten von Perle, er habe über die High-Tech-Produzenten in ganz Europa eine Terrorherrschaft ausgeübt. Amerikanische Regierungsvertreter aus dem Verteidigungsministerium, dem Handelsministerium, dem Finanzministerium, dem Außenministerium und vom CIA werden der Verletzung von Gesetzen über Exterritorialrechte in Europa beschuldigt, während sie Japan gegenüber alles durchgehen ließen.

Die Tatsache, daß Perle – jetzt nicht mehr im US-Verteidigungsministerium – als »Berater« mehr Geld verdient als je zuvor, ist eine Quelle von vielerlei Gerüchten unter jenen in Europa, die mit seinen Spitzeln und Schnüfflern fertig werden mußten. Einige behaupten, seine Kunden seien vornehmlich amerikanische Firmen mit japanischen Lizenznehmern wie jene Unternehmen, die in den Toshiba-KV-Skandal verwickelt sind.

Die weitreichenden Tabus der Cocom-Vereinbarung geben Anlaß zu solchen Beschuldigungen wie »Büroklammer-Mentalität« hinsichtlich der Kontrolle von Exporten an den Sowjetblock. Während sie Beratern wie Perle ein schönes Leben garantiert, ist es leicht, die gegenwärtige Cocom-Vereinbarung zu verletzen.

Spencer Batiste, Mitglied des britischen Parlaments, hat zur Arbeit der Cocom seine eigenen Gedanken. Es gibt zwei große Bereiche, in denen Batiste zufolge Europa und die Vereinigten Staaten anscheinend nicht zusammenkommen können:

»Der erste bezieht sich auf Cocom selber: Die Europäer sind der Meinung, wir sollten die Technologie, die wir unter Kontrolle halten wollen, eher auf ein absolutes Minimum beschränken, um eine effektive Überwachung zu garantieren, anstatt sie überall hin zu verstreuen in dem Wissen, daß es zu Verletzungen kommen wird, weil sie nicht kontrollierbar ist.

Der zweite Bereich liegt in der Überzeugung der Amerikaner, daß die Vereinigten Staaten das Recht haben, ihre eigene inländische Gesetzgebung extraterritorial auch auf unsere Länder auszudehnen. Wir Europäer betrachten das als fundamentalen Bruch unserer Souveränität.«

Die Schiebung zwischen USA und Japan

Als ob er auf ein Verdunkelungsmanöver zwischen Japanern und Amerikanern hindeuten wollte, fuhr Batiste fort: »Ich denke, es herrscht eine deutliche Vorstellung unter den Europäern, daß die High-Tech-Industrien Europas von den Vertragspartnern der Cocom-Vereinbarung kaltgestellt worden sind, und deshalb liegen sie weit hinter denen der Vereinigten Staaten und Japan zurück.

Wir hier in Europa wollen unseren Anteil an den High-Tech-Märkten. Wenn britische Firmen nach Rotchina exportieren wollen, verlieren wir an die Amerikaner. Weil amerikanische Bauteile dabei sind, müssen wir erst die Genehmigung der Cocom abwarten. Das dauert Monate. Inzwischen haben die Amerikaner das Geschäft getätigt und die Waren geliefert.«

Was das Toshiba-KV-Geschäft betrifft, kommentierte Batiste: »Vom europäischen Standpunkt her zögern wir, wütend auf die Japaner zu sein. Wir vermuten, daß amerikanische Firmen, ob entdeckt oder unentdeckt, wahrscheinlich seit langem ähnliches tun.

Bisher haben die Japaner eher dazu geneigt, die Forschungs- und Entwicklungsarbeit anderer auszunutzen, als es selbst zu machen. Doch in jüngster Zeit hat es in den japanischen langfristigen Perspektiven eine bedeutende Wende in Richtung starker finanzieller Förderung von Grundlagenforschung gegeben.« □

Großbritannien

Der Sieg der Mrs. Thatcher

Ivor Benson

Die letzte Wahl in Großbritannien ist schon fast vergessen. Aber erst jetzt wird klar, was Margaret Thatchers Wahlsieg für die Konservative Partei bedeutet. Schließlich errang die britische Premierministerin eine Mehrheit von 101 Sitzen gegenüber allen anderen Parteien. Dies verursacht jetzt große Sorgen bei den linken politischen Kreisen des Landes, weil man befürchtet, daß die Lady in den nächsten Jahren »ihre schamlose populistische Revolution« fortsetzen wird.

Die Wahl in Großbritannien setzte auch ein anderes Zeichen von Weltbedeutung, nicht wegen irgendwelcher Auswirkungen, die eines Tages zu einem erfolgreichen Ergebnis führen könnten, sondern eher als ein Hinweis, daß etwas Bedeutendes lange vor den letzten britischen Wahlen begonnen hat. Revolutionäre Kräfte, die der Welt ein Jahrhundert an beispiellosen Konflikten und Tragödien gebracht haben, mußten jetzt eine unerwartete Wende erleben, die künftig unabänderlich sein könnte.

Das Ausmaß ihres Triumphes

Mit anderen Worten, die letzte Wahl hat mit ziemlicher Sicherheit weltweit mehr Bedeutung als in Großbritannien.

Über das, was in dieser Wahl geschehen ist, wird mit löblicher Offenheit und Genauigkeit, mit Wehklagen und gegenseitigen Beschuldigungen in der Sprache der Linken berichtet. Zum Beispiel der »Guardian« schrieb: »Es ist ein sensationelles und niederschmetterndes Ergebnis . . . das Ausmaß ihres Triumphes.«

Und der »Observer«: »Die einzige Interpretation, die sie aus dieser überwältigenden Mehrheit ziehen kann, ist, daß das Land gutheißt, was sie tut. Sie kann mit dem fortfahren, was dem Volk gefällt.«

Was das Ergebnis für die Linke noch schockierender macht, war die Tatsache, daß allen bekannten Regeln moderner Parteipolitik zufolge, ganz zu schweigen von den Meinungsumfragen und den Aussagen der Experten, es nicht hätte passieren dürfen. Alle mußten zugeben, daß irgend etwas grundlegend falsch war in den Berechnungen. Es ist der fehlende Faktor in jenen Berechnungen, der Mrs. Thatchers Sieg so wichtig macht.

Hugo Young vom »Guardian« kam der so schwer zu ergründenden Wahrheit am nächsten: »Es war vor allem ein Sieg für sie. Sie hat Kraft ihrer Natur gewonnen. Das ist das Ausmaß ihrer Leistung. Nur wenige Führer sind unter anderem auch von ihren eigenen Freunden mehr gehaßt worden. Doch ihre unangenehmen Tugenden – die Zähigkeit, die Unerschütterlichkeit, das entschieden Selbstgerechte – bringen noch immer die Wählerstimmen.«

Was hat Mrs. Thatcher gemacht?

Was ist es nun also, das Mrs. Thatcher vorangebracht hat, und was wird sie jetzt weiter tun?

Antwort: Sie hat den Prozeß der Umkehr jener linken Revolution zumindest begonnen, der Großbritannien seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges in Richtung totaler Preisgabe all dessen getrieben hat, für das das Land immer als eine freie und unabhängige Nation stand.

Sie mußte die Revolution mitmachen – zum Beispiel mußte sie in Rhodesien den Verrat von ihresgleichen mit ansehen –, doch einiges von dem, was im Rahmen des Möglichen lag, hat sie zu unternehmen gewagt und hatte damit auch weitgehend Erfolg.

Sie hat die Macht der Gewerkschaften praktisch gebrochen – durch das geniale Rechtsmittel der Wiederherstellung der Macht der Gewerkschaftsmitglieder –, und sie hat mit der Reprivatisierung von Unternehmen, die verstaatlicht worden waren, einen guten Anfang gemacht. Sie hat dies erreicht in einer Regierung, die noch immer überladen war mit »wets« (»weichen« Konservativen) selbst auf Kabinettsebene und vielen anderen in wichtigen Parteipositionen, die ständig gegen sie gearbeitet haben.

Ihr Sieg bei den Wahlen hat ihr die Chance eingebracht, ihre eigene Position in der eigenen Partei zu stärken.

Der »Guardian« schreibt ganz offen über die Aussichten, die die Linken jetzt in Alarm versetzen: »Entschlossen, den Sozialismus aus Großbritannien zu vertreiben, haben die Konservativen plötzlich die Mittel, die Zeit und die Vollmacht durch das Volk bekommen, um es zu tun. Bei dem Versuch werden sie sich mit der parlamentarischen Opposition befassen müssen.

Für die Opposition ist das Wahlergebnis so schlecht, wie es für die Regierung gut ist.«

Anlaß zu einer grenzenlosen Spekulation

Die Hauptbereiche, denen sich Mrs. Thatcher vorrangig wird widmen müssen, wenn sie den Sozialismus in Großbritannien beseitigen will, sind das Gesundheitswesen, Erziehung, Ausbildung, Polizei – alles Gebiete, die derzeit offensichtlich auf Krisensituationen zusteuern, und Bereiche, in denen sie in den ersten beiden Legislaturperioden ihrer Amtszeit nur wenig erreicht hat.

Wenn wir die volle Bedeutung der britischen Wahlen unter welthistorischen Gesichtspunkten erfassen wollen, müssen wir uns kurz die aktuelle Zwangslage der parlamentarischen Opposition anschauen: die Labour Par-

Großbritannien

Der Sieg der Mrs. Thatcher

ty und die Liberal Party sowie ihr sozialdemokratisches Bündnis.

Im »Guardian« wurde dazu ganz offen gesagt, was die Aussichten angeht: »Es geht nicht mehr darum, wie man eine Verbindung zwischen einem wiederbelebten Bündnis und einem ›vernünftigen‹ Flügel der Labour Party herstellt, sondern ob es unter dem Banner der Labour Party möglich ist, die geteilten Millionen progressiver Wählerstimmen zu vereinen und wirksam zu machen. Im Augenblick scheint die Verwirklichung dieser Idee in der Ferne zu liegen.

Geschichte und Persönlichkeit links von Kinnock innerhalb der Partei und rechts von ihm außerhalb der Partei sprechen erheblich dagegen. Alte Risse, die für die Dauer der Wahlen verdeckt worden sind, kommen wieder zum Vorschein.

Mrs. Thatcher hat sehr viel mehr, auf das sie mit Recht stolz sein kann. Da sie die gesamte Opposition so sehr ihrer Macht beraubt hat, wird sie die nächsten fünf Jahre die allergrößte Freude haben.«

Die Einbeziehung von fünf leidenschaftlichen schwarzen Radikalen plus ein paar gleichermaßen leidenschaftlicher Weiße in Mr. Kinnocks Parlamentsfraktion wird es ihm sicher nicht einfacher machen, die Labour Party als eine glaubwürdige Regierung in Wartestellung wieder aufzubauen.

Die britische Politik gibt heutzutage Anlaß zu grenzenloser Spekulation, doch vor allem müssen wir die möglichen Implikationen der britischen Wahlen für den Westen und die restliche Welt kennen. Welchen Einfluß haben sie auf die Geschichte des 20. Jahrhunderts?

Der Sozialismus ist tot

Was passiert ist, läßt sich in einem kurzen Satz sagen: »Der Sozialismus ist tot.«

Margaret Thatcher hat begonnen, das Werk des Sozialismus auseinanderzunehmen, und sie hat das klare Mandat erhalten, damit fortzufahren. Die Labour Party – historisch gesehen Großbritanniens sozialistische Partei – hat sich als machtlos erwiesen einzugreifen. Wieder, weil eben der Sozialismus als eine Ideologie, ein Glaube, ein intellektueller Bezugsrahmen tot ist.

Es stimmt, daß ein paar Mitglieder der Labour Party noch an den Sozialismus glauben, doch diese, die sogenannten Militanten, sind zu einer großen Peinlichkeit für die Partei-Hierarchie geworden. So trägt der Labour-Führer Kinnock den Sozialismus jetzt wie einen Albatros um seinen Hals.

Die linke, »progressive« oder liberale Opposition bleibt, doch es ist eine Opposition ohne zusammenhängende Philosophie und ohne Programm.

Es gibt viele Plätze auf der Welt, wo der Sozialismus noch durchgesetzt wird – selbst diesseits des Eisernen Vorhangs, ja selbst in Großbritannien nach acht Jahren Regierung Thatcher –, doch die wichtige Tatsache bleibt bestehen, daß er als ein Religionsersatz für die Gebildeten sowohl in der sozialistischen als auch der sogenannten freien Welt verworfen wurde, und keinerlei Hoffnung besteht, daß er jemals wieder auflebt.

Es ist sicher bezeichnend, daß in den ganzen Reden der linken Politiker und in den Kommentaren der Journalisten bei den letzten Wahlen in Großbritannien kaum, wenn überhaupt ein Satz aus der Doktrin des Sozialismus gefallen ist, um Mrs. Thatcher daran zu hindern, den Sozialismus weiter aus dem britischen Alltagsleben zu streichen.

Das einzige Ziel, was der »Guardian« dem Labour-Führer bieten konnte, war der Versuch, »die geteilten Millionen progressiver Wählerstimmen zu vereinen und wirksam zu machen«. Und genau die Sprecher dieser »progressiven Wähler«, die jetzt ohne eine Ideologie oder ein Aktionsprogramm sind, konnte Mrs. Thatcher so leicht überwältigen.

Der »Observer« schreibt von Mrs. Thatcher, daß sie jetzt am »Beginn der dritten Legislaturperiode ihrer schamlos populistischen Revolution steht«, und fügt hinzu, die Bedeutung ihres Erfolges liege nicht so sehr darin, daß sie drei Wahlen hintereinander gewonnen hat, sondern daß sie nach acht Jahren erheblicher Veränderungen, die sie in Großbritannien durchführte, wiedergewählt wurde.

Die Umkehr revolutionärer Prozesse

Es bedeutet, daß Mrs. Thatcher massive Unterstützung in der Öffentlichkeit hinter sich hat, um mit einer Gegenrevolution fortzufahren; das heißt, die Umkehr eines revolutionären Prozesses, der in diesem Jahrhundert weltweiten Schaden zugefügt hat. Unter all den Umständen scheint dies eine Aufgabe gewesen zu sein, die nur eine Frau gewagt haben kann anzugehen, eine Frau mit dem Willen und der Fähigkeit, der fast unwiderstehlichen Überzeugungskraft kluger Berechnung – der Achillessehne des männlichen Politikers – zu widerstehen.

Was sie bisher erreicht hat, ist wenig genug, verglichen mit dem, was noch zu tun ist, doch es ist eine ganze Menge, wenn man es an den enormen Kräften mißt, mit denen sie zu ringen hatte – zum Beispiel im Kohlestreik.

Und es war nur möglich, weil die Intellektuellen der anderen Seite, das heißt der Seite des Geldes, jetzt keine zusammenhängende Ideologie und keinen Glauben mehr aufbringen, worauf sie sich stützen können und der den britischen Wählern vermittelt werden kann. Wenn das in Großbritannien passieren kann, dann kann es auch in vielen anderen Ländern aus dem gleichen Grund geschehen.

Was wir also heute sehen, könnten die ersten Anzeichen einer Wende gegen eine »Big-Money-Revolution« sein, die der Welt ein Jahrhundert beispielloser Konflikte beschert hat. Von nun an können wir damit rechnen, daß die Linke mit ihrem Geld, ihren Politikern und mächtigen Medien zunehmend an Glaubwürdigkeit einbüßen wird.

Zwei Ausdrücke, die von Margaret Thatchers Kritikern der Linken gebraucht wurden, sind sehr aufschlußreich und fordern eine kurze Stellungnahme: der eine ist der Hinweis auf ihre »schamlos populistische Revolution« und der andere ihre Beschreibung als eine »Naturkraft«.

Beide Aussagen sind natürlich abfällig von einem linken oder »progressiven« Standpunkt aus betrachtet, der davon ausgeht, daß das Volk in der Politik das bekommt, von dem die Herrscher meinen, daß es in ihrem besten Interesse ist, und nicht das, was das Volk selbst vielleicht möchte. Die populistische Ansicht dagegen ist es, daß die erste Pflicht des politischen Führers darin besteht, nach dem Willen und den Wünschen der Bevölkerung zu fragen.

So ist der Autor im »Observer« offenbar schockiert über die Vorstellung, Mrs. Thatcher könnte machen, was »sie« wolle.

Doch was könnte falsch daran sein, wenn ein politischer Führer »Naturkraft« hat?

Sozialismus wird nie funktionieren

Antwort: Den linken oder »progressiven« Systemwerten zufolge ist es das Vorrecht des Intellekts, die Natur einschließlich der menschlichen Natur jener, die regiert werden sollen, zu überwinden und zu besiegen. Die menschliche Natur wird in der Tat als das Haupthindernis bei der Erreichung einer imaginären perfekten Weltordnung angesehen.

Es ist diese Geisteshaltung, diese Flucht in das Irreale, dieser Traum von der Formung und Umgestaltung des Menschen zur Erfüllung der Anforderungen an imaginäre politische Idealvorstellungen, die Carl Gustav Jung als »eine psychische Epidemie« bezeichnet hat, die die gebildeten Klassen im Westen schädigt. Und es ist diese morbide Geisteshaltung, die sich so stark an den marxistischen Sozialismus als persönlichen Religionsersatz und als ein politisches Arbeitsprogramm klammert.

Als ein selbsterprobtes Produkt des Intellekts konnte sich der Sozialismus nicht als falsch erweisen. Alles, was falsch daran war – wie die Erfahrung hinreichend bewiesen hat –, ist, daß eine unveränderliche menschliche Natur immer dafür sorgen wird, daß Sozialismus nicht funktionieren kann. □

Gold

Keine Unruhe trotz Spannungen

C. Gordon Tether

Die bedeutendste Entwicklung auf den Finanzmärkten in den letzten Monaten war eigentlich die Tatsache, daß eine Situation nicht eingetreten ist: die Edelmetalle reagierten nicht auf den starken Anstieg in den internationalen Spannungen im Hinblick auf die entstehende Krise am Persischen Golf.

Noch bis vor relativ kurzer Zeit schien es so, als könnte nichts eher die Edelmetallmärkte unter Druck setzen als ein Anstieg der internationalen Spannungen, insbesondere dann, wenn das Zentrum des drohenden Gewitters im Weltkrisenherd der Nachkriegsära liegt – dem Nahen Osten. Die bloße Erwähnung der Möglichkeit eines Kriegsausbruchs, in den die Weltmächte verwickelt sein würden, hätte die Situation auf diesem Finanzsektor über Nacht verwandeln können.

Kein Rucken bei den Preisen

Jetzt sieht es anders aus. Der Einfluß der internationalen Politik auf die Edelmetallmärkte hatte bereits in der ersten Hälfte der achtziger Jahre bis auf einen Punkt abgenommen, wo solch potentiell explosive Geschehnisse wie die israelische Invasion in den Libanon einen kaum spürbaren Ruck im Verhalten der Preise für Gold, Silber und Platin ergeben haben.

Es scheint sich jetzt sogar soweit abgeschwächt zu haben, daß das Anwachsen der Spannungen am Persischen Golf praktisch überhaupt keine Reaktion mehr hervorgerufen hat, nachdem die USA beschlossen haben, im iranisch-irakischen Krieg tatsächlich zu intervenieren und die europäischen Verbündeten aufforderten, das gleiche zu tun.

Einen Monat nach dieser amerikanischen Entscheidung standen die Preise für Gold, Silber und Platin praktisch auf der gleichen Stufe wie zuvor. Da andere bedeutende Faktoren – wie das Verhalten der Wechselkurse für den Dollar – über diesen Zeitraum mehr oder weniger gleichbleibend waren, ist es klar, daß von der Verschlechterung in der politischen Lage in Nahost und dessen, was sie bedeuten kann, so gut wie keine Notiz genommen wurde.

Soll das bedeuten, daß sich der internationale politische Faktor – der für lange Zeit so ungefähr der wichtigste aller Faktoren auf den Edelmetallmärkten war – ein für allemal sich selbst hinauskomplimentiert hat? Offen gesagt, es sieht so aus, als wäre dies der Fall – zumindest was die unmittelbare Zukunft angeht.

Die Erklärung dafür könnte sein, daß es eine allgemeine Übereinstimmung dahingehend gibt, daß die Barriere, die die Investitionen auf diesem Gebiet gegen die Reaktion internationaler politischer Probleme liefert, nicht von großer Relevanz sind für die Situation, in der wir uns heute befinden.

Krisen sind eindämmbar geworden

Es ist allgemein anerkannt, daß man beim Einsatz seiner Vermögenswerte durch die Betonung der Edelmetalle im Hinblick auf Ertragsverlust größere Risiken eingeht zu einer Zeit, wo verzinslich angelegtes Geld weniger verwundbar geworden ist, was die Inflation angeht. Dieser Faktor wurde verstärkt, was die Popularität auf Edelmetalle überzugehen verringerte, und somit wuchs das Gefühl, daß die Bedrohung der Papiergeldanlagen durch internationale politische Streitigkeiten nicht mehr so ernst zu nehmen ist wie früher.

Ein Grund dafür ist, daß Krisen dieser Art sich erfahrungsgemäß fast immer als »eindämmbar« erwiesen haben. Ein weiterer Grund liegt darin, daß sich zunehmend zeigt, daß sich Ost-West-Rivalitäten nicht mehr in dem Maß auf weltweite politische Spannungen auswirken, wie das noch in den fünfziger, sechziger und siebziger Jahren der Fall gewesen ist.

Anders ausgedrückt, der frühere Trend ist nicht mehr als selbstverständlich anzunehmen, daß ein regionaler Spannungszuwachs – zum Beispiel in Nahost – kurzfristig zu einer ernsten Auseinandersetzung zwischen den Weltmächten eskalieren könnte, er existiert nicht mehr.

Wenn der Faktor internationaler Politik, nun also kein entscheidendes Element mehr im Edelmetall-Wirrwarr ist, was dann wird dieses Wirrwarr in den kommenden Jahren ausmachen? Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, daß die Fluktuationen des US-Dollar eine wichtige Rolle spielen.

Ungleich der meisten nicht monetären Güter haben Gold, Silber und Platin nicht die Bewegungen des Dollar im Verhältnis zu anderen Währungen widergespiegelt, sie waren eher entgegengesetzt.

Diese Situation – daß die Edelmetalle stiegen, wenn der Dollar im Verhältnis zu anderen Währungen fiel und umgekehrt – scheint anzuhalten. Es stimmt zwar, daß die Edelmetalle nicht das volle Ausmaß des Absinkens des Dollar über die letzten ein oder zwei Jahre im Hinblick auf die stärksten Weltwährungen, vor allem die DM und den japanischen Yen widergespiegelt haben, doch das hat sich nachweislich als Unterstützung der Goldnachfrage ausgewirkt, was vielleicht anhaltende Bedeutung hat.

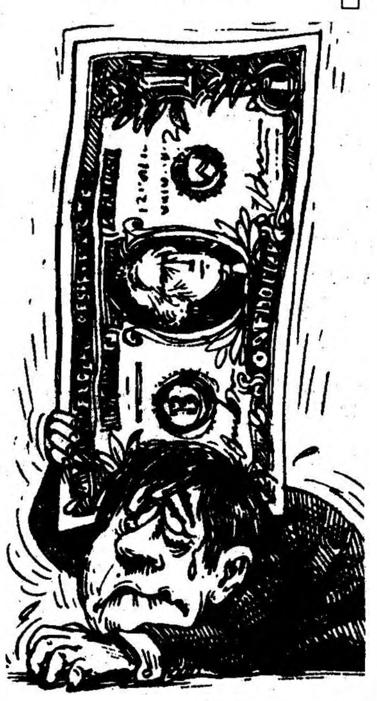
Da das Gold in diesen Währungen zunehmend billiger wurde, hat das zu einer Ausweitung seiner Nachfrage in den betreffenden Ländern geführt, Japan war beispielsweise in jüngster Vergangenheit ein zunehmend aktiver Käufer von Gold für Schmuckwaren und andere Zwecke.

Japan als aktiver Käufer von Gold

Es gibt einen anderen höchst einflußreichen Faktor, der in den letzten Jahren ins Bild gekommen ist – und den man zunächst vielleicht für vorübergehend hätte halten könnem, doch der jetzt scheinbar eine beträchtliche Zeit andauern könnte. Es handelt sich natürlich um die Apartheidkrise in Südafrika.

Befürchtungen, daß sie schließlich zu ernstlichen Störungen in der so wichtigen Edelmetallgewinnung des Landes führen wird, haben sich bisher als unbegründet erwiesen. Doch sie wird wahrscheinlich weiterhin einen Anstieg der Edelmetallpreise bewirken, bis Südafrikas Rassenprobleme schließlich gelöst sein werden sowie einen Abwärtstrend für die Edelmetallaktien der südafrikanischen Bergwerksgesellschaften.

Das praktische Verschwinden des internationalen politischen Faktors erleichtert die Investition in Edelmetalle offenbar etwas. Doch es ist leicht zu erkennen, daß dies erneut kompliziert wird durch zwei neue, zweifellos recht unbeständige Faktoren: die Bewegungen des US-Dollar und die Rassenkrise Südafrikas. □



Banker-Journal

Kanadas Wertpapier-Märkte künftig ohne Beschränkungen

Die Wertpapier-Märkte in Ontario – dem Zentrum der kanadischen Hochfinanz mit 75 Prozent des Wertpapiergeschäfts des Landes – werden radikal von einschränkenden Bestimmungen befreit. In den anderen neun kanadischen Provinzen hat es schon zuvor liberalere Bestimmungen gegeben als in Ontario, doch man erwartet jetzt, daß sie sich beeilen werden, die Maßnahmen ebenso rasch durchzuführen.

Mit den neuen Regelungen werden die Geschäfte im Zusammenhang mit dem Besitz von Wertpapieren liberalisiert und der einst so stark geschützte Markt in zwei Schritten geöffnet, wobei zum einen die Schranken für Ausländer und zum anderen für Institutionen im Inland außerhalb dieses Marktes wie Banken, Trusts und Versicherungen aufgehoben werden.

Durch die neuen Bestimmungen können Ausländer in fünfzigprozentigen Aktienbesitz gelangen – die Grenze lag bisher bei zehn Prozent. Ausländer können auch Transaktionen mit Staats- und Firmenpapieren durchführen. Mit Wirkung vom 30. Juni 1988 wird ihnen unbeschränkter Wertpapierbesitz von hundert Prozent erlaubt sein.

Mit dieser neuen Bestimmung haben die inländischen Finanzinstitutionen einen Vorsprung von einem Jahr, da auch den kanadischen Banken, Trusts, Versicherungen und Kapitalanlegern jetzt hundertprozentiger Besitz möglich ist, der bisher ebenfalls auf zehn Prozent beschränkt war. □

Banker besorgt über Instabilität am Golf

Die ganzen seltsamen Angriffe auf die Politik der Regierung hinsichtlich Persischer Golf, die jetzt aus dem amerikanischen Kongreß kommen, könnten Drahtzieher aus einer bekannten Quelle vermuten lassen. Die Wall-Street-Banker führen eine aktive Kampagne zugunsten einer amerikanisch-sowjetischen Vereinbarung über die Golfkrise, behaupten Finanzquellen.

Diesen Quellen zufolge argumentieren die Banker wie folgt: »Erzählt uns nichts über Drohungen von seiten der Sowjets, der Roten oder irgend etwas dergleichen. Sorgt einfach dafür, daß es zu keinem Umbruch in den Ölpreisen kommt.«

Angesichts der wackligen weltweiten Finanzsituation haben die Banker Angst, daß ein Steigen oder Fallen der Ölpreise genügen würde, um eine große Finanzkrise hervorzurufen. □

Peru von Narco-Dollars überschwemmt

Der peruanische Planungsminister Javier Tantalean erklärte, daß die Schwemme von einer Milliarde Narco-Dollar in der peruanischen Wirtschaft das Geldsystem des Landes verkompliziert habe und verhindert hätte, daß sich die Landeswährung, der Inti, gegenüber dem Dollar stabilisiert. Während man ursprünglich der Meinung war, daß das Drogengeld lediglich ein bis zwei Prozent der Deviseneinkünfte des Landes ausmacht, sagte er jetzt:

»Man ist jetzt der Meinung, daß es ein ganzes Drittel ist. Wir sind ernsthaft dabei, diese Situation zu untersuchen, so daß auf der Grundlage einer tiefgehenden Analyse die richtigen Maßnahmen ergriffen werden können.«

Tantalean beschuldigte auch den ehemaligen Zentralbanker Manuel Moreyra, »Wirtschaftsterrorismus« anzuregen, und verlangte, er solle seine Unterstellungen beweisen, daß die Regierung eine 45prozentige Abwertung des Inti verordnet hätte.

»Ich behaupte, daß dieser Mann darauf aus ist, Mißtrauen unter Unternehmern zu erzeugen, indem er Dinge prophezeit, die nicht der Wahrheit entsprechen.«

Tantalean meinte damit, das wirkliche Ausmaß der Abwertung liegt zwischen neun und zehn Prozent und nicht bei 45 Prozent. □

Bonn macht mehr Schulden als die Vorgänger

Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg wird in den neun Jahren von 1983 bis 1991 mehr Schulden machen als die sozialliberale Koalition in 13 Jahren von 1970 bis 1982. Diese Rechnung hat der Vorsitzende des Haushaltsausschusses des Bundestages, der SPD-Abgeordnete Walther, aufgemacht.

Die Finanzplanung von 1988 bis 1991 weise 113,5 Milliarden DM neue Schulden aus. Hinzu kommt, daß in Stoltenbergs Planung weitere »erhebliche Risiken« stecken, für die bisher keine Vorsorge getroffen sei, so die desolaten EG-Finanzen, die Kosten der ständig sehr hohen Arbeitslosigkeit, Bundeszuschüsse zur Rentenversicherung, Airbus, Raumfahrt und Verteidigung sowie verringertes wirtschaftliches Wachstum. Allein an die Europäische Gemeinschaft seien bis 1991 mindestens 15 Milliarden Mark zusätzlich abzuführen.

Walther traf außerdem die Feststellung, die jetzige Regierung Kohl sei die teuerste aller Zeiten: zusätzlich zwei Bundesminister, sieben parlamentarische und drei beamtete Staatssekretäre sowie 42 Personen im Leistungsbereich hätten die Quantität, nicht die Qualität der Bundesregierung verstärkt. □

Volckers Kritik an seinen Nachfolger

Bei seinem letzten Auftritt vor dem Bankenausschuß des amerikanischen Repräsentantenhauses sagte der ehemalige Vorsitzende des Federal Reserve System, Paul Volcker, das Land sähe sich wegen der »ungewöhnlichen Kombination« internationaler und inländischer Schuldenkrisen einer kritischen Lage gegenüber.

Volcker meinte, wenn die Situation richtig gehandhabt würde, könnte kein einzelner Faktor, selbst ein bedeutender Anstieg der Ölpreise, zwangsläufig eine Explosion der Inflation auslösen. Andererseits warnte er, wenn der Eindruck erweckt wird, das Federal Reserve System sei nicht Herr der Lage, dann könnte selbst die kleinste Erschütterung eine solche Explosion hervorrufen.

Volcker betonte nachdrücklich, daß das Bankensystem der Vereinigten Staaten einer Reform bedürfe, und drängte auf die Verabschiedung des »Competitive Equality Banking Act of 1987«, das unter anderem die Gesetzeslücke über »Nicht-Banken« schließt und einen zweiten Markt für landwirtschaftliche Kredite in den USA schafft.

Unterdessen machte Alan Greenspan, Volckers Nachfolger, auf der Nordseite des Kapitols seine Aussage vor dem Bankenausschuß des US-Senats. Während der Ausschußvorsitzende, US-Senator William Proxmire, Greenspan in Verlegenheit brachte, indem er Dokumentationen vorlas, aus denen hervorging, daß seine wirtschaftlichen Voraussagen im letzten Jahrzehnt zu den schlechtesten gehört haben, nahm Greenspan bezüglich des Banken-Gesetzentwurfs des US-Kongresses genau die entgegengesetzte Haltung von Volcker ein.

Greenspan sagte, er vertrete die Haltung der Regierung, die Gesetzeslücke über die »Nicht-Banken« im Namen der Deregulation (Befreiung einschränkender Bestimmungen) offenzulassen,

und unterstütze Präsident Reagans verkündete Absicht, gegen das »Competitive Equality Banking Act« Veto einzulegen.

Somit zeigten sich sämtliche Behauptungen der US-Regierung, daß es zwischen Volcker und Greenspan »keinen Unterschied« gäbe, als unwahr. All dies bestätigt die Analyse verschiedener Banker, daß Volcker es im Sinne einer Ratte, die ein sinkendes Schiff verläßt, ablehnt, eine dritte Amtsperiode im Amt zu bleiben. Reagan brachte jemand an seine Stelle, der mehr seiner Meinung ist.

Die Prognose deutet auf eine nahende Katastrophe hin. Trotz Volckers eigener Holzhammermethode bezüglich der Konjunktur im Namen der Finanzinteressen und dabei insbesondere der Plünderung der dritten Welt, konnte er einem weltweiten Zusammenbruch im Finanzsektor zuvorkommen, vor allem durch die besänftigende Wirkung seiner eigenen Person unter den nervös gewordenen Zentralbanken der Industriemächte.

Im Gegensatz zu dem ruhigen und imponierenden Volcker besitzt Greenspan den Charakter eines belehrenden Nagetiers, angetrieben von kultähnlicher, ideologischer Fixierung auf »Theorien über einen völlig freien Markt«, den er fälschlicherweise für die Volkswirtschaft hält. Daß er der internationalen Banker-Gemeinde wahrscheinlich kein großes Vertrauen einflößen wird, ist eine grobe Untertreibung.

Auf die Bitte eines Journalisten, zu Volckers Opposition gegen Präsident Reagans Absicht, Veto gegen den Banken-Entwurf einzulegen, Stellung zu nehmen, sagte der Sprecher des Weißen Hauses, Marlin Fitzwater: »Wir sind mit Volcker über die Deregulationsmaßnahmen einfach nicht einer Meinung. Unserer Ansicht nach steht das der Meinung des Präsidenten entgegen.«

Die Bemerkung ist symptomatisch: Er sagte nicht »es steht der Wirtschaft entgegen«, sondern »der Meinung des Präsidenten« – die ideologische Fixierung auf die Befreiung von einschränkenden Bestimmungen (Deregulation). □

OAU für Kompromiß im Schulden-Moratorium

Die Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) will dafür plädieren, daß die Schuldenzahlungen ihrer Mitgliedsstaaten auf 20 Prozent der Exporterlöse beschränkt werden, so berichtet die »Financial Times«.

Die OAU will eine modifizierte Version von Perus Schuldenhandhabung durchsetzen. Die Regierung Garcia hatte die Schuldenzahlungen vor nunmehr zwei Jahren auf zehn Prozent der Exporterlöse begrenzt.

Der OAU-Plan ist ein Kompromiß, nachdem einige Länder Afrikas ein vollständiges Moratorium der Außenschuld verlangt hatten, die in der Region 200 Milliarden Dollar beträgt. Die afrikanischen Exporterlöse sind in den letzten Jahren von 60 Milliarden Dollar auf 44 Milliarden Dollar im Jahr 1986 gefallen, da die Rohstoffpreise auf den Weltmärkten weiterhin gesunken sind. □

Preise in Mexiko stiegen um 123 Prozent

Einem Jahresbericht der Bank of Mexico über Nahrungsmittelpreise zufolge sind einige Lebensmittel zwischen Juni 1986 und Juni 1987 um 296,3 Prozent gestiegen. Insgesamt stiegen die Nahrungsmittelpreise um 123,1 Prozent, das sind 36,5 Prozent mehr als im vorhergehenden Jahr.

In dem Bericht heißt es weiter, daß die Preise für Kleidung, Schuhe und Zubehör um 123,2 Prozent angestiegen sind, die Gaspreise um 131 Prozent. Das Wohnen ist um 89,8 Prozent teurer geworden, die Telefonkosten stiegen um 148,6 Prozent und »andere Dienstleistungen im Zusammenhang mit dem Wohnen« um 119,3 Prozent Die Kosten im Gesundheitswesen kletterten um 151,8 Prozent.

Die mexikanische Regierung von Miguel de la Madrid ist den Diktaten des Internationalen Währungsfonds pflichtgetreu gefolgt, der die Wirtschaft und die Arbeiterschaft ausplünderte, um die »Kreditwürdigkeit« aufrechtzuerhalten. □

Texas' Ölproduktion auf dem Stand von 1944

Die Ölproduktion in Texas fiel im Mai 1987 auf durchschnittlich 1,9 Millionen Barrel pro Tag. Es war zum ersten Mal seit dem Jahr 1944, daß sie unter 2 Millionen Barrel pro Tag gefallen ist.

Der Railroad Commissioner für Texas, James Nugent, sagte: »Der Verlust von über 20 000 Bohrquellen im letzten Jahr aufgrund von niedrigen Ölpreisen und schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen im Ölsektor war nur die Spitze des Eisbergs. Jetzt zeigen sich die Folgen dieses schwerwiegenden Verlustes.

Zwischen den Jahren 1980 und 1985 sank die Ölproduktion in Texas durchschnittlich um 3 Prozent im Jahr, obwohl das Jahr 1981 ein Rekordjahr war. Im vergangenen Jahr hat sich die Abstiegsrate sogar noch verdoppelt. Wir haben 6 Prozent weniger Öl produziert als im Jahr 1985.

Ölpreise zwischen 20 und 22 Dollar pro Barrel werden unsere Arbeiter an den Bohrquellen wohl bei der Stange halten, doch sie werden sicher nicht zur Wiederbelebung der Industrie beitragen. Wir können nicht herumsitzen und warten, bis die OPEC-manipulierten Ölpreise unsere Ölindustrie retten. Wir müssen unsere Ärmel hochkrempeln und uns selbst helfen, und zwar sowohl auf Staats- als auch auf Bundesebene. Wir müssen innovativ sein und wagemutig.«

Der Zusammenbruch der Ölproduktion in Texas brachte auch einen Zusammenbruch bei den Einkünften des Staates mit sich. Der Staat verabschiedete einen Rekordhaushalt in Höhe von 38,3 Milliarden Dollar für die nächsten zwei Jahre; mit eingeschlossen ist dabei eine Steuererhöhung von 5,7 Milliarden, die größte Steuererhöhung in der Geschichte irgendeines US-Staates.

Die staatliche Umsatzsteuer wird damit von 5,25 Prozent auf 6 Prozent erhöht, womit eine Reihe weiterer Artikel aus dem Dienstleistungssektor und Dienstleistungen selbst von der Steuer betroffen sind; außerdem wird eine Gewerbesteuer auf Berufe erhoben, für die eine staatliche Genehmigung erforderlich ist.

Es beinhaltet auch eine »vorübergehende« Benzinsteuer von 15 Cents pro Gallone und hebt die Steuern für Körperschaften, Tabak, Hotels und Versicherungen an. □

IBMs Watson verhandelt mit Moskau

Thomas Watson, der ehemalige Boß von IBM, der unter Jimmy Carter Botschafter in Moskau war, hat eine Zusammenarbeits-Vereinbarung ausgearbeitet zwischen dem Zentrum für Außenpolitische Entwicklung der Brown University und dem amerikanisch-kanadischen Georgi-Arbatov-Institut in Moskau. Watson ist Vorsitzender des Brown-Denktanks.

In Übereinstimmung mit dem Spitzenunterhändler der Sowjets für Amerika, Arbatov, werden die beiden Institute zwei Konferenzen jährlich über die Beziehungen zwischen den Supermächten abhalten, die eventuell sogar über Satellit im Fernsehen übertragen werden sollen.

Watson besuchte Moskau, um die Vereinbarung zu unterzeichnen, und wurde im Beisein von Arbatov vom sowjetischen Staatspräsidenten Andrei Gromyko empfangen.

Watsons Besuch war Teil einer Sonderreise, die er unternahm, um »die Öffentlichkeit daran zu erinnern, daß man im Kampf gegen den Faschismus im Zweiten Weltkrieg mit der Sowjetunion zusammengearbeitet hat«.

Watson hat im Krieg bei der Organisation des Transports militärischer und anderer Frachten von den USA über Alaska in die Sowjetunion geholfen. □

Banker

Löcher stopfen mit Zinsen

C. Gordon Tether

In den Establishment-Medien wird über die Schritte berichtet, die die internationalen Banker unternommen haben, um den Schaden wieder gutzumachen, den sie sich selbst durch die exzessive Kreditvergabe an die Länder der dritten Welt zugefügt haben. Doch worüber nicht berichtet wird, das sind die nachhaltigenden Auswirkungen dieser Kreditvergabe, die weiterhin jedem schaden, der nicht ein internationaler Banker ist.

So geht die Geschichte weiter: Die Bankgiganten der Welt fangen jetzt an mit der Sprache herauszurücken und von den Riesenverlusten zu berichten, die sie durch ihre internationalen Kredite in den siebziger Jahren erlitten haben. Denn wie ich bereits in früheren Artikeln berichtet habe, sind sie nun an einen Punkt gekommen, wo sie ein dringend erforderliches Rehabilitierungs-Programm in Gang setzen könnten, ohne dabei ein allzu großes Risiko einzugehen, daß man um ihre Überlebensfähigkeit fürchten müßte, was alles zum Einsturz bringen würde.

Profite werden eine Zeit fehlen

Viele amerikanische Großbanken, die in den Skandal verwikkelt sind, haben bereits Arrangements enthüllt, in denen beträchtliche Teile ihrer Außenschuld abgeschrieben wurden, von denen sie schon lange wußten, daß sie praktisch als uneintreibbar angesehen werden mußten.

Ähnliches beginnt in einem anderen Land große Ausmaße anzunehmen, wo die Banken ebenfalls in extremer Weise von dem geraden und schmalen Pfad traditioneller Bankenvorsicht abgewichen sind: Großbritannien. Dort hat die Midland – einst die größte Bank im Land – sogar einen Teil ihres inländischen Imperiums verkauft und von ihren Aktionären verlangt neues Kapital zu zeichnen, um wieder auf eine solide Grundlage zu kommen.

Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß sich die internationale Bankengemeinde aus dem Chaos wieder herauswinden kann, in das sie ihre zügellose Gier letztendlich gebracht hat und zwar ohne die Art von Strafen, die ein solches Verhalten durchaus hätte mit sich bringen können. Offenbar haben sie einen erheblichen Gesichtsverlust erlitten, doch es wird wahrscheinlich nicht schwierig sein, dies innerhalb von ein oder zwei Jahren wiedergutzumachen.

Profite werden durch das Abschreiben hoher Schuldensummen eindeutig eine Weile fehlen, doch es sollte nicht vergessen werden, daß man aus dem Schuldendienst jener Kredite eine Menge Geld erhalten hat, bevor die Kreditnehmer beschlossen haben, daß die Zeit für die Einstellung der Zahlung gekommen ist.

Vom Standpunkt der Bankengemeinde insgesamt aus betrachtet ist es natürlich eine Erleichterung, daß die durch die Missetaten des Bankensystems hervorgerufene Schuldenkrise nicht in einer allumfassenden Explosion gipfelt, was leicht hätte passieren können, und daß es insbesondere nicht zu einer riesigen, internationalen Bankenkatastrophe gekommen ist, die jeden Aspekt des Wirtschaftslebens gefährdet.

Doch das soll nicht heißen, daß diese schlimme Sache keine schädlichen Konsequenzen außerhalb des Bankensektors hätte. Die traurige Wahrheit ist, daß die Notwendigkeit der Banken, mit den Nachwirkungen dieses Unheils fertigzuwerden, zunehmend besorgniserregendere Folgen für die Weltkonjunktur hat.

Auf dem Altar der Banker geopfert

Der jüngst veröffentlichte jährliche Entwicklungsbericht der Weltbank für das Jahr 1987 zeichnet ein höchst niederschmetterndes Bild der unmittelbaren Wirtschaftslage. Seit dem Jahr 1984, so heißt es darin, hat sich das Wirtschaftswachstum weltweit ständig in Richtung Null bewegt und dieser Trend – so heißt es weiter – wird sich nach Lage der Dinge bis weit in die neunziger Jahre hinein fortsetzen.

Wie, so kann man sich fragen, läßt sich das erklären, angesichts der Tatsache, daß die Regierungen der schrittmachenden Länder jahrelang behaupteten, daß der Weg offen wäre für ein hohes und anhaltendes Weltwirtschaftswachstum, sobald die Inflation einmal weitgehend beseitigt ist, was jetzt der Fall ist.

Die Erklärung läßt sich in einer Unmenge von Faktoren finden. Einige davon, wie beispielsweise Amerikas Hang zu chronischen Defiziten im Inlandshaushalt wie in der Außenhandelsbilanz haben eine Menge Publizität bekommen. Doch der wichtigste Faktor, der bisher weitgehend übersehen worden ist, ist die Reaktion auf das Wirtschaftsleben in der Folge der Schuldenkrise, in die sich die internationale Bankengemeinde verstrickt hat.

Auf zweierlei Art hatte dies einen besonders schädlichen Einfluß auf das wirtschaftliche Wohlergehen der Gemeinde als ganzer. Erstens werden die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der armen Länder dadurch noch komplizierter, was sie daran hindert ihre normale Rolle bei der Stützung der weltweiten Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen zu spielen.

Denn nachdem sie beschlossen haben, daß ihnen das Abschreiben der Schulden der Länder der dritten Welt größere Freiheit gibt, es abzulehnen, neue Kredite bereitzustellen, haben die Banken den Geldfluß in die fast nur kreditwürdigsten Länder der Erde ebenfalls drastisch gekürzt.

Es geht um die Höhe der Zinsen

Die andere Art, wie die Folgen der Schuldenkrise ein Bankverhalten schaffen, das für die wirtschaftlichen Interessen der Gemeinde als ganzes schädlich ist, betrifft die Zinssätze.

Wie die Untersuchung der Weltbank betont, hat der starke Fall in den Inflationsraten der Industrieländer in den letzten Jahren nicht die erhoffte Senkung der Zinssätze gebracht. Sie sind »weiterhin sehr hoch«, wie es in dem Bericht heißt.

Ohne Frage liegt einer der Hauptgründe, warum dies so ist, in dem Entschluß der Banken, so viel wie möglich aus dem laufenden Geschäft herauszuholen, um damit die Lücken zu füllen, die durch die Verluste aus den Schulden in Übersee entstanden sind.

Natürlich besteht zwischen den Banken heute hinsichtlich aller möglichen Arten von Geschäften ein ungeheuerer Wettbewerb. Doch – und darin sind sie sich alle einig – ein Gebiet, auf dem sie nicht konkurrieren wollen, betrifft die Höhe der Zinssätze.

Es ist überflüssig zu erwähnen, daß nichts eine größere Rolle spielt für die Gestaltung des Wirtschaftslebens unter dem kapitalistischen System wie die Höhe der Kapitalanlagen und nichts spielt eine größere Rolle bei der Festlegung des Verhaltens von Kapitalanlagen als die Höhe der Zinssätze.

Es läuft also darauf hinaus, daß die Zinsen insgesamt in nicht geringem Ausmaß auf dem Altar der Bankengemeinde geopfert werden. Wenn je ein Beweis dafür nötig ist, daß es den Interessen der restlichen Welt zuwiderläuft, wenn man den Banken uneingeschränkte Freiheit gibt, ihren eigenen Weg zu gehen: hier ist er. □



Devisenkurse

Das Scheitern der »One-World«-Priester

Gordon C. Tether

Die Förderung der freien Märkte führt zu einem »Eine-Welt«-System, das dazu neigt, höchst irrational zu funktionieren. Es gibt immer noch eine Tendenz zum »Eine-Welt«-System als Ziel des internationalen »Big Business« und deren politischen Sympathisanten, das es zu verwirklichen gilt. Doch wie Tether bereits wiederholt in seinen Beiträgen zum Ausdruck gebracht hat, ist das ein Traum, der bereits effektiv realisiert wird – vor allem dank der erfolgreichen Bemühungen der Lobbyisten für eine freie Marktwirtschaft, eine vollständige Liberalisierung des internationalen Handels und des Kapitalverkehrs zu erreichen.

Die Tatsache, daß es offenbar kein öffentliches Organ gibt, das die Verantwortung für das Funktionieren dieses neuen Systems hat, sollte nicht dazu führen, diese fundamentale Wahrheit zu verschleiern. Wenn die Internationalisten ihren Willen bekommen, wird das zweifellos später der Fall sein.

Die Rolle der BIS

Inzwischen wird man den bösen Charakter der neuen Form internationalistischer Regierung, die der Welt und all ihren angeblich souveränen Völkern auferlegt wird, als das erkennen, was es ist. Es könnte keine bessere Illustration dafür geben als die höchst anklagenden Kommentare über die Art, wie das System funktioniert, wie sie im letzten Jahresbericht der Bank for International Settlement (BIS) zu lesen waren, jener Baseler Institution, die als Banker für die Weltzentralbanken fungiert.

Man muß dabei wissen, daß die BIS sich den Kräften, die für ein One-World-System wirken, niemals widersetzt hat. Im Gegenteil, in den vergangenen zwei Jahrzehnten hat sich in ihren Äußerungen und in ihrer Politik größtenteils der Enthusiasmus für die allgemeine Tendenz der Zentralbank-Mitglieder für die Förderung einer wirtschaftlichen Liberalisierung der verschiedensten Arten, zumindest auf internationaler Ebene, widergespiegelt.

Doch in seinem kürzlich für das Jahr 1986 veröffentlichten Bericht gibt der Generaldirektor Alexandre Lamfalussy unumwunden zu, daß die Zeit gekommen ist, sich ein paar mehr Gedanken um die Vorzüge des Systems zu machen, das seine Bank und die anderen Verfechter einer freien Marktwirtschaft befürwortet haben. Zunächst betont er dabei die Art, wie es weltweit in die nationale Souveränität eingreift.

Die Regierungen, so sagt er, werden der Tatsache ins Auge sehen müssen, daß die internationale finanzielle Integration zu einer »drastischen Beschneidung der Unabhängigkeit in innenpolitischen Angelegenheiten geführt hat«.

Das ist eine Entwicklung, die sowieso höchstens als bedauerlich angesehen werden kann angesichts der Tatsache, daß durch den Verlust der Möglichkeiten der nationalen Regierungen, die Dinge zum Besten ihres eigenen Landes zu lenken, das Wohlergehen der Bevölkerung ohnehin nur in beschränktem Maße unterminiert wurde. Dies um so mehr, als das System, das jetzt eine so große Rolle spielt bei der Ordnung der Angelegenheiten des Durchschnittsmenschen, selbst ein regelrechter Trümmerhaufen ist.

Schlechte Ernte bei den Devisenkursen

Wie der BIS-Bericht hervorhebt, scheint die Ernte beziehungsweise das, was bei der Entscheidung Anfang der siebziger Jahre, die Devisenkurse in Reaktion auf die Marktkräfte sich völlig frei bewegen zu lassen, herausgekommen ist, tatsächlich übel zu sein. Er beschreibt die »wilden Bewegungen« in den Devisenkursen, die jetzt an der Tagesordnung sind, als »höchst destruktiv«.

Hierin zeigt sich auch, daß diese Schwäche selbst in hohem Maße auf das große Versagen des vielgerühmten Systems der freien Marktwirtschaft zurückzuführen ist, rational zu funktionieren – das, was mindestens erreichbar sein sollte.

Die Märkte, so heißt es in dem Bericht, haben wiederholt ihre Fähigkeit gezeigt, ihre Ansichten zu ändern, wenn sie plötzlich und gemeinsam erkennen, was tatsächlich schon eine ganze Weile sichtbar war. Die Tatsache, daß eine derartige Fehlfunktion so oft und in einem solchen Rahmen auftreten konnte, gab zugegebenermaßen Anlaß zu tiefer Sorge um die wirtschaftliche Zukunft in der Welt.

Dies deshalb, weil die Integration der Finanzabwicklungen auf internationaler Ebene den Punkt erreicht hat, wo selbst die mächtigsten Volkswirtschaften – zu denen auch die Vereinigten Staaten, Deutschland und Japan gehören – den Kräften des Marktes gehorchen mußten oder ernsten Schaden erlitten hätten.

Klare Beweise dafür, daß solche Befürchtungen kaum überbetont werden können, zeigen sich bereits drastisch. Dies wird besonders deutlich in der Finsternis, die sich über die Aussichten in der Weltwirtschaft ausbreitete, als die einzelnen Länder Maßnahmen ergriffen – meistens mit nur begrenztem Erfolg –, um den Schaden an ihrem Wirtschaftsgefüge durch die Reaktion auf wilde und irrationale Fluktuationen in den Devisenkursen möglichst gering zu halten.

Der Rückzug der »hohen Priester«

Dies läßt sich auch erkennen im verbreiteten Anstieg politischer Spannungen in vielen Ländern, die hervorgerufen wurden durch die Unfähigkeit der einzelnen Länderregierungen, die erforderlichen Schritte zu unternehmen, um eine Eskalation der ökonomischen Unzufriedenheit zu stoppen.

Wenn man berücksichtigt, wie schwer es zunehmend wird, die Leistungen der Philosophen der freien Marktwirtschaft zu verteidigen, überrascht es kaum, daß ihre »hohen Priester« immer mehr dazu neigen, sich zu verbergen, oder daß sich einige Aspekte ihrer Kampagne jetzt im Rückzug befinden – auf dem Geldsektor beispielsweise.

Unglücklicherweise wird nur allzu klar, daß es sich hier um ein Gebiet handelt, wo das, was getan wurde, nur schwer wieder ungeschehen gemacht werden kann.

Das Motto »frei für alle« im Hinblick auf den internationalen Kapitalverkehr hat beispielsweise Anlaß gegeben zu einer monströsen Expansion im internationalen Kapitalangebot, was unter anderem die Grundlage geliefert hat für die Weltschuldenkrise.

Die Uhr, die uns zu einem solch ungereimten One-World-System geführt hat, läßt sich in Kürze nicht wieder so leicht zurückdrehen. Doch je länger es hinausgeschoben wird, den Spieß wieder völlig umzukehren, um so schlimmer wird es für die Weltbevölkerung sein. □



Absprachegremien

Die Mitglieder der Trilateralen 1987

Die Trilaterale Kommission wurde 1972 als »eine Gruppierung von Privatpersonen aus Westeuropa, Japan und Nordamerika« – daher trilateral – von David Rockefeller gegründet. Seitdem tagen die Trilateralen jedes Jahr unter strengster Geheimhaltung. Zum ersten Mal ist es gelungen, die komplette Teilnehmerliste des Treffens der Trilateralen Kommission vom 21. bis 23. März 1987 in San Francisco zu erhalten und zu veröffentlichen.

Vorstand der Trilateralen Kommission

Georges Berthoin, Direktor Europa und internationaler Ehrenvorsitzender.
Yoshio Okawara, Direktor Japan, früherer japanischer Botschafter in den USA.
Egidio Ortona, Präsident von Honeywell Informations Systems Italia, früherer italienischer Botschafter in den USA.
David Rockefeller, Direktor Nordamerika.
J. H. Warren, Direktor Nordamerika, früherer kanadischer Botschafter in den USA.

Mitglieder

Giovanni Agnelli, Fiat, Turin.
Michel Albert, Assurances Generales de France.
Dwayne O. Andreas, Archer Daniels Midland Co.
Giovanni Auletta Armenise, Banca Nazionale dell'Agricoltura, Rom.
Ronert L. Bartley, Redakteur des »Wall Street Journal«.
Piero Bassetti, Präsident of the Federation of Italien Chambers of Commerce.
Ritt Bjerregaard, Mitglied des dänischen Parlaments.
Conrad M. Black, Argus Corp. Ltd., Toronto.
Renato Bonifacio, Präsident Aeritalia, Rom.
Henrik N. Boon, Netherlands Institute für Near Eastern Affaires.
Tom Bradley, Bürgermeister von Los Angeles.
Harold Brown, Präsident des Foreign Policy Institute an der John Hopkins University School of Advanced International Studies in Washington.
Zbigniew Brzezinsky, Georgetown University Center for Strategic and International Studies.
James E. Burke, Johnson & Johnson.
Pierre Callebaut, Amylum, Brüssel.
Herve de Carmoy, Midland Bank, London & Paris.
Warren Christopher, O'Melveny & Myers.
William T. Coleman jr., O'Melveny & Myers.
Richard Conroy, Conroy Petroleum.
Gail C. A. Cook, Bennecon Ltd., Toronto.
Richard N. Cooper, Professor an der Harvard Universität.
E. Gerald Corrigan, Federal Reserve Bank, New York.
Sir Robert Crichton-Brown, Rothmans International, London.
David M. Culver, Alcan Aluminium Ltd., Montreal.
Lynn E. Davis, International Institute of Strategic Studies, London.
Robert W. Decherd, A. H. Belo Corp.
Guideo Declercq, Investco., Brüssel.
John Deflassieux, Banque pour le Developpement des Echandes International und Credit Lyonnais, Paris.
Peter C. Dobell, Centre for Foreign Affaires and Foreign Trade, Ottawa.
Horst Ehmke, Mitglied der SPD-Fraktion des Deutschen Bundestages.


Otto Graf Lambsdorff, FDP-Bundesvorstandsmitglied und ehemaliger Bonner Wirtschaftsminister nahm am Treffen der Trilateralen teil.

Martin Feldstein, National Bureau of Economic Research Inc.
Thomas S. Foley, Mitglied des US-Repräsentantenhauses.
George S. Franklin, früherer Koordinator der Trilateralen Kommission und ehemaliger Direktor des Council on Foreign Relations (CFR).
Richard N. Gardner, Professor für internationales Recht und Organisationen an der Columbia Universität.
Raymond Garneau, Mitglied des kanadischen Parlaments.


Zbigniew Brzezinski plädiert für eine Begrenzung der nationalen Souveränität der Vereinigten Staaten und lobt die »humanistischen Zielsetzungen des Kommunismus«.

Antonio Garrigues Walker, Vorsitzender der Demokratischen Reform Partei in Spanien.
Pieter de Geus, Netherlands Organization for Applied Scientific Research.
John Gilbert, Mitglied des britschen Parlaments.
Alan Greenspan, Townsend-Greenspan & Co.
Jacques Groothaert, Societa Generale des Banque, Belgien.
Walter A. Haas jr., Levi Strauss & Co..
Miguel Herrero de Minon, Mitglied des spanischen Parlaments.
Diether Hoffmann, früher Neue Heimat und Bank für Gemeinwirtschaft.
Richard C. Holbrooke, Shearson Lehman Brothers.
Niels W. Holm, Novo Industries, Dänemark.
Robert D. Hormats, Goldman, Sachs & Co.
Takashi Hosomi, Overseas Economic Cooperation Fund.
Ludwig Hubert, Bayerische Landesbank und Girozentrale, München,
William G. Hyland, Herausgeber der Zeitschrift »Foreign Affairs«.

Claude Imbert, Chefredakteur der Zeitschrift »Le Point«, Paris.
Robert S. Ingersoll, Botschafter der USA in Japan.
Bobby R. Inman, Westmark Systems Inc.
Horst K. Jannott, Münchner Rückversicherungsgesellschaft.
D. Gale Johnson, Professor an der Universität Chicago.
W. Thomas Johnson, Verleger der Tageszeitung »Los Angeles Times«.
James R. Jones, Dickstein, Shapiro & Morin.
Thomas V. Jones, Northrop Corp.
Vernon Jordan, Partner, Akin, Gump, Strauss, Hauer & Feld.
Karl Kaiser, Professor an der Universität Köln und Direktor des Institute of the German Society for Foreign Affairs.
Fuji Kamiya, Professor an der Keio Universität.
George Keller, Chevron Corp.
Donald M. Kendall, PepsiCo Inc.
Walter Leisler Kiep, Schatzmeister der CDU, Vorsitzender der »Atlantik Brücke« und Partner bei Gradmann & Holler, Frankfurt.
Michael J. L. Kirby, Mitglied des kanadischen Senats.
Henry A. Kissinger.
Norbert Kloten, Mitglied des Vorstandes der Deutschen Bundesbank.
Yotaro Kobayashi, Fuji Xerox Co. Ltd.
Otto Graf Lambsdorff, Mitglied des Deutschen Bundestages.
Liam Lawlor, Refrigeration Engineers Ltd., Irland.
Jim Leach, Mitglied des US-Repräsentantenhauses.
Andre Leysen, Agfa Gevaert Group, Antwerpen.
Flora Lewis, Leitartikler der »New York Times«.
Roderick MacFarquhar, Professor der Harvard Universität.
Bruce K. MacLaury, Präsident der Brookings Institution.
Minoru Makihara, Mitsubishi International Corp.
Hanns W. Maull, Professor der Universität München.
W. Darcy McKeough, McKeough Sons Co. Ltd.
Robert S. McNamara, ehemaliger Präsident der Weltbank.
Cesare Merlini, Institute for International Affairs, Rome.
Yohei Mimura, Mitsubishi Corp.
Takashi Mukaibo, Japan Atomic Energy Commission.
Jiro Murase, Marks, Murase & White.
Masashi Nishihara, National Defense Academy of Japan.
Joseph S. Nye jr., Professor an der Harvard Universität.
Akira Ogata, Japan Broadcasting Corp.
Sadako Ogata, Professor an der Sophia Universität.
Sumio Okahashi, Sumitomo Corp.
Saburo Okita, Institute for Domestic and International Policy Studies, Japan.
Ariyoshi Okumura, Industrial Bank of Japan.
Keicho Oshima, em. Professor der Universität Tokio.
Henry Owen, Brookings Institution.
Sir Michael Palliser, Samuel Montagu & Co.
Giuseppe Piovano, Oto Melara, Rom.
Konrad Porzner, Mitglied der SPD-Fraktion des Deutschen Bundestages.
Donald B. Rice, Rand Corp.
Elliot L. Richardson, Milbank, Tweed, Hadley and McCloy.
Sir Julian Ridsdale, Mitglied des britischen Parlaments.
Charles W. Robinson, Energy Transition Corp.
Duff Roblin, Mitglied des kanadischen Senats.
John D. Rockefeller IV., Mitglied des US-Senats.
Frans Roos, NV Amev, Utrecht.
François de Rose, französischer Botschafter.
Henry Rosovsky, Professor an der Harvard Universität.
William V. Roth jr., Mitglied des US-Senats.
Kiichi Saeki, Nomura Research Institute.
Viscount Sandon, National Westminster Bank, London.
Gerard van Schaik, Heineken Brauerei, Amsterdam.
Willem Scherpenhuijsen Rom, Nederlandsche Middenstandsbank, Amsterdam.
Jorge Schleimann, Chefredakteur der »Weekendavisen Berlingske Aften«, Kopenhagen.
Ronaldo Schmitz, BASF AG, Ludwigshafen.
Pedro Schwartz, Iberagentes Brokers und Professor an der Universität Madrid.
Jose Antonio Segurado, Mitglied des spanischen Parlaments und Vorsitzender der Liberalen Partei, Madrid.
Lord Shackleton, Rio-Tinto Zinc Corp.
Albert Shanker, American Federation of Teachers.
Mitchell Sharp, Northern Pipeline Agency.
Masahide Shibusawa, East-West-Seminar.
Peter Shore, Mitglied des britischen Parlaments.
Henri Simonet, Mitglied des belgischen Parlaments.
Joseph J. Sisco, Sisco Associates.
Gerard C. Smith, früherer Vorsitzender der Trilateralen Kommission.
Luis Solana, National Telephone Co. of Spain, Madrid.
Anthony M. Solomon, S. G. Warburg (USA) Inc.
Helmut Sonnenfeldt, Brookings Institution.
S. Frederick Starr, Oberlin College.
Myles Staunton, Mitglied des Senats der irischen Republik.
S. Frederick Stern, Professor der Columbia Universität.
Robert S. Strauss, Partner, Akin, Gump, Strauss, Hauer & Feld.
Barry F. Sullivan, First National Bank of Chicago.
Geoffrey Taylor, Midland Bank, London.
Lester C. Thurow, Professor am Massachusetts Institute of Technology.
Niels Thygesen, Professor an der Universität Kopenhagen.
Toshihiro Tomabechi, Mitsubishi Motors Corp.
Seiki Tozaki, C. Itoh & Co. Ltd.
Maaten van Traa, Mitglied des holländischen Parlaments.
G. A. van Wielingen, Sulpetro Ltd., Calgary.
Takeshi Watanabe, Japan Credit Rating Agency.
Glenn E. Watts, ehemaliger Präsident der Communications Workers of America.
Edmund Wellenstein, ehemaliger Direktor der Commission of the European Communities, Den Haag.
Karen Hastie Williams, Crowell and Moring.
Otto Wolff von Amerongen, Deutscher Industrie- und Handelstag.
Bunroku Yoshino, Institute of International Economic Studies, Tokio.
Sir Philip de Zulueta, Tanks Consolidated Investments, London.

Referenten

Viravan Amnuay, Bangkok Bank Ltd.
David Atkinson, Midland Bank International, London.
Lewis Branscomb, Harvard Universität.
Michel Camdessus, Internationaler Währungsfonds (IWF).
Frank Carlucci, Berater für nationale Sicherheit des amerikanischen Präsidenten.
Joe Clark, kanadischer Staatssekretär für auswärtige Politik.
Dianne Feinstein, Bürgermeister von San Francisco.
Enrique V. Iglesias, Außenminister von Uruguay.
Heinz Klunker, ehemaliger Vorsitzender der Gewerkschaft öffentlicher Dienst, Transport und Verkehr.
Fumio Kodama, Professor der Saitama Universität.
Paul Krugman, Professor am Massachusetts Institute of Technology.
Marcilio Marques Moreira, brasilianischer Botschafter in den USA.
Koei Narusawa, Bank of Tokyo Ltd.
Ginko Sato, japanischer Arbeitsminister.
Jaime Vallori, National Telephone Co. of Spain.
Mario Vargas Llosa, Autor.

Gäste

Ruth Adams, John D. Catherine T. MacArthur Foundation, Chicago.
Tatsuo Aoki, Seibu Credit Co. Ltd.
Tatsuo Arima, japanischer Generalkonsul in San Francisco.
A. W. Clausen, Bank of America, früherer Präsident der Weltbank.
Anthony Day, »Los Angeles Times«.
Mitsuya Goto, Nissan Motor Co. Ltd.
Robert D. Haas, Levi Strauss & Co.
Roger Heyns, William and Flora Hewlett Foundation, Menlo Park, New Jersey.
Hisao Kobayashi, Dai-Ichi Kangyo Bank of California.
Arjay Miller, ehemaliger Präsident der Ford Motor Corp.
Charles Morrison, Japan Center for International Exchange.
Gunther Nonnenmacher, Redakteur der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung«.
Shinji Ohtsuki, Leitartikler der »Asahi Shimbun«.
Russel A. Phillips, Rockefeller Brothers Fund.
William M. Roth, Roth Properties.
Hobart Rowen, Leitartikler der »Washington Post«.
Antxon Sarasqueta, Redakteur »Cambia 16«, Madrid.
John Stremlau, Pocantico Institute-Kennedy-School project.
Takeshi Yasukawa, Mitsui & Co. Ltd. □

Absprachegremien

Mitglieder der Bilderberger-Konferenz

Vom jährlichen Treffen der Bilderberger-Konferenz liegt der Redaktion leider keine aktuelle Mitgliederliste vor. Wir veröffentlichen darum die letzte uns zugängliche Teilnehmerliste des Treffens vom 10. bis 12. Mai 1985 im Arrowwood Hotel in Rye Brook, New York. Die Teilnehmerliste ist grundsätzlich streng geheim.

Liste der Abkürzungen

AUS – Österreich
BEL – Belgien
CAN – Kanada
DEN – Dänemark
FIN – Finnland
FRA – Frankreich
FRG – Bundesrepublik Deutschland
GRE – Griechenland
ICE – Island
INT – Internationale Gremien
IRE – Irland
ITA – Italien
LIE – Liechtenstein
LUX – Luxemburg
NET – Niederlande
NOR – Norwegen
POR – Portugal
SPA – Spanien
SWE – Schweden
SWI – Schweiz
TUR – Türkei
UK – Großbritannien
USA – Vereinigte Staaten

Endgültige Liste der Teilnehmer

Generalsekretär für Europa und Kanada: Victor Halberstadt; Professor für öffentliche Finanzen an der Universität Leyden (wegen Krankheit nicht teilgenommen).
Generalsekretär für die USA: Theodore L. Eliot Jr.; Fletcher School of Law and Diplomacy, Tufts University.

ITA – Giovanni Agnelli; Fiat-Präsident.
USA – Dwayne O Andreas; Archer-Daniels Midland Company.
NOR – Johan H. Andresen; Tiedemann Group.
AUS – Hannes Androsch; Creditanstalt Bankverein.
USA – Hans H. Angermueller; Citibank.
USA – George W. Ball; früher Außenminister.
POR – Franciscus Pinto Balsemao; früherer Premierminister, Direktor des »Journal Expresso«.
CAN – Thomas J. Bata.
USA – Jack F. Bennett; Exxon Corp.
NOR – Eivinn Berg; Botschafter und norwegischer Vertreter bei der NATO.
TUR – Selahattin Beyazit; Direktor verschiedener Unternehmen.
USA – John C. Bierwirth; Grumman Corp.
TUR – M. Nuri Birgi; Botschafter.
ICE – Bjorn Bjarnason; stellvertretender Chefredakteur »Morgunbladid«.
CAN – Conrad M. Black; Argus Corp.
USA – Bill Bradley; Senator.
USA – Nicholas F. Brady; Dillon, Read & Company.
USA – Zbigniew Brzezinski.
USA – William P. Bundy; früher »Foreign Affairs«.
USA – Louis W. Cabot; Cabot Corp.
USA – W. Glenn Campbell; Hoover Institution.
ITA – Umberto Cappuzzo; Generalstabschef der italienischen Armee.
GRE – Costa Carras; Greek Shipping Cooperation Committee.
FRA – Helene Carrere d'Encausse; Institut d'Etudes Politique de Paris; professor of history and political science of the Soviet Union at the Sorbonne.
SPA – Jaime Carvajal Urquijo; Banco Hispano Industrial.
SWI – Kaspar V. Cassani; IBM Corp.
SPA – Juan Luis Cebrian; Chefredakteur »El Pais«.
INT – A. W. Clausen; Präsident der Weltbank.
USA – E. Gerald Corrigan; Präsident der Federal Reserve Bank of New York.
POR – Jose Manuel Torres Couto; Generalsekretär der General Trade Union UGT.
FRG – Ralf Dahrendorf; Professor, Konstanz.
USA – Kenneth W. Dam.
BEL – Etienne Davignon; ehemaliges Mitglied der Europäischen Kommission.
USA – Murry H. Finley; Präsident der Amalgamated Clothing and Textile Workers Union, AFL-CIO.
IRE – Garret Fitzgerald; Premierminister der Republik Irland.
FRA – Jean François-Poncet; früherer Außenminister.
FRA – Michel François-Poncet; Paribas North America.
USA – Charles Getchell; Gray & Wendell.
FRA – Michel Giraud; Präsident, Regional Council of Ile de France.
USA – Donald Gregg.
USA – William E. Griffith; Political Science Department, MIT.
CAN – Franklyn Griffiths; Center for Russian and East European Studies, University of Toronto.
SWE – Sten Gustafsson; Saab-Scania AB.
ICE – Geir Hallgrimsson; Außenminister.
UK – Roy Hattersley; deputy leader of the Labour Party.
SWI – Hans Heckmann; Union Bank of Switzerland.
USA – Henry J. Heinz II.
SWE – Mats Hellstroem; Außenhandelsminister.
FRG – Alfred Herrhausen; Deutsche Bank AG.
USA – John J. Horan; Merck & Co.
USA – Robert Hormats; Goldman Sachs International Corp.
FIN – Jaakko Iloniemi; Union Bank of Finland.
UK – Martin W. Jacomb; Kleinwort, Benson Limited.
BEL – Daniel E. Janssen; Solvay & Cie. SA.
USA – James R. Jones.
USA – Vernon E. Jordan; Akin, Gump, Strauss, Hauer & Feld.
GRE – Basil Kafiris; Agricultural Bank of Greece.
FRG – Karl Kaiser; Direktor Research Institute der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik.
TUR – Jak V. Kamhi; Profilo Holding AS.
UK – Geoffrey C. Kent; Imperial Group PLC.
USA – Henry A. Kissinger.
UK – Andrew Knight; Zeitschrift »Economist«.
INT – Emile van Lennep; ehemaliger Generalsekretär der OECD:
UK – Lord Lever of Manchester
LIE – HSH Prinz Hans-Adam von Liechtenstein.
NET – Hans B. van Liemt; DSM.
POR – Ernani Rodrigues Lopes; Finanzminister.
USA – Winston Lord; Präsident des Council on Foreign Relations.
CAN – Donald S. Macdonald; McCarthy & McCarthy.
CAN – Roy MacLaren; CB Media Ltd. und Verleger von »Canadian Business«.
USA – Bruce K. MacLaury; Präsident der Brookings Institution.
FRA – Jacques Maisonrouge; Liquid Air Corp.
USA – Charles McC. Mathias; Senator.
FRG – Alois Mertes; Staatsminister im Auswärtigen Amt.
FRA – Thierry de Montbrial; French Institute of International Relations.
ITA – Mario Monti; Präsident of SUERF.
SWI – Felicien Morel; Direktor für Finanzen des Kantons Fribourg.
DEN – Niels Norlund; Chefredakteur »Berlingske Tidende«.
TUR – Osman Olcay; NATO-Botschafter.
INT – Robert O'Neill; Direktor des International Institute for Strategic Studies.
INT – Jean-Claude Paye; Generalsekretär OECD.
USA – Richard Perle; Verteidigungsministerium.
USA – Leland S. Prussia; Bank of America.
USA – Rozanne L. Ridgway; US-Botschafter in der DDR.
USA – David Rockefeller.
INT – Bernard W. Rogers; NATO-Oberbefehlshaber für Europa.
UK – Lord Roll of Ipsden; Warburg & Co. Ltd.
ITA – Guido Rossi; Richter.
NET – H. Onno Ruding; Finanzminister, Internationaler Währungsfonds.
ITA – Giovanni Sartori; Columbia Universität.
USA – Richard M. Scammon; Elections Research Center.
ITA – Mario Schimberni; Präsident von Montedison.
USA – Brent Scowcroft; Kissinger Associates.
FRA – E. Antoine Seilliere; Generaldirektor Compagnie Generale d'Industrie et de Participations.
UK – Patrick Sheehy; BAT Industries PLC.
SPA – Javier Solana Madariaga; Kulturminister.
FRG – Theo Sommer; Herausgeber »Die Zeit«.
USA – Herbert Stein; American Enterprise Institute.
UK – Norman Tebbit; member of the prime minister's Cabinet.
USA – Franklin A. Thomas; Präsident der Ford Foundation.
CAN – Pierre Elliott Trudeau.
SWI – Victor Umbricht; Ciba-Geigy.
NET – Joop M. den Uyl; früherer Premierminister.
AUS – Frank Vranitzky; Finanzminister.
UK – Mark Weinberg; Hambro Life Assurance PLC.
NOR – Niels Werring jr.
USA – John C. Whitehead; Goldman Sachs & Co. Inc.
FRG – Norbert Wieczorek; Bundestagsabgeordneter.
USA – James D. Wolfensohn.
FRG – Otto Wolff von Amerongen.
CAN – Bernard Wood; North South Institute.
FRG – Manfred Wörner; Verteidigungsminister.
USA – Edwin H. Yeo III. i. Morgan Stanley & Company.
UK – Lord Young of Graffham; member prime minister's Cabinet.
ITA – Paolo Zannoni; Fiat SpA.

Begleiter

UK – John Hennings; Organisator des Treffens im Jahr 1986.
USA – Charles W. Muller; Murden and Co.
AUS – Georg Zimmer-Lehmann; Creditanstalt – Bankverein. □

Südafrika

Was die USA planen

James P. Tucker

Die Karriere-Bürokraten des amerikanischen Außenministeriums sind in ihrem Feldzug, den afrikanischen Kontinent an die Sowjets zu übergeben, auf überraschende Hindernisse gestoßen.

Einige der Länder Afrikas wollen einfach nicht kommunistisch werden und zur Sowjetexpansion gehören, und sie kämpfen darum gegen die Marxisten im Feld und im amerikanischen Außenministerium. In Mozambique hat die antikommunistische Renamo in ihrem Widerstand gegen die Regierung von Joaquim Chissano beachtliche Erfolge zu verzeichnen.

Amerikas gescheiterte Versuche

Das ist um so bemerkenswerter, als sowohl die Sowjetunion wie auch die Vereinigten Staaten die marxistische Regierung unterstützen. Die beiden amerikanischen republikanischen Senatoren Jesse Helms und Robert Dole sind dafür, den Kommunisten die Unterstützung zu entziehen und statt dessen den proamerikanischen Renamo-Streikräften Hilfe zu geben.

Die Argumente der Karrieristen im US-Außenministerium, die von den Liberalen im amerikanischen Kongreß nachgeplappert werden, lauten, daß die Renamo wahrscheinlich Hilfe von Südafrika bekommt, und wenn Amerika nett ist zu den Kommunisten, mögen sie uns vielleicht mehr als die Sowjets.

Seltsamerweise hat sich die südafrikanische Regierung bereits verpflichtet, Millionen von Dollar für Verbesserungen des Haupthafens im kommunistischen Mozambique zu zahlen.

Amerikas gescheiterte Versuche, sich die Freundschaft Fidel Castros zu erkaufen, als er sich in Kuba seinen Weg an die Macht erstritt, und die Daniel Ortegas, als er Diktator in Nicaragua wurde, werden geflissentlich übersehen.



US-Staatssekretär Chester Crocker befürwortet die Wünsche der angolanischen Kommunisten: Anerkennung und Wirtschaftshilfe.

Pro-kommunistische Vertreter im amerikanischen Außenministerium sind zuversichtlich, daß die Gefahr für die amerikanische Unterstützung der kommunistischen Regierung Mozambiques abgewendet werden kann und hoffen sogar darauf, die amerikanische Hilfe für die antikommunistischen Rebellen in Angola in eine Unterstützung der kommunistischen Regierung umwandeln zu können.

In Angola hat die kubanische Regierung 37 000 Soldaten, die dort seit dem Jahr 1976 stationiert sind. Die amerikanische Regierung sagt, sie müssen vor einer Anerkennung gehen und bevor eine Hilfe in Erwägung gezogen werden kann.

Folgt Südafrika dem Beispiel Rhodesiens?

Obwohl die Vereinigten Staaten die angolanische Regierung nicht anerkennt, traf ihr zweiter Mann, Pedro de Castro van Dunem, im Juni mit dem amerikanischen Staatssekretär Chester A. Crocker in Washington zusammen. Offizielle Gespräche wurden dann in Luanda, der Hauptstadt Angolas, geführt.

Während Angola, eine ehemalige portugiesische Kolonie, den Vorteil von 37 000 kubanischen Soldaten noch gegen die Aussichten auf amerikanische Steuergelder abwägt, hofft es immer noch, beides haben zu können. Die Angolaner verlangen die Anerkennung seitens der USA und amerikanisches Geld, während sie es gleichzeitig ablehnen, die kubanischen Truppen nach Hause zu schicken.

Den Karrieristen im amerikanischen Außenministerium und sozusagen Freunden des internationalen Kommunismus ist es gelungen, das blühende, pro-amerikanische Rhodesien in ein blutiges, kommunistisches Ghetto, genannt Zimbabwe, zu verwandeln. In ähnlicher Weise versuchen sie, den Zusammenbruch des antikommunistischen Südafrika herbeizuführen. Als Teil der 70-Jahres-Mission des sowjetischen Weltkommunismus steht dies in Zusammenhang mit der direkten Invasion Afghanistans und der Unterwerfung Kubas und Nicaraguas.

In Mozambique kämpft die Renamo gegen 2500 Soldaten aus dem Sowjetblock und 13 000 Mann aus Zimbabwe und Tansania. Die Freiheitskämpfer kontrollieren bis zu 80 Prozent des Landes.

Als Gegenleistung für freie Wahlen hat die Renamo ein Waffenstillstandsangebot gemacht. Das wurde abgelehnt. Als Reaktion auf die zum Ausdruck gebrachte Sorge über eine Hungersnot boten die Freiheitskämpfer an, bei der Lieferung humanitärer Hilfsgüter sicheren Geleitschutz zu geben. Auch das wurde abgelehnt.

Aus amerikanischen Steuergeldern wurden bisher rund eine Milliarde Dollar an die Kommunisten in Mozambique gezahlt. Das Land hat auch sowjetische Flugzeuge, Helikopter, Gewehre und Panzer im Wert von einer Milliarde Dollar erhalten.

Crocker überzeugte den amerikanischen Kongreß, die Kommunisten in Mozambique zu finanzieren, mit der Begründung, es würde sie von den Sowjets »abbringen«.

US-Hilfe für den Weltkommunismus

Diese schockierende Politik der direkten finanziellen Hilfe für das Sowjetprogramm der Expansion des Weltkommunismus geht auf das Verhalten des amerikanischen Außenministeriums in den dreißiger und vierziger Jahren zurück, als dort der junge Alger Hiss Positionen innehatte.

Hiss hatte US-Präsident Franklin Roosevelt im Februar 1945 bei dem Verrat von Jalta beraten, wo Mitteleuropa der sowjetischen Herrschaft unterworfen wurde. Er war Generalsekretär bei der Konferenz von San Francisco, auf der die Vereinten Nationen geschaffen wurden und Chefberater der ersten amerikanischen Delegation bei den Vereinten Nationen.

Hiss war auch ein Kommunist. Weil er dies geleugnet hatte, verbrachte er jahrelang wegen Meineides im Gefängnis.

Die Verjährungsbestimmungen schützten ihn davor, wegen Spionage verurteilt zu werden. Hiss wurde im Januar 1950 zu einer fünfjährigen Gefängnisstrafe verurteilt und im November 1954 wegen guter Führung freigelassen.

Inzwischen gab es viele Hiss im amerikanischen Außenministerium, und ihre Abkömmlinge sind noch immer dort. Ein paar wenige Senatoren wie der verstorbene Joseph R. McCarthy, die versuchten, die anderen Hiss zu bekommen, wurden durch Manipulationen der Medien fertiggemacht.

Hiss ist heute weit über 80 Jahre alt und fast blind, doch geistig noch sehr rege, und er lächelt viel. □

Südafrika

Der Westen wird der Verlierer sein

Ivor Benson

Südafrika ist für die Sicherheit der Vereinigten Staaten und anderer westlicher Industriestaaten aus zwei Hauptgründen wichtig: Kontrolle wichtiger Meereswege und strategisch wichtiger Mineralstoffe. Wenn Südafrika den Weg Rhodesiens – jetzt Zimbabwe – nimmt, werden die Vereinigten Staaten und andere westliche Nationen die großen Verlierer sein. Der Westen könnte Südafrika mehr brauchen als Südafrika den Westen, warnte E. F. Andrews, Vizepräsident der Allegheny Ludlum Industries, auf einem Symposium über Südafrika in Houston.

Als die Vereinigten Staaten gegründet wurden, war es tatsächlich ein Land im Überfluß, mit mehr Rohstoffen als jemals verbraucht werden konnten, sagte Andrews. Amerika war praktisch völlig unabhängig. Doch während es wuchs, entwickelte sich auch die US-Wirtschaft immer mehr: Eisen, Kohle und Baumwolle sind in den Vereinigten Staaten nicht mehr ausreichend vorhanden. Die USA benötigen heute Chrom, Wolfram, Zinn, Nickel, Kobalt und eine wachsende Zahl exotischer Mineralstoffe und Metalle, die allesamt importiert werden müssen. Das Land verfügt praktisch über keine Kobaltreserven und besitzt kein Chrom.

Der größte Produzent von Edelmetallen

Südafrika dagegen, das nur zweieinhalb Mal so groß ist wie der amerikanische Bundesstaat Texas, ist der viertgrößte Produzent von Mineralen, die nicht als Brennstoff dienen.

Professor W. van Rensburg, Direktor des Instituts für Energiestudien und Professor für Energiewirtschaft an der Rand Afrikaans Universität, sagte auf einem internationalen Bergbaukongreß in Hamburg, Südafrika verfüge über einen unverhältnismäßig hohen Anteil an Mineralstoffreserven von strategisch wichtiger Bedeutung.

Südafrika ist der größte Produzent von Edelmetallen und Mineralstoffen wie Gold, Platin und Diamanten.

Van Rensburg sagte weiter, Südafrika ist »der Welt größter Produzent von Edelmetallen und Mineralstoffen wie Gold, Platin und geschliffenen Diamanten. Es hat ungeheuer große Reserven an anderen wichtigen Industriemetallen wie Flußspat, Asbest, Kalkstein, Phosphaten und Vermiculit.«

Es verfügt auch über die größten Vorräte an wichtigen Metallen für die Stahlerzeugung wie Mangan, Chrom und Vanadin, hat riesige Reserven an hochwertigem Eisenerz und kleinere, aber wichtige Ressourcen anderer Metalle für die Stahlproduktion wie Niob, Tantal, Wolfram und Molybdän.

»Südafrika ist bereits ein wichtiger Kupferproduzent«, sagte van Rensburg, »und es wird erwartet, daß diese Produktion zusammen mit der von Blei und Zink aufgrund der jüngsten Entdeckung einer großen neuen Region in der nordwestlichen Kap-Provinz erheblich zunehmen wird.«

Das Land verfügt auch über relativ große Kohlevorräte, die ungefähr 76 Prozent des Energiebedarfs des Landes abdecken.

Mit Ausnahme vielleicht der UdSSR ist Südafrika der autarkste Mineralstoffproduzent auf der Welt.

Ein Kartell mit den Sowjets?

Der Stop von Mineralstofflieferungen aus Südafrika, so warnte van Rensburg, würde die Preislenkung nicht nur den Sowjets überlassen, sondern würde sogar die Verfügbarkeit zu jedem beliebigen Preis der kritischen Ressourcen für den Westen selbst gefährden.

Wir neigen dazu, die Bedeutung Südafrikas als Nahrungsmittelproduzenten zu vergessen, bemerkte Andrews. Während das Land nur sechs Prozent der Landmasse des afrikanischen Kontinents ausmacht, so produziert es doch ein Viertel der Nahrungsmittel auf dem Kontinent, von denen ein großer Teil in die schwarz-regierten Regime im Norden geht. Südafrika ist in der Tat der sechstgrößte Lebensmittelexporteuer auf der Welt.

Die UdSSR importiert Lebensmittel. Wenn sie sich mit Südafrika zu einem Kartell zusammenschließen würden und damit über den Nahrungsmittelüberschuß dieses Landes verfügen könnten, dann wären sie in bezug darauf weniger von den Vereinigten Staaten abhängig.

Die strategische Bedeutung der Lage Südafrikas ist ebenfalls bedeutend, sagte Andrews. Auf der Route über das Kap der Guten Hoffnung laufen 80 Prozent der Öllieferungen für den Westen und 70 Prozent der strategischen Materialien für die NATO.

Andrews: »Wenn Südafrika und die Kontrolle der Kap-Route in die Hände der Feinde des Westens fällt, könnte das zu ernsthaften Unterbrechungen in der Zufuhr wichtiger Materialien führen.

Wenn die westliche Welt ihren derzeitigen Kurs der Disassoziation von Südafrika fortsetzt, was sollte Südafrika dann daran hindern, nicht auf eine militärische Übernahme zu warten, sondern einfach eine wirtschaftliche Allianz oder ein Kartell mit der UdSSR einzugehen, um die Rohstoffe auf der Welt zu kontrollieren?«

Dem Westen fehlt intelligente Führung

Wenn Südafrika wie Rhodesien in kommunistische Hände fällt, könnte die westliche Industrie aufgrund kritischer Rohstoffe erpreßt werden. Mineralstoffe und Metalle, die für Verteidigungszwecke benötigt werden,

würden von den Kommunisten kontrolliert.

So steht es um diese wichtigsten Ressourcen:
Chrom – Die UdSSR kontrolliert 13 Prozent und Südafrika verfügt über 86 Prozent, was insgesamt 99 Prozent ergibt.
Vanadin – Die UdSSR kontrolliert 33 Prozent und Südafrika verfügt über 64 Prozent, was insgesamt 97 Prozent ergibt.
Mangan – Die UdSSR kontrolliert 45 Prozent und Südafrika verfügt über 48 Prozent, was insgesamt 93 Prozent ergibt.
Platin – Die UdSSR kontrolliert ein Prozent, Südafrika hat 83 Prozent und Zimbabwe 14 Prozent, was insgesamt 98 Prozent ergibt.

Ohne diese Rohstoffe kann kein modernes Industrieland existieren und produzieren. Sie werden gebraucht, um High-Tech, Raumfahrt- und Verteidigungssysteme zu bauen.

Doch die UdSSR importiert weniger als fünf Prozent der Mineralstoffe und Materialien, die es braucht. Nichts davon kommt aus Amerika.

»Die Geschichte zeigt, daß Geographie und Natur uns erlaubten, die Welt 140 Jahre lang zu ignorieren, die nächsten 40 Jahre als Wohltäter und Beschützer der Welt zu fungieren und in den folgenden 25 Jahren von den Launen anderer abzuhängen«, sagte der ehemalige amerikanische Senator Harrison Schmitt im Jahr 1980.

»Die letzten Jahre waren in dieser Hinsicht denkbar katastrophal.« Schmitt machte diese Aussagen gegenüber dem amerikanischen Institut für Bergbau-, Werkstoff- und Mineralöl-Ingenieuren. »Was uns wirklich fehlt, ist eine intelligente und vernünftige Führung.«

Seit dem Zweiten Weltkrieg hat die Sowjetunion die Betonung auf Autarkie im Mineralstoffbereich gelegt. Die Vereinigten Staaten haben nichts unternommen, um das zu erreichen. Im Gegenteil, man hat sogar absichtlich alles getan, um von anderen Ländern abhängig zu werden.

Im 20. Jahrhundert waren Nordatlantik und Pazifischer Ozean die strategisch wichtigsten Weltmeere, doch jetzt liegt die Betonung auf dem Südatlantischen und dem Indischen Ozean.

Das ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß das Öl aus dem Nahen Osten über das Kap der Guten Hoffnung an der Südspitze Afrikas nach Nordamerika und Europa gebracht wird. Die sogenannte Kap-Route kommt inzwischen dem Suez-Kanal als »Ölpipeline« in den Westen gleich.

US-Präsident Ronald Reagan hat das Kap der Guten Hoffnung als einen jener geographischen Durchgangswege bezeichnet, die offen gehalten werden müssen und für die US-Interessen lebenswichtig sind.

Deshalb ist es kein Wunder, daß die Sowjetunion Südafrika unter Kontrolle bekommen will.

Ziel ist ein marxistisches Regime

Die Strategie der UdSSR ist relativ einfach: Zunächst müssen sie die wichtigsten Länder entlang der afrikanischen Ost- und Westküste erobern und somit dem Westen jene Häfen versperren. Dann werden sie den afrikanischen Kontinent vom Atlantischen zum Indischen Ozean in zwei Teile teilen, wodurch die Mineralstoffreserven Südafrikas, die von Bedeutung sind, isoliert werden.

Dann werden sie die Kontrolle über die Schiffswege um das Kap bekommen, indem sie in Südafrika eine marxistische Regierung installieren. Man stelle sich einmal vor, daß dann Kapstadt ein sowjetischer Marinestützpunkt werden könnte.

Die Kommunisten haben das Ost-West-Band über den afrikanischen Kontinent fast nahezu etabliert, indem sie in Angola, Mozambique, Zambia und Zimbabwe marxistische Diktaturen installiert haben. Ihr nächstes Ziel muß mit Sicherheit ein marxistisches Regime in Südafrika sein und viele liberale und sozialistische Politiker, tausende irregeleiteter Studenten und die verschiedensten kirchlichen, wirtschaftlichen und politischen Organisationen helfen sicher dabei, den Weg dafür zu ebnen. □

Südafrika

Was kommt nach Botha

James P. Tucker

Die Internationalisten, die sich in die inneren Angelegenheiten Südafrikas einmischen, kompromittieren sich selbst jeden Tag mehr, während der Präsident Südafrikas, Pieter Botha, sozusagen aufrecht im Sturm dasteht.

Ähnlich wie im Fall Rhodesiens haben die Establishment-Medien die Öffentlichkeit stark dahingehend manipuliert, daß sie die Situation in allzu vereinfachter Form sehen: »Wenn die Weißen den Schwarzen gegenüber nur fair wären, hätten wir das Paradies auf Erden.«

Politik mit der »Halskrause«

Die Antworten für jene, die die liberalen Establishment-Ansichten nachplappern, sind am deutlichsten in zwei Fragen zu finden, die einen Zusammenhang zwischen den Verfechtern von Sanktionen und anderen südafrika-feindlichen Maßnahmen aufzeigen.

Warum die Sanktionen gegen Südafrika durch Einbeziehung der Sowjetunion und des kommunistischen China nicht noch perfekter machen? Oder ist die Unterdrückung in diesen Ländern weniger offensiv als in Südafrika?

Wenn es richtig ist, sich in die inneren Angelegenheiten eines Landes einzumischen, weil es nicht auf unsere westliche Demokratievorstellungen paßt, ist es dann nicht auch richtig, sich in die inneren Angelegenheiten aller anderer Länder einzumischen?

Wenn die südafrikanische Regierung gestürzt ist, was kommt dann danach?

Die Regierung in Südafrika würde, wie in Rhodesien, durch ein mit der Sowjetunion verbündetes, tyrannisches, kommunistisches Regime ersetzt. Es würde sich den Truppen von Zimbabwe anschließen, um der kommunistischen Regierung von Mozambique in ihrem Widerstand gegen die Renamo zu helfen und schließlich wäre ganz Afrika unterhalb der Sahara sowjetisches Territorium.



Edward Kennedy wurde trotz seines Engagements für den ANC von Tambo beschimpft, da er ein Leben in Luxus führt, während die Schwarzen aufgrund seiner Taten hungern.

Die alternative Regierung, der African National Congress (ANC), behauptet von sich selbst, kommunistisch zu sein und gibt offen zu, von der Sowjetunion finanziert zu werden. Sein brutaler Führer, Oliver Tambo, hat gesagt, er werde das Land der Weißen beschlagnahmen und versprach, den ganzen Reichtum der Weißen unter den Schwarzen zu verteilen.

Tambo und sein ANC weisen eine blutige Vergangenheit auf. In einem Gespräch verteidigte Tambo die Praktik der »Halskrause«, bei der Schwarze, die sich einer Übernahme durch die Kommunisten entgegenstellen, geschlagen und mit Benzin überschüttet werden. Dann werden Reifen um ihren Hals gelegt, die Arme werden ihnen manchmal abgeschnitten und schließlich werden sie angezündet und verbrannt.

Verhätschelt durch das Establishment

Tambo wird von der Establishment-Presse verhätschelt, und man bekommt selten etwas von seiner offenen Hingabe für die Sowjetunion und über seine unbeschreiblichen Greueltaten zu lesen.

Da diese Grausamkeiten und die Vorliebe Tambos für den Kommunismus nicht völlig vertuscht werden können, kommen den Politikern von ihren Wählern immer mehr Vorwürfe zu Ohren, die Neues über die Kräfte berichten, die durch die Sanktionen, die Südafrika auferlegt wurden, unterstützt werden. Es ist eine ganz simple Tatsache, daß man Südafrika nicht schaden kann, ohne gleichzeitig damit jenen kommunistischen Kräften zu helfen, die für die Übernahme des Landes und somit der Regierung bestimmt sind.

Aus diesen Gründen hat sich US-Präsident Ronald Reagan den Sanktionen zugunsten eines »konstruktiven Engagements« so lange widersetzt. Doch die amerikanische Regierung wurde dann schwach und wartete mit ihrer milderen Version von Sanktionen auf, um die härteren Maßnahmen zu verhindern, die damals im Washingtoner Kongreß anhängig waren.

Jetzt sind die liberalen Verfechter von Amerikas feindlicher Politik gegenüber Südafrika schokkiert, daß das Vorhersehbare und Vorhergesagte eingetreten ist: die Schwarzen, die den ANC und die Sanktionen eifrig unterstützt haben, protestieren jetzt hart gegen den daraus resultierenden Verlust ihrer Arbeitsplätze.

Sie haben Tambo und amerikanische Politiker – insbesondere US-Senator Ted Kennedy – in aller Öffentlichkeit beschimpft, daß sie ein Leben im Luxus führen, während Hunderttausende schwarzer Südafrikaner aufgrund ihrer Taten Hunger leiden müssen.

Die Geschichte wiederholt sich

Unterdessen wurde der amerikanische Kongreß vom Amt für Technologieeinschätzung, das von ihm für die Lieferung solcher Informationen geschaffen wurde, darüber informiert, daß die Vereinigten Staaten in bezug auf verschiedene Metalle, die für die amerikanische Verteidigung, das Raumfahrtprogramm und die Industrie dringend benötigt werden, stark von Südafrika abhängen.

Was ist die Alternative für den Erwerb dieser wichtigen Mineralstoffe aus Südafrika? Die Sowjetunion verkaufen sie, wenn sie will, zu jedem beliebigen Preis, den sie dafür verlangen will.

Die Geschichte wiederholt sich in Südafrika, und viele amerikanische und andere westliche Politiker brauchen offenbar einen Wiederauffrischungskurs in Geschichte. □



Südafrika

Bei den Wahlen bekam Botha einen Dämpfer

Ivor Benson

Die Londoner Zeitung »Daily Telegraph« berichtete wie folgt über das Ergebnis der allgemeinen Wahlen in Südafrika: »Ein kompletter Stop für Reformen in der südafrikanischen Rassenpolitik wurde gestern nach der großen Unterstützung des rechten Flügels in den Wahlen für die Weißen vorausgesagt. Die regierende National Party kehrte mit 125 Sitzen im 166 Sitze umfassenden House of Assembly an die Macht zurück, doch die ultra-rechte Konservative Partei (CP), die gegen die Reformen ist, sammelte die meisten Stimmen gegen die Regierung.«

Die übrigen Ergebnisse der Wahlen sind nur von peripherem Interesse. Die Progressive Federal Party, die traditionelle Linke, wird jetzt als offizielle Opposition im Parlament durch Dr. Andries Treurnichts Konservative Partei ersetzt. Die New Republic Party, ein Überbleibsel der ursprünglichen United Party, die einst von General Jan Smuts angeführt wurde, hat jetzt nur noch einen Abgeordneten im House of Assembly und wird verschwinden.

Die Geschichte hat sich wiederholt

Das gleiche wird mit ziemlicher Sicherheit mit Jaap A. Marais' Herstigte Nasionale Party (HNP) passieren, einer Partei des rechten Flügels, die sehr schlecht abschnitt und den einen Sitz verloren hat, den sie im letzten Parlament noch hatte.

Die politische Geschichte in Südafrika hat sich einfach wiederholt. Wie in den späten fünfziger Jahren spalteten sich die liberalen Elemente in der United Party – damals eine gemäßigte Partei – und bildeten die Progressive Party; jetzt spaltete sich ein liberales Element der National Party ab einschließlich Dr. Dennis Worrall, dem ehemaligen Botschafter in London, und trat in den Wahlen als unabhängige Partei auf.

Die National Party von heute hat nur noch wenig oder nichts mehr gemein mit der von Dr. Daniel F. Malan geführten, die die United Party kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges schlug. Die Nationale Party ist sogar fast das genaue Ebenbild der Partei geworden, die sie damals schlug.

Ich schrieb damals: »Sicher glaubt heute niemand, daß die nationalistische Regierung konservativ und antiliberal ist. Wenn ein paar hartgesottene Konservative in den höheren Regierungsebenen bleiben, halten sie ihre Köpfe gesenkt und ihren Mund verschlossen.«

Die wirklichen Kräfte bleiben die gleichen

Einige politische Gruppen haben neue Namen angenommen. Parteien verändern sich ohne Namensänderung, doch die wahren Kräfte und Einflüsse sind unverändert gleich geblieben oder haben sich seit kurz vor Beginn des Burenkriegs nicht geändert.

Der »Daily Telegraph« hat wie die meisten anderen Establishment-Medien in der ganzen westlichen Welt das Wahlergebnis so interpretiert, daß es für die »Rassenpolitik Südafrikas jetzt einen totalen Stop geben wird«.

Präsident Pieter W. Botha ist in der Tat sehr für die Reformen der Art, wie sie von externen Kräften angestrebt werden, doch aus offensichtlichen Gründen wird er jetzt umsichtiger vorgehen müssen.

Die offene Opposition gegen Bothas Politik hat erheblich zugenommen. Die Konservative Partei, die er auslöschen wollte, hat jetzt 22 Sitze im Parlament, doch die versteckte oder potentielle Opposition ist viel größer.

Man ist sich allgemein einig, daß es vielleicht acht oder mehr Abgeordnete der sogenannten extremen Rechten im House of Assembly gegeben hätte, wenn es gelungen wäre, zwischen CP und HNP ein vorübergehendes Bündnis für die Dauer der Wahlen zu schließen.

Von Bedeutung ist, daß ein großer Teil jener, die einst das Rückgrat der National Party bildeten, jetzt die Hauptopposition im Parlament darstellen. Nebenbei bemerkt, viele jener, die ihre Stimme der National Party gaben und selbst einige der Mitglieder der National Party im Parlament könnten die Seiten wechseln, wenn Botho dem äußeren Druck nach einer sogenannten Reform zu sehr nachgibt.

Es wird einem kaum gelingen, die Situation in Südafrika und die Haltung »der Welt« gegenüber diesem Land zu verstehen, wenn man sich nicht von der verwirrenden Terminologie freimacht, mit der über diese Dinge in den Medien berichtet und mit der darüber diskutiert wird.

»Reformen?« Überlegen sich die Politiker und Journalisten, die dieses Wort benutzen, überhaupt, was das Wort im südafrikanischen Kontext bedeutet? Sie glauben, es heißt Fortschritt in Richtung auf eine vage in der Vorstellung existierende, ideale Welt, in der es keinerlei Opposition mehr gibt.

Die Südafrikaner sind verständlicherweise alarmiert, wenn sie überlegen, was anderswo in Afrika seit dem Jahr 1960 unter der Bezeichnung Reformen und Fortschritt geschehen ist – in Zimbabwe (dem ehemaligen Rhodesien) zum Beispiel und in Mozambique, einem Land mit einer offen totalitären, marxistischen Regierung, das vom Kampf geschüttelt ist und in dem bereits Hunderttausende an Hunger starben.

Macht ist die einzige Realität

»Rassenpolitik?« Man wundert sich, daß solche Worte den Politikern, Journalisten und Linken im Westen nicht im Hals stecken bleiben, wenn sie benutzt werden, um damit Südafrika zu verurteilen. Welchen Erfolg haben sie mit ihrer eigenen Rassenpolitik gehabt?

Die Antwort – wie jedermann weiß – ist, daß ihre eigene Politik überall dort, wo sie angewendet wurde, ein Höchstmaß an Unordnung hervorrief und daß die in vielen westlichen Ländern praktizierten Rassenbeziehungen den Charakter einer großen Zeitbombe mit einer immer kürzer werdenden Zündschnur angenommen haben, insbesondere in Großbritannien und in den Vereinigten Staaten.

Die einzigen, die nicht völlig verwirrt sind über den anhaltenden nicht erklärten Krieg gegen Südafrika, sind die wenigen, die in der Lage sind, die letztendliche Realität des Ganzen zu sehen, etwas, das ganz anders aussieht als das, was an der Oberfläche als zeitgenössische Geschichte in Erscheinung tritt.

Was ist also die wahre Realität? Motive, die mit Macht zu tun haben und nichts anderem, werden verdeckt von einer Welt voller Lügen über politische Ungerechtigkeit.

Der gegenwärtige nicht erklärte Krieg gegen Südafrika ist eine Fortdauer dessen, was ich als eine »imperialistische Geldinvasion« bezeichnet habe, die seit dem Jahr 1960 den größten Teil des afrikanischen Kontinents in ein Katastrophengebiet verwandelt hat. Und mehr noch: Es ist eine Fortdauer einer weltweiten revolutionären Bewegung, die der Welt ein Jahrhundert der Konflikte und Tragödien beschert hat, wie es in der Geschichte noch nie dagewesen ist. □

Südafrika

In den USA wächst Verständnis für die Buren

Robert J. Hoy

Jene Menschen, die Südafrikas Daseinsberechtigung unterstützen, führen einen harten Kampf zur Verteidigung dieser bedrängten Nation, seit die US-Sanktionen und die anderer westlicher Industriestaaten im letzten Herbst Gesetz wurden und die öffentliche Meinung ist nicht das, was den Menschen die Establishment-Medien glauben machen wollen.

Als ein Beispiel: Elf Apartheid-Gegner, daß heißt Gegner Südafrikas, die in den USA einen zwanzigtägigen Marsch durch das Land machten, berichteten, daß sie auf »wenig Verständnis« für ihre Sache gestoßen sind und viel Feindseligkeit von Leuten am Wegesrand erlebten.

Einseitige und tendenziöse Einstellung

Pastor Tony Minor von Atlanta berichtete von verschiedenen Vorfällen, bei denen die Nichtübereinstimmung in der Öffentlichkeit mit den Zielen der Demonstranten zutage trat, die gar bis hin zu Gewaltakten führte. Im Stadtzentrum von Richmond im US-Bundesstaat Virginia nahmen mehrere Personen an einer Zusammenkunft teil in T-Shirts, mit denen sie ihre Unterstützung der Apartheid zum Ausdruck brachten.

Mehrere Gemeinden protestierten gegen Anti-Apartheid-Aktionen wie Hütten, die von Demonstranten auf den Campus verschiedener Universitäten aufgebaut waren, um die Lebensbedingungen einiger Schwarzer in Südafrika zu veranschaulichen.

Die liberale amerikanische Stadt Madison war ein ungeeigneter Ort für einen solchen Konflikt zwischen Behörden und Demonstranten. Siebzehn Apartheid-Gegner wurden verhaftet, als sie versuchten, eine solche Barackenstadt aufzubauen, was nach den regionalen Gesetzen verboten ist.



Amy Carter, Tochter des ehemaligen US-Präsidenten Jimmy Carter, wird verhaftet, weil sie vor der südafrikanischen Botschaft in Washington demonstriert.

»Sie werden nichts abladen und nichts aufbauen«, sagte Michael Metcalf von der Polizei in Madison. »Wir werden alles, was abgeladen wird, beschlagnahmen und wer sich widersetzt, wird festgenommen.«

Die American Afrikaaner Union hat verschiedene Zusammenkünfte zur Unterstützung Südafrikas organisiert. Bei einer solchen Demonstration in Raleigh versammelten sich 150 junge Demonstranten, um gegen die von den USA auferlegten Sanktionen zu protestieren.

An der politischen Front haben sich südafrika-freundliche Amerikaner den ehemaligen Vorsitzenden des amerikanischen Senatsausschusses für Auslandsbeziehungen, Richard Lugar, als Zielscheibe für ihre Angriffe ausgesucht. Lugar hat die Aktion angeführt, die sich der US-Kongreß ausgedacht hatte und die mit Präsident Reagans Veto gegen diese Art von Sanktionen gegen Südafrika zurückgewiesen werden konnte.

Tambo unter Druck setzen

Eine Reihe von Gruppen drängte US-Senator Jesse Helms, seine Führung im Senatsausschuß für Auslandsbeziehungen geltend zu machen und sich um Lugars Posten als bevorrechtigtes Minderheits-Mitglied zu bemühen. Helms tat dies und war erfolgreich.

Konservative amerikanische Kongreß-Abgeordnete auf dem Kapitol-Hügel protestierten gegen den Besuch von Oliver Tambo, dem Führer des African National Congress (ANC) in Washington, der Gruppe, die die südafrikanische Regierung stürzen will.

Deren Gruppierung mit dem Namen Koalition gegen den ANC-Terrorismus hielt im Januar vor dem amerikanischen Außenministerium Demonstrationen ab und verlangte von US-Außenminister George Shultz, sich nicht mit Tambo zu treffen, wobei sie auf die gesetzwidrigen Verbindungen des ANC zu den Kommunisten und ihren ständigen Gebrauch von Gewalt hinwiesen.

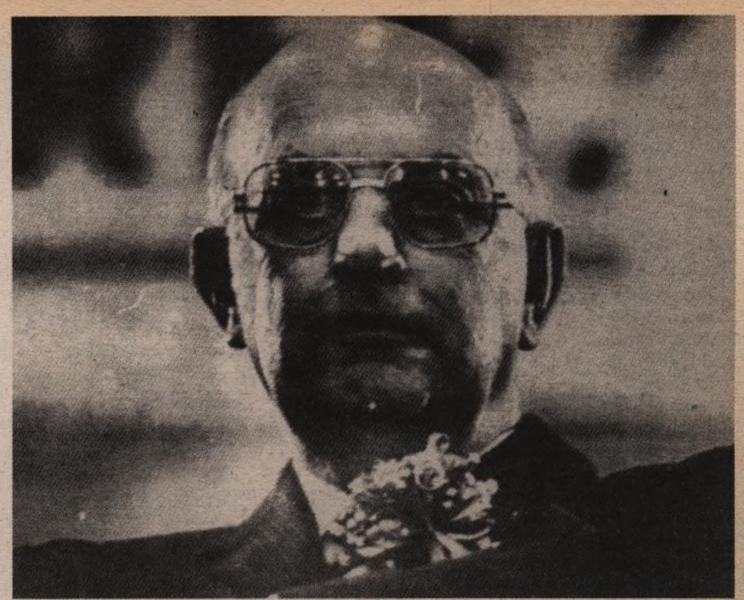
Der Anführer der Gruppe, Dan L. Burton, Mitglied des Repräsentantenhauses, nannte Tambo »einen Terroristen mit starken Bindungen zur südafrikanischen, kommunistischen Partei und zur Sowjetunion.«

Der Minderheitsführer im amerikanischen Senat, Robert J. Dole, schloß sich der Kritik an dem geplanten Treffen an. Er verlangte von Shultz, die Gelegenheit zu nutzen und Tambo zu drängen, dem Einsatz von Gewalt ein Ende zu machen. Dole sagte, die Regierung habe sich eine »Blöße gegeben, wenn sie Gespräche mit einer Organisation führt, die den Terrorismus praktiziert, gutheißt und ablehnt, ihm abzuschwören«.

Jack Kemp, republikanisches Mitglied des Repräsentantenhauses und aussichtsreicher Kandidat für die Nachfolge von Ronald Reagan, verlangte den Rücktritt von US-Außenminister Shultz, als er sagte: »Ich stelle fest, daß die Reagan-Doktrin vom Außenministerium fast



Konservative Studenten protestieren gegen den offiziellen Besuch des Kommunisten Oliver Tambo im US-Außenministerium in Washington.


Spielt Südafrikas Präsident Pieter W. Botha die Karte der internationalisten Banker mit dem Ziel, daß der ANC eines Tages an die Macht kommt?



Diese junge Amerikanerin der American-Afrikaaner-Union demonstriert in Washington für Südafrika. Die AAU hat viele Demonstrationen zur Stützung Südafrikas organisiert.

völlig lahmgelegt wurde. Wir müssen erkennen, daß die Shultz-Doktrin etwas anderes ist als die Reagan-Doktrin.«

Konservative und Populisten, die eine faire Anhörung für Südafrika verlangten, konnten Anfang des Jahres Hoffnung schöpfen, als der damalige Kommunikationschef des Weißen Hauses, Patrick Buchanan, die Nominierung zum republikanischen Präsidentschaftskandidaten erwog. Buchanan verkündete dann aber später, er werde die Nominierung nicht anstreben. Er war das höchstrangige Mitglied der Reagan-Regierung, das das Überleben Südafrikas unterstützte.

Auftrieb für die Kommunisten

Buchanan beschuldigte die Liberalen öffentlich, mit zweierlei Maßstäben zu arbeiten, wenn sie sich nur Südafrika als Ziel ihres Protestes auswählen und meinte: »Hat irgend jemand von Ihnen Senator Edward Kennedy oder Senator Lowell Weicker mit Amy Carter im Schlepptau zur äthiopischen Botschaft ziehen sehen und dabei singen hören ›We shall overcome‹ und erlebt, daß sie dabei verhaftet worden wären?«

Äthiopien wird von einem kommunistischen Regime regiert, das die Massen verhungern läßt, um separatistische Bewegungen in den sogenannten Provinzen von Tigre und Eritrea im Keim zu ersticken.

Bereits im Herbst 1986 bezeichneten die für mehrere amerikanische Zeitungen schreibenden Kommentatoren Rowland Evans und Robert Novak Buchanan als einen »einsamen Horatio, der an der Brücke gegen die Buren-Gegner kämpft«.

Die »Buren-Gegner« im amerikanischen Außenministerium, gegen die Buchanan kämpft, wollen die südafrikanische Regierung stürzen und sich mit den schwarzen marxistischen Ländern anfreunden, die an Südafrika angrenzen und auch mit dem ANC, von dem sie hoffen, daß er in Südafrika an die Macht kommt.

Ein wichtiger Schritt zur Förderung des marxistischen ANC war Tambos offizieller Besuch im amerikanischen Außenministerium am 26. Januar 1987. Pro-südafrikanische Gruppen konterten Tambos Besuch im Außenministerium, indem sie den Besuch von Mangosuthu Buthelezi, den Führer des sieben Millionen starken Zulu-Stammes, in Washington arrangierten. Buthelezis politische Bewegung, die Inkatha, ist stark antikommunistisch und ist schon oft mit Tambos ANC zusammengestoßen.

Bereits im November 1986 kam Buthelezi zu einem Treffen mit US-Präsident Reagan und populistischen Führern nach Washington, um sich Rat zu holen für seinen Feldzug zur Aufhebung der Sanktionen gegen Südafrika. Buthelezi warnte davor, daß die von den USA auferlegten Sanktionen in Südafrika Rassenprobleme und wirtschaftliche Probleme aufwerfen würden, die die Macht des ANC noch verstärken könnten. □

Südafrika

Eroberung ist das Ziel der Roten

Alec de Montmorency

Niemand auf der Welt – außer vielleicht die Vereinigten Staaten – bezweifeln, daß die Sowjetunion ihr Augenmerk auf Südafrika als Ziel der Eroberung gerichtet hat.

Doch es gibt nur wenige kommunistische Weiße in Südafrika, und Moskau hat wenig Hoffnung, daß es die englischen Afrikaaner-Gemeinden wird unterwandern können. Sie müssen sich da schon eher auf die Schwarzen verlassen, wenn es um den Sturz der pro-westlichen Regierung geht.

Der schwarze Arm des KGB

Zu diesem Zweck setzen die Kreml-Bosse eine Doppeltaktik ein: Sie bilden schwarze Afrikaner an der Lumumba-Universität in marxistischer Philosophie aus und schicken sie dann nach Hause, um eine Revolution zu entfachen und den African National Congress (ANC) zu übernehmen.

Der ANC, einst eine friedliche, politische Organisation aus zerstreuten, linken Weißen und politisch aktiven Schwarzen, meist Bantus, die nach dem Vorbild von Amerikas Nationalverband für die Förderung der farbigen Bevölkerung (NAACP) geschaffen war, ist zum »schwarzen« Arm des KGB geworden.

Der ANC wird nicht nur von den Sowjets finanziert, sondern auch vom Westen und die erhebliche finanzielle Unterstützung, die er unter dem Deckmantel »humanitärer Hilfe« von westlichen Regierungen und religiösen Organisationen bekommt, geht hauptsächlich in den Kauf von Waffen aus Ländern des Sowjetblocks und in die Durchführung terroristischer Aktivitäten in Südafrika und benachbarter schwarzer Länder.



Nelson Mandela, Funktionär des Afrikanischen Nationalkongresses, wurde 1963 zu lebenslänglicher Haft verurteilt.

Das ist der Kern von Berichten aus der Region, die in skandinavischen Ländern, der Schweiz und in Spanien veröffentlicht wurden, die jedoch in führenden amerikanischen und westlichen Zeitungen des Establishments wie der »New York Times«, der »Washington Post« und der »Los Angeles Times« fehlen.

Der ANC wurde im Jahr 1912 während der parlamentarischen Diskussion des Native Lands Act gegründet, des Gesetzes, das im Jahr 1913 verabschiedet wurde und das verhinderte, daß sich die Bantu-Bevölkerung, die damals auf der Suche nach Arbeitsplätzen in den Gold- und Diamantenminen der südafrikanischen Provinzen Transvaal, Orange-Freistaat und der Kap-Provinz vom Norden herbeiströmten, weiter ausbreitete.

Der ANC führte eine Kampagne gegen sämtliche Einschränkungen der Bewegungsfreiheit der Bantu-Bevölkerung in der Südafrikanischen Union, die damals britisches Dominion war, und vor allem führte er eine Kampagne für das allgemeine Wahlrecht, das es den Bantus ermöglichen sollte, den Weißen zunächst die politische Macht und dann die Reichtümer zu entreißen.

Ziel des KGB ist Pretoria

Es hat verschiedentlich Gewaltaktionen gegeben, doch nichts, was der Situation in den achtziger Jahren gleichkam.

Im Jahr 1960 dann, als Frankreich, Belgien und England immer mehr afrikanischen Kolonien die Unabhängigkeit gaben, wurde in Moskau Patrice Lumumbas People's Friendship Universität gegründet, allgemein bekannt unter dem Namen Lumumba-Universität, und dann gingen die Dinge erst richtig los – zunächst in den Ländern um Südafrika herum, die damals noch unter britischer oder portugiesischer Herrschaft waren und später dann in Südafrika selbst.

Ein im Juli 1986 in der Schweiz veröffentlichtes Buch liefert einige aktuelle Details über die Bemühungen des KGB in Südafrika. Das Buch trägt den Titel »KGB: Ziel Pretoria«.

Seine Autoren Roger Daligot und Remy Kauffer gehen davon aus, daß Moskau ein vorrangiges Interesse daran hat, das Schicksal Südafrikas zu kontrollieren. Eine Kontrolle über das Land brächte den Sowjets Kontrolle über große Gold- und Diamantenvorkommen und strategisch wichtige Metalle.

Moskaus Mann in Südafrika ist Joe Slovo, der Sohn osteuropäischer Immigranten. Als ein erklärter Kommunist bleibt er absichtlich im Hintergrund und überläßt das Rampenlicht Oliver Tambo, dem Präsidenten des 22köpfigen Vorstandes des ANC. Von den 22 behaupten 11, selbst erklärte Kommunisten zu sein; die politischen Schattierungen der restlichen 11 sind unklar. Alle außer Slovo sind Schwarze.

In der Praxis ist Slovo der Verantwortliche, da er die Spenden der Sowjets an die militanten Gruppen der Schwarzen verteilt. Tambo ist praktisch Slovos »Ja-Sager«, während er in den amerikanischen Establishment-Medien als westlich orientiert dargestellt wird.

Die Welle der Gewalt, die Pieter Botha veranlaßte, einen Notstand auszurufen, war das Ergebnis gemeinsamer Bemühungen der Sowjets und fanatischer anti-südafrikanischer Regierungen und Kirchengruppierungen aus dem Westen, die den größten Teil der Waffenkäufe für den ANC unter dem euphemistischen Begriff »humanitäre Hilfe« finanzieren.

Die Roten werden kein leichtes Spiel haben

Die Sowjets brauchen de facto ein anti-weißes Regime in mindestens einem Teil von Südafrika wie es in Luanda, im benachbarten Angola aufkam, als die Portugiesen abzogen – bevor sie das Risiko eingehen und Truppen entsenden. Es würde sich wahrscheinlich um Truppen eines befreundeten Staates wie Kuba handeln und keine Sowjetsoldaten, meinen westliche Beobachter.

Einläuten könnte die zu erwartende Konfrontation Mangosuthu Gatsha Buthelezi, Oberhaupt über sieben Millionen Zulus. Aufgrund weit zurückreichender Stammeskonflikte sind die Zulus eingeschworene Feinde der Schwarzen, die die Mehrheit der rund 14 Millionen Soldaten ausmachen, die der ANC angeblich gegen Pretoria mobilisieren kann.

Die Zulus sind hitziger, disziplinierter und hassen den ANC, sagen die Schweizer Autoren. Wenn es zu einem größeren Aufstand kommt, selbst mit einer Invasion, werden die Kommunisten es nicht nur mit den regulären bewaffneten Streitkräften Südafrikas zu tun haben, sondern auch mit den Zulus, den de facto Verbündeten des Botha-Regimes. □

Südafrika

Problem Rhodesien wiederholt sich

Ivor Benson

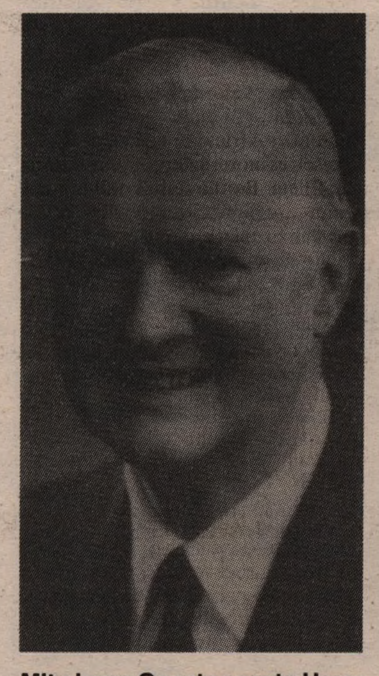
Rhodesien, einst ein schönes, blühendes Land und Verbündeter der Vereinigten Staaten, heißt jetzt Zimbabwe. Heute ist es ein häßliches, unterdrücktes Land, ein kommunistischer Verbündeter der Sowjetunion. Der Fall Rhodesiens ist einer der größten Triumphe des amerikanischen Außenministeriums in seiner fünfzigjährigen Geschichte der Kollaboration mit der Sowjetunion.

In den Jahren des tapferen Kampfes des kleinen Landes hat die internationale, kommunistische Bewegung verschiedene Verbündete um Hilfe ersucht: die Establishment-Medien, die britische Regierung, den Weltkirchenrat, linke Politiker und internationale Banker. Die öffentliche Meinung wurde dahingehend manipuliert das Thema als »guter Junge gegen bösen Jungen« zu sehen. Wenn die Regierung der Weißen unter Ian Smith zur Annahme der Mehrheitsregierung würde gezwungen werden können, so argumentierten sie, wäre alles wunderbar in Rhodesien.

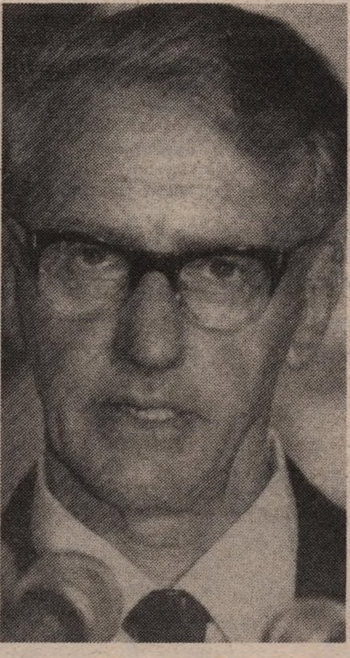
Die Trommelschläge der Medien

Um das zu erreichen wurden vom amerikanischen Kongreß Wirtschaftssanktionen auferlegt. Doch in einer Entwicklung, die jedermann überraschte, außer den Kritikern der westlichen Politik gegenüber Rhodesien, die das Wachstum in Rhodesien vorausgesagt hatten und zwar nicht trotz, sondern wegen der Sanktionen, blühte Rhodesien auf, weil die Sanktionen das Land zwangen, seine eigene Industrie zu entwickeln. Die Sowjetunion, die einzige andere bedeutende Quelle für das in militärischer Hinsicht wichtige Chrom – vervierfachte seinen Preis für dieses Metall.

Dann wurde in den USA die Byrd-Novelle unter dem Druck des damaligen US-Senators Harry Byrd jr. verabschiedet, so daß die Vereinigten Staaten Chrom von Rhodesien kaufen konnten. Nachdem sich die Wirtschaftssanktionen als ein Fehlschlag erwiesen hatten, setzten die kommunistischen Kollaborateure mehr Propaganda und Waffen ein. Mittels der Trommelschläge der Medien in den sechziger und siebziger Jahren wurde die Weltmeinung so manipuliert, daß sie Rhodesien als das Land Simon Legrees ansah.



Mit einem Gesetz sorgte Harry Byrd, daß sich die Wirtschaftssanktionen der USA gegen Rhodesien als Fehlschlag erwiesen und half damit den Kommunisten.



Ian Smith, ehemaliger Premierminister von Rhodesien: »Die Kommunisten versuchen in Südafrika das gleiche, was sie damals mit meinem Land gemacht haben.«

Großbritannien hatte Rhodesien Ende des 19. Jahrhunderts geschaffen, indem es Frieden mit den schwarzen Nomaden schuf. Während die britische Kolonie blühte und gedeihte, wurden die Eingeborenen zum ersten Mal richtig satt und hatten medizinische Versorgung, wie sie es nie zuvor gekannt hatten.

Der Weltkirchentag lieferte den kommunistischen Streitkräften Lebensmittel und Medikamente und deklarierte dies als »humanitäre Hilfe«, während die Sowjetunion die Waffen für den Krieg lieferte.

Der Handel mit den Marxisten

Übersehen wurde die Tatsache, daß Lebensmittel und Medikamente für jede Armee Dinge sind, die im Krieg dringend benötigt werden. Amerikanische Christen, die den Kommunismus hassen, spendeten in ihren Kirchen Geld, das dazu verwendet wurde, der Sowjetunion ihre wirtschaftliche Kriegsbürde zu erleichtern.

Während die Rhodesier damit fortfuhren ihr Land zu verteidigen, wurde weltweit ständig versichert, eine Friedensvereinbarung und freies Wahlrecht für jedermann würde eine wohlwollende Regierung, Frieden und Wohlstand hervorbringen.

Interessanterweise war in diesem Jahr teilweise auch zu hören, daß es zu einem ähnlich utopischen Paradies führen würde, wenn man Indochina den Kommunisten überläßt. Was dort folgte, war ein Holocaust, in dem die Kommunisten Millionen von Menschen umbrachten. Erst im letzten Jahr des rhodesischen Widerstands wurden die Schwarzen zum Militärdienst eingezogen. Beobachter waren überrascht, daß sie dort so hart kämpften, bis ihnen die schwarzen Soldaten erklärten, daß sie um die Erhaltung ihrer guten Lebensbedingungen kämpfen würden.

Doch der Druck der fünf einfallenden Länder, der von den Kommunisten und ihren Handlangern kam, hatte schließlich Erfolg.

Ian Smith schloß letztlich einen Handel mit den Marxisten, gab ihnen einen Platz im Parlament und »bedeutungslose« Sitze für eine kleine Anzahl an Weißen. Später, nachdem die Marxisten das Ruder übernommen hatten, wurden diese Sitze ganz abgeschafft. Jetzt im Rückblick und von einem externen Standpunkt aus, beklagt Smith in aller Öffentlichkeit seine Kapitulation.

Statt des versprochenen Freien Landes ist Zimbabwe heute ein kommunistischer Einheitsstaat unter der Diktatur von Robert Mugabe. Die Weißen, die das Land noch nicht verlassen haben oder niedergemetzelt wurden, fliehen und der Lebensstandard fällt rasch auf den Stand vor 100 Jahren zurück.

Vor einem Jahr besuchte der frühere rhodesische Ministerpräsident Washington und sagte zu Journalisten: »Die Kommunisten versuchen in Südafrika das gleiche was sie mit meinem Land gemacht haben.« □



Menschenrechte

Weltweit eine Million politische Gefangene

Sasha Rakoczky

Eine Überprüfung von Daten aus offiziellen und inoffiziellen Quellen hat ergeben, daß es heute auf der Welt weit mehr als eine Million politischer Gefangener gibt. Die Gefangennahme von Dissidenten, Non-Konformisten und vermutlichen Gegnern des Establishments in solch alarmierend großer Zahl wird überall von den Behörden dementiert, am heftigsten von den Regierungen, die die höchste Zahl an politischen Gefangenen festhalten.

Die Gefangenenhilfs- und auch die Menschenrechts-Organisationen schrecken davor zurück diese Zahlen zu veröffentlichen, weil sie angeblich vermeiden wollen selbst zur Zielscheibe von Repressalien zu werden. »Der heutige politische Gefangene ist der sprichwörtlich Unsichtbare«, sagt Professor Derek Whitman, ein australischer Rechtsanwalt, der die internationalen Statistiken auf diesem Gebiet für die Vereinten Nationen verfolgt. »Wenn diese peinliche Frage gestellt wird, geben das kommunistische Lager und die westliche Welt die gleiche Anwort: Vertuschung.«



Folter an der Tagesordnung

Andere Quellen stimmten mit der Meinung des Rechtswissenschaftlers überein. »In Sri Lanka (Ceylon) hält die sogenannte Special Task Force, die gegenterroristische Abteilung der Sicherheitspolizei in zwei geheimen Lagern in Kalladi und Kaluwanchikudi in der östlichen Provinz über 3000 Tamilen fest«, berichtet Dr. Aparanam Yejarajasingham, ein in New York im Exil lebender Tamile.

Diese Gefangenen leben unter unmenschlichen Bedingungen und werden oft gefoltert, meinte der Arzt, dessen eigener Bruder, ein methodistischer Geistlicher, im Internierungslager von Kalladi im Jahr 1985 zu Tode gefoltert wurde.

»Das einzige Verbrechen, das sie begangen haben ist, daß sie zur tamilischen Minderheit gehören und verdächtigt werden gegen die Regierung zu opponieren«, berichtete Yejarajasingham. »Doch die westlichen Regierungen kümmern sich nicht um sie, denn die Special Task Force ist von ehemaligen britischen Söldnerkommandos organisiert worden und wird jetzt von Agenten des Mossad, dem israelischen Geheimdienst, geleitet.

Sowohl die Regierung von Sri Lanka als auch die israelische Regierung hat jegliche Verantwortung für diese Lager abgelehnt und sie dementieren auch die Tatsache, daß in anderen Gebieten Sri Lankas weitere 11 000 Tamilen festgehalten werden. Der Präsident Sri Lankas, Junius Jayewardene, hat offiziell abgelehnt zu bestätigen, daß seine Regierung, die von einer sinhalesischen Mehrheit dominiert wird, irgendwo im Land zu irgendeiner Zeit mehr als ›50‹ Verdächtige der tamilischen Minderheit festgehalten hat.«

Täuschung, Ausreden und Zweideutigkeiten

»Die Regierung von Sri Lanka repräsentiert nicht den schlimmsten Fall«, sagte Whitman. »Die Regierungen sind bezüglich Täuschung, Ausreden, Zweideutigkeiten, alles, um wachsende Repressalien zu verbergen, immer besser geworden. Es hat sich in diesem Zusammenhang sogar eine eigenständige Terminologie entwickelt.«

»In Indien wird die spezielle Maßnahme, die es den Behörden ermöglicht fast 3700 politische Gefangene – meist militante Sikhs, die nach religiöser Autonomie verlangen – festzuhalten, NSA genannt«, erläuterte ein UNO-Beamter. »Die Abkürzung steht für ›National Security Act‹ (Gesetz zur nationalen Sicherheit). In Malaysia verhaftet die Sicherheitspolizei Hunderte von Personen unter der Autorität der ISA, der gleichen Kategorie, hier unter der Bezeichnung ›Internal Security Act‹ (Gesetz zur internen Sicherheit‹).

Im Irak heißt sie ESA und steht für ›Emergency Security Act‹ (Notstandsgesetz); in Nepal ist es die ›PSA‹, die ›Public Security Act‹ (Gesetz zur öffentlichen Sicherheit).

All diese Erlasse haben eines gemeinsam: Sie liefern einen schwachen gesetzlichen Rahmen für die Inhaftierung so vieler politisch Verdächtiger wie die Polizei es möchte.«

Kommunistische Regierungen brauchen sogar noch weniger legalen Popanz und Vortäuschung, um jeden einzusperren, der dem Regime nicht gefällt. In Laos werden seit dem Jahr 1975 fast 10 000 politisch »Unzuverlässige« in harten Arbeitslagern festgehalten. Einem jüngsten

Bei der peinlichen Frage nach Menschenrechtsverletzungen sind sich West und Ost in der Methode einig: Vertuschung.

Bericht von Amnesty International zufolge werden 6000 dieser Gefangenen in vier großen Lagern in den Provinzen Houa Plan und Xieng Khouang im Nordosten festgehalten; schätzungsweise 4000 befinden sich in zwei großen Zentren im Südosten.

Doch in den Ländern des Westens ist es um die Menschenrechte oft nicht besser und teilweise sogar noch schlechter bestellt, als in den kommunistischen Diktaturen. Zaire, ein langjähriger Verbündeter der USA, das von Mobutu Sese Seko regiert wird, dem korrupten Diktator, der eigenes vom CIA ausgewählt worden ist, war in den letzten Jahren Schauplatz erschreckendster Greueltaten und hält auch heute noch mehrere tausend politische Gefangene unter barbarischen Bedingungen fest.

Überraschung bei den Sowjets

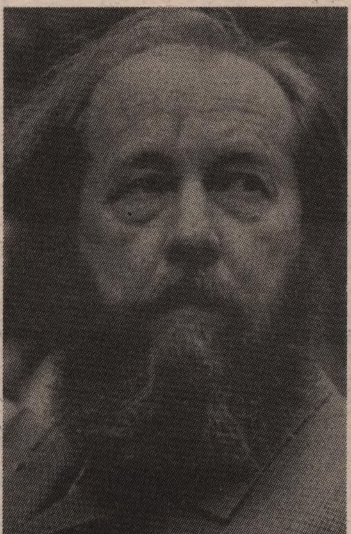
»Die 31. Fallschirmkompanie der zairischen bewaffneten Streitkräfte – einer sogenannten gegen-terroristischen Elitestreitmacht, die von Israel geschult und ausgerüstet worden ist – hat in der Provinz Shaba 1000 angebliche ›Rebellen‹ ermordet und an einer noch größeren Zahl von Zivilisten unbeschreibliche Greueltaten begangen«, sagte Hauptmann Hannes Rindahl, ein dänischer Offizier, der von 1981 bis 1986 der stellvertretende Befehlshaber eines UNO-Beobachterteams in Afrika war.

»Männer und Frauen wurden mit dem Bajonett gezwungen ihre eigenen Ohren zu essen, die man ihnen zuvor abgeschnitten hatte, und andere unaussprechliche Grausamkeiten zu ertragen. Diese Sicherheitstruppen halten noch immer über 500 langjährige Gefangene fest, von denen die meisten den Stämmen Wabembe, Balubalolo und Batabwa angehören, die angeblich alles andere als enthusiastisch gegenüber dem Mobutu-Regime eingestellt sind.«

Andere Länder, die laut Berichten von Gefangenenhilfsorganisationen starke Repressalien einsetzen, sind: Irak mit schätzungsweise 5500 politischen Gefangenen; Kenia mit über 1000 mutmaßlichen Gegnern von Präsident Daniel arap Moi, die in Gefangenenlagern festgehalten werden; Rumänien mit über 7000 Gefangenen wegen nicht näher definierter »staatsfeindlicher« Aktivitäten, viele davon mit langjährigen Gefängnisstrafen.

Die Untersuchung über politische Gefangene auf der ganzen Welt ergab einige unerwartete Feststellungen bei den Bedingungen in der Sowjetunion, die lange berüchtigt war für die Vielzahl der Opfer von Säuberungsaktionen, die in Gefangenenlagern festgehalten wurden.

In Washington und im Amnesty-International-Hauptquartier in New York interviewte Sowjetologen sind sich darin einig, daß



Alexander Solschenizyn hat nach seiner Emigration in den Westen die Wahrheit über die Gulags in der UdSSR aufgedeckt.

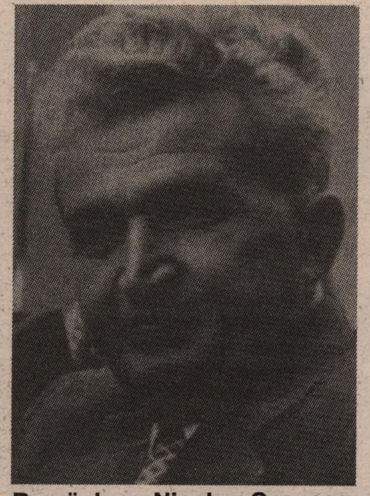
Dr. Cronid Lubarsky, der bekannte russische Astronom, der führende Experte auf dem Gebiet politischer Gefangener ist, die in der Sowjetunion festgehalten werden.

Lubarsky hat wegen seiner Verteidigung der Menschenrechte fünf Jahre im Gefängnis zugebracht und wurde im Jahr 1977 aus seiner Heimat vertrieben. Er lebt jetzt in der Bundesrepublik Deutschland und veröffentlicht dort jährlich eine »Liste der politischen Gefangenen«, die als maßgebende Quelle über den Stand und die Bedingungen dieser Gefangenen in der UdSSR angesehen wird.

»Die Sowjetunion ist im Wandel«, sagte Lubarsky in einem Telefoninterview. »Die Anzahl der politischen Häftlinge hat stark abgenommen. Auf der jüngsten Liste, die wir in diesem Frühjahr veröffentlicht haben, stehen 745 Namen. Dazu gehören natürlich nur Gefangene, deren Namen uns bekannt sind. Wir schätzen, daß die gesamte Anzahl politischer Gefangener in der Sowjetunion derzeit irgendwo zwischen 2000 und 2500 liegt.«

Aus allen Lebensbereichen

Angesichts der schätzungsweise 14 Millionen politischen Häftlingen, die im Jahr 1947 in Stalins »Gulag Archipelago« Zwangsarbeit leisteten – wie Alexander



Rumäniens Nicolae Ceausescu hält 7000 politische Gefangene wegen nicht näher definierter »staatsfeindlicher Aktivitäten« fest.

Solschenizyn das große Gefangenenlager-System der Sowjets



bezeichnete –, stellt das eine ungeheuere Wende dar, bemerkte Lubarsky.

»Die Sowjetführer, angeführt von Gorbatschow, sind der Meinung, daß große Gefangenenlager den Beziehungen der UdSSR zum Rest der Welt schaden«, erläuterte Lubarsky. »Sie haben beschlossen weniger politisch motivierte Verhaftungen vorzunehmen und sei es auch nur aus wirtschaftlichen Gründen.«

Die politischen Gefangenen in der Sowjetunion, so erläuterte Lubarksy, kommen aus allen Lebensbereichen. »Es sind Intellektuelle ebenso wie einfache Farmarbeiter, alles durcheinander«, berichtet er. »Bei den jüngsten ›politischen Gefangenen‹, von denen wir wissen, handelt es ich um angebliche Angehörige einer baptistischen Kirche im Untergrund, die im Januar in der Ukraine verhaftet worden sind. Sie stammen aus verschiedenen Gesellschaftsschichten, so sagte man uns.«

Das trifft für fast alle politischen Gefangenen auch anderswo zu. »Im vergangenen Jahr durften die Vereinten Nationen eine Handvoll politischer Hälftlinge im Krankenhaus versorgen, die von den israelisch geführten Sicherheitskräften in Zaire hart gefoltert worden waren«, berichtete Rindahl.

»Einer von ihnen war ein Angehöriger des Baluba-Stammes, ein einfacher, des Lesens und Schreibens unkundiger Jäger, den man verhaftet und ausgepeitscht hatte, weil er seine Ausweispapiere nicht dabei hatte. Der andere war ein junger Medizinstudent, der gerade von einem zweijährigen Aufenthalt an einer deutschen Universität zurückgekehrt war, den man fast zu Tode geschlagen und gefoltert hatte, gerade weil er alle erforderlichen Dokumente dabei hatte.«

Der zusammengeschlagene Student berichtet: »Da ich gerade aus Europa zurückgekommen war, waren alle meine Dokumente neu ausgestellt worden, und das ließ mich bei meinen Befragern verdächtig erscheinen. Sie glaubten, ich sei für irgendeinen subversiven Zweck aus Tanganyika eingeschleust worden.« □

Nicaragua

Die Pleite der Sandinisten

Victor Marchetti

Das kommunistisch beherrschte Sandinisten-Regime von Nicaragua ist dieser Tage in schwieriger Lage. Verschiedenen Quellen zufolge, die das verarmte Land in Mittelamerika kürzlich besuchten, kämpft es um sein Überleben.

Durch die Kombination aus amerikanischem Wirtschaftsembargo, Washingtons Bemühungen, das radikale Regime in die Isolation zu treiben, und der gegenwärtigen Militäroffensive der entschlossenen »Contra«-Freiheitskämpfer wurde die Wirtschaft des Landes stark geschwächt und die politische Unterstützung der Sandinisten im Volk unterminiert.

Wirtschaftslage ist das größte Problem

»Das Regime versucht einfach dranzubleiben und hofft auf eine Wende zum Besseren hin im Januar 1989 – wenn Präsident Reagan nicht mehr im Amt sein wird«, äußerte ein pro-sandinistischer Informant.

Die Wirtschaftslage ist das größte Problem, dem sich die kommunistische Regierung gegenübersieht. Nahrungsmittel, insbesondere Fleisch, sind knapp. Obwohl die Rancher im zentralen Hochland weiterhin große Mengen Fleisch für die Stadtbevölkerung produzieren, haben sich die Sandinisten dafür entschieden, den größten Teil davon zu exportieren, um die dringend benötigten Devisen einzunehmen.

Somit ist das wenige Fleisch, das in den Städten zur Verfügung steht, so teuer, daß es sich nur Regierungsbeamte leisten können.

Regenfälle, die seit drei Jahren geringer als normal ausgefallen sind, haben die Agrarproduktion ernsthaft beeinträchtigt und auch in diesem Jahr gibt es für die großen landwirtschaftlichen Gebiete auf der Pazifikseite des Landes, wo der größte Teil der zwei Millionen Einwohner des Landes lebt, nur sehr geringe Ernten.

Die Region um San Isidro, Nicaraguas »Reisschüssel«, Leon – eine große Getreideregion – und Masaya – der Gemüselieferant für die Hauptstadt Managua – sind von der Dürre besonders stark betroffen. Als Folge davon sind die Lebensmittelpreise in den Stadtgebieten in die Höhe geschossen. Diese Tatsache zusammen mit hoher Verknappung bei den normalen Verbrauchsgütern wie Kleidung, Speiseöl und Brennmaterial für die Heizung veranlaßt die Arbeiter die Staatsbetriebe, die nur niedrige Löhne zahlen, zu verlassen und sich auf dem freien Markt zu versuchen, in der Hoffnung, daß sie einen besseren Lebensunterhalt verdienen können, wenn sie mit den wenigen Dingen handeln können, die für den Verkauf zur Verfügung stehen.

Die Lebensmittelknappheit hat darüber hinaus das Regime dazu gezwungen, anzufangen Nahrungsmittel zu importieren, was die Ausgabe von knapper Hartwährung erforderlich macht.

Auch mit dem Öl gibt es Probleme

Mangel an Öl, insbesondere Raffinerieprodukte, bringt die Industrie des Landes zum Stillstand. Doch das Problem wird noch verkompliziert durch den amerikanischen Wirtschaftsboykott, den Ronald Reagan den Sandinisten im Mai 1986 auferlegt hat. Die beiden Hauptindustriezweige Nicaraguas, Ölraffinerie und chemische Produktion, wurden durch das Problem amerikanischer Ersatzteile lahmgelegt.

Die Exxon-Raffinerie und das Chemiewerk Monsanto stehen »kurz davor schließen zu müssen«, berichtete ein Beobachter.



General Paul Gorman, ehemaliger US-Oberbefehlshaber im Südpazifik, sieht wenig Hoffnung für einen Erfolg der Contras.



Contra-Soldaten transportieren ihre verwundeten Kameraden entlang der nicaraguanisch-honduranischen Grenzen nach einem Kampf mit den Sandinistas.

Daher haben die Sowjets ihre Öllieferungen an den kommunistischen Satellitenstaat reduziert. Während Moskau ohne Probleme den Rohölbedarf Nicaraguas decken kann, kann – oder will – es nicht die Lücke an Raffinerie-Erzeugnissen füllen.

»Benzin ist so knapp«, sagte ein Informant, der vor kurzem aus Nicaragua zurückkehrte, »daß selbst einige Regierungsbeamte davon abgekommen sind, ihre Autos zu benutzen. Sie fahren mit dem Fahrrad.«

Folglich mußten sich die Sandinisten an osteuropäische Länder und Mexiko wenden, um ihren Ölbedarf zu decken, was bestenfalls Lückenbüßer-Funktion haben kann.

Einige außenpolitische Experten sind der Ansicht, Moskau und Kuba, der kommunistische Satellit in der Karibik, würden ihre sichtbare Unterstützung der Sandinisten absichtlich reduzieren und so den anderen Ländern und der weitgehend das Regime unterstützenden Contadora-Gruppe die Möglichkeit geben, den »Schmutz aufzukehren«.



Michail Gorbatschows Prioritäten sind ein Gipfeltreffen mit US-Präsident Ronald Reagan und ein Atomwaffen-Begrenzungsvertrag.

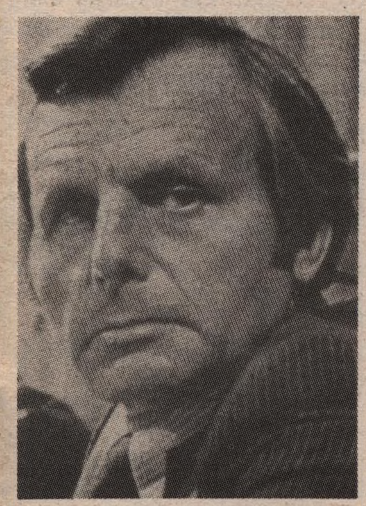
»Gorbatschows Prioritäten sind ein Gipfeltreffen mit Reagan und ein Atomwaffen-Begrenzungsvertrag«, sagte ein Experte, »Die Sandinisten werden einfach abwarten und ihre Sache allein durchstehen müssen.«

Unterdessen gerät die Konjunktur des Landes immer mehr ins Schwanken.

Nicaraguas Wagnis auf dem Gebiet der Zuckerraffination war ein Fehlschlag. Die große Zukkerfabrik, die mit kubanischer Unterstützung gebaut wurde, arbeitet mit minimaler Leistung. Aufgrund der jüngsten Trockenheit waren die Zuckerernten niedrig und die geringe Zuckermenge, die produziert werden konnte, mußte mit Verlust verkauft werden, weil die Weltzukkerpreise im letzten Jahr zusammengebrochen sind.

Das Ganze ist in einer Sackgasse

Auch Kaffee, Nicaraguas traditioneller großer Devisenbringer, war eine große Enttäuschung. In den fruchtbaren Anbaugebieten des Hochlands hat es gute Ernten gegeben, doch die Preise auf dem Weltmarkt sind in den letzten Jahren gefallen, nachdem sich Brasilien wieder erholt hatte und ebenfalls wieder auf den Markt kam.



Frank Carlucci, Berater für nationale Sicherheit versucht den Contras zu helfen, obwohl es ein zweites Vietnam wird.

Allein in diesem Jahr ist der Preis für den hochwertigen Kaffee aus Nicaragua von 259 auf 128 Dollar pro Zentner herabgestürzt.



Neben den wirtschaftlichen Problemen muß sich das Sandinisten-Regime jetzt auch noch mit den verstärkten militärischen Aktivitäten auf seiten der entschlossenen Contras auseinandersetzen. Ein ehemaliger Green-Beret-Offizier, der vor kurzem mehrere Wochen im Kriegsgebiet des Dschungels verbracht hat, äußerte sich wie folgt: »Jedermann ist kriegsmüde geworden. Das Ganze ist in eine Sackgasse geraten. Die Contras sind zwar nicht am Gewinnen, doch das Regime auch nicht.«

Der ehemalige Offizier reiste als Söldner mit sandinistischen Truppen.

Während in den westlichen Establishment-Medien der gelegentliche Abschuß eines Regierungshubschraubers sowjetischer Bauart oder der bescheidene Erfolg einer Contra-Sabotageaktion hochgespielt wird, bemerkte dieser Informant: »Die Guerillas stecken immer noch im Dschungel fest.«

Dennoch, so meinte er, hat das Ganze eine auslaugende Wirkung, insbesondere auf die Zivilbevölkerung in den Bergen. »Sie kriegen es von beiden Seiten«, stellte er fest.

»Die Sache entwickelt sich zu einem zweiten Vietnam. Die Contras fangen an, die gleichen Tricks zu benutzen wie die Vietcong, und legen überall Minen und Fallen. Die Ansässigen trauen sich nirgendwo mehr hin.

Und die Regierungstruppen reagieren, wie wir es getan haben. Sie machen genau das gleiche – sie versuchen einfach alles zu zerstören.«

Besorgniserregend für die Sandinisten, so berichten andere Quellen, ist die Möglichkeit, daß der amerikanische Kongreß trotz der Enthüllungen, die jetzt in den Iran-Untersuchungen durchsickern, in diesem Jahr für weitere Waffenhilfe an die Contras stimmen wird. Wenn dem so ist und wenn die Pläne für eine umfassende Offensive der Freiheitskämpfer je Wirklichkeit werden sollten, dann »könnte das zu einem echten Krieg führen«, meinte ein Experte in der Dschungelkriegsführung. »In dem Moment wäre alles offen.« □

CIA

So pflegt man die eigenen Verleumder

Victor Marchetti

Zornige CIA-Beamten nannten ihn den ersten Überläufer. Wütende amerikanische Kongreß-Abgeordnete bezeichneten ihn als einen kommunistischen Spion und Mörder. Sein Name Philip Agee.

In Interviews mit den Medien in Europa und Kanada propagierte er die Philosophie des Sozialismus und unterstützte die Sache von Fidel Castro, den Sandinisten und anderen kommunistischen Revolutionären. Er verkehrte mit Leuten, die als kommunistische Sympathisanten bekannt waren und verband sich mit kubanischen und sowjetischen Geheimdienstagenten.

Veröffentlichung der Namen von CIA-Beamten

Philip Agee enthüllte in der Öffentlichkeit die Namen jedes CIA-Beamten und Agenten, den er aus seiner zehnjährigen Tätigkeit bei der Behörde kannte und hat damit vermutlich viele in Gefahr gebracht und ist »wahrscheinlich für den Tod eines hochrangigen Beamten verantwortlich«.

Aufgrund seiner rücksichtslosen und unverantwortlichen Taten konnten CIA und US-Justizministerium den Kongreß in Washington dazu bringen, den Intelligence Agents Identities Act (Gesetz über die Identität von Geheimdienstagenten) zu verabschieden, das es verbietet, die Namen von amerikanischen Geheimdienstlern in der Öffentlichkeit zu nennen, selbst nicht einmal in Nachrichtenmeldungen, die von recherchierenden Journalisten für die Establishment-Medien geschrieben wurden.

Wegen des schlechten Rufes, den Agee den Verrätern im CIA gegeben hat, konnte die Geheimdienstbehörde bei ehemaligen Geheimdienstlern hart durchgreifen, die es wagten sich gegen ihre Politik und ihre Praktiken auszusprechen. Redeverbote und einstweilige Verfügungen wurden von den Gerichten erlassen, um kritische Ex-Beamte zum Schweigen zu bringen.

Einem von ihnen, Frank Snepp, der ein Buch mit dem Titel »Decent Interval« schrieb über das schändliche Verhalten der Behörde und das Imstichlassen ihrer eigenen Agenten in den letzten Tagen des Vietnam-Krieges, wurden die ganzen Tantiemen durch den Staat einbehalten.

Auch ehemalige CIA-Direktoren sind ihrem Zorn nicht entgangen. William Colby wurde zu einer Geldstrafe von 30 000 Dollar verurteilt, weil er in seiner Autobiographie »Honorable Men« Dinge gesagt hat, die der Behörde nicht gefielen. Admiral Stansfield Turners Aufzeichnungen über seine Amtszeit als Direktor der Behörde wurden streng zensiert. Agee hat es dem amerikanischen Steuerzahler sehr erschwert herauszufinden, was im CIA vor sich geht und damit festzustellen, ob die Behörde nach den Gesetzen und Wünschen des Volkes handelt.

Um sein neues Buch zu verkaufen

Und in der ganzen Zeit lebte Agee in Europa, enthüllte CIA-Operationen und unterstützte

So pflegt man die eigenen Verleumder

die kommunistische Sache ungestraft. Sein amerikanischer Paß wurde ihm 1979 abgenommen, doch erst nachdem ich mich und andere Personen beim amerikanischen Außenministerium darüber aufgeregt hatten.

Seither reist Agee mit einem grenadischen Paß, ausgestellt 1983 nach dem Sturz des kommunistischen Regimes, und mit einem von der sandinistischen Regierung ausgestellten nicaraguanischen Paß.

Vor kurzem kehrte Agee jedoch in die Vereinigten Staaten zurück, um für ein weiteres seiner Bücher zu werben und »seine Glaubwürdigkeit als ein besorgter Amerikaner wiederherzustellen«, das heißt gegen die US-Politik in Mittelamerika und in der Karibik zu agitieren. Er gab dem Bostoner »Globe« und verschiedenen Radiosendern in New York und Washington Interviews.

Den CIA sowie das amerikanische Justiz- und Außenministerium kümmerte seine Gegenwart und seine früheren Taten offenbar nicht. Das Außenministerium hat seinen Antrag auf einen neuen Paß angenommen, der allerdings letztlich dann doch abgelehnt wurde.

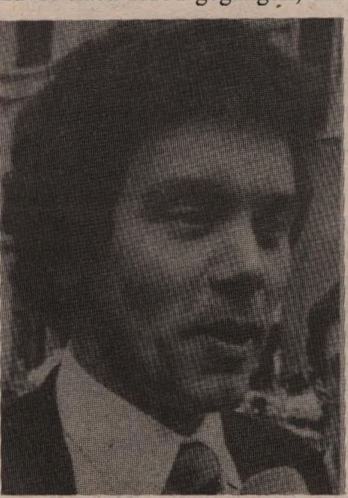
Agee ging danach nach Spanien zurück, wo er jetzt lebt, doch seinen Freunden im Covert Action Center, einem radikalen Washingtoner Institut des linken Flügels, zufolge plant er in naher Zukunft die Rückkehr nach Amerika, »um sein neues Buch zu verkaufen«.

All dies hat einige Geheimdienstprofis und Journalisten dazu veranlaßt sich zu fragen, ob die seit langem kursierenden Gerüchte wohl ihre Berechtigung haben, daß Agee in Wirklichkeit ein Doppelagent des CIA ist – ein Agent für Falschinformationen, dessen wahrer Zweck ist, die legitimen Kritiker des CIA zu diskreditieren.

Agee trat zum ersten Mal im Jahr 1974 in die Öffentlichkeit, als er aus dem CIA ausschied und nach Europa reiste, um ein Buch über seine Geheimdiensterfahrungen als Feldoffizier in Ecuador, Bolivien und Uruguay zu schreiben. Er behauptete, die Behörde hätte versucht ihn daran zu hindern von seinem Wissen über deren dubiose, wenn nicht gar verachtenswerte Aktionen in Lateinamerika zu erzählen, indem sie ihn auf verschiedene Art und Weise in Paris und später in London hetzte und jagte.

Zu schön um wahr zu sein

Agee behauptete auch zum revolutionären Sozialismus konvertiert zu sein und wäre deshalb zuvor nach Kuba gegangen, um Nachforschungen für sein Buch anzustellen, in dem der CIA und seine Politik bloßgestellt wird.



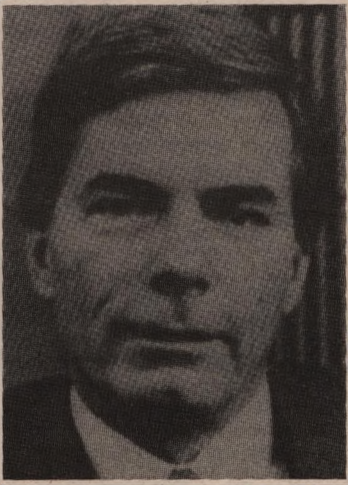
Frank Snepp schrieb über das schändliche Verhalten des CIA und das Imstichlassen der eigenen Agenten.

Seine Geschichte war voll mit Berichten über Intrigen und Gefahren. Der CIA habe es mit der List einer wunderschönen weiblichen Agentin fertiggebracht, in dem Deckel seiner Reiseschreibmaschine ein elektronisches Peilfunkgerät zu installieren, sagte er.

Agee entkam von Paris nach London und mußte sich an der Küste von Cornwall verstecken. Ganz sicher würde Agees Buch zu einem Kassenschlager werden. Der CIA versuchte verzweifelt sein Erscheinen zu verhindern, so verzweifelt, daß der Chef der für die westliche Hemisphäre zuständigen Abteilung, David Phillips – der Mann, der den Sturz der Regierung von Salvador Allende in Chile im Jahr 1973 herbeiführte – mir einen Boten schickte, um mich zu bitten, nach London zu reisen und mit Agee – der von sich selbst behauptet abtrünnig geworden zu sein – Kontakt aufzunehmen und ihm sein Manuskript für den CIA zu stehlen.

Nachdem ich Agee in London ausfindig gemacht und ich mich mit ihm getroffen hatte, schlußfolgerte ich, daß der CIA bereits ein Exemplar des sogenannten Überläufer-Manuskriptes besaß. Irgend etwas war faul an der ganzen Geschichte. Diese Schlußfolgerung wurde später genau von jenen Beamten bestätigt, die mich um Hilfe gebeten hatten.

Ein Jahr später traf ich mich mit Agee erneut mehrere Male in London, nachdem sein Buch »Inside the Company: CIA Diary« im Verlag eines anderen ehemaligen Berufsagenten erschienen war. Beide mißtrauten wir Agee und seinen angeblichen Abenteuern sowie seiner Ankündigung sehr, die Behörde bloßzustellen. Das Ganze schien zu schön, um wahr zu sein.



Philip Agee scheint ein Doppelagent des CIA zu sein, der ein Spezialist ist für Falschinformationen.

Eine weitere Finte des CIA

Zum einen – trotz der angeblichen ungeheuren Ängste des CIA über das, was Agee scheinbar in seinem Buch enthüllt hatte, ergab sich bei genauerem Hinsehen, daß er in Wirklichkeit nur sehr wenige, heikle Informationen veröffentlicht hatte und sicher nichts, was die Gegner – der sowjetische KGB und der kubanische Geheimdienst – nicht schon wußten. Einige der Informationen in dem Buch waren außerdem falsch.

Was nun die Leute anging, die er angeblich in Gefahr gebracht hatte, indem er Namen preisgab, nun, auch das erwies sich als fiktiv, eine Tatsache, die vom CIA in einer geheimen Aussage vor mindestens einem amerikanischen Kongreß-Ausschuß zu einem späteren Zeitpunkt widerstrebend zugegeben wurde.

Dennoch stellte die Behörde Agee weiterhin als einen Überläufer dar, der der nationalen Sicherheit großen Schaden zugefügt habe. Sein Image wurde dazu benutzt die Notwendigkeit nach äußerster Geheimhaltung und reduzierter Nachweispflicht beim CIA weiter zu rechtfertigen. Und jetzt ist Agee in den Vereinigten Staaten erneut aufgetaucht, ohne daß sich die amerikanische Regierung offenbar darum zu kümmern scheint. Sharon Foster, ein Pressevertreter des CIA, sagte: »Die Behörde hat keinen Kommentar über Mr. Agee abzugeben.«

Der Sprecher des amerikanischen Justizministeriums, John Russell, sagte: »Es liegen gegen Mr. Agee keinerlei Haftbefehle vor.« Auf die Frage, ob der CIA die Absicht habe, Agee wegen Verletzung seiner Verschwiegenheitspflicht zu verklagen, antwortete Russell: »Es sind keine Zivilklagen gegen ihn geplant.« Im US-Außenministerium wich man noch mehr aus. Nancy Beck vom Paßamt meinte: »Obwohl sein Paß eingezogen wurde, kann Mr. Agee in sein Land zurückkehren, wann immer er will.«

Donna Sherman vom Konsulat wurde gefragt, ob dies bedeute, daß der angebliche CIA-Überläufer mit seinem nicaraguanischen Paß kommen und gehen können, wann und wie er wolle. Sie sagte: »Ja, er ist noch immer amerikanischer Staatsbürger.«

Ganz eindeutig stellt Agee nicht die Gefahr für die nationale Sicherheit Amerikas dar, wie es der CIA darstellt. Da die Behörde es auch ablehnt, ihn durch einen Prozeß zum Schweigen zu bringen, wie sie es mit anderen freimütigen früheren Geheimdienstlern tat, kann er auch nicht als ein legitimer Kritiker des CIA angesehen werden.

Agee kann also wie eine Ente frei herumlaufen und »quaken«. Doch ist er auch eine? Oder ist er eine weitere Finte des CIA? □

USA

Westliche Führungsmacht geht in die Knie

Willis A. Carto

Ein kluger Mann hat einmal gesagt, daß nichts so ist wie es oberflächlich betrachtet zu sein scheint, und das beschreibt den Kampf um den sogenannten »Trade Expansion Act« (»Gesetz zur Handelsexpansion«) in den Vereinigten Staaten in perfekter Weise, denn niemals in der Geschichte der USA hat es wahrscheinlich einen Gesetzentwurf gegeben, der mit weniger wirklichen Verständnis oder Interesse hinsichtlich seiner wirklichen Implikationen untersucht und debattiert worden ist.

Es ist keine Übertreibung zu sagen, daß die Mehrheit der Abgeordneten und Senatoren der USA, die für den Gesetzentwurf gestimmt haben, noch nicht einmal annähernd wußten, um was es dabei wirklich ging. Zunächst einmal: Bei dem Studieren des Entwurfs durch den Haushaltsausschuß des Repräsentantenhauses sowie durch Senat und Repräsentantenhaus selbst und im Finanzausschuß des Senats zeichnete sich die Debatte aus durch eine deutliche Ablehnung die wahren Kernpunkte zu betrachten, obwohl dies von über 300 Gruppen verlangt wurde.

Ein großes Vorhaben mit zwielichtigen Zielen

Die Diskussion der Vorzüge des Gesetzentwurfs beschränkte sich auf die wirtschaftlichen Aspekte allein, obwohl die tatsächliche Bedeutung des Entwurfs mit Wirtschaft überhaupt nichts zu tun hatte. Es geht in ihm um die Verfassung und die Politik sowie um das Schicksal Amerikas selbst, denn es wird in ihm die Frage gestellt: Werden die Vereinigten Staaten ein freies und unabhängiges Land bleiben, das sein eigenes Schicksal selbst bestimmt, oder wird es zum Anhang eines sozialistischen Weltsystems?

Die Behauptung hier, daß vielleicht weitaus mehr hinter dem sogenannten »Handels«-Gesetz steht als mit dem bloßen Auge sichtbar ist, könnte unbeachtet bleiben, wenn sie nur von Außenseitern aufgestellt worden wäre. Doch jene, die hinter den Kulissen an diesem Gesetzentwurf gearbeitet haben, lassen jetzt die Behauptung fallen, daß es sich in erster Linie um eine wirtschaftliche Angelegenheit handelt, unter deren Vorwand sie ihn dem Land verkauft haben.

US-Präsident Kennedy leugnete in einer Rede Anfang des Jahres 1962 vor dem Nationalen Industrieverband der USA, daß hinter dem Gesetzentwurf irgendein »großes Vorhaben« stünde. In späteren Reden und Äußerungen machte er und seine Berater hingegen deutlich, daß tatsächlich ein großes Vorhaben dahintersteht, und daß es eben die Größe und Kühnheit dieses Vorhabens sei, die für den Durchschnittsmenschen schwer zu verstehen sei.

Die beste Skizzierung der Verschwörung findet sich in dem Buch »The Grand Design« (»Das große Vorhaben«) des Mitglieds des Council on Foreign Relations (CFR) und Verfassers der Kennedy-Reden Joseph Kraft. Kein Buch der jüngsten Geschichte hat eine solche Geringschätzung für die amerikanischen Werte und die politische Intelligenz des amerikanischen Volkes gezeigt wie dieses.

Es geht um die Weltregierung

Dieses Buch zeigt deutlich, was wir akzeptieren müssen, jetzt, wo das Gesetz verabschiedet worden ist, denn diese Gesetzesplaner werden die Führung über das Schicksal der Nation übernehmen und es in Richtung ihrer eigenen, zwielichtigen Ziele führen, wenn sie nicht gestoppt werden können.

Die Ziele sind nationaler Zerfall und damit Teil der geplanten Weltbewegung in Richtung auf internationale Zersetzung; die Auflösung aller Landesgrenzen; die Zerstörung aller Kulturreligionen; die Auflösung sämtlicher Rassen; vollständiges Weltchaos, über das eine kleine Gruppe die Oberherrschaft führen kann.

Ein anderer Begriff hierfür ist »Weltregierung«. Der Gesetzentwurf zur »Handelsexpansion« kann von der Tatsache seines Ursprungs und seines Zwecks nicht getrennt werden. Wenn diese Fakten erkannt werden, klären sich alle Rätsel um dieses Thema. Doch wenn man sich ihnen hartnäckig widersetzt, kann man nichts verstehen.



Der damalige US-Präsident John F. Kennedy wußte um die Geschäfte mit dem Handelsgesetz-Entwurf.

Obwohl der Gesetzentwurf nicht in erster Linie eine wirtschaftliche Angelegenheit ist, muß man einige der grundlegenden ökonomischen und historischen Fakten verstehen, die ihm zugrunde liegen. Die Propaganda, die von den Befürwortern des Gesetzentwurfs ausging, war heftiger und verlogener als alles, was es seit der Kriegspropaganda der vierziger Jahre gegeben hat. Der geschickte Einsatz von Lügen, die endlos wiederholt wurden, spielte eine große Rolle beim Aufbau der Akzeptanz des Entwurfs in der Öffentlichkeit.

Eine der am häufigsten verwendeten Lügen hieß, daß amerikanische Exporte die Importe übersteigen; mit anderen Worten, daß Amerika eine positive Handelsbilanz haben wird. Die Zahlen der US-Regierung für das Jahr 1960 nennen 20,3 Milliarden Dollar an Exporten und 14,7 Milliarden an Importen und ergeben eine positive Handelsbilanz von 5,6 Milliarden Dollar.

Die Wahrheit ist hingegen, daß die obigen Zahlen für die Exporte jene Exporte einschließt, die von dem amerikanischen Steuerzahler an Auslandshilfe gezahlt wurden oder anderen Formen von Subventionen. Der genaue Betrag ist schwer auszumachen, doch es kommt der Wahrheit wahrscheinlich sehr nahe, wenn man davon ausgeht, daß mindestens ein Drittel der amerikanischen Exporte vom Steuerzahler in den Vereinigten Staaten gezahlt werden.

Irreführung und Lüge

Die Steuerzahler der USA zahlen zum Beispiel den Baumwollproduzenten eine Unterstützung von 8 Cents je Pfund für den Export, um den Auslandspreis auf ein Niveau herunterzuziehen, wo er auf dem Auslandsmarkt wettbewerbsfähig ist. Diese Unterstützung muß bei der Ermittlung der amerikanischen Exportkosten berücksichtigt werden. Und das ist nur ein unbedeutenderes Beispiel.

Das amerikanische »Farmer-Problem« ist an sich ein fantastischer Schwindel. Wie das Mitglied des Repräsentantenhauses E. Y. Berry nachgewiesen hat, wird der »Überschuß«, der für die USA so kostspielig ist, durch eine Invasion von Farmprodukten aus Billigarbeit geschaffen, die unter dem Preis von amerikanischen, subventionierten Produkten verkauft werden. Der Farmer braucht Subventionen, um seine Produkte in Übersee

USA

Westliche Führungsmacht geht in die Knie

zu verkaufen, weil durch die gegenwärtigen Subventionen, die er bekommt, die Preise amerikanischer Erzeugnisse so angestiegen sind, daß sie auf dem amerikanischen Markt mit ausländischen Produkten nicht mehr konkurrieren können.

Die Zahl von 20,3 Milliarden Dollar an Exporten, die die US-Regierung nennt, ist also eine anmaßende Lüge, die der Irreführung dient.

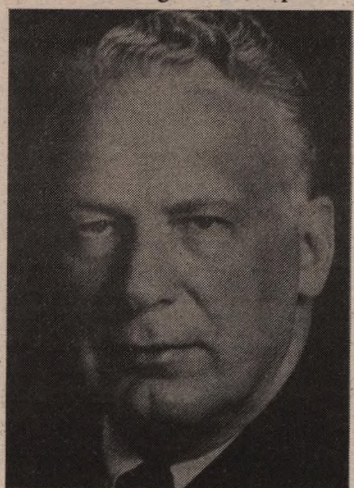
Historisch setzt man hier vielleicht am besten bei der Verabschiedung des Smoot-Hawley-Tariff-Act des Jahres 1930 an. Dieses Gesetz ist noch immer das fundamentale Zollgesetz für die Vereinigten Staaten. Im Jahr 1934 gelang Cordell Hull die Verabschiedung der ersten 11 Handelsvereinbarungs-Gesetze, die in der Folge von Propagandamachern »Reciprocal Trade Act« (»Gegenseitiges Handelsgesetz«, RTA) getauft wurden. Das Wort »gegenseitig« taucht aber eigentlich an keiner Stelle des Gesetzes auf.

Mit dem ersten RTA wurde der amerikanische Präsident ermächtigt, die Zölle um 50 Prozent zu reduzieren. Im Jahr 1945 wurde beantragt sie um weitere 50 Prozent zu senken und auch das wurde bewilligt. Im Jahr 1955 wurde der Präsident ermächtigt sie um weitere 15 Prozent zu ermäßigen und im Jahr 1958 um weitere 20 Prozent. So konnte eine Zollgebühr von einem Dollar im Jahr 1934 auf 50 Cents gesenkt werden; auf 25 Cents im Jahr 1945; auf 21¼ Cents im Jahr 1955 und dann auf 17 Cents – was insgesamt 83 Prozent ausmacht; damit liegt das amerikanische Zollniveau drei Prozent niedriger als der Durchschnittswert anderer Industrieländer.

Einige Sicherheitsklauseln für amerikanische Produzenten wurden im Lauf der Zeit in das RTA eingebaut. Zwei davon waren die Bestimmungen über Gefahrenpunkt und Rücktrittsklausel, die ihnen helfen sollten die Exekutive auf ihre Misere aufmerksam zu nachen.

Im Jahr 1933 betrugen die Importe der USA 1,4 Milliarden Dollar und amerikanische Exporte 1,6 Milliarden Dollar. Obwohl diese Zahlen sich gewaltig erhöht haben, ist die erschrekkende und brutale Wahrheit, daß die Exporte der USA im Hinblick auf das Bruttosozialprodukt im Jahr 1960 nur 3,9 Prozent betrugen – und wie bereits gesagt ist diese Zahl durch die Pfründe der Steuerzahler stark überhöht.

Es muß hier festgestellt werden, daß sich der ganze Kampf um den sogenannten »Handels«-Gesetzentwurf um lediglich drei Prozent des amerikanischen Bruttosozialprodukts dreht – den exportierbaren Anteil amerikanischen Sozialprodukts.



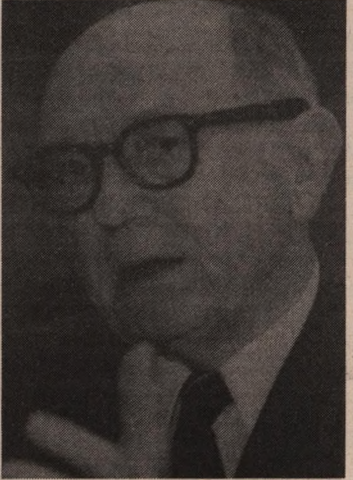
George Ball war in dem Versuch verwickelt den Reichtum Katangas durch Einsatz von UN-Truppen zu übernehmen.

Der Plan der sozialistischen Internationalisten

Die Regierung Roosevelts, Truman, Eisenhower und Kennedy waren offenbar so interessiert daran etwa drei Prozent amerikanischer Produktion loszuwerden, daß sie bereit waren den gesamten US-Markt – mit 97 Prozent der amerikanischen Produktion – ausländischen Waren zu opfern.

Die sozialistischen Internationalisten werden plötzlich zu Anhängern von Adam Smith, wenn sie mit einer Landesgrenze konfrontiert werden. Ein Argument, das sie verwenden lautet, daß Freihandel industrielle Effektivität automatisch mit sich bringt. Das ist teilweise richtig, doch es erklärt auch, warum die Vereinigten Staaten bei weitem eine chronisch höhere Arbeitslosenzahl haben als irgend ein Land in Europa – sie liegt bei 5,6 Prozent. Interessanterweise wurde diese Zahl am 30. September 1962 veröffentlicht – zur Sicherheit erst nach der Verabschiedung des »Handels«-Gesetzes.

Eifrige Verfechter von Auslandshilfe wie der republikanische Abgeordnete Walter Judd sagen, 80 Prozent der dafür vorgesehene Gelder würden in die Vereinigten Staaten zurückkommen. Und selbst wenn die Amerikaner jetzt an 101 von 113 Länder auf der Welt Unterstützung geben, reichen – so der republikanische Abgeordnete Bruce Alger – die amerikanischen Aufwendungen nicht aus, um die chronische Arbeitslosigkeit in den USA zu senken, die immer schlimmer wird, da immer mehr Importe den Markt der Vereinigten Staaten überschwemmen.



Dean Rusk, vormals bei der Rockefeller Foundation und »Big Oil«, war bekannt für seine Vorliebe für Freihandel.

Eine kurze Erklärung des Inhaltes des »Handels«-Gesetzes, das folgende Punkte vorsieht: Eine fünfjährige Befugnis des Präsidenten; allgemeine Zollsenkungen; Reduzierung der Zollgebühren auf Null bei allen Waren – nach Ermessen des Präsidenten –, bei denen Europa und die Vereinigten Staaten zusammen 80 Prozent der Weltexporte haben; äußerst großzügige Unterstützung für Arbeiter, die ihren Arbeitsplatz aufgrund von Billigimporten verlieren – aber nicht für jene, die ihre Arbeit verlieren, weil sie ihre Produkte aufgrund von Importen nicht mehr verkaufen können – sowie für Umschulung und Umzug von einem Landesteil in einen anderen.

Für Arbeitgeber und Fabrikanten gibt es nette steuerlich zulässige Abschreibungen, »technische Unterstützung« und Darlehen. Das Gesetz wird die Exekutive gewaltig stärken und die Steuerlast erheblich erhöhen, die nebenbei bemerkt bei einer geringen Anzahl von Steuerzahlern erhoben werden wird.

Die Geschäfte in der Kennedy-Ära

Als Kennedy und seine extremen Berater bereit waren die Kampagne zur Verabschiedung dieses Gesetzes zu beginnen, erkannten sie bereits zu Beginn, daß ein großes Spektrum mit einer großen Anzahl von Gruppen und Interessenverbänden von talentierten und erfahrenen Leuten inszeniert werden müsse.

Zu den drei Spitzen-Initiatoren gehörten: C. Douglas Dillon, dessen Bankhaus Dillon, Read & Co. mehr als nur ein beiläufiges Interesse am Freihandel und Auslandshilfe hatte; Dean Rusk, vormals bei der Rockefeller Foundation und »Big Oil«, hat eine besondere Vorliebe für Freihandel, da Standard Oil allein eine Milliarde Dollar in Übersee investiert hat; George Ball, Staatssekretär im US-Außenministerium und Partner in der Anwaltsfirma Cleary, Gottleib, Steen and Ball, die für sechs europäische Länder als Auslandsagenten eingetragen ist und die den Europäischen Kohle- und Stahlverband vertreten hat, den Vorläufer für den gemeinsamen Markt.

Ball war auch in den Versuch verwickelt den Reichtum Katangas durch den Einsatz von UNO-Truppen zu übernehmen, wie dies am 12. September 1962 durch den Abgeordneten Donald Bruce im Repräsentantenhaus dokumentiert wurde.

Die Männer, die Kennedy für die organisatorische Aufgabe auswählte, in der Wirtschaft Druck zugunsten des »Handels«-

Gesetzentwurfs auszuüben, waren Howard C. Petersen und Meyer Rashish. Petersen ist Präsident der Fidelity-Philadelphia Trust Company und Vizepräsident des linksstehenden Ausschusses für wirtschaftliche Entwicklung. Petersen, ein Republikaner, hat ausgezeichnete Kontakte in der gesamten Bankenwelt und insbesondere zu Douglas Dillon.

Neben diesen beiden Männern wurden noch viele andere Experten eingesetzt, meistens ohne Kosten für die Regierung. Zum Beispiel entsandte die Ford Motor Company ihren John Erickson mit Anweisungen sich Vollzeit für den Gesetzentwurf einzusetzen. Erickson ist ein Public Relations-Experte mit einem Jahresgehalt von 240 000 Dollar. Ford zahlt sein Gehalt weiter als wenn er in Detroit arbeiten würde.

Unter den gleichen Vereinbarungen schickte die Schenley Distilleries einen Mann. Andere Firmen mit einem besonderen Interesse am Freihandel taten das Gleiche. Die genaue Zahl ist unbekannt, außer in internen Kreisen.

Von Anbeginn wurde deutlich, daß die Textilindustrie den größten Einfluß in dem bevorstehenden Kampf haben würde. Sie wird in Washington von dem American Cotton Manufacturers Institute repräsentiert und seinen Aussagen zufolge sind in diesem Industriezweig etwa zwei Millionen Menschen beschäftigt. Sie haben politischen Einfluß auf mindestens 126 Abgeordnete des Repräsentantenhauses und 36 Senatoren, nicht nur aus dem Süden, sondern auch ein paar aus Neu-England.

Der Unsinn der Subventionen

Obwohl es zu langwierig wäre die gesamte Textilindustrie hier eingehend zu behandeln, möge es genügen zu erwähnen, daß zu Beginn jenes Jahres Kennedy ein großzügiges Acht-Punkte-Programm zur Unterstützung der Textilindustrie verkündete. Einer dieser Punkte beinhaltete eine großzügige steuerliche Abschreibungsmöglichkeit für Textilmaschinen. Ein weiterer war der Vorschlag einer weiteren Subvention für die Anbauer von Baumwolle, die ein Ausgleich für die erste Subvention von 8,5 Cents pro Pfund darstellen würde, die jetzt an Baumwollexporteure gezahlt wird, um amerikanische Baumwolle auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig zu machen.

Als Folge dieses Ungleichgewichtes beispielsweise können die Japaner amerikanische Baumwolle um 8,5 Cents billiger kaufen als amerikanische Produzenten. Daher ist es ihnen möglich Ferigtextilien zu weit niedrigeren Kosten nach Amerika einzuführen als sie dort hergestellt werden können – und dabei ist noch nicht einmal der Faktor Lohnkostenunterschied berücksichtigt.

Der Zweck der zweiten Subvention besteht deshalb darin die Auswirkung der ersten auszugleichen. Das mag alles verrückt klingen, doch das ist die Standardvorgehensweise in Washington.

Das dritte Versprechen, das Kennedy den Textilmagnaten gegeben hat, war bei Baumwolltextilien ein Einfuhrkontingent zu verhängen mittels des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT).

Dieses Versprechen hatte – vom Standpunkt der amerikanischen Regierung her – einen äußerst positiven Effekt, denn die Unterstützung der Kongreßabgeordnete durch die Baumwoll- und Textilstaaten sicherten letztlich Kennedy den Sieg.

Einen interessanten Aufschluß über den Handel, den Kennedy mit den Textilmagnaten gemacht hat, gibt die Erfahrung des Jahres 1958, als Eisenhower so ziemlich das gleiche Problem hatte, um die Verabschiedung des RTA-Gesetzes in jenem Jahr zu erreichen. Er brauchte die Unterstützung einiger Staaten im Westen und bot deshalb den Produzenten von Kupfer, Blei, Zink und saurem Flußspat ein Geschäft an.

Als Gegenleistung für deren Unterstützung des RTA-Gesetzes würde er einen Gesetzentwurf einbringen, mit dem unter dem Deckmantel der »nationalen Verteidigung« ein umfangreiches Vorratsprogramm etabliert werden würde – unter diesem Gemeinplatz führen die Politiker ihre schlimmsten Betrügereien durch. Die Produzenten dieser Mineralstoffe hörten von diesem Plan mit patriotischer Freude und reagierten mit der Unterstützung der Staaten im Westen für das RTA- Gesetz.

Vernichtung von Arbeitsplätzen

Es kam aber der Zeitpunkt, das Versprechen einzulösen, und Eisenhower konnte den Kongreß nicht überzeugen, seine Maßnahmen zu verabschieden. Da gibt es jene, die der Meinung sind, daß auch Kennedy den Textilmagnaten vielleicht zu viel versprochen hat, denn es ist nicht sicher, daß er seine Zusage des Kontingents auf ausländische Textilien einlösen kann.

In vier verschiedenen Bereichen wurden Anstrengungen unternommen, denn es war nicht nur wichtig, massive Unterstützung in der Wirtschaft zu bekommen, sondern auch von den Farmern, Gewerkschaftlern und dem liberalen Establishment. Mit dem letzteren gab es keinerlei Schwierigkeiten; die Liberalen befürworteten instinktiv das »große Vorhaben« und setzten ihren ganzen Eifer, List und Tücke ein, um die Öffentlichkeit in Verwirrung zu stürzen.

Um zu zeigen, daß sie es ernst meinten, unterstrich der Ausschuß für einen leistungsfähigen Kongreß seine Absicht 250 000 Dollar in den bevorstehenden Kampf zu investieren und verkündete am 27. Dezember 1961: »In der Außenhandelsdebatte werden sich die wahren Konservativen von den kranken Radikalen der Rechten scheiden . . . die Koalition des rechten Flügels wird vielleicht eine Zwangstrennung erleben, die kein Isolationist akzeptieren kann.«

Denn die Kennedy-Strategie war ein weiteres Problem: es war offensichtlich, daß kein Arbeiter, der seine fünf Sinne beisammen hatte, freiwillig der Vernichtung seines Arbeitsplatzes durch Billig-Importe zustimmen würde. Das Problem wurde gelöst durch die unglückliche Tatsache, daß die meisten Arbeiterführer in Amerika Sozialisten sind mit einer ideologischen Affinität für den Freihandel und die Weltregierung.

So erließ Walter Reuther strikte Anweisungen, daß alle AFL-CIO-Regionalstellen das Handelsthema beiseite tun und alle politischen Aktionen zu diesem Thema den nationalen Hauptquartieren überlassen. Somit unterdrückte Reuther jegliche Opposition gegen diesen törischen Gesetzentwurf in direktem Gegensatz zu seiner eidlich versicherten Pflicht die Interessen der Arbeiter zu vertreten.

Viele Gewerkschaften allerdings schlossen sich dem Kampf von der logischen Seite her an, wie beispielsweise John Lewis UMW, David Dubinskys ILGWU und Ton, Keramik und Glas sowie andere Gewerkschaften. Doch sie hatten nicht die Unterstützung des liberalen Establishment und wurden ignoriert.

Was die Farmer angeht, so gab es hier ein anderes Paradoxon. Man könnte annehmen, daß in einer vernünftigen Gesellschaft Farmer in einem Land mit hohen Lohnkosten den Schutz vor Ländern mit niedrigen Lohnkosten verlangen würden. Und doch wurde der Gesetzentwurf letztlich vom amerikanischen Landwirtschaftsverband unterstützt. Warum? Weil es nach Aussagen Veantwortlicher wichtig ist, daß Amerika seine Überschüsse in der landwirtschaftlichen Produktion exportiert und Zölle würden – nach dem Freihandelsdogma – zu »Vergeltungs-Maßnahmen« von anderen Ländern führen, das heißt, der Exportmarkt der USA würde abgeschnitten.

Alles war bereit loszumarschieren

Wie bereits angedeutet ist das Problem des »Überschusses« selbst ein Rätsel, was durch die Subventionierung amerikanischer Produkte hervorgerufen wurde, was zum Import von billigen ausländischen Produkten führte, was wiederum die Nachfrage nach amerikanischen Waren auf dem einheimischen Markt reduziert. Hier wird wieder deutlich, wie eine Intervention durch die US-Regierung zu einer Nachfrage nach weiteren führt und so weiter – ad infinitum.

Die Hauptfront für die Linken und Weltsozialisten in der Wirt-

USA

Westliche Führungsmacht geht in die Knie

schaft war das Komitee für eine nationale Handelspolitik, angeführt von Charles Taft. Für Lobby-Tätigkeiten wurde ein Budget von 200 000 Dollar angekündigt, doch diese Gruppe hat wahrscheinlich weitaus mehr als das dafür ausgegeben. Sie setzt sich zusammen aus Top-Führungskräfte Dutzender von Firmen wie zum Beispiel General Mills, Gillette, Bank of America, McGraw-Hill, Coty, Pitney-Bowes, Ford, R. H. Macy, Crown Zellerbach, W. R. Grace, Marshall Field, IBM.

Es erübrigt sich zu erwähnen, daß die anführende Gruppe – der berüchtigte Council on Foreign Relations (CFR) – sich im Hintergrund hielt, doch ist es nicht schwer die »italienische« Handschrift des CFR durch das ganze Netzwerk der Unterstützung des »Handels«-Gesetzes hindurch zu verfolgen.

So wird das Bild nun komplett. Es waren nicht nur alle Interessengruppierungen der ausländischen Regierungen, Gruppen der Linken und der Weltregierung bereit loszumarschieren, sondern auch genug gut organisierte Unterstützung für den Gesetzentwurf in der Wirtschaft war durch tausend Spezialabkommen und Beihilfen gesichert, wowie durch Zusagen für kräftige Profite und Steuervergünstigungen, als der Entwurf schließlich verabschiedet wurde.

Die Sache war von vornherein entschieden und das trotz der Tatsache, daß es sich für die meisten Kommentatoren, die »Konservativen« eingeschlossen, völlig anders darstellte.

Inszenierung des Spiels

Man kann sagen, daß es sich bei dem »Handels«-Gesetzentwurf um die alleinige Schöpfung des CFR handelt. Blickt man in die Liste der Mitglieder des CFR, untersucht man bei jedem Mitglied dessen Beziehungen zur Wirtschaft und man wird feststellen, daß die Chancen größer als 95 Prozent sind, daß jener Wirtschaftszweig den Gesetzentwurf unterstützt hat.

Was die einzelnen Industriezweige angeht, so war der Stahlsektor neutral. Die drei großen Autoproduzenten unterstützten den Entwurf. Die 16 größten Ölgesellschaften, die international tätig sind, unterstützten ihn. Einheimische Produzenten sowie die Benzinhersteller waren dagegen.

Die Kohleindustrie war dagegen, ebenso die Holzindustrie. Von den Banken wurde er kräftig unterstützt. Chemie- und Elektroindustrie waren dagegen, doch die letzteren verhielten sich sehr ruhig wegen der jüngsten kartellfeindliehen Aktionen, die Kennedy gegen sie unternommen hatte.

General Electric hat den Entwurf sogar unterstützt. Auch die Nahrungsmittelindustrie, viele Einzelhändler und die Tabakindustrie unterstützten ihn; die Tabakindustrie hat die Maßnahmen in den Textilstaaten des Südens zusätzlich unterstützt.

Zahllose kostspielige Berichte und Studien wurden von Organisationen wie der Chase Manhattan Bank, der Foreign Policy Association (ein Aushängeschild des CFR), des Japan-American Trade Council, der League of Women Voters, dem US-Außenministerium, dem US-Handelsministerium, dem US-Arbeits- und Landwirtschaftsministerium erstellt. Diese Produkte zeichneten sich durch große Unehrlichkeiten aus.

Nach der Verabschiedung des Gesetzentwurfs sagte ein Mann, der an der Erstellung einiger dieser Materialien beteiligt war, zu mir: »Ich bewundere Eure Gesinnung, doch Ihr Burschen hattet keine Chance. Ihr wart bereits ausgebootet, noch bevor Ihr überhaupt angefangen habt. Ich gebe zu, unsere Propaganda war auf Lügen aufgebaut, doch Ihr konntet nicht darauf reagieren, weil Euch die Mittel fehlen. Wir haben Euch und die Öffentlichkeit wirklich reingelegt. Diese Halunken (die Kongreßmitglieder) haben nicht die leiseste Vorstellung, um was es in dem Gesetzentwurf wirklich geht.«

Die organisierte professionelle Opposition gegen den Gesetzentwurf beschränkte sich auf den Rat für Handelsbeziehungen – eine Industrieorganisation – und das Nation-Wide-Committee – eine Gruppe aus Wirtschafts-, Arbeiter- und Agrarinteressen, angeführt von O. R. Strackbein.

Unser Vorgehen, also das von Liberty Lobby, war ganz anderer Art, denn wir basierten unsere Argumentation überhaupt nicht auf wirtschaftliche Faktoren, sondern auf verfassungsrechtliche und politische Aspekte und wir bekamen ungeheuere und stetig wachsende Unterstützung in der Öffentlichkeit und sicher enthusiastischere als alle anderen Pro- und Contra-Gruppen zusammengenommen.

»Wenn es Euramerika ist . . .«

Über 300 Bürgergruppen, die über eine Million Menschen repräsentierten, unterstützten diesen Standpunkt, und ausgehend von einem relativ bewegungslosen Anfang zu Beginn des Jahres, wurde ein Prozeß der Unterrichtung der Öffentlichkeit in Gang gesetzt, der zu einem Verstehen der wirklichen Angelpunkte und Interessen in der Öffentlichkeit führen mußte, obwohl er auf den US-Kongreß nur eine geringfügige Wirkung hatte wegen der unüberwindlichen Anhäufung politischer Macht auf der anderen Seite.

Als Nachweis des großen Wahrheitshungers der Öffentlichkeit wurde von Liberty Lobby in 45 Tagen eine halbe Million Flugblätter mit dem Titel »Wenn es Euramerika ist, ist es nicht Euer Amerika« verteilt.

Es sollte klargemacht werden, daß kein Abgeordneter des Repräsentantenhauses oder Senator sich der Verantwortung für seine Handlungen entziehen kann, indem er Unkenntnis der wahren Thematik vortäuscht. Denn Liberty Lobby hat den meisten Senatoren und einer Vielzahl von Abgeordneten des Repräsentantenhauses die Wahrheit persönlich zugänglich gemacht, und wir können davon ausgehen, daß der Rest sie auf die eine oder andere Art indirekt erfahren hat.

Die Befürworter des Entwurfs haben schätzungsweise mindestens drei Millionen Dollar dafür ausgegeben und Publizität mindestens im Wert von 100 Millionen Dollar dafür bekommen. Nicht das ganze Geld wurde von den Interessengruppen beigebracht, die es verwendet haben.

Wie üblich kam ein großer Teil davon vom Steuerzahler; betrachten wir allein die massive Propaganda durch die oben erwähnten vier Ministerien. Eines von ihnen, das Handelsministerium, veröffentlichte ganze 50 umfangreiche Studien, eine für jeden Staat, mit Details über die großen wirtschaftlichen Freuden, die der Verabschiedung des »Handels«-Gesetzes folgen würden.

Die Summe, die von den Gegnern des Entwurfs aufgewendet worden ist, liegt wahrscheinlich bei 250 000 Dollar plus positive Meldungen in den Medien im Wert von höchstens 50 000 Dollar.

Alle folgten ganz gehorsam

Im Repräsentantenhaus wurde nach den Anhörungen im Haushaltsausschuß abgestimmt. Zuvor hatte ein Sonderausschuß des Ausbildungs- und Arbeitskomitees Hearings über die Auswirkung von Importen auf die Beschäftigungssituation in Amerika abgehalten. Der Vorsitzende dieses Sonderausschusses war John Dent. Dank seines ausgezeichneten und engagierten Beraters James L. Gallagher hat dieser Ausschuß gute Arbeit geleistet und sein umfangreicher Bericht ist unerläßlich für das richtige Verständnis der wirtschaftlichen Auswirkungen von Importen.

Dent war einer der Anführer im Repräsentantenhaus, den viele andere als den Verantwortlichen zu diesem Thema betrachteten. Seine Interessen erwuchsen aus der schrecklichen Lage, in der sich die Töpferindustrie in seiner Region befand. Die Ton- und Keramikindustrie in Amerika war am stärksten von Importen betroffen.

Ein weiterer Anführer war Cleveland Bailey. Sein Kampf gegen das RTA machte ihn wahrscheinlich lange Zeit zur herausragenden Figur, die für den Kampf um vernünftige Zölle allgemein stand. Er reflektierte die

schlechte Lage der Kohleindustrie in West-Virginia, die den Kampf gegen Öl aus Übersee verloren hatte. Eine weitere Leitfigur im Repräsentantenhaus war Bryan Dorn.

Die wichtigste Abstimmung fand am 28. Juni 1962 im Repräsentantenhaus statt, unmittelbar vor der Abstimmung über den Gesetzentwurf selbst. Es ging um die Zurückweisung eines Antrages des Abgeordneten Noah Mason an den Haushaltsausschuß mit der Maßgabe eines Gesetzentwurfs zur Verlängerung des RTA um ein weiteres Jahr.

Die Idee dabei war, die Abstimmung über den »Handelsexpansions«-Gesetzentwurf um ein Jahr zu verzögern, was uns Zeit geben würde, seine Auswirkungen zu untersuchen, und wir würden bis dahin wissen, ob Großbritannien zur Europäischen Gemeinschaft beitritt oder nicht.

Bei der Abstimmung holten die Besucher auf der Galerie tief Luft, als Bailey, Dent und Dorn gegen den Mason-Antrag stimmten. Er wurde mit 171 zu 253 Stimmen abgelehnt und das RTA sah somit einem sicheren Sieg entgegen und wurde mit 298 zu 125 Stimmen verabschiedet.

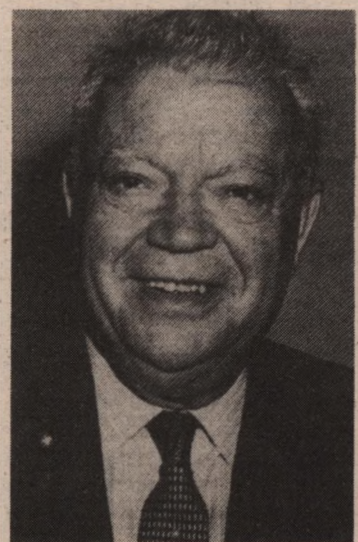
Was war geschehen, daß diese Leute sich gegen alles wandten, für das sie jahrelang gearbeitet hatten? Im Fall Dorn – normalerweise ein ungewöhnlich verläßlicher amerikanischer Patriot – können wir annehmen, daß er meinte, der Gesetzentwurf würde sowieso verabschiedet, und daß er die finanzielle Unterstützung der Textilinteressen in seiner Region brauchte.

Bei den anderen können wir es noch nicht sagen. Wie auch immer der unwiderstehliche Druck ausgesehen haben mag, er ist mit technischer Perfektion ausgeübt worden.

In vielerleii Hinsicht war Harry Byrd die Schlüsselfigur im Senat. Als Vorsitzender des Finanzausschusses machte er den Eindruck, als wollte er sämtliche Aspekte des Gesetzentwurfs untersuchen, bevor er verabschiedet werden sollte. Das »Time-Magazine« berichtete jedoch am 17. August 1962, daß Byrd sich schon lange vor der Freigabe des Entwurfs aus dem Finanzausschuß für die Unterstützung des Gesetzes entschieden hatte, und viele Leute in Washington behaupten, Byrd habe mit Kennedy schon im Januar 1962 einen Handel abgeschlossen, daß er den Entwurf unterstützen werde.

Triumph des internationalen Sozialismus

Niemand kann allerdings sagen, warum er dies tat, denn man kann sich einfach nicht vorstellen, was Byrd noch braucht und was er nicht schon hat. Auch wenn man davon ausgeht, daß er für das Gesetz war, weil er einer



Gewerkschaftsführer David Dubinsky kämpfte gegen die Freihandelsbestrebungen, hatte jedoch keine Unterstützung vom Establishment.



Walter Reuther unterband jegliche Opposition gegen das Gesetz und verriet damit die Interessen der amerikanischen Arbeiterschaft.

der größten Äpfelanbauer im Land ist und einen Exportmarkt für seine Äpfel brauchte, so löst das nicht das Rätsel.

Ein Informant mit engen Kontakten zu Byrd sagte: »Ich verstehe nicht, warum der Finanzausschuß die verfassungsrechtlichen und politischen Auswirkungen des Entwurfs übersehen hat, selbst nachdem er darauf aufmerksam gemacht worden ist. Ich habe nie eine solche Entschlossenheit beobachtet, die wahren Streitfragen eines Gesetzentwurfs zu ignorieren.«

Die US-Zeitschrift »Congressional Quarterly« faßte schließlich die Bemühungen nach der Verabschiedung des Gesetzes zusammen mit den Worten: »Es gab fast nichts dergleichen wie die traditionelle Debatte liberaler gegen protektionistische Handelsphilosophie und die Vereinigung verschiedener protektionistischer Elemente – wie Textilindustrie, Kohle und Holz, die den Entwurf hätten zu Fall bringen können, wenn sie gemeinsam dagegen gestimmt hätten – trat nicht in Erscheinung.«

Das ist die beste und kürzeste vordergründige Kritik der Abstimmung der ganzen Thematik, die wir kennen. Doch wir werden jetzt etwas tiefer gehen, denn wie bereits eingangs gesagt, der Gesetzentwurf selbst ist nur eine oberflächliche Manifestation sehr grundlegender Politik.

Die Internationalisten – der CFR und seine Verbündeten und Agenten – haben gewonnen, weil sie gewinnen wollten, und die Nationalisten haben verloren, weil sie nicht gewinnen wollten – im Unterbewußtsein wollten sie sogar verlieren. Das heißt, die Internationalisten haben nicht gewonnen, weil sie mehr Geld haben, besseres Organisationstalent, bessere politische Mittel und Fähigkeiten, sondern weil ihr Wille zum Sieg ihnen diese Dinge eingebracht hat.

Die Internationalisten besitzen eine Quelle geistiger Unterstützung, die den Nationalisten fehlt. Sie halten sich aufrecht mit der Doktrin des »unvermeidlichen« Triumphes des internationalen Sozialismus, wie sie von Marx vorgebracht wurde.

Zunächst haben die Nationalisten falsch angesetzt. Statt zu versuchen, den Gesetzentwurf mit kleinen Demonstrationen hier und dort zu Fall zu bringen, hätte es eine Einigung über ein Ziel geben müssen, das eine Einheit gebracht hätte. Jeder Industriezweig war nur an der Erhaltung seines eigenen wirtschaftlichen Wohls interessiert. Damit waren die Gegner voneinander isoliert und der Kampf war von Anfang an zum Scheitern verurteilt.

Aberglaube an einen mystischen Kult

Das letztendliche Paradoxon ist, daß der Sieg der Internationalisten Marx komplett widerlegt. Denn Marx war der Prophet der Kräfte des blinden Materialismus, die als natürliche Folge ihres eigenen Gesetzes siegreich sind. Viele Dingen lassen sich über den »Handels«-Kampf sagen, doch niemand kann behaupten, daß der Sieg des Gesetzes eine ausgemachte Sache war, sichergestellt durch echte Vorherrschaft wirtschaftlicher Macht.

Der Sieg der Internationalisten war die klare Folge von Propaganda, Überredung, Bestrafung und Politik. Es war ein Sieg der Experten, bei dem die Nichtfachleute verloren haben, und er war genauso unvermeidlich wie die Unfähigkeit der Nationalisten, einen wirksamen Kampf zu führen, denn nachdem sie 97 Prozent der amerikanischen Produktion repräsentieren, hätten sie allen sachlichen Kalkulationen nach einfach gewinnen müssen.

Doch ein demoralisierter, zermürbter Verteidiger mit überwältigender materieller Überlegenheit kann einen entschlossenen Angreifer nicht schlagen, selbst wenn das bedingungslose Vertrauen des Angreifers in seinen Sieg auf nichts anderem basiert als einem bedingungslosen Aberglauben in den mystischen Kult des Unvermeidlichen, wie er als erstes vom Propheten Karl Marx aufgestellt wurde. □

Der vorstehende Beitrag wurde von Willis A. Carto im Jahr 1962 geschrieben und erklärt die heute bestehenden wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten der USA. Carto ist Gründer von Liberty Lobby und Mitherausgeber der amerikanischen Wochenzeitschrift »The Spotlight«.

Edwin Meese

Die Freude des US-Justizministers

P. Samuel Foner

Während in den Vereinigten Staaten immer neue Namen zu der Liste von Beteiligten im Wed-Tech-Skandal auftauchen, zeigen sich zwei Dinge, die allen gemeinsam sind: alle haben mit zionistischen Spendensammel-Aktionen in den USA zu tun und alle sind Freunde beziehungsweise Kompagnons des amerikanischen Justizministers Edwin Meese III.

Der jüngste Fall, der aufgedeckt wurde, betrifft Edwin Meeses besten Freund E. Robert Wallach. Obwohl er von sich selbst behauptet ein »liberaler Demokrat« zu sein und der Sohn eines bekannten Sozialisten ist, unterhält Wallach zu Meese ein enges Verhältnis, das zurückgeht auf die Zeiten, als beide zusammen Jura studierten. Die eine Sache, die sie beide gemeinsam haben, ist offenbar ihre Hingabe für das Wohlergehens Israels, ein Bindeglied, daß die ganzen Jahre hinweg immer wieder zum Vorschein kam.

Der Schlüssel der gegenseitigen Hilfe

Im Jahr 1981 stellte der umstrittene Privatdetektiv Harold Lipset aus San Francisco den New Yorker Anwalt Howard Squadron Wallach als guten Freund von Meese vor. Zu der Zeit war Meese Reagans Berater und Squadron nationaler Präsident des American Jewish Congress (AJC).

Nach dem Treffen arrangierte Wallach für Squadron einen Termin bei Meese. Gesprächsthema: der Verkauf von AWACS-Flugzeugen an Saudi-Arabien.

Nach diesem Treffen arrangierte Lipset ein Treffen zwischen Wallach und Vertretern einer kaum bekannten Rüstungsfirma mit Namen Wed-Tech. Wallach wurde zum Haupt-Lobbyisten dieser Firma und führte Squadrons Anwaltsbüro für die Abwicklung der Wertpapier-Angelegenheiten und unternehmensrechtlichen Aufgaben bei Wed-Tech ein.



Howard Squadron, ein guter Freund von Edwin Meese, setzte sich für den Verkauf von AWACS-Flugzeugen an die Saudis ein.

Der Schlüssel für diese gegenseitige Schützenhilfe war Wallachs Zugang zu Meese und Meeses Zugang zu Reagan, eine Situation, die Wallach bis zum heutigen Tag leugnet.

Wie bisher in der Berichterstattung über die Wed-Tech-Untersuchungen hervorgeht, sind Meeses Verbindungen zu dem verrufenen Rüstungsunternehmen und zu Agenten der zionistischen Macht in den Vereinigten Staaten untrennbar verknüpft.

In bizarren religiösen Ritualen im Hauptquartier des American Christian Trust for Israel in Washington gegenüber der israelischen Botschaft schließt sich Meese anderen mit der gleichen Überzeugung an, um zu beten und »israelfeindliche Dämonen« aus dem Weißen Haus und US-Außenministerium zu vertreiben.

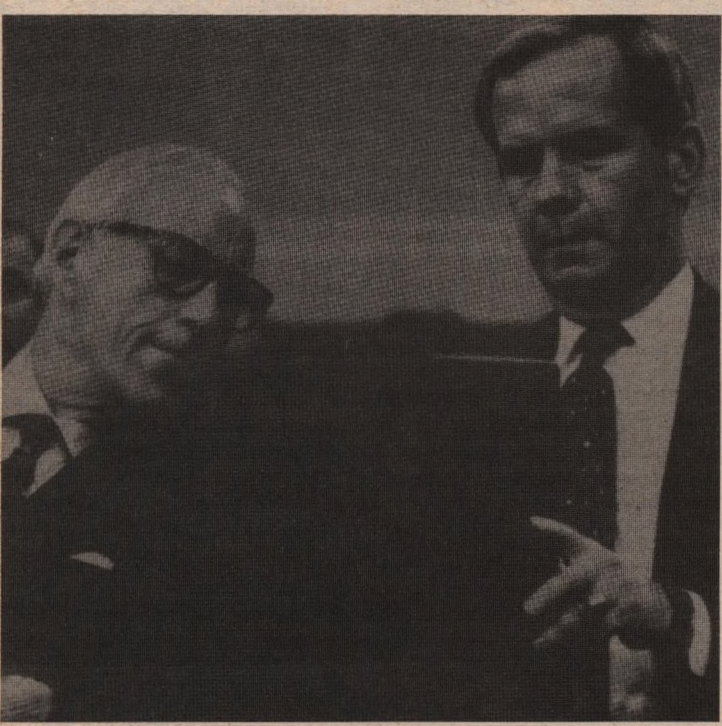
Tatsachen kommen zum Vorschein

Als die »Legal Times« über Wallachs Verbindungen schrieb, toner Freund Rechtsanwalt Leonard Garment, Squadron und Meese.

Ein Washingtoner Anwalt bot eine mögliche Erklärung. Diesem Anwalt zufolge, der mit den Schlüsselfiguren im Zusammenhang mit dem AJC vertraut ist, könnte es sein, daß die »Legal Times« der Ansicht ist, daß die Tatsachen über die Verbindung Wallach-Garment-Lipset-Squadron-Meese ohnehin zutage kommen werden.

Indem sie nach vorne breschen, kann man das Blatt nicht beschuldigen die Situation vertuschen zu wollen, erklärte er, und doch kann es die Lage so darstellen, als ob Wallach und Konsorten vielleicht doch nicht so schuldig sind, wie die Fakten andeuten.

»Alle diese Leute – mit Ausnahme von Meese – sind in der jü-



Rechtsanwalt Leonard Garment (links) im Gespräch mit dem ehemaligen Sicherheitsberater Robert McFarlane.

nahm die Lage eine ungewöhnliche Wende. Hier greifen Rechtsanwälte andere Rechtsanwälte an. Die »Legal Times«, die das »Recht und die Lobby-Tätigkeit in der amerikanischen Hauptstadt« auf ihre Fahnen geschrieben hat, wird von Rechtsanwälten und Lobbyisten in Washington gelesen.

Das US-Rechtsjournal stellt Verbindungen her zwischen Wallach, seinem guten Washing-

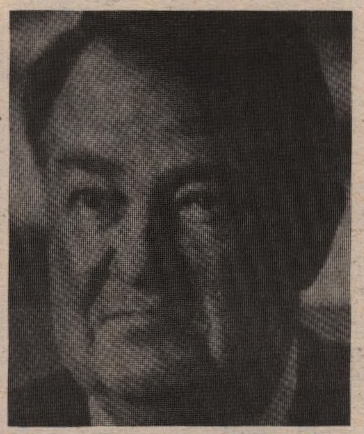
dischen Gemeinde als Spendensammler für Israel wohl bekannt«, sagte der Anwalt. »Die einzige philosophische Affinität zu Meese besteht in ihrer gemeinsamen Sorge um das Wohl Israels.«

Garment wurde von der »Legal Times« interviewt und verteidigte Wallach. Er sagt, Wallach »sähe seine Rolle in Washington als gemäßigte Stimme für seinen guten Freund (Meese), der seiner Meinung nach in Sachen Gemeinwohl als so etwas wie Attila, der Hunnenkönig, angesehen wird«.

Doch die Verbindung zwischen Wallach und Garment reicht tiefer als nur zu freundschaftlicher Besorgnis, wie gleich gezeigt wird.

Im Jahr 1983 sicherte Meese unterdessen Wallach einen Posten als unbezahlter Abgesandter des Präsidenten bei der amerikanischen Beratungskommission für öffentliche Diplomatie, die von der amerikanischen Informationsbehörde geleitet wird.

Wir sollen glauben, daß Wallach, einer der erfolgreichsten Strafverteidiger in San Francisco, Meese nach Washington folgte, einen unbezahlten Job annahm, in »Treffen der Mächtigen« glänzte und nicht die Inter-



US-Justizminister Edwin Meese ist wegen seiner Kompagnons und den damit verbundenen zweifelhaften Geschäften im Gerede.

essen von Meese vertrat. Das ist es, was Wallach behauptet.

Der nette Junge aus Bronx

Ende des Jahres 1984 machte Wallach Meese auf Garment aufmerksam, der als Meeses Chefberater bei der Untersuchung der Finanzen des US-Justizministers fungierte, die von dem unabhängigen Anwalt Jacob Stein durchgeführt wurde.

Meese machte der Regierung eine Rechnung über 720 000 Dollar für die Dienste von Wallach und Garment auf, doch das amerikanische Berufungsgericht hat den Antrag zurückgewiesen. Wallachs ursprünglicher Anteil an dieser Summe betrug 142 000 Dollar, von denen er schließlich 75 000 Dollar erhielt. Garments Firma bekam 400 000 Dollar für Kosten und Spesen.

Wallach ist der amerikanische Vertreter bei der UN-Menschenrechtskommission und reist sechs Wochen im Jahr nach Genf. Im Jahr 1975 hatte Garment diesen Posten inne.

Im Frühjahr 1981 traf Wallach den Wed-Tech-Gründer John Mariotta und entschloß sich der Firma in South Bronx zu helfen. Er beschreibt sich selbst einen »netten jüdischen Jungen aus den Bronx« und sagt, er sei interessiert daran gewesen seiner alten Nachbarschaft zu helfen. Wallach gibt zu, daß er Meeses Interessen vertrat, um Wed-Tech zu helfen – und Meese handelte entsprechend.

Sechs Jahre lang vertrat Wallach die Interessen von Meese und setzte dabei auch seine juristischen Fähigkeiten ein, um der jetzt berühmten Rüstungsfirma unter die Arme zu greifen. Im Jahr 1983 begann er Zahlungen zu bekommen, die sich über die nächsten drei Jahre hinweg auf insgesamt 600 000 Dollar in Aktien und über 350 000 Dollar an Bargeld beliefen.

Der »New York Times« zufolge zahlte Wed-Tech an Wallach im Jahr 1984 über 110 000 Dollar, nachdem er sich beschwert hatte wegen seines Vollzeit-Engagements für Meese in finanziellen Schwierigkeiten zu sein.

Im Jahr 1985 – mach Meeses Ernennung zum US-Justizminister – stellte Wallach ihn seinem Investmentberater aus San Francisco mit Namen F. Franklyn Chinn vor. Danach stellte Wallach Chinn dem Wed-Tech-Boß Mariotta vor.

Am 30. April 1985 begann Chinn mit seiner Beratertätigkeit für Wed-Tech. Einen Monat später arrangierte Chinn für Meese über seine Financial Management International Inc. einen »blinden Trust« in Höhe von 60 000 Dollar. Im August desselben Jahres kam Chinn in den Wed-Tech-Vorstand.

Die »Legal Times« beschreibt Wallachs Verwicklung mit der Wed-Tech als ein »Monumentales Fehlurteil«. In gerichtlichen Ermittlungen wird es anders beschrieben. □

Irangate

Tonbänder als Quittung

Warren Hough

Das aufsehenerregendste Beweismittel in den Iran-Contra-Untersuchungen sind geheime Tonbandaufzeichnungen des ehemaligen CIA-Agenten Edwin Wilson, doch wie zu erfahren war, sind diese Unterlagen von den Untersuchungsbeamten des amerikanischen Kongresses unterdrückt worden.

Der Grund, warum diese Tonbänder von Edwin Wilson nicht herangezogen wurden, soll angeblich aus diesem Beweismittel hervorgehen, nachdem hohe nationale Sicherheitsbeamte insgeheim Zahlungen angenommen haben, die sie schießlich zu Marionetten für den Mossad, Israels Geheimdienst, gemacht haben.

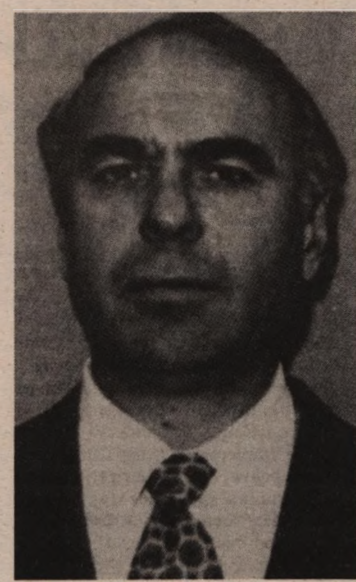
Der Kern des Waffenskandals

Es war zu erfahren, daß US-Senator Daniel Inouye die Empfehlungen seiner eigenen Untersuchungsbeamten, Wilson unter Eid zu nehmen und seine Beweismittel zu untersuchen, abgelehnt hat, um Israels Verwicklung in den Waffenskandal so gering wie möglich zu halten. So die Informanten aus dem amerikanischen Kongreß.

Wilson, der wegen Waffenschmuggels seine 55jährige Gefängnisstrafe in Einzelhaft verbüßt und zwar unter höchsten Sicherheitsvorkehrungen im amerikanischen Bundesgefängnis von Marion im US-Bundesstaat Illinois, wurde von Beobachtern, die mit seinem Fall vertraut sind, als »einer der kontroversesten politischen Gefangenen« bezeichnet.

In Exklusivinterviews mit uns unter Leitung des Anwalts Mark Lane versicherte Wilson bei früheren Gelegenheiten, daß seine eigenen fraglichen Aktivitäten Teil umfangreicherer Korruption und Subversion waren, die unter CIA- und Pentagon-Beamten stattfand.

Obwohl Wilsons Enthüllungen den Kern des iranischen Waffenskandals betreffen, soll Inouye den Namen des Ex-Agenten von der Liste der Zeugen gestrichen haben und Lee Hamilton, Mitglied des US-Repräsentantenhauses, überredet haben, einfach mit der Untersuchung fortzufahren. Hamilton ist der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses.



Edwin Wilson, langjähriger CIA-Agent, hat Tonbänder, die hohe nationale Sicherheitsbeamte der USA schwer belasten.

Inouye bestand darauf, Wilson von den Anhörungen auszuschließen, weil er keine »überzeugende Beweise« für seine Aussagen liefern könne.

Bekannt wurde aber jetzt, daß Wilsons Zeugenaussage sehr wohl durch Dokumente gestützt werden kann. In einem erneuten Interview im Gefängnis von Marion äußerte Wilson, daß er von den inoffiziellen Treffen mit einigen der hohen US-Beamten, die in diese illegalen Geschäfte verwickelt sein sollen, geheime Tonbandaufzeichnungen gemacht habe.

»Wenn die Tonbänder aufgedeckt werden und sich als wahr herausstellen, so könnten sie den seit langem gesuchten Zündstoff in unseren Anhörungen liefern«, bestätigte ein Untersuchungsbeamter aus dem Kongreß mit langjährigen Erfahrungen auf dem Gebiet der Rechtsdurchsetzung. »Doch der Ausschuß hat Wilson von den Anhörungen ausgeschlossen.

Die Namen der fünf Verschwörer

Inouye sagt, Wilsons Zeugenaussage könnte die Untersuchungen ›außer Kontrolle geraten lassen‹.«

Wie Wilson berichtete: Ende Dezember 1978 trafen sich fünf Männer insgeheim in einem privaten Konferenzraum des Holiday Inn in Crystal City, einem Washingtoner Vorort in der Nähe des Pentagon. Vier von ihnen waren hochrangige amerikanische Regierungsbeamte: Theodore Shackley, hochrangiger CIA-Offizier; Thomas Clines, ein weiterer hoher CIA-Vertreter; Generalmajor Richard Secord, der damalige Staatssekretär für Nahost-Angelegenheiten und Erich von Marbod, der damalige Leiter der Defence Security Assistance Agency, der Pentagon-Abteilung für die internationalen Waffenverteilung.

Der fünfte Mann war Wilson selbst, ein langjähriger CIA-Agent, der die Regierung im Jahr 1976 verlassen hatte, um sich dem privaten Waffenhandel zu widmen, mit dem er bis zum Jahr 1978 bereits Millionär geworden war.

Wilson zufolge trafen sich die fünf Männer, um eine geheime Gesellschaft zu gründen. Wie Wilson berichtete, war er nach langem Handeln schließlich damit einverstanden, 500 000 Dollar einzusetzen, so daß die fünf Männer eine Firma gründen konnten, die allen gemeinsam gehörte.

Wilson behauptet jetzt, Clines wäre einverstanden gewesen den CIA zu verlassen, um die neue Firma zu führen.

Die anderen drei – Shackley, Secord und Marbod – wollten auf ihren Machtpositionen bleiben, um der Firma Staatsaufträge zukommen zu lassen.

Es war, so Wilson, im wesentlichen eine illegale Verschwörung, um die Macht dieser Spitzenbürokraten zu nutzen, um Geld zu machen. Das Geschäft, auf das sie abzielten, befaßte sich mit US-Militärhilfe an den Nahen Osten, vor allem an Ägypten.

Alle fünf wußten, daß dies ein äußerst lukratives Geschäft ist. Die geheimen Partner machten da mit und teilten sich schließlich, so behauptet Wilson, zwischen 18 und 25 Millionen Dollar.

»Ich hatte Angst zu reden«

»Ed Wilson ist nicht der schlaueste Bursche auf der Welt«, sagte Wilson. »Doch ich würde niemandem 500 000 Dollar in bar leihen, wenn ich dafür keine Quittung oder eine Tonbandaufnahme hätte. Ich habe diese Unterhaltung auf Band aufgenommen und das Band versteckt. Es wird erst dann hervorgeholt, wenn wir alle im Zeugenstand stehen werden.«

Warum hat Wilson dieses Schlüsseldetail nicht schon vorher erwähnt?

»Ich dachte, daß ich diese Enthüllungen keine Woche überleben würde«, antwortete Wilson einfach.

»Als ich sah, daß ich der einzige von all den Partnern war, der angeklagt und überführt werden sollte«, sagte Wilson, »wurde mir klar, daß ich den Rest meines Lebens in einer Einzelzelle eingesperrt werden würde, so daß mich meine ehemaligen Partner zum Schweigen bringen konnten. Ich hatte einfach Angst zu reden.«

Doch in den letzten Monaten hat Edwin Wilson angefangen zu reden, vor allem gegenüber den Mitarbeitern der amerikanischen Wochenzeitschrift »The Spotlight«, denn »Sie sind die einzige Zeitung, von der ich festgestellt habe, daß sie niemals Angst davor hat, die Fakten zu bringen«. □



Reagan denkt an Armageddon

James P. Tucker

In der Reagan-Regierung kriselt es. Was für eine Aktion könnte die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit – und die Wissenschaftler, die den amerikanischen Präsidenten künftig in den Geschichtsbüchern gut oder schlecht beurteilen werden – so ablenken, daß die Reagan-Revolution durch anhaltende Wirtschaftsreformen und eine dynamische Außenpolitik anstatt ein plumpes »Iran-Abenteuer« gekennzeichnet ist?

Wenn der Iran seine Drohungen wahr macht und fremde Schiffe angreift, die unter amerikanischer Flagge fahren und Öl in andere Häfen bringen, gibt es dann eine Reaktion der Amerikaner, die es Reagan ermöglichen würde politisch neu geboren zu werden?

Reagan glaubt an Kampf zwischen Gut und Böse

Die Ratschläge, die täglich ins Weiße Haus flattern, reichen von Zusicherungen an die Verbündeten der USA, daß ihre Schiffe geschützt werden, die Öl in ihre Länder transportieren, bis hin zur Provokation einer iranischen Aktion, die es rechtfertigen würde, Teheran mit einem Bombenteppich zu belegen.

Der letztere Rat könnte allerdings sehr wohl dazu führen, eine direkte militärische Konfrontation zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten hervorzurufen. Die Sowjetunion hat an der Grenze zum Iran Truppen angesammelt, die bereit sind, sich den amerikanischen Eindringlingen auf feindlichem Boden gegenüberzustellen.

Der amerikanische Präsident erwägt auch eine internationale Nahost-Friedenskonferenz zum ersten Mal, die auch die Sowjetunion miteinbeziehen würde. Er hofft dabei auf einen umfangreichen Waffenbeschränkungsvertrag und eine dramatische Gipfelkonferenz mit dem sowjetischen Parteichef Michail Gorbatschow.



US-Senator Heflin: »Reagan interpretiert die Bibel, als ob Rußland in das Armageddon verwickelt wäre.«

Reagan ist seit langem überzeugt, daß an dem großen letzten Kampf zwischen Gut und Böse (Offenbarung 16,16) Israel beteiligt sein wird, das gegen eine Konföderation der Sowjetunion mit den arabischen Staaten kämpfen wird. Sollte dies noch während seiner Amtszeit eintreten, hält sich Reagan für gerüstet, die Prophezeiung zu erfüllen.

Vor dem Oktober 1984, als politische Berater den amerikanischen Präsidenten dazu bewegten, umsichtiger zu sein, hat das Christic Institute mindestens elf Gelegenheiten gezählt, in denen Reagan das Thema Armageddon aufbrachte und zwar sowohl als Gouverneur von Kalifornien als auch als Präsident der Vereinigten Staaten.

»Es hat in der Vergangenheit viele Zeiten gegeben, wo wir dachten das Ende der Welt sei gekommen, doch niemals geschah etwas dergleichen«, sagte Reagan in einem Interview mit dem »People«-Magazin vom 26. Dezember 1983.

Zu Berichten befragt, daß er behauptet hätte, das Armageddon käme vielleicht in dieser Generation, antwortete Ronald Reagan: »Ich habe hier mit meinen Leuten gesprochen, weil mir Theologen vor einiger Zeit erzählt haben, daß es nie zuvor eine Zeit gegeben hat, wo so viele Prophezeiungen zusammengekommen sind.«

Gefragt, ob er über das biblische Weltende »nachsinnen« würde, antwortete Reagan: »Nicht so, daß ich meine Hände emporstrecke und sage, ›nun, es ist alles vorüber‹. Nein, ich denke, sobald diese Zeit gekommen ist, wird die Generation, die dann hier ist, mit dem fortfahren, was sie für richtig hält.«

Reagan denke manchmal über seine eigene Sterblichkeit nach, sagte der US-Präsident, denn »man kann nicht umhin, als sich dessen bewußt zu sein«.

Thomas Dine, der Vorsitzende des amerikanisch-israelischen Komitees für Staatsangelegenheiten, sagte, Reagan habe ihm am 18. Oktober 1983 angerufen, um der israelsichen Lobby für die Hilfe beim Kompromiß mit dem US-Kongreß zu danken, so daß die Marines nach der Invasion der Israelis auf ihrer Mission im Libanon bleiben konnten.

Dine sagte, Reagan habe ihm erzählt: »Wissen Sie, ich gehe zurück auf Ihre alten Propheten im Alten Testament und die Zeichen, die das Armageddon voraussagen, und ich frage mich, ob wir die Generation sind, die dies geschehen sehen wird.

Ich weiß nicht, ob Sie kürzlich einiger dieser Prophezeiungen gelesen haben, doch glauben Sie mir, sie beschreiben sicherlich die Zeiten, die wir durchmachen.«

Es ist in der Offenbarung, dem letzten Buch des Neuen Testaments und nicht im Alten Testament, in dem das Megiddo-Tal in Israel als der Schauplatz von Armageddon, der blutigen Schlacht zwischen Gut und Böse am Tag des Jüngsten Gerichts, vorausgesagt wird.

US-Senator Howell Heflin berichtet, daß der US-Präsident bei der Diskussion des von Reagan vorgeschlagenen Verkaufs von AWACS-Flugzeugen an Saudi-Arabien über Armageddon gesprochen habe.

Engagement für ein nukleares Armageddon

»Nun, wir sprachen über die Tatsache, daß der Nahe Osten der Bibel zufolge der Ort wäre, wo das Armageddon beginnen würde. Darauf zitierte der Präsident mir etwas aus der Heiligen Schrift, und ich sagte ebenfalls etwas aus der Heiligen Schrift«, erzählte Heflin.

»Und er interpretiert die Bibel so, als ob Rußland in das Armageddon verwickelt werden würde«, sagte Heflin.

In seiner Debatte mit Walter Mondale am 21. Oktober 1984 behauptete Ronald Reagan:

»Niemand weiß, ob jene Prophezeiungen über Armageddon heißen, daß das Armageddon noch tausend Jahre weit weg ist oder übermorgen stattfinden wird. Deshalb habe ich niemals ernsthaft davor gewarnt und gesagt, wir müssen unsere Planungen nach dem Armageddon richten.«

Nachdem Reagan einer Gruppe jüdischer Führer gesagt hatte, daß »wir auf dem Weg nach Armageddon sind«, baten Journalisten Larry Speakes, den damaligen Pressesprecher des Weißen Hauses, am 3. November um eine Erklärung.

Speakes antwortete: »Die Bibel sagt es!«

Ronald Reagan soll viel Zeit mit dem Lesen von Büchern verbracht haben, die ein bevorstehendes »nukleares Armageddon« voraussagten und sich in intensiven Diskussionen über die »Endzeit« engagiert haben. □

Zionismus

Politik mit Armageddon

Charles M. Fischbein

Der »christliche Zionismus« und seine wörtliche Interpretation des biblischen Armageddon – Tag des letzten großen Kampfes zwischen Gut und Böse – haben es Israel möglich gemacht, seine Grenzen mit nur wenigen negativen Kommentaren von seiten amerikanischer Regierungsvertreter zu erweitern – sofern es solche überhaupt gab. Viele diese amerikanischen Politiker unterstützen die militante evangelische Philosophie eines imperialistischen Israels.

Die zionistische Bewegung hat gegen Ende des 19. Jahrhunderts in Europa ihren Anfang genommen. Der Wunsch einer Handvoll kommunistischer, jüdischer Führer nach Palästina zu ziehen und »das Land zurückzugewinnen« stand hinter dem, was heute zu den weltweit mächtigsten, politischen Kräften gehört.

Ursprung in der Reformation

Der Zionismus hätte jedoch niemals seine politischen Dimensionen erreichen können, wenn er nicht die Unterstützung der Gemeinde der Christen gehabt hätte.

Tatsächlich hatte der Zionismus seinen Ursprung in der Reformation des Christentums. Das Konzept der »Rehabilitierung der Juden« wurde schon bereits im Jahr 1600 verfaßt. Dr. Ruth Mouly, einer Expertin auf dem Gebiet des christlichen Zionismus zufolge, wurde verkündet, daß die Juden als ein Volk »wieder nach Israel zurückkehren sollten«.

Die jüdischen Zionisten, die eine weit offene Siedlungspolitik am Westufer betreiben und für einen militärischen Vorstoß in Teile des Libanon, Syriens und Jordaniens sind, um noch mehr Land zu erobern, sind sich einer starken Unterstützung in den Vereinigten Staaten gewiß.

In einer Petition, die im Jahr 1982 an den amerikanischen Präsidenten geschickt wurde, erklärte eine Gruppe Evangelischer, die Israel verehren und behaupten über 40 Millionen Christen zu vertreten: »Der Herr hat Israel den Juden gegeben und in der Bibel sind Israels Grenzen genau festgelegt und sie stellen nur einen Teil des heutigen Israels dar. Israel hat Anrecht auf Judäa und Samaria basiert sowohl auf biblischer als auch zeitgenössischer Geschichte.« »Judäa und Samaria« ist der zionistische Begriff für das Westufer.

Die treibende Kraft hinter diesem fanatischen christlichen Zionismus ist die Vorstellung von Armageddon. Die jüdischen Zionisten sind sehr geschickt geworden im Gebrauch dieser Vorstellung, um die politische Unterstützung der amerikanischen Christen zu gewinnen.

Einfach zum Hörer greifen

In den letzten zehn Jahren fanden sich ein paar Senatoren und Mitglieder des Repräsentantenhauses, die es wagten sich gegen Israel auszusprechen, plötzlich ihres Amtes enthoben. In den letzten Jahrzehnten dagegen mußten die Zionisten in den Vereinigten Staaten ziemlich rauhe Methoden anwenden, um gewählte Volksvertreter in Regionen loszuwerden, in denen die jüdische Bevölkerung nicht sehr stark vertreten war.

Die Anti-Defamation League (ADL) beauftragte beispielsweise den Ku-Klux-Klan oder Neo-Nazi-Gruppen gegen einen amerikanischen Kongreß-Abgeordneten vorzugehen der sich nicht mit den zionistischen Zielen in Einklang befand. Sie »kauften« Wahlen und steckten Millionen von Dollar in die Wahlkampffonds von Kandidaten, die sich gegen ihre »Feinde« stellten.

Diese Dinge waren jedoch leicht zu entdecken und brachten die zionistische Lobby zeitweise in Verlegenheit. Es war auch eine erhebliche Belastung für die Finanzen der ADL.

Heute dagegen braucht dieser illegale und nicht eingetragene Vertreter für den Staat Israel in den Vereinigten Staaten nur noch mit der evangelischen christlichen Gemeinde im Wahlkreis eines Abgeordneten in Verbindung zu treten, um diesen aus dem Amt zu bekommen.

Das neue Evangelium heißt: Zionismus

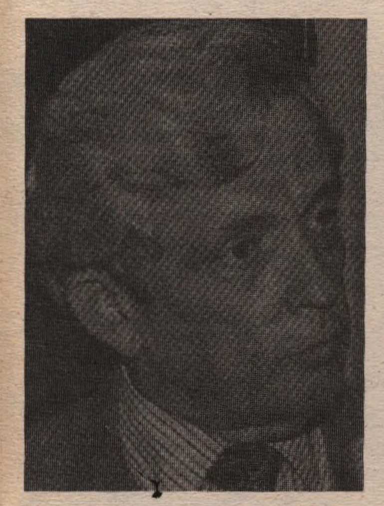
In den vergangenen zehn Jahren haben sich die jüdischen Zionisten stark auf die Christen gestützt, um solche Leute wie die Mitglieder des US-Repräsentantenhauses Paul McCloskey, Paul Findley und die Senatoren Charles Percy und James Abourezk



Vizepräsident George Bush, seine Frau und Jerusalems Bürgermeister Teddy Kollek (links) bei einem Rundgang durch Jerusalem. Im Hintergrund der Dom auf dem Felsen, den Fanatiker sprengen wollen.

zu Fall zu bringen, um nur ein paar Namen zu nennen. Es waren Mitglieder der evangelischen Rechten, die US-Senator Jesse Helms das neue Evangelium gepredigt haben – ihm, für den einst Amerika immer an erster Stelle kam und der heute ein führender Verfechter des zionistischen Staates ist.

Der »Armageddonismus« unterdrückt die Redefreiheit. McCloskey wurde als Handlanger des Vorsitzenden der Palästinensischen Befreiungsfront (PLO) Yassir Arafat hingestellt, weil er die Kühnheit besessen hatte, diese anti-zionistischen Gedanken zu äußern:



Paul Findley gehört zu den amerikanischen Politikern, die durch die Macht der Zionisten gestützt werden.

»Aus dem Besuch eines jeden Landes im Nahen Osten, aus dem Gespräch mit jeder Person mit einer x-beliebigen Überzeugung, mit der ich über Frieden und Verständigung geredet habe, habe ich das Fazit gewonnen, daß die amerikanische öffentliche Meinung geändert werden muß, wenn wir je Frieden in Nahost erreichen wollen.«

Terror auf dem Tempelberg

Diese und ähnliche Aussagen haben die »Armageddonisten« vor den Kopf gestoßen und kosteten einen der wenigen gewählten Volksvertreter, der um Gerechtigkeit in Nahost besorgt ist, seinen Sitz im amerikanischen Kongreß.

Die Politik des Armageddon, wie sie von Millionen christlicher Zionisten angeführt durch Jerry Falwell, Pat Robertson, Jim Bakker und viele weitere Evangelischen übernommen wird, macht sich letztlich die jüdische zionistische Lobby – die Lobby Israels – zunutze.

In den vergangenen zehn Jahren konnten die Mitglieder jüdischer Gemeinden von der christlichen zionistischen Bewegung profitieren. Das versetzte eine Gruppe radikaler zionistischer Juden mit Verbindung zur extremistischen »Americans For a Safe Israel« AFSI (»Amerika für ein sicheres Israel«), in die Lage, einen wenig publik gemachten, doch gefährlichen Schritt in Richtung eines wahren Armageddon zu beginnen.



Charles Percy gehörte zur evangelischen Rechten in den USA, heute ist er ein Verfechter des Zionismus.

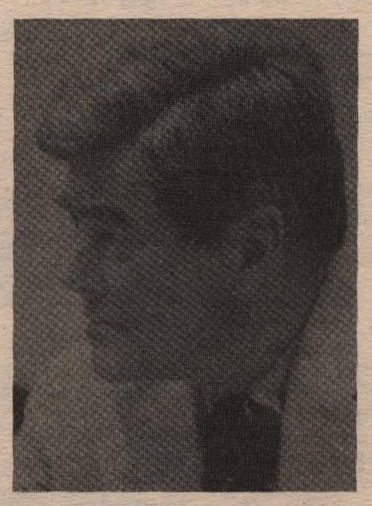
Die AFSI unterstützt eine Terrorgruppe mit dem Namen »Faithful of the Temple Mount« (»Die Gläubigen des Tempelbergs«).

Der Tempelberg ist einer der heiligsten Stätten des Islam in Jerusalem. Derzeit benutzen die Moslems fast ausschließlich eine Moschee auf dem Berg. Für christliche und jüdische zionistische Eiferer symbolisiert der Tempelberg jedoch die israelische Souveränität über ganz Jerusalem.

Diese Gruppe von über 1500 christlichen Eiferern, die AFSI, hat nun angefangen in Amerika große Geldsummen zu sammeln und gründete die Tempelberg-Stiftung mit dem Ziel, die arabische Moschee zu zerstören und die »zionistische Souveränität über den Berg« zu schaffen. Die letztendliche Zielsetzung dabei ist den jüdischen Tempel des Salomon wieder aufzubauen.

Die »Gläubigen« bekommen finanzielle Unterstützung von christlichen evangelischen Gruppen in Amerika und der ganzen westlichen Welt. Zeitungsberichten zufolge werden sie angeführt von christlichen Evangelisten wie Dr. Milton Sutton und einem Millionär aus Oklahoma, der Verbindung hat zu dem »American Christian Trust« (ACT), mit Namen Terry Risenhoover.

Diese Gruppen beeinflussen die pro-zionistische Gesetzgebung auf dem Kapitol-Hügel in Washington stark und haben enge Verbindung zu einer Vielzahl amerikanischer Kongreß-Abgeordneter.



Paul McCloskey wurde als Anhänger der PLO verleumdet, weil er mutig antizionistische Gedanken äußerte.

Das Zeichen zum heiligen Krieg

Neben der ACT ist die rasch wachsende AFSI eine der gefährlichsten zionistischen Organisationen auf der Welt. Die AFSI ist eine Koalition aus »ultrarechten« zionistischen Juden und sich ereifernden christlichen Zionisten.

In der Vergangenheit hat die AFSI ihre Tätigkeit auf die Veröffentlichung von Material über Israel beschränkt, um damit anzudeuten, daß es im Interesse der Christen sei, eine starke zionistische Philosophie zu verfolgen, um die Prophezeiung von Armageddon zu erfüllen.

In den letzten Jahren ist die AFSI jedoch von ihrem Hauptquartier in New York in ein Büro auf dem Kapitol-Hügel in Washington umgezogen. Die Führer der AFSI stehen voll hinter der Übernahme des Tempelbergs und haben den Terroristen Gelder zur Verfügung gestellt, um einen Tunnel in den Berg zu graben, damit die Moschee gesprengt werden kann.

Selbst gemäßigte arabische Führer haben sich dahingehend geäußert, daß eine Beschädigung der Moschee das Zeichen zu einem heiligen Krieg setzen würde, in dem sich Millionen moslemischer Truppen in Richtung Israel bewegen würden.

Da dies genau das ist, was die Fanatiker der AFSI wollen, tun sie weiterhin ihr Möglichstes, um die heiligen Stätten der Araber auf dem Tempelberg zu besetzen und zu zerstören. In den letzten Monaten haben sich AFSI-Führer erneut für einen Gesetzentwurf eingesetzt, mit dem der Umzug der US-Botschaft in Israel von Tel Aviv nach Jerusalem veranlaßt werden soll. Und sie waren auch aktiv bei der Durchsetzung einer Gesetzgebung, die die Unterstützung der PLO und ihrer politischen Aktivitäten für einen Amerikaner zu einer Straftat macht.

Mit engen Bindungen zum New Yorker Mitglied des US-Repräsentantenhauses, dem Republikaner Jack Kemp, der eines der Anti-PLO-Gesetzwerke in den USA unterstützt, fangen die AFSI-Führer an sich beim amerikanischen Kongreß Gehör zu verschaffen. Seit Jahren besitzt die AFSI enge Verbindungen zu US-Justizminister Edward Meese und anderen Vertretern der Reagan-Regierung.

Die Politik von Armageddon ist eine der gefährlichsten Aspekte des wachsenden zionistischen Einflusses in den Vereinigten Staaten. Das Bündnis zwischen jüdischen Zionistengruppen, die bereits unbegrenzte politische und wirtschaftliche Macht besitzen und dem neuen rechten Flügel der Christen bedeutet, daß sich viele Amerikaner christlichen Glaubens der agitatorischen Absicht der Millionen jüdischer Zionisten gegen die belagerten arabischen Nachbarn Israels anschließen und so die Saat für den dritten Weltkrieg säen werden. □

Geschäfte mit der Ewigkeit

Charles M. Fischbein

Möchen Sie ein Stück Ewigkeit kaufen? Möchten Sie ein Stück Land kaufen über einem malerischen Tal, wo Millionen religiöser Fanatiker glauben Zeugen eines Blutbades zu werden, in dem Hunderte von Millionen Menschen sterben; wo das Blut in Strömen fließen wird und Sie einen Sitzplatz an vorderster Front bekommen können, um der Armageddon-Schlacht zuzuschauen?

Schicken Sie Ihr Geld einfach an den Fernsehprediger an Ihrem Ort und er wird es nach Israel schicken und Ihnen den besten Platz sichern, von dem aus Sie das Ende der Welt mitansehen können. Das behaupten die zionistischen Spendensammler in den Vereinigten Staaten, die jedes Jahr Millionen von Dollar von christlichen Gruppen für Israel beschaffen, um große Landstücke auf den Hügeln Jerusalems mit Blick über die Stadt Davids zu erwerben.

Die geheime Koalition

Es ist etwa zwölf Jahre her, als ich an einem der ersten Treffen mit zionistischen Führern teilnahm, die Israel an eine wachsende Zahl christlicher Evangelischer vermarkten wollten, die an die Theologie von Armageddon glaubten. Die Zionisten wollten an diesem Markt verdienen und kämpften schon jahrelang mit den Vertretern Israels, die christlichen Gruppen keinen Zugang zu Land in Israel »verkaufen« wollten.

Das Argument war, daß der Jüdische Nationalfonds (JNF) und die Jewish Agency (JA) das Land Israel »für alle Juden auf der Welt heilig halten und treuhänderisch verwahren sollten«.

Während die israelischen Bürokraten sich dem Landverkauf an Christen in den Vereinigten Staaten widersetzten, suchten die zionistischen Spendensammler nach Wegen, um ihre israelischen Kollegen dazu zu bewegen an diesem lukrativen Markt mitzuverdienen.

Schließlich kam Hilfe in der Person von Roberta Hromas, einer Frau, die die damals neue »American Christian Trust for Israel« (ACT) gegründet hatte, eine geheime Koalition aus evangelischen Gruppierungen, die das Ziel hatte, israelisches Land auf den Hügeln Jerusalems und am Westufer zu kaufen.

Die ACT machte Zusicherungen, daß sie in Israel gekauftes Land an den JNF urkundlich übertragen, doch sich das Recht vorbehalten würden, es für religiöse Zwecke seiner Anhänger zu benutzen.

Nach dieser ersten Reihe von Treffen mit Mrs. Hromas war ich lange damit beschäftigt, das erste Projekt aufzubauen, das dazu diente, von Christen hohe Geldsummen für Projekte in Israel zu bekommen. Bei einem Treffen mit Mrs. Hromas in der israelischen Botschaft in Washington, wurde ein großes neues Projekt mit der Bezeichnung »Pavillon des Ruhmes« enthüllt. Eine Reihe zionistischer Spendensammler sahen sich die architektonische und künstlerische Darstellung dieses Projektes an, das mehrere Millionen Dollar wert war und von Mrs. Hromas vorgestellt wurde.

So funktionierte der Plan

Das war der Anfang des Verkaufs von Armageddon. Kurz nach unserem Treffen bereiste Mrs. Hormas die Vereinigten Staaten, um sich mit den wichtigsten Fernsehpredigern wie Jerry Falwell, Pat Robertson und Jimmy Swaggert zu treffen und sie um Unterstützung bei dem Projekt zu bitten. Zunächst waren viele von ihnen nicht gerade begeistert ein solches Riesenprojekt zu finanzieren und nicht bereit einiges von ihrem Geld für Israel abzuzweigen.

Doch Mrs. Hromas entwickelte zusammen mit einigen der talentiertesten jüdischen Spendensammlern einen Plan, mittels dessen jedermann aus dem Verkauf von Armageddon Geld machen konnte.

Der Plan funktionierte wie folgt: Jeder geistliche Würdenträger würde stufenweise zu einem Teil des Projektes beitragen. Der finanzielle Einsatz würde sich in bescheidenem Rahmen zwischen 500 000 Dollar und eine Million bewegen, zahlbar innerhalb von ein bis zwei Jahren.

Die Fernsehprediger und andere geistliche Würdenträger würden Spenden in Höhe ihres Anteils



Fromme Juden widersetzen sich den zionistischen Machenschaften und den Geschäften mit den weltweiten Spendensammelaktionen.

am Projekt sammeln, doch sie würden ihren Jüngern die Gesamtkosten des Projekts nennen und nicht nur ihren speziellen Anteil.

Deshalb würde sich die Spendensumme also auf zehn Millionen Dollar oder mehr beziehen und nicht nur auf den bescheidenen Betrag, den die Führer jeder Gruppe sammeln wollten. Das Geld würde von den Führern der einzelnen Gruppen gesammelt, und nach sechs Monaten würden die Beträge dem JNF für das Projekt übergeben. Jede Summe, die über den für das Projekt bestimmten Betrag hinausgeht, konnte von den Gruppen einbehalten werden.

Damit war jedermann gedient und die Spendensammlung konnte zu einer Goldgrube werden.

Wenn eine Gruppe geistlicher Würdenträger zwei Millionen Dollar machte, doch ihr Einsatz am Projekt lediglich 500 000 Dollar betrug, hatte sie einen Gewinn von 1,5 Millionen Dollar eingesteckt.

Da Israel ein Rechtsanspruchsmonopol auf das Land hatte, mußten die Transaktionen über den JNF laufen, und die Zionisten-Agenturen haben natürlich auch ihren Teil für den Aufbau des Projekts abgesahnt. Der Verkauf Israels wurde somit für die Beteiligten ein höchst profitables Geschäft.

Die religiöse Ekstase der Christen

Schon bald wurde den Führern des ACT und anderer religiöser Gruppen klar, daß sie weitere Millionen machen konnten, indem sie Reisen nach Israel förderten, wo die Spender die Projekte besichtigen konnten, die mit ihrem Geld gebaut wurden. Viele geistliche Ämter entwikkelten regelrechte Vertragsbeziehungen mit Reisebüros und Hotelketten und fingen an »christliche Missionen in das Heilige Land« zu buchen.

Jedes Mal, wenn eine Gruppe dorthin reiste, kam es zu Spendensammelaktionen und natürlich gab es Gelegenheit für viele Touristen, Millionen von Dollar zu spenden, um die Wirtschaft Israels zu unterstützen.

In den letzten Jahren haben wagemutige Geschäftsleute eine Vielzahl von Firmen eröffnet, mit dem Ziel, aus der religiösen Ekstase der Christen für Israel Geld zu machen.

Anfang des letzten Jahres begann eine neue Fluggesellschaft, die Lord's Airline, Christen nach Israel zu transportieren. Bald wurden »christliche Rundreisen« durch Israel angeboten und das Geld floß nur so herein. Eigentümlicherweise gehörten zu den Orten, die bei diesen Rundreisen besucht wurden, keine traditionellen christlichen Plätze wie Bethlehem, der Ölberg oder die Via Dolorosa.

Um nicht leer auszugehen, begann auch die Anti-Defamation League (ADL) bald am Verkauf von Armageddon mitzuverdienen. In ganz Amerika startete sie Abendessen mit christlichen Würdenträgern, die mit Spendensammel-Aktionen verbunden waren. Nathan Perlmutter, der Leiter der ADL, begann persönlich der evangelischen Rechten den Hof zu machen.

Mit dem Ziel eines Bündnisses mit den christlichen Fanatikern wird Perlmutter wie folgt zitiert: »Die Sicherheit Israels ist im Hinblick auf Leben und Tod seiner Bevölkerung ein weitaus wichtigeres Thema als das, worüber sich viele Fundamentalisten und Juden uneins sind.«

Perlmutter weiter: »Die Fundamentalisten legen die Heilige Schrift tatsächlich dahingehend aus, daß der Messias emporsteigen wird, wenn die Juden nach Israel zurückkehren und die Juden Jesus Christen akzeptieren werden . . . Wenn diese Zeit gekommen ist, werden wir sehen. Unterdessen brauchen wir alle Freunde, die wir haben, um Israel zu unterstützen.

An dem Tag, wo der Messias kommt, werden wir unsere Möglichkeiten abwägen. Bis dahin laßt uns den Herrn preisen und die Munition weitergeben.«

Das Simon Wiesenthal-Zentrum, die Americans for a Safe Israel, der Jüdische Nationalfonds, der Pensionsfonds der Israel Bond Corporation und eine Reihe israelischer Unternehmen bekommen inzwischen erhebliche Unterstützung aus der evangelischen christlichen Gemeinde, um ihre laufenden Kosten zu decken. □

Zionismus

Die Mission der ADL

Michael Collins Piper

Der amerikanische Kongreß untersuchte den Status der Anti-Defamation-League (ADL) der B'nai B'rith-Loge. Es ging um die Frage, ob die ADL mit ihrem Status als ein nicht registrierter Agent einer ausländischen Regierung in Washington zu betrachten ist. Das US-Justizministerium teilte dem US-Kongreß mit, es werde entsprechende Maßnahmen gegen die ADL durchsetzen, »wenn sich hinreichend Beweise ergeben würden, daß das ›Foreign Agents Registration Act‹ verletzt worden ist«.

Dem amerikanischen Justizministerium zufolge sind Beweise für ein »Vertragsverhältnis« zwischen der ADL und der Regierung des Staates Israel nötig, bevor »entsprechende Maßnahmen« ergriffen werden können. Diese Behauptung des US-Justizministeriums ist nicht zutreffend; im Gegenteil, sie steht sogar im Widerspruch zu den Gesetzen der USA.

Ein ausländischer Agent in jeder Hinsicht

Dem »Foreign Agents Registration Act« zufolge ist jede Organisation, die als ein Agent einer ausländischen Macht fungiert – »ob dabei ein Vertragsverhältnis existiert oder nicht« – nach der Definition dieses amerikanischen Gesetzes ein »ausländischer Agent«.

In Abschnitt 1 (c) des Gesetzes wird ein Agent einer ausländischen Regierung wie folgt definiert:

(1) Jede Person, die als ein Agent, Vertreter, Angestellter oder Beamter handelt oder jede Person, die in irgendeiner anderen Eigenschaft auf Befehl, Verlangen oder nach Anweisung oder Kontrolle eines ausländischen Auftraggebers handelt oder einer Person, deren Tätigkeit direkt oder indirekt von einem ausländischen Auftraggeber direkt oder indirekt überwacht, gelenkt, kontrolliert, finanziert oder unterstützt werden und die direkt oder durch einen Dritten –

(a) für sich oder im Interesse eines solchen ausländischen Auftraggebers innerhalb der USA in politischen Aktivitäten engagiert;

(b) in den USA als Public Relations Berater, Werbeagent, Angestellter eines Informationsdienstes oder politischer Berater für oder im Interesse eines solchen ausländischen Auftraggebers handelt;

(c) innerhalb der USA für oder im Interesse eines solchen ausländischen Auftraggebers Beiträge, Darlehen, Geld oder andere Dinge von Wert erbittet, eintreibt, verauslagt oder ausgibt;

(d) oder innerhalb der USA die Interessen eines solchen ausländischen Auftraggebers gegenüber einer Regierungsbehörde oder eines Regierungsbeamten der USA vertritt; und:

(2) Jede Person, die – ob unter einem Vertragsverhältnis oder nicht – zustimmt, einwilligt, annimmt oder sich zur Aufgabe macht, als ein Vertreter eines ausländischen Auftraggebers wie in (1) dieses Unterparagraphs definiert zu handeln.

Ein Agent der israelischen Regierung

In jeder Hinsicht führt die ADL jede einzelne der Aktionen eines ausländischen Agenten aus, die in dem »Foreign Agents Registration Act« der USA definiert sind.

In einer Gesetzesänderung, die vom amerikanischen Senat im Jahr 1964 verabschiedet worden ist, wurde die Bestimmung des

Zionismus

Die Mission der ADL

ursprünglichen Gesetzes aus dem Jahr 1938 neu festgelegt, in der es heißt, daß ein Vertragsverhältnis existiert, »wenn der Agent außerhalb einer vertraglichen Vereinbarung handelt oder sich lediglich als Agent eines ausländischen Auftraggebers anbietet«.

Auch hier steht das Gesetz der USA im Widerspruch zu den Behauptungen des US-Justizministeriums: Allein dadurch, daß sie sich als Vertreter der israelischen Regierung anbietet, wird die ADL zum Agenten einer ausländischen Macht – einem Agenten (Vertreter), der beim amerikanischen Justizministerium registriert sein sollte.

In einer Reaktion auf die Anfrage durch einen amerikanischen Bürger, daß Untersuchungen über die ADL angestellt werden sollten, verteidigte das Justizministerium die ADL erneut und behauptete, die Gruppe sei von der Registrierung als ausländischer Agent befreit, weil sie nicht »auf Befehl, Verlangen oder unter der Leitung . . . eines ausländischen Auftraggebers« handelt.

Das US-Justizministerium: »Ohne Beweise dafür, daß die ADL auf Verlangen oder unter der Leitung oder Kontrolle dieser Regierung (Israel) handelt, entsteht keine Verpflichtung zur Registrierung unter dem ›Foreign Agents Registration Act‹.«

Trotz alledem weiß man in dem Ministerium sehr wohl, daß die ADL ein Agent der israelischen Regierung ist und daß ihre Unternehmungen aufgrund ihres nicht registrierten Status illegal sind. Hierbei handelt es sich nicht um eine voreingenommene Schlußfolgerung, sondern um die Meinung eines hochrangigen Beamten im amerikanischen Justizministerium.

In einem der vielen inoffiziellen Gespräche, die ich mit Beamten aus dem Justizministerium geführt habe, fragte ein Vertreter aus dem Ministerium: »Warum ist man über die ADL so besorgt?«

Ich antwortete: »Weil es gegen das Gesetz ist « – bezogen natürlich auf die Aktivitäten der ADL.

Informationen aus erster Hand

Der Beamte des Ministeriums entgegnete: »Jedermann weiß das.«

Das ist jedoch nicht die offizielle Position des amerikanischen Justizministeriums, doch es ist ganz sicherlich die Meinung eines einflußreichen und kenntnisreichen Vertreters aus dem Ministerium, dessen Aussage inoffiziellen Charakter hat – und somit ist er vor Repressalien durch die ADL sicher.

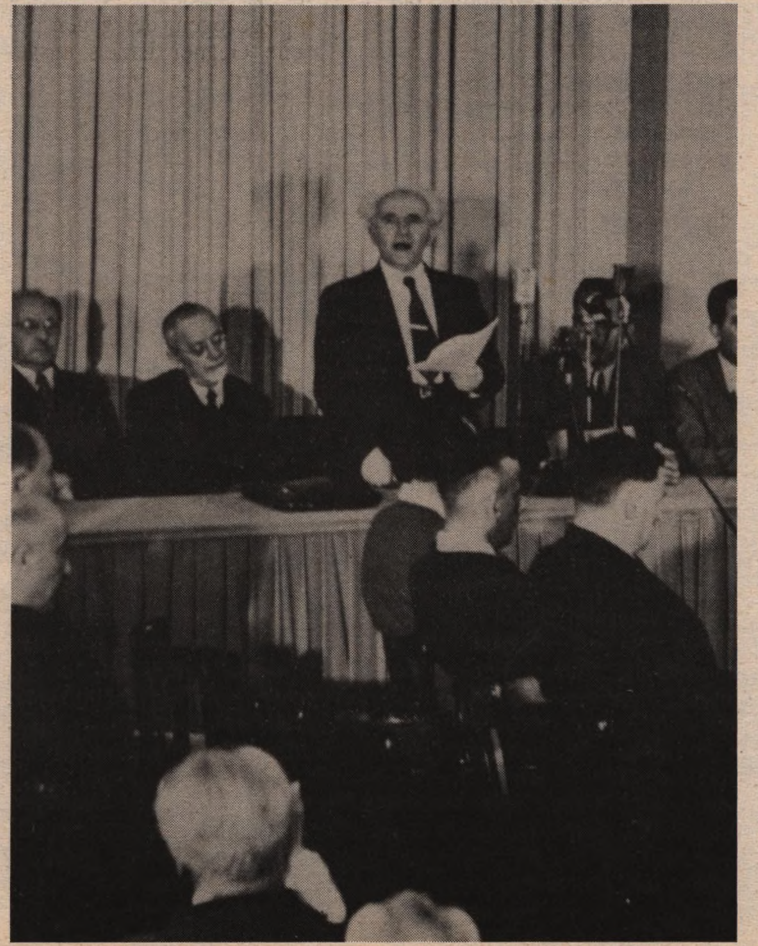
Es folgt eine Reihe von Zitaten aus ADL-Quellen und ADL-Materialien, die eindeutig zeigen, daß die ADL tatsächlich – per der Definition des existierenden amerikanischen Gesetzes – als ein ausländischer Agent der Regierung von Israel fungiert. Da sie also tatsächlich in dieser Eigenschaft fungiert und im US-Justizministerium nicht registriert ist, verletzt sie damit das Gesetz der Vereinigten Staaten.

Im »ADL-Bulletin« vom Dezember 1973, der Jubiläumsausgabe zum sechzigjährigen Bestehen der Organisation, kündigte die zionistische Interessengruppe ihren Plan für »eine landesweite Aufklärungskampagne über Israel als ein sicherer und freier Staat zu überleben an und allen antisemitischen Reaktionen in diesem Land auf Probleme aus dem arabisch-israelischen Konflikt entgegenzutreten«.

Hier »bietet sich die ADL selbst . . . als Agent eines ausländischen Auftraggebers an«, wie im »Foreign Agents Registration Act « definiert.

Im Protokoll der Plenarsitzung des Internationalen Rats des B'nai B'rith ist über einen öffentlichen Antrag der Israelischen Regierung zu lesen, daß die ADL in ihrem Namen tätig werden solle.

Der Präsident der B'nai B'rith – deren wichtigster politischer Zweig die ADL ist – erklärte, nach Aussagen des israelischen Außenministers Abba Eban sei das Public Relations-Budget Israels so gering, daß das Land Unterstützung aus Quellen von außerhalb benötige.



Aussagen gegen den Staat Israel tragen nach Auffassung der ADL eine unverkennbar anti-jüdische Botschaft.

Der Präsident der B'nai B'rith: »Er (Eban) bat uns (die ADL) inständigst, den Bedarf an finanziellen Mitteln zu betonen, damit Israels Position weltweit richtig interpretiert werden kann.«

Die ADL ist natürlich liebend gerne und aus ganzem Herzen auf Ebans Anliegen eingestiegen.

In einem »vertraulichen« Bericht vom 15. Mai 1978 lieferte die ADL einen Einblick darüber, wie sie nicht nur in der Öffentlichkeit zugunsten Israels Lobby-Tätigkeiten durchgeführt hat, sondern auch Israels Interessen in Washington – auf Weisung der israelischen Regierung – selbst vertrat.

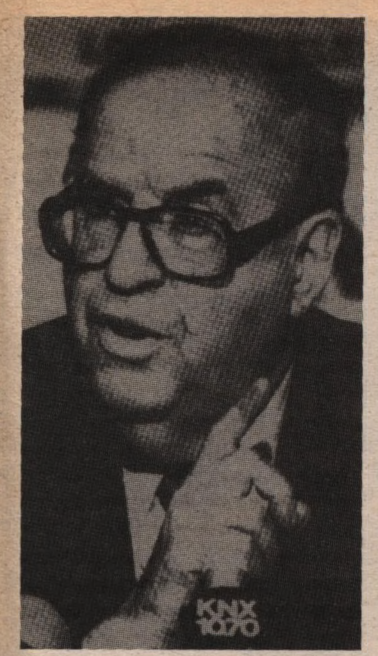
Die ADL und Israel sind eins

In dem Bericht werden verschiedene Aspekte einer Reihe von Treffen zwischen ADL-Vertretern und Führern der israelischen Regierung ausführlich behandelt. Nach diesem Treffen kehrten die ADL-Vertreter in die Vereinigten Staaten zurück und übermittelten die Botschaften der Israelis direkt an US-Präsident Jimmy Carter, Vizepräsident Walter Mondale und andere Spitzenvertreter der amerikanischen Regierung.

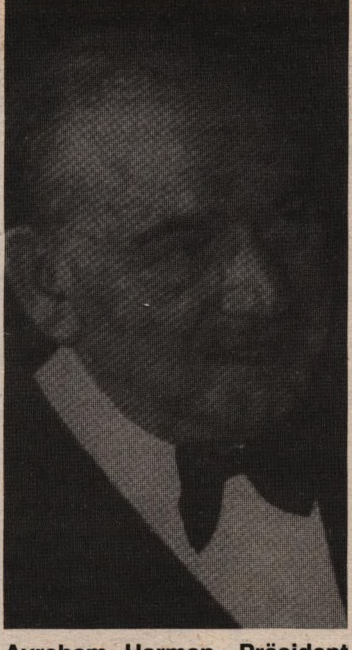
Die ADL kommt in dem Bericht zu dem Schluß und brüstet sich damit, daß ihre »Vorschläge« gegenüber der US-Regierung »auf fruchtbaren Boden gefallen sein müssen« im Hinblick auf die anschließenden Aktionen, die von den Vereinigten Staaten zugunsten der israelischen Interessen unternommen worden sind.

Das allein liefert den letztendlichen Beweis dafür, daß die ADL »auf Befehl, Verlangen oder unter der Leitung oder Kontrolle eines ausländischen Auftraggebers handelt«. Deshalb ist sie per Definition des genannten Gesetzes ein ausländischer Agent, der entgegen dem amerikanischen Gesetz jedoch weiterhin nicht registriert ist.

In der Ausgabe des ADL-Bulletins vom Dezember 1976 wird der israelische Außenminister Yigal Allon zitiert, der gegenüber einer ADL-Delegation geäußert haben soll, als er von der



Abba Eban bat die ADL Gelder aufzutreiben, um Israels »Einfluß« in Amerika und andernorts zu erhöhen.



Avraham Harman, Präsident der hebräischen Universität Israels, lobt die ADL als beste Organisation.

ADL und deren Beziehung zu Israel sprach: »Wir sind eins und dank unserer Einheit werden wir den Kampf für den Frieden gewinnen.«

Im gleichen Bulletin wird der israelische Präsident Ephraim Katzir mit den Worten zitiert: »Die ADL schützt Israel. Das ist eine äußerst noble Aufgabe, die sie beherrschen und gut beherrschen.«

Des weiteren wurde Avraham Harmon, Präsident der hebräischen Universität Israels, von der ADL zitiert, der korrekterweise gesagt haben soll, daß die ADL »Besseres leistet« als jede andere Organisation, die sich für Israel einsetzt.

Aus diesem Bulletin ging auch hervor, daß die ADL für eine Reihe von Radio- und Fernsehprogrammen unter dem Titel »Dateline Israel« von Arnold Forster – von der ADL – verantwortlich zeichnete. Diese Serie wird von der ADL in Israel produziert und dient der Verbreitung eines »positiven Image der Juden und des Verständnisses der jüdischen Belange, insbesondere der Israels«.

Im ADL-Bulletin vom November 1977 wurde die Eröffnung eines ADL-Zweigbüros in Jerusalem angekündigt. Die ADL schreibt: »Das Büro in Jerusalem wurde mit dem Ziel eingerichtet, ein besseres Verstehen zwischen der amerikanischen jüdischen Gemeinde und der israelischen Öffentlichkeit herbeizuführen und die Abteilung der ADL für Nahost-Angelegenheiten und die 26 nationalen Büros in den Vereinigten Staaten bei der Interpretation der Politik, Probleme und Bedürfnisse Israels zu unterstützen.«

Wichtige Rolle bei der Weiterleitung von Geldern

Bei Überprüfung von Postunterlagen vom 26. Juni und 20. Juli 1967 wird man feststellen, daß die ADL unter ihrem »gemeinnützigen« Status und unter Ausnutzung der mit Steuergeldern finanzierten amerikanischen Postdienste für Massendrucksachen offizielle israelische Propaganda-Publikationen versandt hat. Wenn die ADL gezwungen würde, sich als ausländischer Agent in den USA einzutragen, käme sie nicht mehr in den Genuß dieses steuerfreien Status.



Die ADL und ihre Stammorganisation, die B'nai B'rith, haben auch eine wichtige Rolle gespielt bei der Weiterleitung von Geldern an die israelische Regierung. Gemäß einer Aktennotiz von Maurice Bisgyer, dem Vizepräsidenten der B'nai B'rith, an den B'nai B'rith-Verwaltungsrat hat die B'nai B'rith insgesamt 425 000 Dollar an Israel weitergeführt.

Das bedeutende an dieser Summe ist jedoch, daß sie von der deutschen Regierung kam in Form von Reparationszahlungen für jüdische Überlebende des sogenannten Holocaust.

Israel und auch die ADL haben großen Nutzen – unter anderem solche finanzielle Reparationen – aus der Verwendung des Holocaust als einem politischen Trumpf gezogen, der gegen potentielle Gegner Israels ausgespielt wird, die die Tatsache leugnen könnten, daß sechs Millionen Juden durch das Dritte Reich ausgelöscht wurden.

Die B'nai B'rith hatte scheinbar bereits beschlossen, daß die Reparationszahlungen der Deutschen über sie laufen sollten, und in den kommenden Jahren begannen sie, die vielen Verflechtungen dieser Aktion zu erkennen: ADL und B'nai B'rith verletzten offensichtlich nicht nur den amerikanischen »Foreign Agents Registration Act«, sondern sehr wahrscheinlich auch die amerikanischen Steuergesetze.

In einem vertraulichen Brief an Joseph Sklover von B'nai B'rith erklärte Benjamin Ferenz, ein Anwalt der doppelt-loyalen Organisation: »Ich habe über die Sache (der Reparationszahlungen) weiter nachgedacht und meine nun, daß wir in der Lage sein könnten, die Deutschen davon zu überzeugen, der B'nai B'rith einen bevorzugten Status zu geben, ohne sich zunächst direkt an das US-Schatzamt zu wenden.«

Die ADL versuchte sich tatsächlich als eine internationale Regierung zu etablieren, deutsche Regierungsvertreter zu beeinflussen, amerikanische Gesetze zu umgehen, Gelder für Israel einzutreiben und zu verteilen und die Bemühungen, den aggressiven Staat in Nahost zu stärken, zu unterstützen.

Furcht vor Repressalien

Dieser Beweis, daß die ADL auf internationaler Ebene manövriert, macht sie in den USA eindeutig zu einem ausländischen Agenten Israels, der zwar nominelle Verbindungen zu den Vereinigten Staaten hat, doch dem es in Wirklichkeit um die Interessen Israels und Israels allein geht.

Schließlich gab die ADL in ihrem Bulletin öffentlich zu, daß sie »der alleinige amerikanische Verleiher von Filmen des Israel Film Service mit Themen allgemeinen Interesses geworden ist«.

Das ist ein unwiderlegbarer Beweis dafür, daß die ADL ein de jure Vertretungsverhältnis mit der israelischen Regierung besitzt und erfüllt damit sogar die Voraussetzungen, die nach dem amerikanischen Justizministerium nötig sind, damit es die Anklagen gegen die ADL untersuchen könnte. Das ist das Vertragsverhältnis, das das Ministerium nicht feststellen »konnte«.

Die ADL bietet sich also nicht nur als Agent der israelischen Regierung an, treibt Gelder ein, macht Propaganda und betreibt Beeinflussung auf den höchsten Ebenen der amerikanischen Regierung auf Weisung und im Namen Israels, sondern sie ist auch in ein direktes Vertretungsverhältnis mit dem wachsenden Staat in Nahost verwickelt.

Die ADL ist ein Agent einer ausländischen Regierung. Diese Tatsache ist unbestritten. Es ist eine Tatsache, die Millionen patriotischer Amerikaner erkennen. Es ist eine Tatsache, die, wie wir gesehen haben, sogar vom amerikanischen Justizministerium erkannt wird.

Doch offenbar aus Furcht vor Repressalien durch die ADL lehnt das Ministerium es noch immer ab zu handeln. □

Zitate

Wiedervereinigung

Selwyn Lloyd, ehemaliger britischer Außenminister: »Deutschland ist der Schlüssel zum Frieden in Europa. Ein geteiltes Europa bedeutet ein geteiltes Deutschland. Deutschland wiederzuvereinigen, solange Europa geteilt ist, ist – selbst wenn dies machbar wäre – gefahrvoll für uns alle. Deshalb fühlen alle – Dr. Adenauer, die Russen, die Amerikaner, die Franzosen und wir selbst – im Grunde ihres Herzens, daß ein geteiltes Deutschland zur Zeit die sichere Lösung ist. Aber keiner von uns wagt dies, wegen der Auswirkungen auf die öffentliche Meinung in Deutschland, auch offen zuzugeben. Deshalb unterstützen wir alle öffentlich ein vereintes Deutschland, jeder allerdings aufgrund seiner eigenen Bedingungen.«

Deutsche Einheit

Dr. Wolfgang Seiffert, Professor für Internationales Wirtschaftsrecht, ehemaliger Direktor eines Instituts und Vizepräsident der Gesellschaft für Völkerrecht der DDR sowie enger Berater Honeckers, lebt heute in Westdeutschland: »Für mich steht ganz sicher fest: die deutsche Einheit kommt bestimmt! Und damit meine ich – um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen – eine staatliche Einheit. Die einzige Frage ist nur: Wer bringt sie zustande? Und mit welchen inneren politischen Strukturen wird sie ausgestattet sein? Wenn die politischen Kräfte in der Bundesrepublik sie nicht zustande bringen, dann bringt sie die Sowjetunion mit der DDR zustande. Das ist für mich gar keine Frage. Wer nämlich glaubt, daß die DDR – trotz der zeitweiligen Vertretung dieser irrsinnigen Theorie der ›zwei Nationen‹ – jemals ernsthaft das Ziel eines sozialistischen Gesamtdeutschlands aufgegeben hat, ist ein politischer Narr, der nicht begreift, was mit der Gründung der DDR eigentlich geschehen ist: Das ist ein Staat innerhalb ein und derselben Nation. Die BRD hat zwar keine völkerrechtliche Anerkennung der DDR vorgenommen, aber sie hat mit dem Grundlagenvertrag dieser politischen Gruppierung innerhalb der deutschen Nation die eigene Staatlichkeit zuerkannt. Das ist ein Vorgang, den es in der Weltgeschichte noch nie gegeben hat. Und wer da glaubt, er könne sich an der Logik der Geschichte herummogeln, indem er Deutschlandpolitik darauf reduziert, ein paar Leute freizukaufen, der ist entweder in einem Alter, in dem er die politischen Folgen dieser Kurzsichtigkeit nicht mehr glaubt tragen zu müssen, oder er ist politisch nicht ganz auf dem laufenden.«

Besatzung

Gustav Stresemann, Weimarer Reichskanzler und Außenminister: »Nicht das materielle Leben ist das Entscheidende, sondern die politische Freiheit der Nation . . . Solange noch ein fremder Soldat auf deutschem Boden steht, kann man keine innere Politik betreiben.«

SPD

Dr. Heiner Geißler, CDU-Generalsekretär: »Die Sozialdemokraten sind so weit nach links gerückt, für die ist schon jemand rechtsradikal, wenn er morgens pünktlich zur Arbeit kommt.«

Weltrevolution

Dr. Martin Kriele, Professor für Staatsrecht: »Die sozialistische Gegenrevolution führt in Zustände, in denen der Mensch ein erniedrigtes, geknechtetes, verlassenes, verächtliches Wesen ist. Wir wissen dies aus siebzig Jahren Erfahrung, aber wir können uns die Gründe dafür auch theoretisch vergegenwärtigen. Die Bedingungen eines menschenwürdigen Lebens hängen entscheidend von Recht und Verfassung ab. Diese bilden die Basis auch für die materiellen Lebensbedingungen. Die Annahme, es verhalte sich umgekehrt: Die Produktionsverhältnisse bildeten die Basis, und Recht und Verfassungen seien nur ihr ›ideologischer Überbau‹, ist ein fundamentaler Irrtum mit verhängnisvollen Konsequenzen.«

Iran

Ali Akbar, iranischer Außenminister: »Die Ordnung, die jetzt im Iran herrscht, ist eine mächtige Ordnung und ist nicht dem Regime des Schahs zu vergleichen. Wir lassen uns nicht unterdrücken. Weder durch Amerika noch durch die Sowjetunion noch durch Frankreich. Aufgrund gegenseitigen Respektes und gleichen Rechts sind wir bereit, mit allen Staaten zu verkehren.«

Insider

George Wald, amerikanischer Nobelpreisträger für Biologie: »Ich glaube nicht, daß in der westlichen Welt die Regierungen wirklich regieren. Ich glaube, sie dienen als Handlanger großer finanzieller und industrieller Macht.«

Züchtigung

Werner Krusche, Magdeburger Bischof: »Wo heute noch Schuld gegen Schuld aufgerechnet, wo das Verbrechen des Überfalls auf Polen mit dem Unrecht der Vertreibung verrechnet wird, wo noch von Konzentrationslagern in der DDR gesprochen und damit deren Einzigartigkeit im Dritten Reich bestritten wird, ist man immer noch in der Selbstentschuldung – und die führt nicht ins Freie.«

Islam

Ali Akbar Hashemi Rafsandschani, iranischer Parlamentspräsident: »Der Islam ist nicht wie das Christentum nur an moralische Gesetze gebunden, sondern auch an politische und wirtschaftliche und solche des Kampfes. Ich erinnere mich selbst, daß es auch früher in Mekka so war. Während des algerischen Unabhängigkeitskampfes habe ich Demonstrationen gegen Frankreich dort erlebt. Daß dies jetzt verhindert werden soll, liegt an der saudischen Regierung, die Angst hat.«

CDU

Günter Rohrmoser, Professor für Sozialphilosophie an der Universität Hohenheim: »Die CDU befindet sich an einem bedeutsamen Punkt ihrer Geschichte. Kurt Biedenkopf hat immer wieder die mangelnde Fähigkeit seiner Partei beklagt, Kritik zu ertragen, und die Neigung getadelt, Konflikten auszuweichen. Vielleicht aber ist auch die Zeit der großen Volkspartei vorbei. Ihre Integrationskraft schwindet offensichtlich. Die Fragmentierung der Werte und Interessen in der Gesellschaft macht eine Bündelung immer schwieriger. Wenn das aber so ist, dann ist das Entstehen einer neuen politischen Kraft der rechten Mitte unvermeidbar. Sie könnte für die CDU von großem Vorteil sein. Scheint es doch, als sei dies die einzige Möglichkeit, die CDU aus der für sie auf die Dauer tödlichen Fesselung durch die FDP zu befreien.«

Bonn

Friedrich Kardinal Wetter, Erzbischof von München und Freising: »Ein Staat, der Aids nur Kondome entgegensetzt, steht vor dem ethischen Bankrott.«

Irangate

Ronald Reagan, US-Präsident: »Ich bin der Mann, der am Ende allein dem amerikanischen Volk verantwortlich ist. Admiral Poindexter hat ausgesagt, daß er mich in dieser Affäre abschirmen wollte, als er mir Informationen vorenthielt. Doch kein Präsident sollte jemals von der Wahrheit abgeschirmt werden. Keine Operation kann so geheim sein, daß sie dem Oberbefehlshaber vorenthalten wird.«

Honecker

Franz Josef Strauß, bayerischer Ministerpräsident und CSU-Vorsitzender: »Natürlich weiß ich genau, daß Honecker ein wichtiger Eckstein im Gebäude der sowjetischen Machtpolitik ist. Die sowjetische Machtpolitik beruht auf der Teilung Deutschlands, auf der ideologischen Grundlage des Marxismus-Leninismus. Wir dürfen uns deshalb keinen falschen Vorstellungen hingeben. Auch Honecker ist ein Vertreter der Spaltung Deutschlands und der damit verbundenen Verweigerung der Menschen- und Bürgerrechte. Ich verstehe deshalb die vielen Menschen, die auf diesen Besuch mit gemischten Gefühlen, vielleicht sogar mit Verbitterung blicken.« □

Freimaurerei

Der Kult des House of Windsor

Peter Blackwood

Die erste politische Explosion nach den Wahlen in Großbritannien kam von einer unerwarteten Seite. Eine Arbeitsgruppe der Kirche von England unter Führung der Exeter Universitätsprofessorin Dr. Margaret Hewitt gab ein Diskussionspapier heraus, dessen Erstellung zwei Jahre gedauert hat und das im wesentlichen eine ungeheuere Denunziation der kultischen, antiwestlichen Glaubensstruktur der britischen Freimaurerei ist.

Der Bericht beginnt erneut den politischen Krieg gegen das House of Windsor, insbesondere in einem Augenblick, wo die Windsors bereits durch Enthüllung um Enthüllung in der britischen Presse über das degenerierte Verhalten der jüngeren Generation der Familie bloßgestellt und kompromittiert werden.

Die königliche Familie des Duke of Kent

Die britische Zeitung »Daily Telegraph« schreibt dazu: »Das Freimaurertum hatte fast von Anbeginn an starke Verbindungen zum Königshaus.«

Der 24. Juni 1987 war tatsächlich der 270. Jahrestag der Grüdung der Großen Loge des Freimaurerordens im Jahr 1717. Selbst wenn die nachfolgende Geschichte des Freimaurertums durch die »Infiltrations«-Bemühungen der Republikaner wie Benjamin Franklin kompliziert worden sind, war die Gründung der Großen Loge eng verbunden mit dem Sieg des Hauses Windsor/Hannover nach 1714 über republikanische Strömungen, wie sie von Jonathan Swift und Gottfried Leibniz repräsentiert wurden.

Heute ist der vornehmliche Meister dessen, was heute die Vereinigte Große Loge genannt wird, die königliche Familie des Duke of Kent.

Der »Daily Express« betonte, daß der Bericht der Kirche von England »dem Duke of Kent einen Schlag versetzen wird«.

Commander Michael Higham, Sekretär der Vereinigten Großen Loge und Berater des Duke of Kent, sagte: »Wir haben das überhaupt nicht erwartet. Es ist enttäuschend, daß der Großen Loge keine Gelegenheit gegeben wurde, auf die Anschuldigungen zu reagieren, bevor der Bericht veröffentlicht worden ist.«

Eine Person, die mit der Erstellung des Berichts der Kirche von England befaßt war, erzählte, daß die Verbindungen des Freimaurertums zur Monarchie »besonders interessant sind. Schließlich ist die Königin der Supreme Governor der Kirche von England. Sie sollte die Stirn runzeln, wenn die Kirchensynode über Freimaurertum debattiert, deren Oberhaupt ihr Cousin ist.«

Auf einer zweiten, vielleicht im Hinblick auf mögliche Konsequenzen noch tiefergehenden Ebene lenkt der Hewitt-Bericht die Aufmerksamkeit auf eine der Kernkomponenten dessen, was als Ideologie des antichristlichen »New Age« bekanntgeworden ist.

»New Age« ist eigentlich sehr alt

»In der christlichen Theologie«, so sagen Hewitt und andere, »darf der Name Gottes nicht . . . durch eine Vielzahl von Namen heidnischer Götter ersetzt werden.«

Doch im freimaurerischen Ritual, so sagen sie, wird ein zusammengesetzter Name für Gott verwendet, der aus den chaldäischen, hebräischen, altsyrischen und ägyptischen Worten für das höchste Wesen zusammengenommen abgeleitet ist. Das, so heißt es in dem Bericht, ist gotteslästerlich.

Insbesondere dadurch, daß sie die Frage chaldäischer und altsyrischer Elemente in den Vordergrund stellen, hat die Arbeitsgruppe festgestellt, daß es sich bei dem britischen Freimaurertum um eine Fortsetzung der antiken Praktiken des »Magi« handelt, der im Innern durch die Empire von Babylon und Assyrien ging.

Chaldäisch-altsyrischer Mythos war später im Mittelpunkt des Mithraskults der römischen kaiserlichen Armee und in allen mithra-ähnlichen Kults seit dieser Zeit, einschließlich der mithraischen Komponenten der heidnischen »Matushka Rus«-Glaubensstruktur im heutigen Rußland.

Alle »New Age«-Sekten leiten ihre Ideen letztendlich eigentlich von diesen Praktiken aus dem Nahen Osten ab; »New Age« ist eigentlich schon sehr alt. Die wichtigsten britischen Verfechter des »New Age«-Glaubens in den letzten Jahrzehnten: der Übersetzer von Klassik und Poet Robert Graves, der Geschichtsphilosoph Arnold Toynbee, der Teufelskultexperte Aleister Crowley, sie alle haben ihre Ideen auf solch altsyrisch-chaldäische »Magi«-Wurzeln gestützt, egal, ob sie nun das Freimaurertum praktizieren oder nicht.

Viele dieser Personen wie Graves und Crowley waren so verflochten mit der Evolution der »Drogenkultur«, daß die Beziehungen des House of Windsor zur Freimaurerei jenen Medienbossen zu denken geben mögen, die die Behauptungen aus gewissen Quellen über die Windsors und Drogen eher verspotten.

Die Gruppe der Kirche von England führt die Polemik noch einen Schritt weiter, indem sie betont, der Kern des Freimaurertums sei Betrug. Die Sprache der Rituale und Gottesdienste sei zwar ähnlich der in der christlichen Liturgie verwendeten, doch Christus werde mit keinem Wort erwähnt. Dies »erwecke den Anschein einer Verleugnung der Göttlichkeit von Christus«.

Blasphemie und Ketzerei

Die Verschwiegenheit, die die freimaurerischen Rituale umgibt, muß zwangsläufig ständigen Verdacht erregen und verschlimmert das Problem damit nur noch: »Ist es richtig, von Christen zu erwarten, daß sie auf die offene Bibel den Eid leisten, daß sie die Geheimnisse einer Organisation nicht enthüllen werden, deren Rituale klar sagen, daß sie nur dann angenommen werden, wenn der Kandidat die mit der Mitgliedschaft verbundenen Verpflichtungen akzeptiert hat?

Vergeben zu müssen, daß der heilige Name Eigentum einer exklusiven, ausdrücklich nichtchristlichen Gesellschaft ist und auf die Heilige Schrift zu schwören, das anderen gegenüber nicht zu enthüllen, ist höchstens absurd und könnte mit Recht für das Gewissen eines Christen als tadelnswert und anstößig bezeichnet werden.«

Ebenso: »Aus den Zeugnissen, die wir erhalten haben, wird deutlich, daß einige Christen die Auswirkungen der Freimaurer-Rituale als beunruhigend empfunden haben und einige halten sie sogar für ausgesprochen böse.«

Um den letzteren Punkt zu betonen, zitiert der Bericht aus traditionellen freimaurerischen Eiden, die die Bestrafung nennen, welche gegen jene verhängt wird, die Geheimnisse der Freimaurerriten enthüllen: »Meine Kehle durchgeschnitten; meine Zunge herausgerissen und im Sande vergraben; in zwei Hälften gespalten; meine Eingeweide verbrannt und die Asche über die Erde verstreut.«

Der Kernpunkt von all dem ist, wie die britische Presse betont, daß der Bericht die Blasphemie und Ketzerei des Wesens britischen Freimaurerglaubens beschreibt. □



Vatikan

Verführt durch falsche Päpste

Werner Graus

Während des zweiten Vatikanums ist weltweit das passiert, was damals in England geschah, als fast alle Bischöfe – bis auf zwei – sich dem Pseudo-»Papst«, das war der König von England, beugten. Fast alle Priester folgten den abgefallenen Bischöfen und die Laien ihren betrogenen Priestern. Das Resultat: Bis auf wenige fiel ganz England vom katholischen Glauben ab.

Beim Vatikanum II fiel fast der gesamte Episkopat, der daran teilnahm – verführt durch die falschen Päpste Johannes XXIII. und Paul VI. –, vom wahren Glauben ab. Es entstand die sogenannte Konzils-»Kirche«, die mit der wahren Kirche Jesu Christi nicht identisch ist. Diese neue entstandene »universale Kirche« verkündet Irrlehren, die schließlich alle Weltreligionen umfassen soll. So konnte zum Beispiel der Oberrabbiner von Rom mit Recht feststellen: bei dem Gebetstreffen in Assisi wurde die Gleichheit aller Religionen dokumentiert.

Ein Werkzeug des Antichristen

Das »neue Evangelium« bedeutet: die allgemeine Religionsfreiheit als Menschenrecht, das ist die Gleichsetzung und Anerkennung aller Religionen als gleichwertig; die Verkündigung der Menschenrechte an Stelle der zehn Gebote; die zukünftige Einheit aller Religionen unter der Führung des neuen Rom. Johannes Paul II. formulierte das so: »Dank dieser Einheit nähern wir uns immer mehr dem Erbe des menschlichen Geistes wie es sich in allen Religionen kundgetan hat; dank dieser Einheit nähern wir uns allen Weltanschauungen.«

Johannes Paul II. nannte die Juden »die älteren Brüder«. Das insinuiert, daß der jüngere Bruder, die Christen, das Vaterhaus – den Judaismus – verlassen hat und wieder zurückkehren muß.

In der Synagoge von Rom hörte Johannes Paul II. das Lied der Juden: »Wir glauben an den kommenden Messias«, was bedeutet, daß dieser noch nicht gekommen ist, daß also in den Augen der Juden Jesus als der Christus und als Sohn des lebendigen Gottes nicht anerkannt wird. So haben wir die allumfassende Ökumene: Christen und Anti-Christen in einer höheren Einheit vereinigt. Bereits in Mainz 1980 sagte Johannes Paul II. zu den Juden: »Der Dialog zwischen Juden und Christen ist ein Dialog innerhalb unserer Kirche, gewissermaßen zwischen dem ersten und zweiten Teil ihrer Bibel.«

Das neueste römische Dokument bezüglich der jüdisch-christlichen Ökumene besagt: Christen und Juden bereiten durch die Schaffung einer sozial gerechteren Welt dem kommenden Messias den Weg. Die Juden werden daher, falls sie sich »bekehren«, den Antichristen als ihren »Messias« annehmen – als Strafe dafür, daß sie damals ihren Messias verworfen haben.

Papst opfert heidnischen Göttern

Toll: Ökumenische »Katholiken« bereiten zusammen mit den Juden dem kommenden Antichrist den Weg! Die Initialzündung zu dieser allumfassenden Ökumene war die Einheit mit den getrennten »Brüdern«. Der damalige »Bischof« Wetter sagte vor einiger Zeit: »Wir (gemeint waren: Katholiken, Anglikaner, Lutheraner, Kalvinisten) sind miteinander auf dem Weg zur Einheit, zu der einen Christenheit.«

Danach konnte beziehungsweise kann es die eine, heilige Kirche Christi nicht mehr geben; denn diese neue »Einheit« befindet sich ja erst im Entstehen, das heißt, die eine Kirche müßte schon länger in Stücke auseinandergebrochen sein – sagen wir: spätestens bei der Reformation.



Ist der Vatikan seit dem letzten Konzil, zu einem Werkzeug des Antichristen geworden?

Das kann jedoch nicht sein; denn die Einheit ist ein Wesensmerkmal der Kirche, woran man ihren göttlichen Stiftungscharakter erkennen kann. Das heißt, die Einheit ist nicht zerbrochen, sondern die anderen haben sich aus dieser Einheit abgespalten. Und die wahre Kirche Jesus Christi wird immer in sich eins sein und sie wird dem Befehl ihres Stifters treu bleiben: »Lehret alle Völker das Evangelium, machet alle zu meinen Jüngern und taufet sie im Namen des Vaters und des Sohnes und des heiligen Geistes.«

Johannes Paul II. sucht bei seinen Missionsreisen den Dialog mit allen Weltreligionen, wodurch er sich als Werkzeug des Antichristen entlarvt. Er opferte auch im sogenannten »heiligen« Hain den heidnischen Göttern auf seiner Afrikareise und ließ sich das Zeichen des Tilak auf die Stirn zeichnen, wodurch er der Göttin Shiva »geweiht« wurde. Er betete in Assisi am gleichen Pult das »Vater unser«, an dem dann auch Juden, Mohammedaner, Polytheisten und Pantheisten, unter anderem der Dalai Lama, ihre Gebete sprachen.

Paul VI. und Johannes II. lehren fälschlich mit Vaticanum II (»Nostra aetate«), daß »die Mohammedaner den einzigen Gott verehren, Schöpfer des Himmels und der Erde, der zu den Menschen gesprochen hat«. Dagegen heißt es bei dem Evangelisten Johannes, der ein Wort Christi wiedergibt: »Wer den Sohn leugnet, hat auch den Vater nicht.«

Konversion vom Judentum zum Christentum ist Verrat

Juden und Mohammedaner aber leugnen gleicherweise den Sohn, daß nämlich Jesus der Christus, das heißt der Messias und Sohn des lebendigen Gottes ist. Weil er sich als solcher bekannte, wurde er von den Führern der Juden als Gotteslästerer zum Tode verurteilt. Dieses ungerechte Urteil habe die Juden bis heute nicht revidiert.

Edith Stein hat ihr Leben geopfert für die Bekehrung ihres Volkes. Dies tat im Dritten Reich auch eine jüdische Familie, die sich geschlossen zu Christus bekehrt hatte. Sie floh nicht und wollte lieber ihr Leben hingeben für die Bekehrung der Juden.

Hingegen darf der von Johannes Paul II. ernannte »Kardinal« Lustiger in Paris ungestraft behaupten, er habe seinen jüdischen Glauben nie aufgegeben, und Konversion vom Judentum zum Christentum sei Verrat. Nebenbei bemerkt: der römische Oberrabbi hält derzeit an der Gregoriana Vorlesungen über die jüdische Kabbala.

Diese, aus Vaticanum II hervorgegangene Konzils-»Kirche« muß notwendigerweise jene ausschließen, die ihrem wahren Glauben treu bleiben wollen. Wer weiterhin das wahre Meßopfer feierte, galt praktisch schon als ausgeschlossen, denn die sogenannte neue »Messe« ist ein anti-trinitarischer Ritus, der keine Konsekration, sondern nur das Vorlesen des »Einsetzungsberichtes« kennt und der versus populum zelebriert wird mit nachfolgender Hand- und Stehkommunion.

Die beiden Gebete an die Dreifaltigkeit wurden unter anderem ausgeschieden; an die Stelle der alten Opferungsgebete traten zwei jüdsche Tischgebete, wie »Kardinal« Höffner selbst zugeben mußte.

Offiziell aber wurde der Ausschluß der wahren Katholiken aus der Konzils-»Kirche« durch das Indult von 1984, das unter unannehmbaren Bedingungen die Zelebration der wahren Messe »erlaubte«, besiegelt. Nur derjenige, der die neue »Messe« als rechtmäßigen und intakten Ritus anerkennen würde, dem könne diese Ausnahme gewährt werden; wer die Rechtmäßigkeit leugne, mit dem dürfe man »keine Gemeinschaft haben«.

Wenn aber die neue »Messe« dogmatisch unanfechtbar wäre, warum sollte man sie dann nicht besuchen? Damals, zu Silvester 1976 sagte auch »Bischof« Wetter zu Recht: »Wer weiterhin die alte Messe besuchen wolle, müsse sich im klaren sein, daß er sich damit aus der kirchlichen Gemeinschaft ausschließe« – was ein prophetisches Wort war: neue »Messe« der Konzils-»Kirche« und alte Messe der wahren Kirche schließen einander gegenseitig aus.

Alle also, die zu Recht die neue »Messe« ablehnen, sind eo ipso von der Konzils-»Kirche« »ausgeschlossen«, vergleichbar den »excommunicati vitandi«. Danken wir der Vorsehung Gottes für diese klare Trennung.

Das Kreuz der religiösen Ächtung

Econe will das scheinbar immer noch nicht begreifen. Die Sedesvakantisten sind in seinen Augen solche, die angeblich ins offene Schisma rennen, wie der Generalobere Schmidberger – wider besseres Wissen – sagte. Monsignore Lefebvre diffamiert jene, die Johannes Paul II. als Papst nicht anerkennen können, und behauptet, daß sie »wie Arius« sind, das heißt Häretiker. Damit ist auch eine klare Trennung zwischen Econe und den wahren Gläubigen seitens Econe öffentlich erklärt worden.

Die Schar derjenigen, die weder zur Konzils-»Kirche« noch zu Econe gehören, und die auch nicht zu den Anhängern von Monsignore Guerard des Lauriers gezählt werden können – der an einem »papa materialiter« Johannes Paul II. festhält, welcher sich nur bekehren brauche, um wieder rechtmäßiger Papst zu sein, und der deshalb davon ausgeht, daß solange Wojtyla lebe prinzipiell kein rechtmäßiger Papst gewählt werden könne –, ist zahlenmäßig sehr klein.

So sind die wahren Christifideles in einer totalen Diaspora. Und es erfüllt sich vor unseren Augen die Prophetie der Gottesmutter von La Salette aus dem Jahr 1846: »Die Kirche wird in Finsternis sein.« Das deutet hin auf eine Sonnenfinsternis: die Konzils-»Kirche« hat die wahre Kirche Jesu Christi in den Untergrund gedrängt, in die Katakomben. Wie damals die Synagoge die ausschloß, die sich zu Jesus als Messias bekannten, so schließt die Konzils-»Kirche« jetzt diejenigen aus, die am Bekenntnis des wahren Glaubens und den gültigen Sakramenten festhalten.

Durch den wahren Glauben und das Opfer der wahren Messe von dieser Institution getrennt, danken wir Gott für die Gnade solch klarer Grenzziehung und Unterscheidung und tragen das Kreuz der religiösen Ächtung und der sonstigen Isolierung, wenn man uns in die Ecke der Sektierer abdrängen will. □

Vatikan

Was Barnabas an Kaiser Flavius schrieb

Barnabas, eigentlich Joses, ein Levite von Zypern, war einer der ersten apostolischen Missionare, der in der jungen Christengemeinde in Antiochia wirkte. Die spätere Überlieferung macht ihn zu einem der 70 Jünger Jesu. In der Apostelgeschichte wird er häufig als Gefährte des Paulus genannt, den er selbst von Tarsus zu seinem Beistande herbeigerufen hatte. Später trennten sich beide, da Barnabas der Lehre des Paulus von der Aufhebung des mosaischen Gesetzes im Christentum nicht zustimmte und auf die Seite des Petrus trat. Sein Missionsgehilfe war Markus. Nach unverbürgten Quellen soll Barnabas in Alexandria und Rom gepredigt haben, und zuletzt auf Zypern den Märtyrertod erlitten haben. Eine andere Überlieferung macht ihn zum ersten Bischof von Mailand. In seinem Brief – ungefähr 70 nach Christus – an Kaiser Flavius Vespasianus heißt es unter anderem:

Christus wurde in der Nacht heimlich gefangen. Man brachte ihn in den Vorhof und in die Vorhalle des Hauses des Hohepriesters Hanan, er wurde dort geschlagen, gegeißelt und mit Dornen gekrönt. Er wurde vor das Prätorium gebracht, weil man von ihm die Bestätigung haben wollte, daß er Jaweh gelästert habe. Der Prokurator fand jedoch keine Schuld an ihm, sprach ihn dreimal frei und forderte seine Entlassung. Sie haben ihn jedoch mit Hohn der römischen Gewalt entrissen und an das Kreuz geschlagen.

Worin die Gotteslästerung bestand

Worin die »Gotteslästerung« bestand, steht nicht nur in dem einen, seinem Evangelium, sondern auch in den nicht wenigen jüdisch verfälschten und jüdischen Auch-Evangelien geschrieben. Du brauchst nur zu lesen:

». . . das schrien die Juden: Du, Gotteslästerer! Der Du ein Mensch bist und dich selbst zu Gott machst! Wir wollen nicht dich, nicht dein Wort, nicht dein Reich, und nicht das ewige Leben, du, Panderimamzer, Verfluchter! Bleib bei den Panderi und predige diesen deinem von den Römern in unser Land verwiesenem Pöbel und Gesindel. Warum hast du dir gerade uns und unser Volk ausersehen, um dich da als Gott darzutun? Wohl tust du Unerhörtes, aber wir brauchen dich nicht und wollen dich weder sehen, noch hören, noch von deinen Wunderwerken wissen, denn wir haben unseren eigenen Gott als Vater, der da verkündet:

Ischrael ist mein erstgeborener und eingeborener Sohn. Wir sind Ischrael, also Söhne unseres Gottes, und er ist unser Vater.«

Christus, der Herr, sprach darauf zu ihnen: »Ja, ich weiß es. Und darum sage ich euch: Dieser, euer Vater, ist der Teufel, der Satan, Seelen- und Menschenmörder von Anfang an, der in der Wahrheit nicht bestanden ist, und ihr tut alles nach seinen Gelüsten. Er ist ein Lügner, der Lüge aus Eigenem redet und der Vater aller Lüge ist.«

Stände es so oder auch in anderen Worten, aber desselben und gleichen Sinnes allein in dem einen, wahren Evangelium Gottes Christi, welches unser ist und welches wir täglich befolgen, könntest Du dagegen reden. Es steht aber auch in nicht wenigen der falschen, jüdischen Auch-Evangelien geschrieben, zu welchen Du Dich bekennst, die Dein und Deiner Gemeinden sind und auf die Du Dich berufst; ja, auf sie schwörst. Wie willst Du die ewige Wahrheit auch dieses Wortes Christi widerlegen?

Das ist »die Gotteslästerung«, deretwegen der alte Satan als »Gott« der Hebräer und diese deshalb selbst Christus, den allein wahren und ewigen Gott, so namenlos und grenzenlos hassen, und alles, auch das Teuflischste nicht scheuen, ihn tief unter ihrem rachegierigen Satansgott zu erniedrigen.

Und Du, das angesehene Glied des mächtigen römischen Kaiserhauses und Episcopos episcoporum aller zu Christianern sich zählenden Gemeinden des großen Römerreiches, leistet ihnen den Vorschub gegen und wider die ewige Wahrheit Gottes Christi. □

Kulturgeschichte

Magische Weltsicht

Dritte Folge

Ralf Flar

Ausgehend von der Urkraft-Quelle, die durchaus als die »große Zentralsonne« gesehen werden kann, ausstrahlend vom Zentrum der Allschöpferkraft Gott, sind es Schwingungen und Ströme, die das gesamte Gefüge der Schöpfung tragen und erhalten. Selbst der Planet Erde kann nur bestehen, weil jene kosmischen Schwingungen ihn halten.

Oft ist seitens der Schulwissenschaft ermittelt worden, welche ganz speziellen Bedingungen auf einem Planeten herrschen müssen, damit Leben möglich sei. Und bislang ist – schulwissenschaftlich – außerhalb unserer Welt Erde kein Leben erkennbar. Viele meinen sogar, es gäbe nirgends sonst Leben als gerade auf unserem Planeten Erde. Mit einem gewissen Recht können jene darauf verweisen, daß bisher auf keinem anderen Himmelskörper auch nur die geringste Spur Lebens festgestellt werden konnte.

Schwingungen und Ströme

Zumindest bis zu einem Punkt muß der Schulwissenschaft zugestimmt werden: Es ist eine Vielzahl ganz spezieller und seltener Voraussetzungen notwendig und wiederum von Kombinationen solcher Voraussetzungen, um Leben möglich werden zu lassen. Wie aber kommt es, daß auf der Welt Erde all diese Voraussetzungen herrschen?

Es kommt daher, daß die von der Allschöpferkraft ausgehenden Schwingungen und Ströme auf dem Planeten Erde all jene Voraussetzungen schaffen. Mit anderen Worten: Weil Gott sie schafft.

Und nun erkennen wir auch die Bedeutung und die Wichtigkeit der zahlreichen leblosen und anscheinend unnützen Gestirne für uns: Sie wirken als »Verstärker«, »Kondensatoren«, »Konverter« und »Schleusen« für alle die nötigen Schwingungen und Ströme, die aus weiter Ferne kommend die Kraft des Lebens auf der Erde erhalten, wie auch die zur Entfaltung des Lebens notwendigen Umstände.

Und es ist die Schwingungsharmonie der göttlichen Kraft des Lebens mit dem Leben auf Erden und also der Menschheit. Sind die gewaltigen Gott-Schwingungen für den Menschen unfaßlich, jene Schwingungen und Ströme, durch die der Kosmos erschaffen wurde und die ihn erhalten, aus denen er schließlich ganz und gar besteht, so sind doch die Ausläufer dieser Schwingungen auch für den Menschen begreifbar und erfaßbar. Von diesen Schwingungen und Ströme soll nun die Rede sein. Wir können sie in drei Gruppen einteilen:



Die Allschöpferkraft schafft durch Schwingungen und Ströme die Voraussetzungen für das Leben auf der Erde.

Schwingungen der Seele

Da sind zunächst die Schwingungen der »Seelen«, die Schwingungen und Ausstrahlungen des menschlichen Geistes also – und zwar sowohl die der zuerst körperlich lebenden Menschen wie auch jene, die aus dem Jenseits des »grünen Landes« wirken.

Jeder dieser menschlichen »Gesamt-Seelen-Schwingungen« hat eine spezielle Frequenz, die anpeilbar ist wie ein Rundfunksender. Die jeweilige Frequenz ergibt sich durch die Bewußtheit des einzelnen, die stets einzigartig und daher auch unverwechselbar ist. Bei den bereits erwähnten »Geistfetzen«, den Dämonen, ist statt eines Ich-Bewußtseins nur ein zielgerichteter Wille. Die Frequenz eines Dämons oder einer Dämonin ist also nicht die einer Persönlichkeit, sondern die Frequenz eines Wollens. Auch sie ist »anpeilbar«. Dennoch können natürlich auch Dämonen – als teilbewußte Geistwesen – bis zu einem gewissen Grad personenhaft sein.

Wollte man bei dem Vergleich mit Rundfunksendern bleiben, so könnte gesagt werden: Eine Seelen-Schwingung »anzupeilen« wäre, wie eine ganze bestimmte Musik mit ganz bestimmten Solisten und einen ganz bestimmten Dirigenten einzuschalten; einen Dämon »anzupeilen« hingegen hieße, nur bestimmen zu können, »laute Musik« oder »leise Musik«.

War gerade also von den menschlich-geistigen und den dämonischen Schwingungen die Rede, so sind als nächstes die der Magie nutzbaren kosmischen Schwingungen zu nennen. Hier gilt es, jene Verstärker- und Lenkerfunktion der Gestirne auszunutzen. Denn weil jedes Gestirn eine ganz spezielle Funktion im kosmischen Schwingungsaufbau hat, können auch diese Schwingungen »angepeilt« und als Kraftströme benutzt werden. Die jeweils ganz eigenen Schwingungen der einzelnen Gestirne besitzen zwar keinerlei Bewußtstein, sind also von völlig anderer Art als jene der Geist- und Dämonenwesen, verfügen jedoch über mehr oder minder große Kräfte, die als Träger, Richtungsgeber oder Verstärker nutzbar sind.

Im besonderen können solche kosmischen Schwingungen wirksam werden, wenn die Schwingungen zweier oder mehrerer Gestirne miteinander verknüpft werden; natürlich handelt es sich hier nur um relativ schwache Ausläufer der Gesamtschwingungsstärken. Dies ist ein magisches Handeln, wie es babylonische, phönizische und karthagische Priesterinnen auszuüben verstanden.

Diese »hohen magischen Prozesse« müssen jedoch als die schwierigsten angesehen werden, weitaus schwieriger als etwa der Umgang mit dämonischen Kräften. Die kosmo-magischen Kräfte bedeuten in jeder Hinsicht eine ganz andere Dimension.

Die weiblichen Schwingungen

So ist denn auch der nun noch zu nennende Umgang mit den Schwingungen der menschlichen Seelenkräfte, die mit Abstand einfachste magische Werktätigkeit. Dennoch kann sie – vor allem im alltäglichen Leben – äußerst wirksam werden, vermag doch die Beherrschung der Schwingungen der Seelenkräfte zur Beherrschung des Willens anderer Menschen zu führen. Es ist hier ein Aspekt möglichen Mißbrauchs.

Alle die hier soeben angesprochenen magischen Schwingungskräfte gehen auf weibliche Schwingungen zurück. Sie sind also für eine geeignete Frau prinzipiell nach einiger Übung beherrschbar. Dabei hat all dies nichts mit »Spiritismus« zu schaffen, es bedarf keines »Mediums«. Vielmehr ist das Beherrschen der magischen Kräfte zu erlernen wie Mathematik oder Rechtschreibung – sofern die Voraussetzungen gegeben sind. Ohne weibliche Hilfe ist ein Mann nicht fähig, größere magische Handlungen auszuführen. In den meisten Prozessen – ausgenommen den »hohen« oder »großen« – wird ein Mann jedoch selbst handlungsfähig, sofern eine geübte Frau ihm den Weg bahnt.

Die Mittel: Die magischen Zahlen und Zeichen, die magischen Kreise und Steine, können weitgehend von Männern gehandhabt werden, wenn eine wissende Frau dies vorbereitet. Der Zeitraum, in dem ein Mann mit diesen Mitteln wirken kann, ist jedoch immer begrenzt. In erster Linie ist die magische Tätigkeit also eine Angelegenheit prädestinierter Frauen oder Mädchen.

Die männlichen Schwingungen, als die man unter anderen die Kräfte der Naturgewalten bezeichnen könnte, sind nicht magisch beherrschbar. Ein Versuch, mit ihnen umzugehen, würde – falls es überhaupt gelänge – zur Katastrophe führen.

Wenn zu Beginn schon das Wort »persönliche«, mit Blick auf die Schwingungen, die vom Menschen selbst ausgehen, in Anführungszeichen gesetzt wurde, so hat dies einen guten Grund. Alle Schwingungen und Ströme, die dem Menschen in dieser oder jener Weise zueigen zu sein scheinen, sind doch nicht seine eigenen, sie sind »Leihgut der Gottheit«; denn alles, nicht zuletzt die Kraft des Lebens selbst, geht auf Schwingungen zurück, die quasi »zur Verfügung gestellt« sind, auch wenn diese, wie im Fall der Kraft des Lebens, unverlierbar sind.

Die Seelenkräfte des Menschen

Sprechen wir jetzt also von »persönlichen« Schwingungen, so nur, um zum leichteren Verständnis eine Unterscheidungsmöglichkeit gegenüber den anderen Schwingungskräften zu haben. Über die »Seelenkräfte« ist schon manches geschrieben worden, in besonders hervorragender Weise von Künkel in dessen »Sonnenbahn«. Dennoch ist es notwendig, abermals auf diese Seelenkräfte einzugehen, denn ihre Bedeutung ist hier eine andere als in der im übrigen sehr sinnigen »Lebensrose«.

Man kann von fünf tätigen Seelenkräften ausgehen, die zu beherrschen wichtig ist: Die Kraft des Verstandes (Ratio), die Kraft des Fühlens (Emotion), die Kraft des Wollens (Energie), die Kraft des Glaubens (Heil) und die Kraft der Erkenntnis (Erleuchtung). Und in eben dieser Reihenfolge ist die Schwingungskraft der jeweiligen Seelenkraft angeordent. Also ist Emotion stärker als Ratio, Heil stärker als Energie, und Erleuchtung abermals stärker.

Da nun die Menschen zumeist in unterschiedlichen Seelenkräften stehen, also auch unterschiedlich starke Schwingungen ausstrahlen, sind die Seelenkräfte von unmittelbarer Bedeutung für das Leben. Da nun ein jeder Mensch sowohl Aussender von Schwingungen wie auch Empfänger (Resonanzboden) ist, wird in jeder Begegnung derjenige zum dominanten Teil werden, dessen Seelenkraft die höhere ist, der also auf der höheren seelisch-geistigen Entwicklungsstufe steht.

Die Hochentwicklung innerhalb der Ringe der Seelenkräfte wird in einer materialistischen Umwelt naturgemäß im dritten Ring, der Willenskraft, gestoppt, denn Glaube und Erkenntnis sind Werte einer idealistischen Weltordnung. Dennoch gibt es immer wieder Menschen, die auch in die vierte und in die fünfte Seelenkraft vordringen. Im allgemeinen jedoch treffen wir zumeist auf die erste und die zweite Seelenkraft, verhältnismäßig oft noch auf die dritte beim heutigen Menschen.

Die ganz praktische Auswirkung der unterschiedlich wirksamen Seelenkräfte läßt sich leicht veranschaulichen. Denken wir uns Begegnungen und Gespräche zwischen Menschen verschiedener Seelenkräfte. Der Emotionale wird den nur rational Argumentierenden »an die Wand reden«; der Willensstarke wird diesen beiden überlegen sein; der Mensch festen Glaubens wird allen dreien und der Erleuchtete schließlich wird souverän über ihnen allen stehen.

Dies wiederum hat selbstverständlich die ganz und gar alltagsbezogene Auswirkung, daß der Mensch stärkerer Seelenkraft über denjenigen schwächerer Seelenkraft wird herrschen können, falls er es darauf anlegt – auf alle Fälle aber sein Anliegen durchsetzen.

Das Ur-Kraftpotential in uns

Auch in der Magie sind die Seelenkräfte natürlich von Bedeutung. Sie sind maßgebend für die Stärke der magischen Ausstrahlung. Besonders in den »kleinen magischen Prozessen« kann die persönliche Seelenkraft vieles erleichtern.

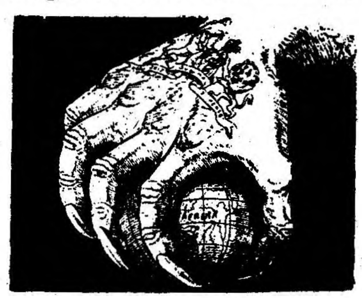
Es bedarf sicherlich nicht der Erwähnung, daß das Erreichen der jeweils nächsthöheren und schließlich höchsten Seelenkraft Ziel des Menschen sein sollte – im Sinne seiner Bestimmung aus geistiger Sicht. Wir alle leben also in einem Meer von Schwingungen und Strömen, wir »produzieren« auch selbst solche Kraftwellen. Nur ist dies den meisten von uns nicht bewußt. Doch können wir es bewußtmachen, können diese Kräfte nutzen – und besonders prädestiniert dazu, dies zu tun, sind die Frauen und Mädchen.

Unsere eigenen »Seelenkräfte« sind – aus persönlicher Perspektive jedes einzelnen Menschen gesehen – der »Grundstock«, das Ur-Kraftpotential, in uns selbst, an dem gewaltigen kosmisch-universellen Kraftwellennetz zu partizipieren, Kräfte zu wecken, zu leiten und zu lenken, aufgrund derer alles Sein besteht, durch die alles wirkt und vieles bewirkt werden kann.

Die »Magie«, von der hier die Rede sein soll, hat nichts mit banalem Hokus-Pokus zu schaffen. Die Magie ist das Wirken als bewußter Kraftwellenfaktor inmitten des grenzenlosen Ozeans kosmischer Schwingungen und Ströme, von denen wir selbst ein Teil sind.

Das Bewußtsein in diesem Sinn heißt, die eigene Schwingungsfrequenz zu bestimmen und somit als Bestandteil des Ganzen handlungsfähig zu machen. Das persönliche Ich-Bewußtsein des einzelnen Menschen ist seine persönliche »magische Frequenz«. Die Kombination aus dieser »persönlichen Schwingungs-Frequenz« und Seelenkraft in Bewußtheit bildet an sich eine magische Kraft, die von Natur aus benutzbar ist.

Wer dieses Schwingungsprinzip einmal erkannt hat – in all der kosmischen Universalität –, der hat den ersten entscheidenden Schritt in den Kreis der magischen Erkenntnis getan. Das magische Wirken in den »Prozessen« geht nicht etwa auf irgendwelche medialen oder extatischen Fähigkeiten der ausübenden Personen zurück. Vielmehr handelt es sich hier um Erlernbares, sofern einige grundlegende Voraussetzungen gegeben sind, die jedoch ganz im Rahmen des Natürlichen liegen – etwa Willen- und Glaubenskraft und bei Frauen die »magischen Saiten«. Auch bedarf es keines geheimnisvollen Szenariums. Die »magischen Prozesse« sind keine »Zauberei« im Sinne gängiger Vorstellung und doch vermögen sie vieles zu bewirken. □



Vertrauliches

NATO

Weinberger contra Brzezinski

US-Verteidigungsminister Caspar Weinberger verurteilte in einem in der »Washington Post« veröffentlichten Kommentar das Argument des ehemaligen nationalen Sicherheitsberaters der USA, Zbigniew Brzezinski, die Vereinigten Staaten sollten 100 000 Mann ihrer Truppen aus Westeuropa abziehen und im Persischen Golf stationieren.

»Es ist die Präsenz unserer Streitkräfte im NATO-Europa, die die Stabilität dort gesichert hat und Kritiker die Region als die ›am wenigsten gefährdete‹ bezeichnen ließ«, schrieb Weinberger. »Wenn wir diese Stärke entfernen, wird sie zu einer ›gefährdeten Region‹ für einen Angriff.

Ich bezweifle, daß ein Truppenabzug den Anreiz, eigene Verteidigungsmöglichkeiten zu schaffen, für die Europäer erhöhen würde«, schreibt Weinberger. »Es würde ein Zeichen setzen dafür, daß die Vereinigten Staaten der Meinung sind, die sowjetische Bedrohung in Europa sei im Abnehmen begriffen. Es könnte den existierenden Druck zur Kürzung der Rüstungsausgaben nur verstärken.

Brzezinskis Äußerung, die NATO habe sich nun zu dem Status einer ›regionalen Allianz‹ verdammt, ist merkwürdig. Die NATO ist immer ein regionales Bündnis gewesen, dem Vertrag und auch der eigenen Aussage nach. Obwohl bedauerlich, ist dies verständlich, doch dies schließt das gemeinsame Bemühen im Persischen Golf nicht aus und hindert uns auch nicht daran, auf ein höheres Maß an Verantwortung auf seiten der einzelnen Verbündeten in der Golfregion hinzuarbeiten.

Von einer Schwächung der konventionellen Stärke Europas zu sprechen, wenn wir im Begriff sind, Europas nukleare Abschreckung teilweise zu beseitigen, scheint mir die schlimmste Gefahr heraufzubeschwören.« □

Warschauer Pakt

Hilfe für die USA gegen den Terrorismus

Die Länder des Warschauer Pakts zeigen »erste Anzeichen dafür, sich dem Westen im Kampf gegen den Terrorismus anzuschließen«, wenn man einem Bericht im »Wall Street Journal« Glauben schenken will, in dem Beamte des US-Außenministeriums zitiert werden.

»Der Beamte im Außenministerium für Gegenterrorismus, Alvin Adams, hat vor kurzem eine Reise durch osteuropäische Länder unternommen, und die amerikanische Regierung tauscht jetzt Informationen über antiterroristische Techniken, Vorrichtungen und Spezialfälle mit den Ländern des Warschauer Pakts aus«, schreibt die Zeitung.

Obwohl die Beamten der Reagan-Regierung noch von keiner konkreten Hilfe sprechen können, heißt es, die Osteuropäer würden kooperativ reden und handeln und sprächen davon, daß sie helfen wollen, den Terrorismus zu bekämpfen. Als Gegenleistung haben die Vereinigten Staaten sich entschlossen, ein Weißpapier über den palästinensischen Terroristen Abu Nidal nicht zu veröffentlichen, aus dem hervorgeht, daß er laut einem CIA-Geheimbericht Zuflucht oder Hilfe bei sechs europäischen Ländern gefunden hat, die Verbündete der Sowjetunion sind. □

Tschechoslowakei

Auf dem Weg zum eigenen »Glasnost«

In Bratislava hat ein »Sensationsprozeß« gegen Stanislav Babinskii, den Vorsitzenden der staatseigenen Verbrauchsgüterhandelsfirma »Jednota« in Nord-Slowakien und elf andere Angeklagte begonnen. Es handelt sich hier um einen der größten Korruptionsskandale in der Geschichte der tschechoslowakischen sozialistischen Republik.

Die Liste von Babinskiis Kunden, für die er neben anderen illegalen Aktivitäten einen Prostitutionsring unterhielt, umfaßt fast sämtliche Mitglieder der slowakischen Regierung sowie Außenminister Bohuslav Chnoupek.

Der Prozeß ist öffentlich, doch die Medien bewahren Stillschweigen über das Verfahren. Seit der Unterdrückung des »Prager Frühlings« im Jahre 1968 hatte die Tschechoslowakei eines der unbarmherzigsten und eines den härtesten Kurs verfolgendes Regime. Doch jetzt, wo von Moskau ein anderer Wind weht, äußerte sich der Vorsitzende des Zentralkomitees und Chefideologe Vasil Bilak kürzlich zugunsten einer »Perestroika« – Gorbatschows »Umwandlung« in Gesellschaft und Politik. □

China

Militärabkommen mit Israel, Iran und Türkei

Eine umfangreiche Serie geheimer und öffentlicher Abkommen ist derzeit im Gang, die die Volksrepublik China mit Israel, dem Iran und der Türkei verbindet.

Wie es in der Londoner »Times« heißt, schickt Israel insgeheim Militärexperten nach Peking, um Hunderte von Panzern sowjetischer Bauart und schwerer Artillerie für die chinesische Armee umzurüsten und zu modernisieren.

»China ist jetzt einer der wichtigsten Waffenlieferanten für den Iran im Golfkrieg und verkauft sowjetisches Gerät an die iranische Armee. Israelische Quellen sagen, die geheime Mission in China sei seit über einem Jahr in Gang, und die Beziehungen zwischen den beiden Ländern – die keine gegenseitigen diplomatischen Vertretungen haben – werden zusehends enger.«

Die Besuche des iranischen Außenministers Valayati und des stellvertretenden Außenministers Sheikolislam im Frühsommer in Peking führten zu Verträgen, die unter anderem den Bau von vier Rüstungsfabriken im Iran durch die Chinesen vorsehen, iranische Ölexporte nach China und den Abschuß eines Satelliten durch die Chinesen, der vom Iran genutzt werden könne, um »Leitprogramme« in den Golf zu übermitteln. Eine Gruppe chinesischer Muslims ist für Schulungszwecke nach Qom geschickt worden, und Beijing erbat die Hilfe islamischer Gelehrter, um seine moslemische Gemeinde zu schulen.

Inzwischen unterzeichnete der Iran ein Zwei-Milliarden-Dollar-Geschäft mit der Türkei, in dem es um den Bau einer neuen Pipeline und gemeinsame Ölbohrfirmen, Irans Export von Erdgas in die Türkei und die Entwicklung einer gemeinsamen petrochemischen Industrie geht. Der Iran garantierte auch, daß kurdische Rebellen nur den Irak und nicht die Türkei angreifen werden. Ein gemeinsames »Grenzsicherheitskomitee« wurde etabliert. □

Handelskrieg

Shultz bereitet Übergabe Asiens an Kommunisten vor

George Shultz wiederholte in einem Treffen mit einigen Außenministern der ASEAN Handelskriegsdrohungen gegen die ASEAN-Länder. Er betonte, die Flexibilität und der Pragmatismus der ASEAN würden in den nächsten Jahren »vielleicht wie nie zuvor« herausgefordert, während sich das Weltwirtschaftssystem »dem unvermeidlichen und meiner Sicht raschen Abnehmen des amerikanischen Handelsdefizits anpaßt«.

Die ASEAN, fügte der amerikanische Außenminister hinzu, muß ihre Märkte diversifizieren, denn »obwohl sie vielleicht in der Lage sein mögen, ihren derzeitigen Marktanteil in den Vereinigten Staaten aufrechtzuerhalten, werden sie ganz sicher nicht auf die Vereinigten Staaten

schauen können, um ihre Exporte zu erhöhen«.

Bei der Wiedergabe von Shultz' Kommentaren schreibt Michael Richardson von der »International Herald Tribune«: »Ein rasches Wirtschaftswachstum hat die meisten Regierungen der ASEAN-Länder in die Lage versetzt, radikale kommunistische oder islamische politische Bewegungen in Schach zu halten.«

Richardson berichtet, daß Shultz' »unverblümte Warnung Besorgnis in den ASEAN-Ländern – Brunei, Indonesien, Malaysia, den Philippinen, Singapur und Thailand – hervorgerufen hat. Experten sagen, die Gruppe befürchte die möglichen sozialen und politischen Kosten eines wirtschaftlichen Abschwungs sowie die Ausbreitung extremistischer, kommunistischer oder islamischer Bewegungen. Die ASEAN-Länder meinten auch, so die Experten, wenn die USA von wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu Hause in Anspruch genommen würden, könnte dies die amerikanische Militärpräsenz in Ostasien und im Westpazifik schwächen, und zwar zu einer Zeit, wo die Macht der Sowjets, Vietnamesen und Chinesen wächst.« □

Israel

Peres' Politik für Nahost

Israels Außenminister Shimon Peres wirbt für eine internationale Konferenz über die wirtschaftliche Entwicklung im Nahen Osten. Er möchte eine solche Konferenz parallel und zusammen mit einer internationalen Friedenskonferenz in Nahost organisieren, wobei die Bundesrepublik Deutschland und Japan eine »besonders wichtige Rolle« spielen sollen.

Nach den Vorstellungen von Peres soll Großbritanniens Premierministerin Margaret Thatcher eine führende Rolle in regionalen Friedensverhandlungen übernehmen. Aus diesem Grund ist Mrs. Thatcher auch sofort für den Vorschlag einer internationalen Friedenskonferenz eingenommen.

Peres' weiterer Vorschlag, eine Wirtschaftskonferenz parallel zu den territorialen Verhandlungen, soll dazu beitragen, »die Lücke zu füllen, die durch gegenseitige Verdächtigungen und gegenseitiges Mißtrauen vorhanden ist«.

Israel erwartet, daß Mrs. Thatcher die Rolle eines internationalen Mittlers zwischen Israel und Jordanien sowie zwischen der Sowjetunion, Israel und den Vereinigten Staaten spielen kann.

»Die Vereinigten Staaten haben ihre Glaubwürdigkeit in der Region verloren und können nicht mehr als ehrlicher Makler handeln. Sie sind auch zu sehr in bilaterale Verhandlungen mit den Sowjets verwickelt. Nur London kann hier noch etwas erreichen«, meinte ein Informant. □

Israel

Arzt verurteilt Politik der Euthanasie

Der Vorsitzende des israelischen Ärzteverbandes, Ram Ishai, hat die Praktik der Euthanasie, besonders im Falle der Niederlande, angegriffen und warnt davor, daß sie zunehmend mit der »Vermeidung wirtschaftlicher Belastungen für die Gesellschaft« gerechtfertigt wird. In den Niederlanden waren 11 von 90 Aids-Kranken, die starben, Euthanasie-Opfer.

In einem Artikel in der »Jerusalem Post« berichtet Ishai über einen Vortrag, den Dr. Sven Danner in Amsterdam gehalten hat. Danner ist Leiter der Aids-Abteilung im Medizinischen Zentrum in Amsterdam. In seinem Vortrag präsentierte er Statistiken, aus denen hervorging, daß »einer von acht Aids-Toten aufgrund von Euthanasie starb«. In vielen Fällen handelte es sich dabei um Patienten, die ohne Frage »noch mehrere Monate hätten leben können«.

Ishai schreibt: »Die meisten Religionen verdammen jede Art von Töten an sich, besonders die jüdische Religion, egal, ob es sich dabei um einen jungen, einen alten Menschen, einen gesunden oder kranken Menschen oder sogar einen Sterbenden handelt. Im Mishan heißt es: ›Jemand, der im Sterben liegt, ist in jeder Hinsicht als Lebender zu betrachten.‹ Das ist auch die Meinung des babylonischen Talmud und auch des Kodexes der Maimoniden, der jede Maßnahme verbietet, die den Tod beschleunigen könnte.

Deshalb kann man zusammen mit dem britischen Oberrabbi Immanuel Jakobovits sagen, daß ›jede Form aktiver Euthanasie streng verboten und als regelrechter Mord verurteilt wird‹ und passive Euthanasie ebenso, wenn sie an einer Person begangen wird, die noch Wochen oder Monate leben könnte, wie im Falle der holländischen Aids-Patienten.

Darüber hinaus könnte die Euthanasie unter den heutigen Bedingungen angewendet werden, um wirtschaftliche Belastungen für die Gesellschaft zu vermeiden. Wenn nicht genügend Pflegeeinrichtungen vorhanden sind, werden wir in naher Zukunft eine Zunahme von Euthanasiefällen zu verzeichnen haben. Dies ist ein gefährlicher Abstieg, der leicht von dem unter unsäglichen Leiden an Krebs sterbenden Patienten bis zu Fällen sehr alter, kranker Menschen, Verkrüppelter und Geisteskranker reichen kann.« □

Österreich

Wiesenthal findet keine Beweise gegen Waldheim

Der österreichische »Nazijäger« Simon Wiesenthal hat den Jüdischen Weltkongreß wegen seines Verhaltens in der Affäre um den österreichischen Präsidenten Kurt Waldheim angegriffen, dem die Einreise in die Vereinigten Staaten aufgrund von Beschuldigungen, ein Nazi gewesen zu sein, verboten worden ist.

In der italienischen Zeitung »Corriere della Sera« wirft Wiesenthal dem Jüdischen Weltkongreß vor, »alle Österreicher unter eine Kollektivschuld zu stellen. Wie kann eine jüdische Organisation eine kollektive Drohung gegen ein ganzes Volk formulieren? Die Welle des Antisemitismus war eine Konsequenz aus dieser Drohung, und der Jüdische Weltkongreß hat den Antisemiten die Argumente geliefert.«

Was die angebliche Nazi-Vergangenheit von Kurt Waldheim betrifft, so meinte Wiesenthal: »Ich bin an der Wahrheit interessiert, und ich will die Wahrheit wissen, und diese Wahrheit ist noch nicht herausgekommen.«

Das Amt für Sonderuntersuchungen (OSI) des US-Justizministeriums hat, wie in vielen anderen Fällen, nur »Beweise« verwendet, die sich die Sowjets ausgedacht haben, um Waldheim in den Vereinigten Staaten zur Persona non grata zu erklären.

Das Seltsame an der Waldheim-Affäre ist, daß ihm für nichts irgendeine Schuld nachgewiesen werden kann, heißt es in der italienischen Tageszeitung »La Stampa«. Nur Simon Wiesenthal hat der Zeitung zufolge tatsächlich einen Blick in das entsprechende Archivmaterial geworfen, unter anderem in Dokumente über die Nazizeit im Berliner Dokumentenzentrum, in den Archiven in Ludwigsburg und den historischen jugoslawischen Archiven von Belgrad. In allen Fällen war das Ergebnis das gleiche: Er fand nichts. □

Japan

Mit den USA gemeinsames U-Boot-Projekt

Der amerikanische Verteidigungsminister Caspar Weinberger hat mit den Japanern einen Vertrag für ein gemeinsames U-Boot-Kriegführungsprojekt (ASW-Projekt) geschlossen. Er verkündete, daß beide Länder zusammenarbeiten würden, um in Sachen ASW einen Vorsprung vor den Sowjets zu halten.

Dieser Schritt des US-Verteidigungsministers steht eindeutig der letzten »Anti-Japan«-Runde im US-Kongreß entgegen, die durch den Verkauf von U-Boot-Technologie der Firma Toshiba an die Sowjets hervorgerufen

worden war, und es ist eine Bemühung, den Skandal zu benutzen, die Beziehungen zwischen den Verbündeten zu festigen und nicht sie zu lockern.

»Der Schaden, der unserer beiderseitigen Sicherheit zugefügt worden war, ist natürlich groß«, sagte Weinberger in einer Pressekonferenz. »Wir müssen einfach versuchen, mit unseren gemeinsamen Talenten, Fähigkeiten und Energie bei der U-Boot-Kriegführung einen Vorsprung vor den Sowjets zu halten.« □

Indien

Die Sowjets schüren Verwirrung

Nach den schlimmsten Terrorakten von Sikhs innerhalb von fünf Jahren, in denen über 70 Menschen bei zwei verschiedenen Anschlägen auf Busse in den Nordstaaten Haryana und Punjab getötet wurden, sind Zehntausende bewaffneter Polizisten und paramilitärischer Polizeimannschaften in Alarmbereitschaft versetzt worden und in Nordindien rund um die Uhr im Einsatz.

Eine Gruppe, die sich selbst »Khalistan-Kommandostreitkräfte« nennt, hat die Verantwortung für die Greueltaten übernommen, und die indischen Sicherheitskräfte haben eine Nachricht gefunden, die offensichtlich von dieser Gruppe stammt und in der gedroht wird, daß »für jeden Sikh, der getötet wird, 100 Hindus sterben müssen«.

In britischen Zeitungsberichten über die Lage in Punjab und Haryana ist davon die Rede, daß nach Premierminister Rajiv Gandhis Rücktritt verlangt wird. In der Londoner »Financial Times« heißt es, diese Rufe kämen von zahlreichen politischen Parteien, während sich die Nachrichten über die Greueltaten immer weiter ausbreiten.

Der »Daily Express« schreibt, die »Zukunft von Rajiv Gandhi ist in der Schwebe. In einem Krankenhaus, in das viele Opfer der Terrorangriffe gebracht worden sind, riefen die Familienmitglieder von Getöteten und Verwundeten ›Gandhi raus!‹.«

Ein Informant aus den Kreisen der Sikh-Sezessionisten sagte, die Sowjets würden am meisten aus diesen Gewalttätigkeiten profitieren. »Die Sowjets wollen Verwirrung in Indien«, sagte er.

»Sie sind die einzigen, die nichts dabei verlieren können.« Er sieht voraus, daß ein von den Sowjets gestützter Militärcoup stattfindet, wenn die Situation sich weiterhin verschlechtern sollte. □

Henry Kissinger

Prophezeiung einer weltweiten Regionalisierung

In einem Interview mit brasilianischen Journalisten sagte Henry Kissinger den Rückzug der Vereinigten Staaten von den weltweiten Engagements außer in der westlichen Hemisphäre voraus. Kissinger erklärte: »Ich denke, die Welt wird in den nächsten 15 bis 20 Jahren regionalisiert werden, und die USA sollen der westlichen Hemisphäre maximale Priorität geben.

Ich akzeptiere sogar die Tatsache, daß die Sowjetunion spezielle Sicherheitsinteressen in Osteuropa hat, Interessen, die wir respektieren sollten. Doch es gibt kein Naturrecht, das aussagt, sie müssen in Mittelamerika und in Angola eine aktive und immer eine militärische Rolle spielen.«

Kissinger argumentierte: »Wenn die westliche Hemisphäre, insbesondere Mexiko, in großen Aufruhr gerät, ist unsere Grenze der Rio Grande, und jedermann wird erleben, wie die Vereinigten Staaten rasch ihre Reserven vom Atlantik und Pazifik sammeln werden, um das Problem zu konfrontieren.«

Deshalb, so fuhr Kissinger fort, muß sich die US-Regierung auf das Problem konzentrieren, das die Banken mit dem Eintreiben der Schulden in lateinamerikanischen Ländern haben, vorrangig vor allen anderen Dingen«. □

Korea

Für den Augenblick keine Gewalt mehr

Die südkoreanische Regierung hat durch die überraschende Ankündigung, daß sie Anträge der Oppositionsführer für direkte Präsidentschaftswahlen und die Freilassung von politischen Gefangenen akzeptieren würde, eine Eskalation der Gewalttätigkeiten vorübergehend abgewendet.

Die bemerkenswerte Wende folgte nach zwei Wochen von Gewalttaten durch »Studenten«, angeführt durch Kim Young Sams Reunification Democratic Party – so benannt nach ihrem Wiedervereinigungs-Programm mit dem kommunistischen Nordkorea. Der Kompromiß hat der koreanischen Regierung unter Präsident Chun Doo Hwan und den patriotischen Kräften in den Vereinigten Staaten Zeit gebracht, um bezüglich den Netzwerken in Washington, die für Koreas Destabilisierung verantwortlich sind, etwas zu unternehmen; das gleiche Projekt Demokratie, dessen bekanntester Funktionär der amerikanische Oberstleutnant Oliver North ist.

Das Projekt Demokratie hat die Destabilisierung seit Januar 1985 gelenkt, als es Kim Dae Jung, damals im Exil in Washington lebend, nach Seoul entsandte mit ernsten Ermahnungen an Chun, ihm kein Haar zu krümmen. Ende Juni verlangten der amerikanische Außenminister George Shultz und sein Staatssekretär für asiatische Angelegenheiten, der den Contras wohlgesonnene Gaston Sigur, einen »Machttransfer«. □

Südafrika

Nur 838 Stimmen für den ANC-Chef Mandela

Zur Zeit der weißen Parlamentswahlen in Südafrika lief in Soweto, der schwarzen Millionenstadt bei Johannesburg, eine großangelegte »alternative« Parlamentswahl. Monatelang warb die größte von Schwarzen produzierte Tageszeitung, der »Sowetan«, für diese allgemeine Testwahl, in der jeder Schwarze bis zu zehn beliebige Persönlichkeiten benennen konnte, denen er die Führung der Staatsgeschäfte in einem demokratischen Südafrika anvertrauen wollte. In regelmäßigen Abständen erinnerte die Zeitung ihre Leserschaft an die Aktion, die zu einer machtvollen Demonstration der schwarzen Massen für die Führerschaft ihrer Wahl zu werden versprach.

Am 7. Mai 1987 wurden dann die Ergebnisse bekanntgegeben. Sie waren überaus mager. In einem säuerlichen Kommentar stellt der »Sowetan« fest, das Interesse der Leserschaft an dieser Demokratieübung sei »nicht gerade überwältigend« gewesen.

Tatsächlich hat die Alternativwahl einen Mythos in Frage gestellt. Nelson Mandela, der in vielen Kreisen als der prominenteste Häftling aller Zeiten, als das schon fast universale Symbol des schwarzen Strebens nach Freiheit angesehen wird, den selbst der Friedensnobelpreisträger Erzbischof Desmond Tutu seinen »Führer« nennt, bekam von seinen schwarzen Landsleuten in Südafrika genau 838 Stimmen. □

Peru

Die Welt braucht mehr Menschen

Der peruanische Präsident Alan Garcia erklärte bei einem Besuch in einem Kinderkrankenhaus, die Welt habe das Potential, viel mehr Menschen zu fassen, als das gegenwärtig der Fall ist.

»Die menschliche Spezies als Ganzes«, sagte Garcia, »verfügt über eine ausreichende technologische Kapazität, um unseren Planeten zu einem zufriedenstellenden Habitat für nicht nur fünf Milliarden, sondern 10 bis 15 Milliarden Menschen zu machen.«

Dies steht in krassem Gegensatz zur Bevölkerungs-Reduzierungspolitik der Weltbank, die von Peru unterstützt worden ist. Die katholische Bischofskonferenz von Peru hat dazu eine landesweite Debatte über die Weltbank-Politik in Gang gebracht, in deren Verlauf eine Erklärung veröffentlicht wurde, die nach einem neuen »kühnen« Ansatz der Bevölkerungsfrage verlangt. Diese Debatte hatte eindeutig den gewünschten Effekt.

In seiner Rede lobte Garcia die Geburt des fünfmilliardsten Kindes auf dieser Welt und meinte: »Unser christlicher Glaube gibt uns zutiefst die Überzeugung, daß wir mehr Verantwortung haben als lediglich diejenige, die mit dem Schenken von Leben verbunden ist. Man muß seine geistige, kulturelle und menschliche Entwicklung nähren.« □

China

Ausbau einer starken U-Boot-Streitmacht

Die Marine der Volksrepublik China hat sich von ihren ursprünglichen vier veralteten U-Booten zu einer bedeutenden U-Boot-Streitmacht mit über 100 U-Booten entwickelt und ist damit zu einer der fünf führenden Weltmächte auf diesem Sektor geworden.

Einem Bericht aus der »Beijing Dmonestic Service« zufolge, wurde die erste U-Boot-Streitmacht aus etwa 100 College- und High-School-Absolventen im Juni 1954 ins Leben gerufen. Die U-Boot-Schule der Marine, die zur gleichen Zeit gegründet worden ist, ist jetzt das einzige Institut seiner Art in Asien.

Die U-Boot-Streitmacht ist inzwischen komplett ausgerüstet mit U-Booten mittlerer Größe, die im Land hergestellt werden. Ein sehr starkes Superlangwellen-Funksystem, das über den ganzen Globus reicht, sowie fortgeschrittene Navigationsausrüstung sind auf jedem Boot installiert. Die Marine-U-Boot-Streitmacht hat ihr Tätigkeitsfeld auf den Westpazifik und die ganzen territorialen Gewässer einschließlich der Xisha- und Nansha-Inselgruppen ausgedehnt. □

Türkei

Zielscheibe von Terroristen ist der Premierminister

Der türkische Premierminister Turgut Ozal war bereits im Juli das Ziel eines Terroranschlags durch die Kurdische Arbeiterpartei (PKK), als eine Landmine auf einer Straße detonierte, an der Ozal einige Stunden später vorbeikommen sollte. Der Anschlag fand kaum mehr als 24 Stunden nach einem Massaker durch die PKK in der Osttürkei statt, bei dem 28 Dorfbewohner getötet wurden. Das Massaker passierte, als Ozal die kurdische Region besuchte, um eine Beurteilung der Lage dort vorzunehmen.

Nach dem Zwischenfall erhob der Generalsekretär des türkischen Generalstabs, Brigadegeneral Guven Ergenc, die Anschuldigung, daß »ausländische Mächte« Terrorismus in der Türkei ausüben würden.

Die PKK ist in Syrien stationiert, das als Sprungbrett für die jüngste Welle von Anschlägen benutzt worden ist. Inzwischen ist Ozal nach Damaskus geflogen, um das Problem dort zu diskutieren.

Die meisten Anschläge der PKK fanden in der Nähe des Ata-Turk-Projekts statt, das, wenn fertiggestellt, der fünftgrößte Staudamm auf der Welt sein wird. Er wird die Region Südanatoliens, wo die meisten Kurden in rückständigen Verhältnissen leben, radikal verändern. Er soll auch ein Wasserreservoir schaffen, mit der die gesamte Region bewässert werden kann.

Es sind Pläne im Entstehen, denen zufolge die Türkei durch Syrien hindurch eine Frischwasser-Pipeline in die Länder am Golf legen soll. □

Sowjetunion

Ist Reagan für ein Waffenkontroll-Abkommen noch stark genug?

An der Vernichtung der Raketen, die der Bundeswehr unter amerikanischer Oberaufsicht zur Verfügung stehen, könnten die Gespräche über die »Null-Options« zwischen den USA und der UdSSR scheitern. Dieser Punkt innerhalb des »Null-Lösungs«-Programms ist aber auch eine Art Test der Sowjets, um festzustellen, wie stark die westliche Allianz ist, bevor sie zu einem endgültigen Abschluß bereit sind.

Der ehemalige Vertreter aus dem Nationalen Sicherheitsrat der USA, Brent Scowcroft, meinte gegenüber Journalisten, daß hochrangige sowjetische Beamte ihm gesagt hätten, sie seien nicht sicher, ob Präsident Reagans Position im Inland stark genug sei, um ein Waffenkontrollabkommen, das er mit den Sowjets unterzeichnet, durchzusetzen.

Die Wende bei den Sowjets spiegelt sich in immer wieder vorkommenden Attacken auf die angebliche »Nichtbereitschaft« der USA, ein Abkommen zu unterzeichnen, wider. Je wahrscheinlicher ein Abkommen ist, um so mehr Hindernisse werden von amerikanischer Seite aufgezeigt.

Der sowjetische Ministerpräsident Nikolai Ryzhkov sagte bei seinem Besuch in Österreich: »Wir bekommen von der NATO keine klaren und vernünftigen Antworten.« □

Brasilien

Ohne Medikamente gegen Tbc

Brasilien besitzt als Folge seiner Wirtschaftskrise fast keine Vorräte mehr an Medikamenten gegen Tuberkulose. Noch verfügt das Land, so hieß es in einem Artikel der Tageszeitung »O Globo«, über 32 Millionen Tabletten oder Injektionen für 120 000 Patienten. Offiziellen Schätzungen zufolge wird es für 6000 Patienten, bei denen in diesem Jahr mit der Behandlung begonnen wurde, keine Medikamente mehr geben.

Die Tbc fordert in Brasilien jährlich 5800 Todesopfer. Ohne Behandlung werden 50 Prozent der Patienten voraussichtlich innerhalb von zwei Jahren sterben, 25 Prozent werden in einem chronischen Krankheitszustand sein und 25 Prozent werden aus eigener Kraft wieder genesen.

Die Einfuhren sind seit letztem Jahr aufgrund von Devisenkontrollen blockiert, und die Medikamente sind an vielen Orten bereits ausgegangen. Die Menschen weigern sich, in die Spezialklinik für Tuberkulose in Rio de Janeiro, das Santa-Maria-Hospital, zu gehen, weil die Zustände dort so schlecht sind, daß 11 Prozent der Patienten sterben.

Im Jahr 1979 hat Brasilien 100 Millionen Dollar für die Heilung von 55 Prozent der Tbc-Fälle ausgegeben. Heute geben sie dafür 67 Millionen Dollar aus, von denen 10 Millionen Dollar für Medikamente sind, um 97 Prozent von jenen Kranken zu heilen, die sechs Monate lang behandelt worden sind. □



Briefe

Betr.: Weltregierung »Satanskult der New-Age-Bewegung«, Nr. 5/87

Bei der Besprechung der New-Age-Bewegung ist leider übers Ziel hinausgeschossen worden.

Das neue Wassermannzeitalter kommt auf jeden Fall – die Frage ist, ob es den offenen, ehrlichen Kräften gelingt, eine größere Katastrophe zu verhindern, die von den geheimen Kräften inszeniert wird.

Die Frage, die sich uns heute stellt, ist: welcher Weg ist noch nicht blockiert durch Verschweigen, Desinformieren, Lügen, Lächerlichmachen, als »faschistisch« beschimpfen.

So halte ich es als besonders wichtig, den Unterschied zwischen Juden und Zionisten stets hervorzukehren; von CODE wird es ja schon seit einiger Zeit so gehandhabt – die Berichte über die schwarzen Hebräer helfen dazu.

Franz Schneider, Wien

*

Ihr Artikel spricht vieles mutig aus, was viele Menschen empfinden.

Jeder Mensch trägt das Christusbewußtsein in sich. Es wurde uns als eine hell leuchtende Kraft geschenkt, als Jesus für uns alle am Kreuz starb (»es ist vollbracht«). Damit war gewährleistet, daß alle Menschen zum Ursprung, den reinen Welten, dem himmlischen Reich, zurückkehren.

Die dämonische Welt verfolgt weiter das ursprüngliche Ziel, alles Sein aufzulösen (Nirwana), erkennt aber nicht, daß dieses durch die Christuskraft, die in ihnen selbst wirkt, unmöglich geworden ist.

In der schon begonnenen Endzeit dringt verstärkt göttliche Energie in die Welt. Sie regt sowohl das Positive als auch das Negative im Menschen an. Kein Wunder also, daß die »andere Seite« immer aktiver wird. Letztlich siegen wird aber das Positive durch Christus, den Sohn Gottes.

Bernard Frieling, Bad Sooden

Betr.: Leserbrief zum Thema »Das Ende des Christentums«, Nr. 6+8/87

So leichtfertig mit historischen Fakten umzugehen, sollte strafbar sein. Teje war eine geborene Mitani-Prinzessin, keine Pharaonentochter und konnte also keine Schwester Amenhoteps III. sein. Vielmehr war sie seine »Große Königsgemahlin« und seine Regentin. Später wurde sie die Mutter Amenhoteps IV. der sich in Echnaton umbenannte und heiratete ihren Sohn, um des Machterhaltes willen. Wer hier trotz mangelnder Übereinstimmung 2. Mose 6:20 heranzieht wird leicht zu ähnlich dümmlichen Schlußfolgerungen verleitet. Schließlich hat das hebräische Wort »Amen« nichts, aber auch gar nichts mit dem ägyptischen Begriff »Amun« zu tun. Wenn man so wenig Bescheid weiß, sollte man vielleicht doch keine Leserbriefe schreiben.

Manfred Geske, Waiblingen

Betr.: Europa »Ein Kontinent verliert seine Identität«, Nr. 7/87

Das ganze Gejammer um das »demographische« Verschwinden der Europäer und Nordamerikaner europäischer Herkunft ist wirkungslos, solange man nicht die Dinge beim Namen nennt, die wichtig sind, und sich den ideologischen Rahmen von denen vorschreiben läßt, die an dem Verschwinden interessiert sind.

Wer davon ausgeht, daß alle Menschen potentiell gleich sind, daß es lediglich eine Frage der Erziehung ist, was aus ihnen wird, kann nicht überzeugend darlegen, warum es so schlimm sein soll, daß die Einwohner West-Deutschlands Türken oder Frankreichs Araber sind. Dann hat Frau Mitscherlich-Nielssen völlig recht, daß die Deutschen lieber Kinder aus der dritten Welt adoptieren sollten, statt eigene zu bekommen.

Nicht umsonst unterdrücken und diffamieren die Ein-Weltler jeglicher Couleur auch die kleinste biosoziologische Forschung, weil sie dem nichts entgegenzusetzen hätten. Doch genau darum geht es: die biologischen Grundlagen der Sozialisation und Kultur deutlich zu machen. Ist dies bewußt gemacht worden, kann man es ruhig dem jeweiligen Volk überlassen, ob es bereit ist weiter zu existieren oder unterzugehen.

Rainer H. A. Kleinpahs, Wriedel

Betr.: Revisionismus »Wie Deutsche Stalin zum Sieg verhalfen«, Nr. 8/87

Den Älteren unter den Lesern sind sicher noch der Wirbel in Erinnerung, die die damalige politische Initiative Arnold Rechbergs vor 1933 auslöste. Interessant ist jedoch, daß er auch nach 1933 gehört wurde. Der Beitrag wurde unmittelbar nach dem 8. Mai 1945 geschrieben, vieles war damals nicht genau bekannt und ist es auch heute noch nicht.

Über allem Für und Wider muß man bedenken, wie schwer es immer war und auch noch jetzt ist, politische Entscheidungen zu fällen. Es haben doch viele Einflüsse mitgewirkt, die auch heute nicht geklärt sind, so der Einfluß der USA-Hintermänner, die Interessen der Zionisten an einem eigenen Staat. Die Rolle Bormanns wird wohl nie ganz geklärt werden können.

Die Frage bleibt doch, ob »man« überhaupt interessiert ist, restlos die politischen Triebkräfte jener Epoche aufzudecken, noch dazu sie bis in die Gegenwart hineinwirken.

Die Überschrift halte ich für entschieden überspitzt. Sicher war eine Zusammenarbeit zwischen Reichswehr und Rote Armee über längere Zeit, inwieweit sie zum Aufbau der Roten Armee beigetragen haben, bleibt offen. Auch der Osten hatte kluge Generäle. Was die industrielle Aufrüstung der Sowjetunion betrifft, so waren die USA schon vor uns Deutsche dort aktiv, weit vor der diplomatischen Anerkennung Moskaus.

Die deutsche Mittellage erzwingt Beobachtung nach allen Seiten. Es lag doch weitgehendst an Frankreich, daß Hitler immer wieder gegen Frankreichs Politik agitieren konnte. Sicher wird Paris eines Tages wohl eingesehen haben, was die totale deutsche Abrüstung für die Mitte Europas im Ernstfall bedeuten könnte.

Das Fehlen einer deutschen Militärmacht führte dann beim sich anbahnenden Zusammenbruch der Weimarer Republik dazu, daß man 1932 sich nicht über eine vorübergehende »Militärherrschaft« retten konnte, sondern die Fühler zu Hitler ausstrecken mußte. Zu schwach und politisch nicht geschlossen, so laute die Antwort, ob man sich auf die Reichswehr verlassen könne. So gesehen werden die Folgen des Versailler Vertrages immer schwerwiegender, nicht nur für Deutschland, sondern für Europa.

Herbert Bolz, Regensburg

Betr.: Katholische Kirche »Auferstehung der jüdischen Sekte Engelwerk«, Nr. 6/87

In dem Artikel wurde in dem Teil, der die Überschrift trug: »Das Flugticket kam aus Augsburg«, der falsche Eindruck erweckt, daß ein dort erwähntes Flugticket nach Madeira aus Augsburg kam, bzw. aus Augsburg bezahlt wurde, oder auch nur die Bezahlung aus Augsburg vermittelt wurde. Dies ist nicht richtig. Das Ticket kam nicht aus Augsburg. Es wurde vom Veranstalter der Tagung bezahlt und in der Oberpfalz übergeben.

Dr. Ingo Dollinger, Augusburg

*

In dem Artikel »Auferstehung der jüdischen Sekte ›Engelwerk‹« wurde durch eine mißverständliche Information der Eindruck erweckt, daß ein dort erwähntes Flugbillett nach Madeira von Augsburg aus bezahlt worden wäre. Dies ist nicht richtig.

Das Billett wurde zwar von der Mitarbeiterin eines Augsburger Priesters gebucht, jedoch nicht unter Mitwirkung desselben beschafft oder bezahlt. Der im Artikel erwähnte Priester ist auch kein Priester des Engelwerkes, er diskutierte lediglich mit mir über Möglichkeiten, auf dem Weg zum Priestertum weiterzukommen.

Das Flugticket kam somit nicht aus Augsburg.

Siegfried Lochner, Schönau

Betr.: Polen »Liebet Eure Feinde?«, Nr. 8/87

Die Kreuzweg-Stationen konnten inzwischen an Ort und Stelle in Augenschein genommen werden. Diese Erkundigungen ergaben, daß es sich bei den Kostümen, in denen die Häscher Christi dargestellt werden, durchweg um Fantasieuniformen handelt. Dies trifft auch für die Formen der Helme zu, die sehr vielfältig sind. Auch wenn in einigen wenigen Fällen Ähnlichkeiten mit deutschen Stahlhelmen (eher aus dem Ersten als aus dem Zweiten Weltkrieg) erkannt werden können, läßt der Gesamtbefund nicht die Deutung zu, daß mit dem Kreuzweg in der Katharinen-Kirche von polnischer kirchlicher Seite eine Verunglimpfung der deutschen Soldaten als Henker beabsichtigt wurde. Daher kann die Gelegenheit nicht zum Anlaß genommen werden, den Versöhnungswillen der polnischen Katholiken in Zweifel zu ziehen.

Wir gehen davon aus, daß der Vorgang damit als abgeschlossen zu betrachten ist.

Zentralstelle Weltkirche der deutschen Bischofskonferenz, Bonn

*

Ihre Darstellung ist überprüft worden. Danach ist es zutreffend, daß auf sieben der zwölf Stationen des Kreuzweges Soldaten als Peiniger Christi abgebildet sind. Es sind jedoch keinerlei Hinweise auf deutsche Uniformen zu entdecken. Die abgebildeten Soldaten tragen Uniformen ohne jegliche Hoheitsabzeichen und es gibt auch keine anderen Hinweise, die eine Identifizierung erlaubten. Auf dem ersten Bild erinnern die Soldaten eher an mittelalterliche Landsknechte. Offenbar handelt es sich um Phantasieuniformen. In diesem Sinne äußerte sich auch der Geistliche der Kirche.

Die Auffasung, es seien deutsche Soldaten dargestellt, beruht wohl auf einem Mißverständnis.

Auswärtiges Amt, Bonn

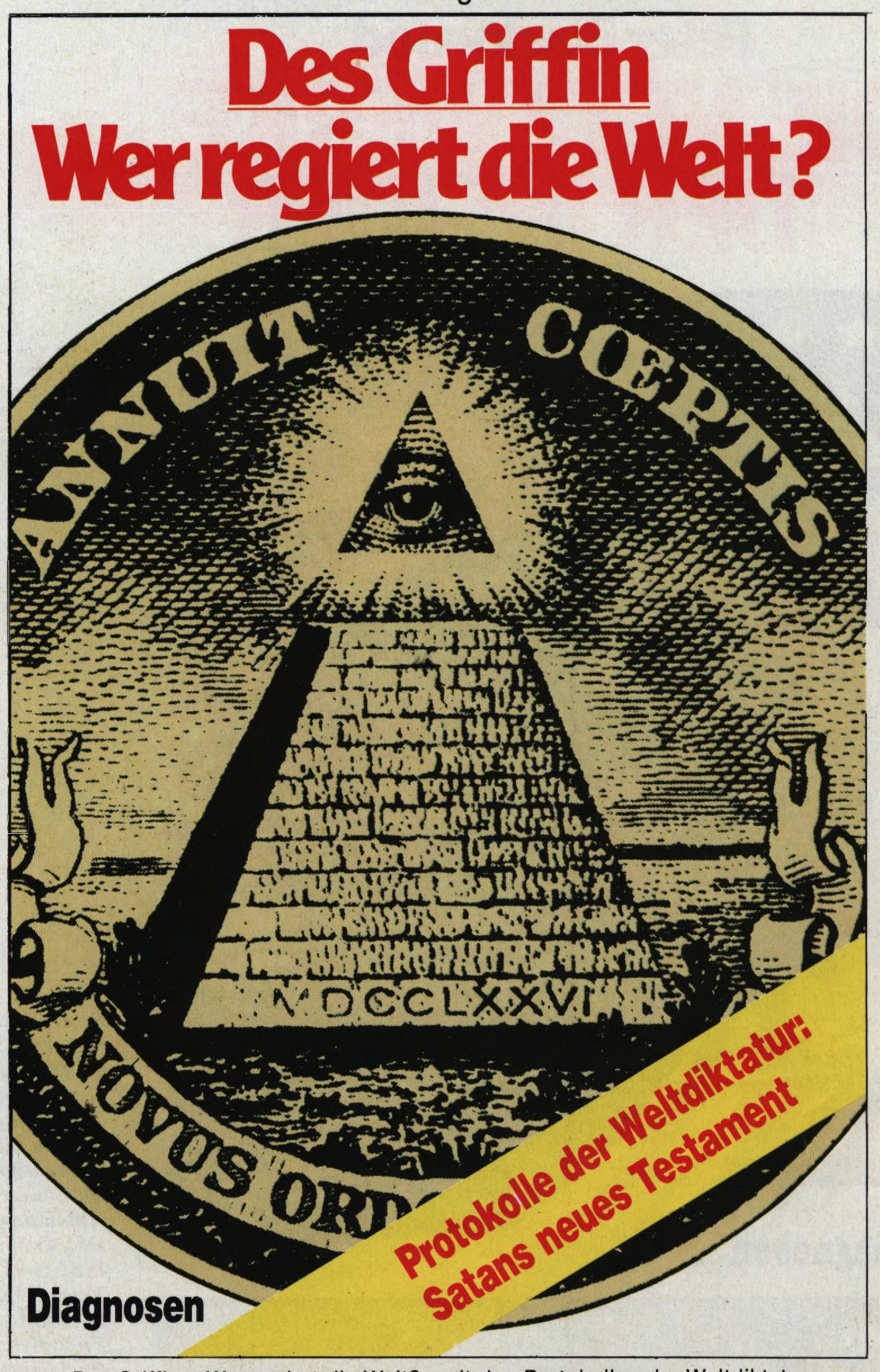
*

Mit einer Reisegruppe habe ich kürzlich Danzig besucht, um in der dortigen Katharinenkirche die als Fotos veröffentlichten Bilder von Soldaten mit deutschen Stahlhelmen bei der Kreuzigung Christi selbst sehen und beurteilen zu können.

Die Bilder waren jedoch spurlos verschwunden. Weder über ihren vorherigen Standort noch über ihren Verbleib konnte ich irgend etwas erfahren.

Ferdinand Lehnhard, Frankfurt

»Die Welt wird von Persönlichkeiten regiert, die sehr anders sind, als man meint, wenn man nicht hinter die Kulissen schauen kann«, meint Benjamin Disraeli. Dieses Buch informiert über diese massive Verschwörung – einer »verborgenen Hand«, einer »geheimen Kraft«, die die Nationen der Erde in den endgültigen Zusammenbruch führt, damit eine gottlose, totalitäre »Weltherrschaft« errichtet und rücksichtslos durchgesetzt werden kann.



Des Griffin: »Wer regiert die Welt?« mit den Protokollen der Weltdiktatur.
328 Seiten mit 60 Abbildungen. DM / SFR 22,– ISBN 3-923864-01-9
Verlag Diagnosen, D-7250 Leonberg · Zu beziehen über den Buchhandel

Eine gottlose Gesellschaft operiert weltweit, um über die Finanzen und die marxistische Ideologie das politische Ziel einer Weltregierung zu erreichen. Diese internationalistische Gruppe, die die »Neuerschaffung der Welt« will, versteckt sich hinter vielen Namen in verschiedenen Gremien. Mit ihrem Geld wollen sie die ganze Welt unter ihre Herrschaft bringen. Dieses Nachschlagewerk informiert über die Arbeit, die Pläne und die Ziele der Internationalisten.



Peter Blackwood: »Die Netzwerke der Insider«, ein Nachschlagewerk über die Arbeit, die Pläne und die Ziele der Internationalisten. 408 Seiten mit vielen Abbildungen DM/sfr 30,–
ISBN 3-923864-02-7 Verlag Diagnosen, D-7250 Leonberg.
Zu beziehen über den Buchhandel.